KÜSS DEN BODEN DER FREIHEIT

Frankfurter Studentenzeitung

diskus

NR. 1/2 · DEZEMBER/89
38. Jahrgang · DM 3.--

editorial

Zweieinhalb Jahre ist der *diskus* nicht erschienen, die längste Unterbrechung seines Bestehens. Wer sich noch erinnert, wird den *diskus* als Sponti-Theorieorgan oder Intellektuellenblatt der Undogmatischen Linken im Gedächtnis haben. In diesen Kreisen ist der *diskus* zum Mythos geworden, von diesem Nimbus lebt er noch heute, an diesem Anspruch wird er gemessen werden, ob wir das wollen oder nicht, ob dies adäquat ist oder nicht. Vergessen wird dabei, daß er keineswegs als solches endete und — was vor allem wichtig ist — nicht so begann. Dies relativiert erst mal die eigene Position. Aber es fragt sich auch, inwieweit das Bild des *diskus* etwas mit seiner Wirklichkeit zu tun hat, die Legendenproduktion mit der einstigen Wirkung des Blattes selbst.

Zu wechselhaft war seine Geschichte, als daß man davon sprechen könnte, der neue *diskus* müsse so und so aussehen, damit er nicht gegen die Tradition verstoße. Er war auch immer an seine Zeit gebunden, die jeweilige Form der Auseinandersetzung der Individuen mit ihrer historischen Situation bestimmte das Aussehen des *diskus*: von der konservativ-demokratischen Studentenzeitung der Wiederaufbauphase zur linksliberalen der frühen 60er Jahre, vom radikalen Protestblatt der beginnenden Studentenbewegung zum Versuch einer Agitationspresse der anlaufenden Kaderbildungszeit, von der sozialdemokratischen Rekonstruktion zum linksradikalen Organ der Häuserkampfphase, von der Kulturalisierung nach 77, der Gefühls-, Betroffenheits- und Bedürfniszeit, zur Auflösung in Beliebigkeit. Diese Schlagworte treffen alle nicht, keine Phase läßt sich generalisieren, die Strömungen im *diskus* waren zu jeder Zeit vielfältig. Aber sie bestimmen in etwa die jeweils hegemoniale Position in der StudentInnenschaft.

Die Hegemonie links-undogmatischer Politik hat seine Selbstverständlichkeit verloren und gehört somit der Vergangenheit an. 1985 zogen zum ersten Mal seit den 60er Jahren rechte Studentengruppen in den AStA ein, was nicht ohne Bedeutung für den *diskus* war, dessen Herausgeber vom Studentenparlament gewählt werden. Sein Sterbensglöckchen begann zu läuten. Drei Ausgaben erschienen noch, herausgegeben von einer Gruppe, die sich zwar als „uneheliche(s) Kind des neuen AStA" bezeichnete, doch in nicht all zu schroffem Widerspruch zu den Stiefeltern stand. Der Versuch der Rechten, den *diskus* in die eigenen Finger zu bekommen, scheiterte an deren internen Querelen.

Die Untersuchung der *diskus*-Geschichte wirft auch ein Licht auf die bundesrepublikanische Wirklichkeit und auf die inneruniversitären Auseinandersetzungen. Dabei wird deutlich, wie sehr Emanzipationsbedürfnisse der StudentInnen immer wieder auf den Widerstand der Universitätsleitung, Ordinarien oder alteingesessenen Professoren stießen oder sich in universitären Bürokratien verfingen. Auch wenn heute die Hochschulen als „ruhiger" gelten, ist wenig von der Problematik verschwunden, die in den 60er und 70er Jahren zu massiven Protesten geführt hatte.

Die StudentInnen haben erst eine Chance auf Veränderung, wenn sie auch in der Lage sind, ihre Kritik zu formulieren und eine Praxis zu wählen, die sie nicht ständig in einem Objektstatus gefangen hält. Dies ist im letzten Streik geschehen, einzelne Initiativen haben sich erhalten und ihre Arbeit ausbauen können. Der *diskus* könnte eine Entwicklung unterstützen, die durch radikale Kritik an den herrschenden Zuständen wieder zu Vorstellungen einer alternativen Praxis führen kann.
Nicht ganz unbeeindruckt von der katastrophalen Situation an der Frankfurter Universität verzog sich die Unispitze mit den geladenen Professoren, Politikern und Industriellen in die Paulskirche, um den 75. Geburtstag der Goethe-Universität zu feiern. Die Zustände wurden offenbar als so miserabel angesehen, daß kurzerhand ein studentischer Redebeitrag verweigert wurde. Anstatt dessen durften sich die Versammelten die Worte des hessischen Kultusministers Gerhard zu Gemüte führen, daß alles doch gar nicht so schlimm sei.

Und noch ein weiteres Glanzstück hatte die Universität vorzuweisen: Haushistoriker Hammersteins Universitätsgeschichte, Teil 1, 1914-1950, als „Kritische Geschichtsschreibung" und „Hammersteinschen Hammer" (Willim, persönlicher Referent des Präsidenten) gepriesen. Ein „Hammer" ist's in der Tat. Blieb der erste Unigeschichtsschreiber Paul Kluke (1972) noch im Jahre 1932 hängen, wurde der Historikerin Gerda Stuchlik für ihre Studie *Goethe im Braunhemd* der Zugang zum Universitätsarchiv verweigert, so schaffte Hammerstein den Sprung über die magische Grenze nach Aktenlage. Wir interessierten uns für die Frage, wie bringt es die Universität zustande, eine positive Identifikation mit ihrer *gesamten* Geschichte zu bewerkstelligen, den Weg der Universität in den Nationalsozialismus in eine „liberale" Tradition einzupassen. Das Ergebnis ist erstaunlich, eine erste Kostprobe liefert der Artikel „Ein Heldenlied".

*

Geht es um die Zukunft der Wissenschaftsorganisation, ist sicherlich die Diskussion um die Akademie der Wissenschaften (AdW) von Bedeutung. Eine zentrale Forderung im StudentInnenstreik war, die Wissenschaft im Sinne einer interdisziplinären Forschung und Lehre zu verändern. Das Konzept AdW läuft mit der von ihr propagierten Trennung von Massenausbildung und Eliteforschung auf das Gegenteil hinaus, stößt jedoch auch vielerorts auf Ablehnung.

*

Im Kongreßbericht „Menschenrechte haben (k)ein Geschlecht" geht es nicht nur um feministische Forschung, sondern immer auch um Möglichkeiten und Strategien der Befreiung der Frau als gesellschaftlichem Emanzipationsprozeß und darin um die Frage „wie hältst du's mit der Differenz?"

*

Der Zusammenbruch der autoritär-bürokratischen Systeme in Osteuropa führt dazu, daß inzwischen jede Kritik am Kapitalismus hier als dem Irrsinn verwandt angesehen wird. Ist die Entwicklung dort nicht der beste Beweis dafür, daß der Kapitalismus das einzig Wahre ist?

In diesem Heft seien einige Aspekte angedeutet, die die Diskussion um die Entwicklung des sich verändernden realexistierenden Sozialismus bereichern können. Linksradikale Alternativen zu den „etablierten" kommunistischen Parteien existierten schon in den 20er Jahren. Als ein historisches Beispiel sei hier Franz Jung und die KAPD behandelt.

Ein Reformpapier aus einer Wissenschaftler-Innengruppe der Humboldt-Universität Ost-Berlin sollte Aufmerksamkeit erhalten auch im Hinblick auf eine vom AStA geplante Veranstaltung mit DDR-Reformern.

Vor allem sei aber hingewiesen auf den auszugsweisen Abdruck der Diskussion über Herbert Marcuses „Sowjetmarxismus"-Buch auf der Marcuse-Arbeitstagung im Oktober an der Frankfurter Universität, die im Zeichen der Entwicklungen in Osteuropa stand und die den Prozeß der „partiellen" Selbstbefreiung der Bürger in Osteuropa als solche zu begreifen vermochte. Dabei wäre ebenso mit linken Mythen zu brechen, wie eine ambivalente Haltung in der bundesrepublikanischen Bevölkerung zu erkennen.

Diejenigen, die jederzeit die Möglichkeit haben, ihre „falschen" Bedürfnisse zu befriedigen, soweit von Befriedigung gesprochen werden kann, sollten die, die es nicht können, nicht auf die „wahren" verpflichten. Mercedes Benz und Bananen sind so lange auch „wahre" Bedürfnisse, wie die Menschen nicht ihre Produktions- und Reproduktionsweise selbst bestimmen.

Der Sozialneid, der jahrelang gegen Arbeitsimmigranten und Flüchtlinge geschürt wurde, trifft nun auch die Bürger aus der DDR und Aussiedler, denn es ist nicht ganz einsichtig, warum man gerade mit Deutschblütlern teilen soll.

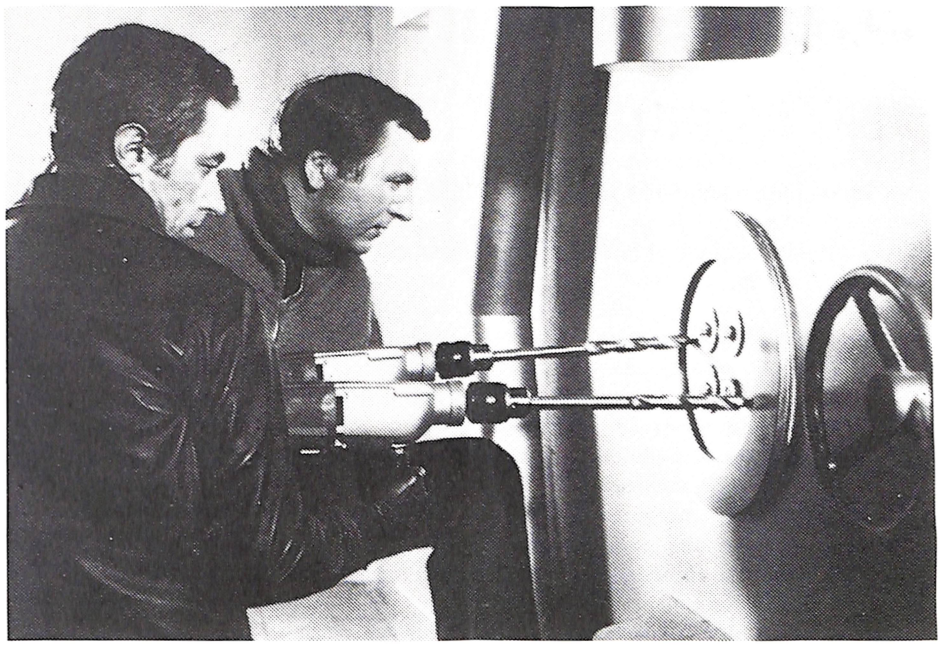
Die westdeutsche Regierung sieht ihre Überlegenheit als die des Kapitalismus bewiesen und unterstellt der Selbstbefreiung der Bürger der DDR den Wunsch nach der Freiheit des „freien Westens". Wie es mit der bestellt ist, dafür ist die Justiz immer ein Indikator. Es steht nun gerichtlich fest, daß Soldaten keine Mörder sind und daß man das Gegenteil nur behaupten darf, wenn man in einer Phase der Hochrüstung erregt, also unzurechnungsfähig ist. Hingegen

gibt es so einige kriminelle und terroristische Vereinigungen, von denen nicht mal deren angebliche Mitglieder etwas wissen. Erpreßte Beschuldigungen sind ein gängiges Mittel, Leute aus der militanten Szene so lange im Knast zu halten, bis sich neue Gründe finden. Der Artikel „Starbahnprozeß und autonome Politik" ist in seinem zweiten Teil eine Einschätzung autonomer Politikformen aus autonomen Kreisen.

*

Wir wollen an dieser Stelle nicht apodiktisch ein Programm verkünden. Wenn es nun wieder einen *diskus* gibt, so heißt das auch, daß er erst zu einer neuen Form finden, daß Raum für Experimente existieren muß, daß das eine oder andere verändert oder zurückgenommen werden kann. Auch von der Kritik an der vorliegenden Ausgabe wird es abhängen, wie es mit ihm weitergeht.

Die Herausgeber



inhalt

Die Geschichte des DISKUS, Teil 1 (1959-69) **4**
Von der „vorbildlich gediegenen Frankfurter Studentenzeitung" zum „Blatt für die Kaderbildung" und „Massenagitation"

Ein Heldenlied **17**
auf die Frankfurter Bürgeruniversität und Hammerstein als ihr hausgemachter Rhapsode

Potentielle Mörder **24**
sind sie, die Soldaten

Menschenrechte haben (k)ein Geschlecht **26**
Zum Internationalen Frauenkongreß, der im Oktober '89 in Frankfurt stattfand

Eine Erinnerung **28**
an den Revolutionstheoretiker Marx

Der Definitionsmachtgenerator **30**
Akademie der Wissenschaften, neuer Standort Hessen

Autonome Lupus Gruppe **36**
Zu Startbahnprozessen und autonomer Politik

Linksradikalismus **41**
Franz Jungs Utopie einer anderen Arbeiterbewegung

Moderner Sozialismus? **49**
Dokumentation einer Studie der Ost-Berliner Humboldt-Universität

Marcuse-Arbeitstagung **56**
Eine Replik

Sowjet-Marxismus **58**
Aufzeichnungen von der Frankfurter Marcuse-Tagung

impressum:
diskus
Frankfurter Studentenzeitung
Heft 1/2, Dez. 1989
Anschrift:
diskus-Verlag,
Jügelstr. 1
(StudentInnenhaus)
6000 Frankfurt 1
Tel. 069/798-3188
Herausgeber: Tim Darmstädter, Bernd Eichhorn, Andreas Fanizadeh, Michael Hintz, Peter Kinsel
Satz: W. Röckel/caro-Satz
Repros: Henry Rapior und AStA-Druckrei
Druck: caro-Druck
Titelmontage: Henry Rapior

Redaktionsschluß für den nächsten diskus ist der 23. Januar 1990. Wir planen einen Themenschwerpunkt zur Entwicklung in der DDR und Osteuropa und die Auswirkungen der Veränderungen auf die BRD-Gesellschaft. Manuskripte sind willkommen.

zum Titelbild:

Nachdem am 4. November 1989 die Demonstration gegen die 75-Jahr-Feier der Frankfurters Universität schon eine Weile beendet und der größte Teil der StudentInnen von dannen gezogen war, warf ein Student ein Ei in Richtung Paulskirche. Dies veranlaßte die westliche Freiheit, in Aktion zu treten. Eine Frankfurter Tageszeitung meldete später, ein Polizist habe sich leicht verletzt.

T-K

Die Geschichte des DISKUS

TEIL 1 (1951-69):
Von der »vorbildlich gediegenen Frankfurter Studentenzeitung« zum »Blatt für die Kaderbildung« und »Massenagitation«

Das Projekt DISKUS begann als „Frankfurter Studentenzeitung", eine Zeitung „von Studenten für Studenten". Gegründet 1951, kann man sie im Rahmen der „reeducation" sehen, auch wenn die „Entnazifizierung" schon längst als abgeschlossen, gescheitert galt. Die Einübung demokratisch kommunikativer Umgangsformen stand an oberster Stelle, Studentische Selbstverwaltung (Studentenparlament, Allgemeiner Studentenausschuß), Studentenkino und -theater kamen hinzu. So rief Max Horkheimer bei Gelegenheit der damals noch üblichen Immatrikulationsfeier 1953 dazu auf, von solchen Möglichkeiten „Gebrauch zu nehmen", nicht ohne die Gefahr zu sehen, daß dort bloß Spielregeln und Routine als technische Mittel für den späteren Beruf angeeignet würden (Immatrikulationsrede 1954). Finanziert wurde der DISKUS durch Landeszuschüsse, was ein weiteres Indiz dafür ist, wie hoch der Stellenwert solcher Projekte für die Demokratisierung der Gesellschaft angesehen wurde. So bewegte sich der DISKUS lange Zeit im Spannungsfeld unreflektierter Staatsloyalität und kritischer Selbstbehauptung, was ein zum Teil durchaus disparates Bild ergibt.

Wie vergangen ist die Vergangenheit?

In den ersten Jahren trug die „Frankfurter Studentenzeitung" den Untertitel „Mitteilungsblatt der Vereinigung von Freunden und Förderern der Johann Wolfgang Goethe-Universität", die hierin um Mitglieder warb und Geschäftsberichte veröffentlichte — oder auch Stellung nahm zu Geschichte und Zukunft der Frankfurter Universität. „Über ein Menschenalter haben hervorragende Männer auf allen Gebieten der Wissenschaft und des Lebens an dieser Universität forschend und lehrend gewirkt, recht im Geiste von Frankfurts größtem Sohne, mit dem ihr Name im Goethe Jahr 1932 auf immer verbunden worden ist. Die Johann Wolfgang Goethe-Universität *hat die Notzeit der folgenden Jahre ehrenvoll überdauert*, aber der Krieg hat auch ihr schwere Wunden geschlagen. Die *hohen Räume* von einst sind nur zum Teil wiederhergestellt, . . ." (3,4/51, Hervorhebung *T.D.*). Wer die Geschichte so erledigt, für den ist die Zukunft klar: „Unsere Studenten und Studentinnen von heute sind die Wissenschaftler und Gelehrten, die Juristen, Ärzte und Wirtschaftsführer von morgen." (6/51)

Die Frage nach der „besten menschlichen Verfassung" (Horkheimer: Immatrikulationsrede, S. 54) stellt sich für solche Leute überhaupt nicht, die „beste aller Welten" ist die je existierende.

Die Jungjournalisten der „Frankfurter Studentenzeitung" sind da sensibler, auch wenn nicht zu übersehen ist, daß gerade durch solche Art, das Geschehene zu meistern — und diese Aussagen bilden sozusagen den Grundkonsens der neuen/alten Herrschaftscliquen — die „Aufarbeitung der Vergangenheit" blockiert wird, was nicht ohne Auswirkungen auf diejenigen ist, die sich bemühen, mit der faschistischen Erblast einsichtiger umzugehen.

Von Beginn an war der Blick nicht auf die Frankfurter Universität oder studentisches Leben beschränkt, sondern wurde versucht, gesellschaftliche Themen einzubeziehen. Der erste große Komplex ist die Wiederbewaffnung der Bundeswehr, die den männlichen Teil der Studentenschaft direkt betraf. Es entspann sich über Jahre eine Debatte moralisch-ethischer, religiöser, politischer oder nur formaler (studienorganisatorischer) Natur, die noch durch die Diskussion über Kriegsdienstverweigerung ergänzt wurde. Dies war sozusagen der Prototyp einer kritisch-kontroversen Auseinandersetzung mit einem Gegenwartsproblem, die in Umfang und Ausprägung einzig dastand. Weitere „Dauerthemen" waren in den Anfangsjahren die Burschenschaften, deren Wiederaufleben mit Besorgnis begleitet wurde, sowie die Gründungsversuche rechtsextremistischer Parteien und Nazitreffen in jeglicher Form.

Außerdem standen natürlich die Institutionen der selbstverwalteten Studentenschaft, des AStA auf Uniebene und der Verband Deutscher Studentenschaften (VDS) auf Bundesebene zur Diskussion. Wichtig waren die Einigung Europas und immer mal wieder der Blick gen Osten.

Die nach einiger Zeit eingerichtete Rubrik „Man sagt in Bonn . . ." zeigt, daß Parlamentarismus und die politischen Parteien im Bundestag als Zentrum der Demokratie angesehen wurden, als das Maßgebliche, was sich in diesem Lande abspielt. Die DISKUS-Redakteure selbst gerierten sich mal als Saubermänner, mal als Musterdemokraten: alles wird abgewogen, für und wider, das geht soweit, daß selbst Apartheid „pro und contra" (wie es im Untertitel hieß) diskutiert wird. Dabei sind sie keineswegs frei von Standesdünkel. Anläßlich eines Studentenstreiks, wegen mangelnder Finanzaussattung 1957 von Studenten der Ingenieurschulen begonnen, wird im Leitartikel kommentiert: „Wenige Studenten haben ein gutes Gefühl, in das Geschrei aller Berufsverbände nach mehr Geld auf solche Art einzustimmen, aber die vornehme Zurückhaltung in den vergangenen vier Jahren nach den Bundestagswahlen 1953 haben uns keinen Schritt weitergebracht." (3/57) Man war nicht mehr bereit, alles hinzunehmen, obwohl es von einer bundesweiten Studententagung 1958 hieß, „daß auch nicht ein Diskussionsteilnehmer versuchte, unsere heutige Gesellschaft grundsätzlich zu kritisieren". Dies war kein Bedauern: „Das hätte sogar das erfreulichste Ergebnis von Karlsruhe sein können, wenn die Diskussion zugleich davon überzeugt hätte, daß der durchschnittliche Student die Prinzipien der bürgerlichen Gesellschaft erkenntnistheoretisch im Griff hat." (4/58) So mündete dort die Klage über die Massenuniversität (überfüllte Seminare etc.) im Ruf nach Reglement.

Ein Professor, der in den Bundestag einzog, packt aus — und die Studenten sind entsetzt

Syptomatisch für das Verständnis der Demokratie in dieser Zeit ist auch die Auseinandersetzung um die Atombewaffnung der Bundeswehr. Ein Leitartikel beschwört Gefahr für den Parlamentarismus herauf, die politischen Sitten seien verfallen, sachliche Argumente durch moralische und theologische verdrängt. Im Mai 1958 demonstrierten Frankfurter Studenten und Dozenten gegen den Atomtod auf dem Römer, woraufhin der DISKUS mit einer Aufforderung zur Diskussion aufwartet. Der Kopfbeitrag wurde von Prof. Dr. Franz Böhm (MdB/CDU) beigesteuert, der in einem Vorspann erst mal klarstellt, daß die „pervertierten Fronten" nicht seine Schuld seien. Dann legt er los: „Protestmärsche gegen den Atomtod sind eine billige scheinheilige und heuchlerische Demonstration. . . . Man demonstriert gegen den Westen, weil man das im Westen ohne Risiko tun kann." Er scheint letzteres zu bedauern. Dann fährt er fort: „So ziehen konzeptionslose Pfahlbürger . . . die Schleusen einer scheinrevolutionären, enthemmten Propaganda hoch. . . . Wie können Bürger einer Universität einen solchen gemeingefährlichen Unfug durch Schweigemärsche unterstützen? Weise der Wissenschaft ist es, mit Gründen zu reden, nicht mit *Schweigen zu hetzen*." (Hervorhebung *T.D.*) Es genüge, Kritik mit „sachlichen Argumenten"

(sic!) im Rahmen der „verfassungsmäßigen Ordnung“ zu üben. „Bei der Aktion gegen den Atomtod aber handelt es sich um einen *bewußten Übergang zu dramatisierten Formen der öffentlichen Auseinandersetzung*, wie er nur beim Anblick gewissenslosen Leichtsinns oder offenkundiger Unmoralität einer Regierungspolitik durch den Gesichtspunkt der Notwehr gerechtfertigt werden kann.“ (Hervorhebungen im Original) Für Böhm ist eine Demonstration an sich schon eine Beleidigung für die Regierung, überhaupt jegliche Opposition eine schändliche Ausnutzung der Freiheit.

Als Gegenstimme fordert Dr. Jürgen Habermas, damals Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Sozialforschung: „Unruhe erste Bürgerpflicht“ gegen „die Politiker der Stärke“. Doch glaubt auch er lieber an den Verstand des Standes, dem auch er einmal angehören wird: „Wenn uns die SPD unterstützt, um so besser; wir aber setzen notgedrungen unsre ganze Hoffnung auf die einsichtigen Abgeordenten der CDU, nicht zuletzt die *Professoren* unter ihnen, die allein in der Lage sind, die Mehrheitsverhältnisse des Bundestages in dieser Sache zu ändern.“ (5/58) (Hervorh. *T.D.*) Nicht zu übersehen ist die Überzeugung, daß Politik letztlich doch in vernünftig-argumentativer Weise entscheidet, und dabei der Dünkel, daß gerade Professoren dieses Verfahren besonders zu eigen ist. Die Erinnerung daran, was akademische Talarträger zu den ‚nationalen Aufbrüchen‘ der Jahre 1914 und 1933 beigetragen hatten, geht leider flöten.

Die „Eröffnung der Diskussion“ wurde mit einem Sturm der Entrüstung beantwortet, der den DISKUS dazu veranlaßte, in seiner nächsten Ausgabe zwei Seiten Leserbriefe gegen den Böhm-Artikel zu veröffentlichen.

Warum diese ausführliche Darstellung? Es ist zu bemerken, daß die Auseinandersetzungen heftiger wurden. Dies ist ein gutes Beispiel für die Unverschämtheit selbsternannter Demokraten einerseits und die Überzeugung, man brauche demokratische Rechte vom Verfassungsstaat nur einzufordern, andererseits.

1956 war die KPD verboten worden, die Funktionäre mußten fliehen oder kamen hinter Gitter. Seit Anfang 1958 wird der DISKUS vom Antikommunismus erfaßt. Es gibt ein AStA-Referat für gesamtdeutsche Fragen, und im DISKUS wird die Wiedervereinigung zum dominanten Thema. Von der „Sowjetzone“ ist die Rede, von „Mitteldeutschland“ (die Oder-Neiße-Grenze steht in Frage) oder vom „kommunistischen Block“. Kontakte werden beargwöhnt, verurteilt oder schlechterdings zum Skandal erklärt. „Sowjetzonale Funktionäre — und nur mit solchen wird man bei Kontakten zusammenkommen — werden sich bestimmt nicht bei Gesprächen oder durch Augenschein von unserem politischen und wirtschaftlichen System überzeugen lassen — schon gar nicht von westdeutschen Jugendlichen, die nicht wie diese auf eine staatliche Ideologie abgerichtet sind.“ Diese Haltung ist charakteristisch. Die Selbstgewißheit, die platte Affirmation als frei erworbene Meinung oder gar Erkenntnis anzusehen, ist ein Ideologem, das bis in unsere heutigen Tage unverändert wirkt. Der staatliche Antikommunismus war damals umfassend, nahezu jedem Individuum Grundlage des Denkens. Was dem ‚Normalbürger‘ zum Affekt gerät, wird beim Akademiker Vernunft. Wären die östlichen Funktionäre nicht durch „eine staatliche Ideologie abgerichtet“, so könnten sie sofort von „unserem politischen und wirtschaftlichen System“ überzeugt werden. Da sie indoktriniert sind, lohnt das Reden nicht. Womit auch die Akademiker beim Affekt gelandet wären und sich nun umgehemmt austoben können: „Gewiß, die Sowjets kennen, wie wir wissen, weder Anstand noch Mitleid.“ (4/59) Den Kommunisten bzw. den Völkern, die unterm real existierenden Sozialismus/Kommunismus lebten, wurde kurzerhand das Menschsein abgesprochen. DDR- bzw. Sowjetunionfeindlichkeit und Wiedervereinigungsdiskussionen weiteten sich bis Mitte 1959 zu einem wahren Trommelfeuer aus.

Die Kultur pflegt im DISKUS kein Schattendasein

Doch ist auch dies nur eine Seite. Trotz breiter konservativer Ideologie innerhalb des DISKUS wurde z.B. von Anbeginn jedes Buch von Adorno besprochen, was darauf hinweist, daß ihm eine herausragende Stellung zugebilligt wurde. In frappantem Gegensatz zum Antikommunismus im politischen Teil standen Alfred Schmidts regelmäßige Rezensionen der Marxismusdebatten in der Sowjetunion und die kritische Begleitung von Philosophiekongressen und Neuerscheinungen. Die Vermutung, Kritik sei durch Abschieben in den Kulturteil unschädlich gemacht worden, greift zu kurz. Denn einerseits vermag gerade die schroffe Widersprüch-

josef hiršal · konkrete poesie · bohumila grögerova

faulknerovo jablko - faulkners apfel

```
      pes    W   tma
    p t a k  I   s l z a
  m o c a l  L   k o c k a
v z d u c h  L   p e s i n a
b l a z e n  I   l o u t k a
z e b r i k  A   t e r a s a
c l o v e k  M   h v e z d a
p o h l e d  F   k r i v k a
p r a m e n  A   o b l o h a
s t a r e c  U   t r t i n a
c h o m a c  L   p o s t e l
h r e b i k  K   b r i t v a
  j a z y k  N   s u k n e
    p r s t  E   k r e v
        muz  R   noc
```

pes – der Hund, ptak – der Vogel, mocal – das Moor, vzduch – die Luft, blazen – der Narr, zebrik – die Leiter, clovek – der Mensch, pohled – der Anblick, pramen – die Quelle, starec – der Greis, chomac – der Buschel, hrebik – der Nagel, jazyk – die Zunge, prst – der Finger, muz – der Mann

tma – die Finsternis, slza – die Trane, kocka – die Katze, pesina – der Pfad, loutka – die Puppe, terasa – die Terrasse, hvezda – der Stern, krivka – die Kurve, obloha – der Himmel, trtina – das Rohr, postel – das Bett, britva – das Rasiermesser, sukne – der Rock, krev – das Blut, noc – die Nacht

Alle diese tschechischen Substantiva sind männlichen Geschlechts

In dieser Halfte sind nur weibliche Substantiva

Alle diese Worte sind nicht beliebig ausgewahlt sie stammen aus der tschechischen Übersetzung von Faulkners Light in August und wurden aus jeder funften Seite des Buches nach Geschlecht und Zahl der Buchstaben ausgewählt

```
      A                                        C
            caten tatan namham caca
          cam acca ha chacha ma na ta
        can acta hac cham mast nach tac
      cana ach haha chat tact mac aha tah
    nachahmt canna achat hahn chata tannant
   maca nacht acht mach tan macht tana shan at
T mam ahmt mahnt canc ahnt mama nah maman cantata  H
    cant mamma cancan amen man ham nahm tant an
     mana tanta canta amant manant naht mann
       tam haman nam tamtam mat nenan mata
         ana tna mna staman mnata natant
           cat match hana nant hat tma
            anna tata nata cha atta
      N                                        M
```

aus intertexte

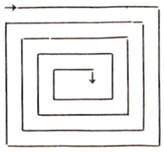
vitr - der wind

aus mikrogramme

morgensternova tajenka - morgensterns kreuzworträtsel

```
CH predtaktsovasct CH
u R pvduchusvehot R y
oh I ouobaktanci I vr
loh S upkalosic S duc
snea T nasveos T tart
aslvn I enapa I iylov
eueoao A rky A drrier
skvspsz N n N tnecmst
auotuant M M sesltetv
lrzkolean O elkaevlae
ayuahasm R R ahskrilp
klrtudi G z G rtrtbpr
tazdml E pla E iepare
ereet N avrtn N jrlim
shlr S yrvkilz S atpv
uye T pendanves T ric
pk E msykzonevui E sa
u R tykildifzijin R s
 N olsunitsmeresve N
```

Tschechische Ubersetzung des Gedichts Der Tanz aus der Sammlung Galgenlieder Die Worte sind ohne Lucken nacheinander in dieser Form und Richtung geschrieben



aus der textsammlung JOB-BOJ · die welt

fenstersturz wellen rollten auf gummiradern besaßen wir atlantische zwillinge absurdes aus dritter hand astrob'em ist beunruhigt 4000 hasen muß der konig schießen dudelsacke unter vier augen rauhe sitten aufgelesen wahrend der schah verreist ist harte schnabel mach's dir leichter bewahrungsfristen es kommt auf den geist an die dritte kraft pracht palmen pomp der frischen gemuse zahlen geben zu denken als vermittler was uns schmeckte von jetzt ab sind leckermauler ohne einen funken von gefuhl und doch ein genuß auf dem dachboden die minister kletterten funf stunden wartete okosha bessere beziehungen beim sturz in die tiefe eine junge dame prugelte zum tode herrliche schiffe mit den apfelnes gab nie russischer salat nicht vorbeigehen uber veraltete vorstellungen hat der manager verloren menschen billig wie brombeeren frischer tau meist mit allerliebsten lacheln zuwachsender see in london verschwunden flirt mit vierzehn schwanenkindern endstation waffen weh dem der rugt maschinen diagnose stellen gezielt? sterben aus kritische hakeleien der sammler bleibt vergab den sieg mit bunten nadeln will besuchen kulturpleite es wird wärmer mit dem henker aber wie? es gab kein geschaft sir charles verlor hinter der schleuse warnen die braut wurde geleitet nach mitternacht die satze wurden gesenkt im schornstein ums leben gekommen entweder gibt es mause oder wiederbelebungsversuche daß es allen gut immer rascher schatten und grau same deutlichkeit

laska - liebe

```
on
ona
on
ona
on    a    ona
on a ona
onaona
onaona onaona
onaona onaona
onaonaonaonaonaonaon
aonaonaonaonaonaonaona
onaonaonaonaonaonaona
onaonaonaonaonaonaonaon
aonaonaonaonaonaonaonaona
aonaonaonaonaonaonaonaona
ONO
```

aus grammatische texte

on – er, ona – sie, a – und, ono – es

puncochy - die strümpfe

mallarméovy smysly - mallarmés sinne

```
     dlouhy  klamny                 marny monotonni
sladky  Z R A K  netknuty     vysoky  S L U C H  obyoejny
     dvojitv  zlaty                 oiry    sonorni

                    cudnejsi
              rioni           jasny
           barinaty     C     nocni
           vyprahly     I     idealni
          piskajici           chtivy
            vzdusnv     C     jemny
              svezi     H     uriznuty
              pysny           vzdaleny
                    zelenavy

                   prvotni cira
              belostna C H U T animalni
                    cudna bila

       H            M            A            T
```

ZRAK – Gesichtssinn SLUCH – Gehorsinn

dlouhy – lang, klamny – trugerisch, sladky – suß, netknuty – unberuhrt, dvojity – doppelt, zlaty – golden

marny – fruchtlos, monotonni – monoton, vysoky – hoh, obycejny – gewohnlich, ciry – klar, sonorni – sonor

CICH – Geruchsinn

ricni – Fluß, barinaty – moorig, vyprahly – durr, piskajici – pfeifend, vzdusny – luftig, svezi – frisch, pysny – stolz, zelenavy – grunlich

cudnejsi – zuchtiger, jasny – hell, nocni – nachtlich, idealni – ideal, chtivy – gierig, jemny – fein, uriznuty – abgeschnitten, vzdaleny – weit

CHUT – Geschmacksinn

prvotni – ursprunglich, cira – klar, belostna – blendend weiß, animalni – animal, cudna – keusch, bila – weiß

HMAT – Tastsinn

horky – heiß, modlarsky – gotzendienerisch, anticky – antisch, trpytny – schimmernd

Auch diese Kreation aus Eigenschaftsworten wurde nach dem mechanischen Prinzip wie die anderen aus der tschechischen Übersetzung Mallarmés gearbeitet

aus: diskus 2/65

... sein, so glaubt Kurator ..., genügend Raum geschaffen zu ... den ... um zukünftiges ... Gefahr, die das gängige Bi...

lichkeit von antikommunistischen Artikeln und an Marx orientierter Theoriediskussion auf erstere zurückschlagen, andererseits nimmt der Kulturteil einen so großen Raum ein, daß von einer Randexistenz nicht die Rede sein kann. Anfänglich ein Hort der Innerlichkeit, selbstgebastelter Gedichte und pseudoreligiöser Geschichten, entwickelte sich die Kultursparte zu einem eigenständigen Faktor im DISKUS, der den Experimenten der deutschen Avantgarde Platz bot. Die Leserschaft schien allerdings überfordert, so daß die Redaktion sich zu einer Antwort auf zahllose Schmähbriefe genötigt sah: „Der DISKUS versucht entgegen den Gepflogenheiten der meisten anderen Studentenzeitungen vor allem solche Autoren zu Worte kommen zu lassen, die über ihren studentischen Wirkungskreis hinaus in Westdeutschland einen, wenn auch bescheidenen, literarischen Rang haben. Er meint es seiner Leserschaft schuldig zu sein, sie mit künstlerischen Äußerungen der Moderne bekanntzumachen, auch dann, wenn er mit den Ansichten jener wie dieser nicht ineinsgeht. Daß die entsprechenden Erzählungen und Gedichte auf Unverständnis gestoßen sind, spricht zunächst einmal weder gegen die Autoren noch auch gegen die Briefschreiber, sondern bestenfalls für die Vertracktheit der Materie." (8/59) Man verließ sich auf „Redlichkeit und Sachkenntnis" der Autoren, was dazu führte, daß der fortschrittliche Kulturteil ungewollt zum Vorboten ganz anderer Umwälzungen wurde.

Ist der DISKUS prokommunistisch oder faschistisch?

Zunehmend fanden kritische Beiträge Einzug in den DISKUS. Die verschärfte Studiensituation war sicherlich ein Grund dafür: Verschärfte Prüfungsbestimmungen, die Einführung des Numerus Clausus, die soziale Lage der Studenten wurden diskutiert. Rassendiskriminierung in den USA, Kalter Krieg und Nationalismus in West-Deutschland lösten die Hetze gegen den Osten ab.

Doch noch bevor der Umbruch als solcher erkennbar wurde, trat der CDU-Bundestagsabgeordnete Rainer Barzel ins Rampenlicht. Die Arbeitsgruppe „Kommunistische Infiltration und Machtkampftechnik" seines Komitees „Rettet die Freiheit" bezeichnet den DISKUS in einem der Öffentlichkeit vorgelegten Rotbuch als „prokommunistisch". Der verantwortliche Herausgeber und Redakteur des angeprangerten Blattes wundert sich: „Von Mitgliedern des Sozialistischen Deutschen Studentenbundes und von Mitarbeitern der Hamburger Studentenzeitung ‚konkret' ist der DISKUS bisher stets als ‚braun', ‚nationalistisch' oder auch ‚faschistisch' bezeichnet worden. Das Prädikat ‚prokommunistisch' indessen hat uns noch niemand zuerkannt." (3/60) Mit Recht! So beklagt sich der ‚Diffamierte' nicht gegen die Gesinnungspraxis überhaupt, sondern er vermeidet es, die Falschen getroffen haben. „besten menschlichen [illegible]kheimer: Immatrikulamutet, daß es gar nicht um „kommunistische Infiltration" geht.

Bald darauf wird das Bekenntnis des DISKUS geliefert, „im Grundsätzlichen positiv zu Politik der Bundesregierung (zu) stehen". (8/60) Und das ist immer noch die des alten Adenauer. Fast könnte man meinen es käme zu spät, doch bei aller aufkommendenden Kritik bleibt eine merkwürdig affirmative Haltung zur Bonner Politik bestehen.

Dies vermag weitere Angriffe nicht zu verhindern: „Ob der Redaktionsautor des ‚DISKUS' Kommunist ist oder nicht, ist ziemlich gleichgültig. Entscheidend ist, daß das geistige Aroma, das seit geraumer Zeit der früher vorbildlich gediegenen Frankfurter Studentenzeitung anhaftet, der subversiven kommunistischen und extrem linken Agitation unter der Studentenschaft und andernorts wirksame Zutreiberdienste leistet — gewollt oder ungewollt." (Aus einam Leserbrief in der FAZ, 5/61)

Auch in der DDR stößt die Affäre auf Interesse. Das FORUM, Organ des Zentralrats der FDJ, schreibt: „Man kann dem DISKUS alles mögliche vorwerfen, nur nicht das eine, er habe sein antikommunistisches Soll nicht erfüllt. (...) Gewiß, sie sind es im Grunde nicht wert, von den Freiheitsstiefeln getreten zu werden, die sie immer wieder linientreu belecken. Wir können beschwören, daß DISKUS sich unter den bundesdeutschen Studentenzeitungen seit eh und je als ein Idealfall von hündischem Eifer hervorgetan hat. Gelegentlich progressive Äußerungen in der Zeitung ändern hieran nichts. (...) DISKUS ist zweifellos gewillt, den Antikommunismus bis zum Erbrechen weiterzumachen." (5/61)

Der Student hat die Demokratie nicht nur erkenntnistheoretisch nicht im Griff

Die Auseinandersetzung, was der DISKUS nun sei, fand bezeichnenderweise auf der Schwelle des ersten Umbruchs statt. Die „vorbildlich gediegene Frankfurter Studentenzeitung" wird aufmüpfig.

Doch wie verhielt es sich mit der „studentischen Basis"? Eine 1957/59 von Habermas, Friedeburg u.a. am IfS durchgeführte und 1961 vorgelegte „Soziologische Untersuchung zum politischen Bewußtsein Frankfurter Studenten", erschienen unter dem Titel „Student und Politik", kommt zu dem ernüchternden Ergebnis, daß der Großteil der Studenten unpolitisch ist. Gründe hierfür sehen die Verfasser in der „Formalisiserung der Demokratie". Es „hat sich zweifellos die äußerliche abstrakt-verwaltungstechnische Seite des Staates mehr in den Vordergrund geschoben. Der Staat begegnet dem Einzelnen primär als Verwaltungsapparat, nicht eigentlich als Polis. (...) Je mehr ökonomische und politische Macht sich miteinander verfilzen, d.h. je mehr der Gesamtprozeß der Gesellschaft sich mit ‚Politik' durchsetzt, die sich als solche gar nicht mehr zu erkennen gibt, desto [illegible] keineswegs wird das Bewußtsein Anläßlich eines Studente[illegible]olitisch w[illegible]rd, ist gelnder Finanzaussattung 195[illegible]

nichts mehr politisch", schreibt Alfred Schmidt für den DISKUS. Die „Typen politischer Tendenz" werden wie folgt eingeteilt: „30 % der Frankfurter Studierenden bezeichnet die Untersuchung als ‚genuine Demokraten'; ihre Vorstellungen gehen vom liberalen Modell der Gleichheit aller bis zur Forderung einer solidarischen und demokratischen Kontrolle der Wirtschaft durch die Menschen. 39 % sind in *dem* (Hervorhebung im Original) Sinne ‚formale Demokraten', daß sie zwar die bestehenden demokratischen Verhältnisse billigen, ihrer ganzen Einstellung nach aber der Demokratie distanziert gegenüberstehen. Ungefähr ein Viertel der Befragten sympathisiert offen mit ‚autoritären', nichtdemokratischen Regierungsformen, ‚die teils konservativ-obrigkeitlich, teils totalitär verstanden' werden. Als demokratisch lassen sich auch die restlichen 9 % kaum ansprechen, da sie bei ihrer Indifferenz ‚sich selber wie Objekte verhalten'." (4/61) Wird nicht nur das Bekenntnis untersucht, sondern nach der praktischen Auswirkung geforscht, so wird das Urteil erschreckend: Weniger als 4 % aller Befragten zeichneten sich als „beständige Demokraten" aus, d.h. als solche, bei denen sich Engagement und Reflexion mit genuin demokratischer Tendenz und dem Gesellschaftsbild sozialer Gleicheit verband. Ihnen standen 6 % hartnäckige Autoritäre gegenüber.

Der DISKUS hingegen beginnt sich nun auch mit faschistischen Regimes in Spanien, Südafrika und Lateinamerika zu beschäftigen, die er scharf angreift. Doch er schweift nicht nur in die Ferne (ein Feigenblattdasein fristete schon einmal der Algerienkrieg in den 50er Jahren), jetzt stolpert er auch über den Müll im eigenen Garten.

Wird Ende 1961 noch gespottet: „Das Mark unserer Ehre heißt Systemtreue." (8 + 9/61), erteilt er zu Beginn des Jahres 1962 gar als Leitartikel über den Mittelstand eine etwas holprig geratene Marx-Lektion: „Immerhin registriert das ‚Statistische Jahrbuch für die BRD', daß von allen Erwerbstätigen des Bundesgebietes im Jahre 1960 mehr als 75 Prozent ‚Abhängige' waren, d.h. Arbeiter, Angestellte und Beamte — also Leute, die gezwungen sind, ihre Arbeitskraft zu verkaufen, um zu leben. Marx hat diese Leute ‚Lohnarbeiter' oder ‚Proletarier' genannt." (1/62)

Die Spiegel-Affäre kündigte den innnenpolitischen Notstand an, nach Mauerbau und Kuba-Krise ist außenpolitisch Entspannung angesagt und der DISKUS kann sich von einem alten Laster trennen: „Die Zeiten sind vorbei, wo man noch mit gutem Gewissen von der Wiedervereinigung als wichtigster Aufgabe sprechen konnte." (1/63)

Der DISKUS interessiert sich für den SDS

Innerhalb zweier Jahre hat sich ein vollständiger Wandel vollzogen. Der DISKUS rät Adenauer zum Abtreten, er bedauert die Anpassung der SPD an die Regierungspolitik zwecks Einstiegs in die Macht, verfolgt die

Entwicklung des Sozialistischen Deutschen Studentenbundes mit Interesse. Der SDS, einstige Studentenorganisation der SPD, hatte sich im Mai 1960 gespalten. Eine parteikonforme Gruppe bildete den Sozialdemokratischen Hochschulbund (SHB), gegen SDS-Mitglieder wurde 1 1/2 Jahre später ein Unvereinbarkeitsbeschluß durch die Mutterpartei verhängt, der den Unterstützerkreis prominenter Personen wie Wolfgang Abendroth gleich mit traf. So sah sich der nun etwas freischwebende Verein plötzlich in eine exponierte Stellung gedrängt. War die SPD „salonfähig geworden" (Lothar Hack, 1/63), d.h. nicht mehr unterscheidbar von den Regierungsparteien, fanden gar Koalititonsgespräche mit der CDU statt, geriet der SDS in die Rolle, die einzig organisierte Opposition in der Gesellschaft darzustellen (sieht man einmal von den damaligen Ostermarsch-, Kampf dem Atomtod-Bewegungen und an sie angelehnte Organisationen wie z.B. der DFU ab). Der Begriff „Neue Linke" ging um und war gesetzt für eine „Entwicklung der sozialistischen Theorie und Praxis" gegen den Konformismus. Dabei spielten der von der Kritischen Theorie beeinflußte Frankfurter und der als „liberal" bezeichnete Berliner Flügel die entscheidende Rolle in der Auseinandersetzung mit den Dogmatikern aus Hamburg.

Die Haltung des DISKUS kann man vielleicht als Sympathie aus der Distanz bezeichnen. Er sprach jedoch noch immer von „unserer Regierung" (1/63), schrieb die DDR mal wieder in Anführungszeichen (5/63) und es wurde ein Redakteur gefeuert, weil er für die „Linke Linie" der Leitartikel verantwortlich war. Doch ließ sich die Entwicklung nicht mehr umkehren. Das bemerkten auch die „Freunde und Förderer" der Universität, deren Verein ab Ende 1962 ein eigenes Mitteilungsblatt herausgab, anstatt im DISKUS zu veröffentlichen. Die hessische Landesregierung teilte ein halbes Jahr vorher mit, „sie sehe sich außerstande, vom nächsten Jahr an die Kosten alleine weiterzutragen: sie werde künftig nur noch soviel zahlen, wie die Studenten selbst für ihre Zeitung aufbrächten." (6/65) Der Konformitätsgrad war also selbst für die hessische SPD unter die Finanzierbarkeitsgrenze gesunken.

Die Universität baut,
behebt aber nicht ihre Probleme

Das Jahr 1963 war auch das weitreichender Bauplanung der Universität. Ende der 50er, Anfang der 60er Jahre wurden bereits ein neues Hörsaalgebäude (das mit den römischen Ziffern), das Philosophicum an der Gräfstraße und die Alte Mensa errichtet. Mit der kramerschen Moderne (Ferdinand Kramer war zwischen 1952 und 64 Baurat der Universität und entwarf insgesamt 23 Gebäude) waren die Studenten ganz zufrieden. Die Kritik, die im DISKUS laut wurde, traf die universitären Kapazitätsplaner: Die Planungen waren stets an den Zahlen des Planungszeitpunkts orientiert, d.h. die Mensa z.B. bei ihrer Fertigstellung bereits zu klein. „Die drangvolle Enge in den Hörsälen, Seminaren, in der Mensa ist kaum noch zu ertragen ... Die Studentenzahlen stiegen schneller, als die Gebäude wuchsen ...eine weit vorausschauende Planung tut not."

haben, wenn wir mit etwa so vielen Studenten rechnen, wie wir heute haben. Aber werden die Studentenzahlen konstant bleiben oder alle Planung wieder ad absurdum führen?" (5/63) Zu diesem Zeitpunkt hatte die Universität 13000 Studenten.

Otto Mühl: Materialaktion, aus: diskus 4/1966

Die Universität holte zum großen Wurf aus: Niederursel wurde als Standort für eine naturwissenschaftliche und medizinische Fakultät ins Auge gefaßt, um den Expansionsgrenzen im Kerngebiet zu entgehen; die Stadt- und Universitätsbibliothek stand bereits im Rohbau, ebenfalls begonnen wurde ein zweites Hörsaalgebäude, unmittelbar neben dem alten (es trägt die arabischen Ziffern), ein neungeschossiger Bau für die Mathematik an der Ecke Robert Mayer-Straße/Gräfstraße sollte begonnen werden, desgleichen der Ausbau des geographischen und geologischen Institutes an der Senckenberganlage. Für das Jahr darauf war das Juridicum (Hochhaus und Lesesaal) vorgesehen und die doppelstöckige Tiefgerage bei gleichzeitiger Sperrung der Mertonstraße. Auch die Jügelstraße sollte verschwinden und ein 70 Meter hohes Seminargebäude für die philosophische Fakultät (die damals alle ‚geisteswissenschaftlichen' Fächer umfaßte) entstehen (nicht realisiert). Letztlich sollte die 1961 nach Frankfurt verlegte Hochschule für Erziehung (die 1966 in die Universität eingegliedert wurde) ein 23geschossiges Hochhaus erhalten. Aus diesem Plan entstand später der 38geschossige AfE-Turm.

Dieser innerhalb kürzester Zeit vollzogene Ausbau führte die Universität in etwa (die Neue Mensa fehlt noch) an den heutigen Stand heran. Doch schon damals war der DISKUS-Redakteur skeptisch: „Sollten alle diese Projekte ausgeführt sein, so glaubt Kurator von Thümen, genügend Raum geschaffen zu

Von menschlichen Massenmördern und abartigen Mitgliedern der Gesellschaft

Als am 20. Dezember 1963 in Frankfurt der „Auschwitz-Prozeß" begann, war das Weihnachtsfest der Bundesbürger empfindlich gestört. Bis dahin hatte der DISKUS den Umgang mit den Naziverbrechen mit der Kategorie „aus der Vergangenheit nichts gelernt" abgehandelt — ein etwas naiver Zugang, doch ständig bemüht, einer sensibleren Auseinandersetzungsform gerecht zu werden (wie z.B. in der Entschädigungsfrage) — oder er erklärte den Antisemitismus kurzerhand zum „moralischen und charakterlichen Defekt" und bescheinigte dem Antisemiten „mangelnde Logik" (6/59). Nun forderte er, „die Aufarbeitung der Vergangenheit zur öffentlichen Angelegenheit zu machen". Das mithin Gesellschaftliche des Schweigens wurde erkannt, der Prozeß nicht als Vergeltung, sondern als Thematisierung der Verantwortung des Einzelnen in einer Gesellschaft gesehen, als Versuch „moralische Maßstäbe für das öffentliche wie private Leben in Gegenwart und Zukunft zu gewinnen". Und aufgrund der Erfahrung vorangegangener juristischer wie politischer Umgangsweisen befürchtete der Autor Manfred Müller, daß „eine schizoide öffentliche Moral- und Rechtsauffassung die Folge davon wäre, daß der Massenmord verurteilt, der Massenmörder aber freigelassen würde". (10/63) Natürlich ging es hier nicht nur um Auffassungen, sondern um zukünftiges Handeln bzw. die Gefahr, die das gängige Bild „der Führer war

an allem schuld" in ihrer praktischen Auswirkung für die aktuelle Gesellschaft besitzt.

Der DISKUS beschäftigte sich zwar nicht mit dem Prozeßverlauf, doch als nach etwas mehr als einem Jahr Anfang '65 das Urteil gefällt wurde, sahen sich die schlimmsten Befürchtungen übertroffen. „Das Urteil und seine Begründung ist ein nach geltendem Recht ordnungsgemäß zustandegekommener Skandal", schrieb Manfred Müller entsetzt: Anklage wegen Mord in mindestens 300.000 Fällen, Freispruch für Hunsche, fünf Jahre für Krumey: „Er habe eine bescheidene Rolle gespielt und ‚bisweilen noch menschliche Züge gezeigt'." Müller sieht die Rechtsordnung ins Wanken geraten, er fordert einen internationalen Gerichtshof, da Gesetze, „die für Raub und Taximörder passen, ... zur Beurteilung des ‚Verbrechens gegen die Menschheit' ungeeignet sind". Und er kritisiert die Ablehnung der Verlängerung der Verjährungsfrist für Naziverbrechen durch die Bundesregierung.

Doch der Blick bleibt auf den ‚Rechtsstaat' fixiert: „Über den Verlust des Vertrauens in die Gerechtigkeit der stabilen Rechtsordnung, den jedes Krumey-Urteil vergrößert, verlieren die unbefriedigten Kommentatoren kein Wort. Das ist schlimmer als zehn unbefriedigende Urteile zusammen." (2/65) Daß aus diesen Urteilen die willentliche individuelle und gesellschaftliche Verdrängung spricht, da am Zustandekommen der ‚freiheitlichen Ordnung' nicht gerührt werden darf, um die ‚keine Experimente'-Zeit aufrechterhalten zu können, das ist noch nicht ausgesprochen, beginnt jedoch zu dämmern.

Es ist sicher kein Zufall, daß die Rechtsprechung und neue Gesetzesvorhaben auch an anderer Stelle in den Vordergrund treten. Da ist einmal die geplante Sexualitätsstrafrechts-„Reform", eine „verschärfte Agression des Gesetzgebers" gegen die ohnehin schon von strafrechtlichen Bestimmungen bedrohte Homosexualität und Abtreibung. „Die Tatsache, daß es in den Begründungen des ‚Reform'-Entwurfes von Begriffen wie ‚Laster', ‚widernatürlich', ‚verwerflich', ‚öffentlicher Anstand', ‚Sauberkeitsgefühl', ‚Abartigkeit', ‚entartet' u.ä. nur so wimmelt, beweist, in welchem Maße autoritäres, ideologisches Denken den Entwurf geprägt hat." — „Das geltende und entworfene Recht verzichtet großzügig auf Realitätskontrolle und Argumentation, lähmt damit das Werden von Bewußtsein und Freiheit, desintegriert die Person zum Antagonismus von Trieb und Abwehr, womit die Qualifikation zum Untertan steigt." (2/64) Die Unterdrückung des Einzelnen, die strafrechtliche Normierung von Sexualität fand ihre Entsprechung im Versuch, ernstzunehmende Opposition jederzeit staatlich Herr zu werden und im Keim ersticken zu können. Gemeint ist die fast ein Jahrzehnt heftig debattierte Notstandsgesetzgebung. Die Auswirkungen des bloßen Vorhabens auf oppositionelle Bewegungen waren wesentlich für die Zuspitzung der Auseinandersetzungen in den Jahren 1967/68.

Bereits im September 1960 war ein Gesetzesentwurf im Bundestag vorgelegt worden, der jedoch von der Opposition zu Fall gebracht wurde. Anläßlich der Spiegel-Affäre meinte der DISKUS noch: „Notstandgesetze sind überflüssig. Es klappt auch ohne sie fabelhaft." (8 + 9/62) Doch am 24. Januar 1963 wird ein neuer Entwurf gelesen, „alle Parteien erklären sich bereit ..., auf der von der Regierung vorgelegten Grundlage über eine Veränderung unserer Verfassung zu beraten". (2/63) Veränderung hieß, elementare Verfassungs- und Rechtsgrundsätze für den Fall des ‚Notstands' außer Kraft zu setzen. Parallelen zum Ermächtigungsparagraphen 48 der Weimarer Verfassung wurden gezogen. Die Notstandsgesetze machten es möglich, nicht die Demokratie vor ihrer Zerstörung, sondern den Machtanspruch einer ‚herrschenden Clique' zu sichern. Dies rief Entrüstung hervor. Vor allem die Gewerkschaften machten mobil. Auch Studenten und eine beachtliche Anzahl von Professoren beteiligten sich an dem Protest. Ein in Frankfurt am 30. Oktober 1966 veranstalteter Kongreß wurde zur bisher „größte(n) Manifestation der Opposition", „Grußbotschaften mit Erfolgswünschen kamen in nicht aufzählbarer Menge von verschiedenen Personen, Gruppen, Institutionen". Ernst Bloch warnte auf der Abschlußkundgebung auf dem Römer vor 21000 Zuhörern: „Die subjektiven öffentlichen Rechte, Meinungsfreiheit, Koalitionsrecht, Streikrecht und so fort, können dann, das geht leicht in Deutschland, eliminiert werden; ein Notstand ist immer bei der Hand, sobald ihm nichts fehlt, als ausgerufen zu werden." (7/66)

Der Ton des DISKUS wurde schärfer, parteiischer. Das Vertrauen in parlamentarisch gewählte Regierungen schwand mit der Debatte des Notstandsrechts. Demokratie erwies sich als Lippenbekenntnis der Herrschenden. Es entstand die paradoxe Lage, daß diejenigen als Verfassungsfeinde beschimpft wurden, die die Verfassung gegen die Regierenden verteidigten.

Herr Horkheimer hat Geburtstag und ein DISKUS-Mitarbeiter wird gefeuert

Zunehmend wurde der Einfluß von Horkheimer und Adorno spürbar, an der Kritikform, wie an der Sprache zahlreicher Artikel.

Dies kommt auch zum Ausdruck in einer „Dankadresse" zu Horkheimers 70. Geburtstag am 14. Februar 1965: „Wieviel wir von ihm gelernt haben, wissen wir noch nicht, denn alles, was er lehrt, ist auf die Praxis eines besseren Lebens gerichtet und will erst verwirklicht werden. Bei hundert alltäglichen Gelegenheiten: im Widerstand gegen Unrecht und Gewalt im großen wie im kleinen, in jedem Versuch, zum privaten Glück eines Einzelnen oder zum allgemeinen Wohl beizutragen, erfahren wir, was wir gelernt haben." Und zum Schluß dankt die Redaktion: „Max Horkheimer ist ein guter Lehrer." (2/65) Damit wurde eine Solidarität ausgesprochen, die durchaus nicht selbstverständlich war. Die prekäre Stellung, die Horkheimer und Adorno an der Frankfurter Universität hatten, wird immer wieder einmal deutlich. Es gab einen ständigen Bezug auf sie (vor allem die regelmäßigen Besprechungen von Adornos Publikationen als einzigem sind ein Indiz dafür), aber auch Unsicherheiten, Animositäten, Entschuldigungen. Exemplarisch hier nur ein Beispiel*: In der Januarausgabe 1965 erschien unter der Rubrik „personalien" ein etwas flotter Beitrag über einen Verriß von Adornos „Jargon der Eigentlichkeit" in einer Literaturzeitschrift. Der Tenor der Rezension: „Adornos Sprache ist ein vollendetes Pendant zur Sprache der ‚Innerlichen'. ... Adornos ‚verkapptes Pamphlet' sei ‚unerträglich demagogisch'." (1/65) Der Redakteur fügte noch hinzu, daß Adorno einmal Prozeßgegner Thomas Manns (!) gewesen sei. In der folgenden Ausgabe kam prompt die Entschuldigung: Der Redakteur sei einem Gerücht aufgesessen, der Prozeß frei erfunden. „Herausgeber und Redaktion des DISKUS bedauern, die falsche Behauptung veröffentlicht zu haben; sie verurteilen darüberhinaus Tonfall, Inhalt und Publikationsform des Beitrags, da er allen Redaktionsprinzipien der Zeitschrift widerspricht und, indem er weniger sachlich-polemische als vielmehr persönlich herabsetzende Absichten zu verfolgen scheint, die Regeln nicht nur des journalistischen Anstands verletzt." Diese Entschuldigung schoß um einiges über das Ziel hinaus und macht das Ganze dadurch erst erstaunlich. Außer der falschen Behauptung eines Prozesses zwischen Adorno und Thomas Mann (die ja für sich genommen nichts Herabsetzendes hat) und der Bezeichnung Adornos als „Star unter der Frankfurter Gelehrtenprominenz" (1/65) (die durchaus affirmativ verstanden werden kann) besteht der Bericht aus gekennzeichneten Zitaten aus der Rezension. Wer Adorno kennt, weiß, daß diese sich selbst diskreditieren, und wird sich dem Amüsement hingeben. Aus dem Beitrag spricht eher Ironie als „persönlich herabsetzende Absichten". Der DISKUS nahm die Angelegenheit ernster als es Adorno selbst wahrscheinlich tat. „Der DISKUS hat sich von dem Verfasser der Notiz, Herrn Alexander Gockel, als Mitarbeiter getrennt. Der verantwortliche Redakteur wurde gerügt." (2/65)

Das Tendenzblatt soll sterben

Die stetig veränderte Ausrichtung des DISKUS hatte Konsequenzen. Vorbote waren die Angriffe des RCDS in Flugblatt („Der DISKUS — ein Tendenzblatt") und FAZ, in

* Im Grunde verdient dieser Komplex eine eigenständige Untersuchung. Die unglaublichen Anwürfe Golo Manns in diesem Jahr in Fernsehen und FAZ, die uniintern bis zum offenen Antisemitismus weiter kolportiert wurden, sind nur der neueste Ausdruck davon. Hauke Brunkhorst hat sich in der FR vom *25.10.89* bemüht, zur Klärung des Sachverhalts beizutragen.

aus: diskus 5/1967

denen der DISKUS der „Einseitigkeit" bezichtigt wurde, der Zensur (was er jedoch nicht belegen konnte) und der Verbreitung der Meinung von „Salon-Marxisten" (was nicht näher erläutert wurde. Adorno und Horkheimer wurden z.T. als solche bezeichnet.). Schwerwiegender waren die Angriffe von Seiten des Akademischen Senats der Universität. Nachdem die Landesregierung die Zuschüsse im Jahre 1962 gekürzt hatte, war die Studentenschaft eingesprungen. Bereits damals hatte sich der Senat eingeschaltet: er setzte den Betrag, den das Studentenparlament als Zuschuß beschloss — 1,50 DM pro Heft — eigenmächtig auf 1,- DM herunter, er befristete die Beitragserhebung auf eine „Probezeit", in der sich der DISKUS „bewähren" sollte und setzte eine Kommission ein, die ihn bei der Auswahl der zu druckenden Artikel „beraten" sollte. Dies war ein unglaublicher Eingriff in die Finanzautonomie der Studentenschaft und eine offene Zensurmaßnahme. Nachdem der DISKUS forderte, den Senatsbeauftragten ins Impressum aufzunehmen, der Senat seine Zensur jedoch nicht offiziell werden lassen wollte, wurde die Kommission wieder aufgelöst. Als die „Bewährungsfrist" abgelaufen war, wolle der Senat dem DISKUS finanziell den Garaus machen. Er verlangte, sonst basisdemokratischen Gepflogenheiten nicht gerade zugetan, eine Urabstimmung der Studenten darüber, ob sie weiterhin eine Mark für den DISKUS bezahlen wollen. Auch dies war ein Eingriff in die studentische Selbstverwaltung, darein, daß die studentischen Gremien zu beschließen haben, wie sie die studentischen Beiträge, deren Höhe ja nicht verändert wurde, ausgeben. Aufgrund des Boykottaufrufs des Stupa und AStA wurde die Abstimmung ein Flop: gerade 3,2 % gaben ihre Stimme ab. Damit konnte sich der Senat nicht mehr auf das Votum der Studentenschaft berufen. (6/65)

Die ersten Vietnamprotestierer bekommen Prügel und Berliner Studenten nehmen ihre Interessen in die eigene Hand

Der DISKUS hielt durch, der Protest wurde bestimmter. Die Anpassung der SPD an die Regierungspolitik ließ jegliche parlamentarische Opposition schwinden, das gemeinsame Projekt Notstandsgesetze ließ an der Demokratie (ver)zweifeln, immer mehr Menschen wurden mit der repressiven Praxis staatlicher Organe konfrontiert. Am 27. März 1965 wurde eine vom hessischen Ausschuß der Ostermarschierer veranstaltete Protestdemonstration gegen die amerikanische Politik in Vietnam mit Wasserwerfern und Polizeiknüppeln auseinandergetrieben. Bereits die Genehmigung wurde nur mit der Einschränkung erteilt, daß der Demonstrationszug nicht in die Innenstadt ziehen dürfe, womit die Öffentlichkeitswirksamkeit erheblich eingeschränkt war. Zwei Fäden liefen hier zusammen, die zu den hauptsächlichen Protestursachen der folgenden Jahre werden sollten: immer offensichtlicher mußte werden, daß die die Regierung eines Staates, der in der Nachkriegszeit als demokratisches Muster bewundert und verehrt wurde, nun selbst Kriegsverbrechen verübte; wer dies öffentlich thematisierte, bekam das zu spüren, was im Bonner Parlament noch immer als „Notstandsgesetze" debattiert, auf der Straße jedoch schon längst praktiziert zu werden schien. So bezeichnete der DISKUS die Vorfälle sarkastisch als „Kostprobe" der „Demokratie im Notstand". Das Erschrecken war aber vor allem eines über das Verhalten einzelner Polizisten und der Passanten: „Man konnte bei einzelnen Schlägern derart von Wut entstellte Gesichter sehen . . .". — „Nicht wenigen (Passanten, *T.D.*) scheint es einfach ein lustiges, jedenfalls nicht alltägliches Schauspiel gewesen zu sein, wenn Polizisten nach Jugendlichen schlugen, sie jagten oder im Polizeigriff abführten." (3/65) Der Schock, den die Fratze des Schlägers und die Teilnahmslosigkeit des Publikums auslöste, war gleichzeitig die bittere Erkenntnis, daß in diesem Land vieles von dem überdauert hatte, was man vergangen glaubte. Gerade diese Mischung war es, die historische Erinnerung provozieren mußte.

Im Juli 1965 erschien der erste große Artikel über Vietnam. Noch im Januar war ein Bericht über die kolonialistische Politik Portugals in Angola „neutral" gehalten gewesen, jetzt wurde die US-Politik offen attackiert, in Form von Pressezitaten die unmenschliche Praxis der Armeeinheiten und der sie entsendenden Politiker dargestellt. Kurze Zeit später wurde klar, daß Vietnam nicht nur ein außenpolitisches oder humanitäres Thema war, denn „die Bundesregierung (hatte) mehrfach ihre Solidarität mit den Amerikanern betont. Im Juli forderte das Präsidium der CDU die Regierung auf, ‚mit allen Mitteln' die USA in Vietnam zu unterstützen. Die CSU sekundierte mit dem Vorschlag, ‚aktive Hilfe' zu leisten. Tatsächlich hat die Bundesregierung bereits einen Brückenkopf in Vietnam gebildet: seit langem ist sie mit ihrer Material- und Kapitalhilfe ein stiller Teilhaber des Krieges". (7/65) In der darauffolgenden Ausgabe erschien erneut ein Artikel über Vietnam, in dem der Autor Barrington Moore jr. die „Amerikanische Außenpolitik als Kampf gegen den sozialen Wandel in der Welt" bezeichnete, wofür Vietnam bloß ein „Exempel" sei. (8/65) Im Mai 1966 veranstaltete der SDS einen Vietnamkongreß an der Frankfurter Universität. Herbert Marcuse sprach vor 2000 Zuhörern als Hauptredner. Zugleich aber wurde deutlich, daß der Rückhalt des Vietnam-Protests noch gering war. Jedoch wurde eindeutig an Bonn adressiert: „Die Bundesregierung darf ihre Handlangerdienste

für die amerikanische Vietnampolitik nicht mehr ungestört fortsetzen." (4/66)

Unruhe entstand allerdings noch an einem anderen Ort: „Die Freie Universität Berlin ist Schauplatz einer Auseinandersetzung, die sich in mehr oder minder scharfer Form an allen deutschen Universitäten vollzieht." (5/66) In Hessen versuchten die Hochschulrektoren die Studenten zu ihren Verbündeten im Kampf gegen die von der Landesregierung angestrebte Hochschulreform zu machen — und scheiterten. In Berlin waren die Konflikte weitreichender. Veranlaßt von einem Redeverbot für den Publizisten Erich Kuby und der Entlassung des Assistenten Krippendorff, unternahm es der AStA-Vorsitzende Lefèvre auf der feierlichen Immatrikulationsveranstaltung studentischen Protest vorzubringen; er wurde von rechten Professoren angepöpelt und des Saales verwiesen. In der Folge einer Vietnam-Demonstration wurden alle politischen Veranstaltungen an der FU verboten und an der juristischen Fakultät die Zwangsexmatrikulation nach dem 9. Semester eingeführt. Eine geplante Urabstimmung gegen diese Maßnahme wurde untersagt. Der kritischen Rede des neuen AStA-Vorsitzenden bei der nächsten Immatrikulationsveranstaltung blieben die Mitglieder des Akademischen Senats fern. Die Studenten beriefen eine Vollversammlung aller Fakultäten ein. Dort wurde eine Demonstration beschlossen, die „als bisher größte und eindrucksvollste Demonstration an der FU über die Bühne" ging. Über 10 Stunden fanden sich mehr als 3000 Studenten zu einem Sit-in vor dem Senatssaal ein. Das Veranstaltungsverbot wurde zurückgenommen, doch die Studenten wollten mehr: es ging um Studienreform, um die Demokratisierung der Hochschule.

Die Große Koalition heißt: Nazis sind wieder Spitze!

In diesem Herbst stürzte die CDU/FDP-Regierung in ihre entscheidende Krise. Der DISKUS widmete der Bonner Politik seit jeher besondere Aufmerksamkeit: „Die Sicherheitspolitik ist auf Atomwaffen aus, als seien es Orden für Friedfertigkeit und Abrüstung. Sie verbraucht ein Drittel des Haushalts für Devisenhilfe, Starfighterabstürze, Panzerwagenkäufe nach dem Holzmodell, Fibag-Affären und Gehälter für einen unfähigen Minister. Die Wirtschafts- und Sozialpolitik öffnet das Staatssäckel für Subventionen und Wahlgeschenke an alle, die am lautesten schreien. Und das summa summarum der Außenpolitik ist, daß sich die Beziehungen zu den westlichen Verbündeten in dem Maße verschlechtern, wie sie zu den Ostblockstaaten sich nicht verbessern. Zu den offiziellen Stichwörtern Hallstein-Doktrin, Oder-Neiße-Grenze und Wiedervereinigung fällt sogar Kabarettisten nichts mehr ein." (7/66) Am 1. Dezember war es dann soweit: die Große Koalition wurde geschlossen, der formale Abschluß eines Prozesses, der sich seit Jahren vollzog. Dieses Ereignis veranlaßte Jürgen Habermas wieder an die studentische Offentlichkeit zu treten: „Wir haben Grund, die neue Rgierung zu fürchten, denn sie gefährdet die Grundlagen des Parlamentarismus. (...) Wenn neun Zehntel der Abgeordneten den Regierungsparteien angehören, werden Konflikte unter Ausschluß der Öffentlichkeit geregelt." (8/66)

Einer der Skandale war die Aufnahme von Franz-Josef Strauß in die Regierung, dessen Demokratieverständnis sich nicht zuletzt in der Spiegel-Affäre erwies, weswegen er damals seinen Hut als Verteidigungsminister nehmen mußte. Noch ein weiteres findet in dieser DISKUS-Nummer breite Darstellung: Zum Bundeskanzler wurde der (ehemalige; die NSDAP wurde 1945 aufgelöst) Nationalsozialist Kiesinger (CDU) gewählt. Kiesinger war „Verbindungsmann zwischen Ribbentrob und Goebbels", „zu so einer Art oberster Zensor für alle deutschen Auslandssendungen ernannt" und nahm auch mal an einer „Ministerrunde" teil. Dies war für den DISKUS Qualifikation genug. Der „Notstand der Demokratie" war auf allen Ebenen augenfällig.

Es könnte nun der Eindruck entstehen, der DISKUS sei inzwischen zu einem reinen Polit-Magazin oder zum Organ der sich bildenden APO geworden. Das war — zumindest zu diesem Zeitpunkt — nicht der Fall. Ich beschreibe hier nur die Haupttendenzen seiner Veränderung. Regelmäßig werden weiterhin die Hochschulentwicklung, Streitereien um das Studentenwerk, Hochschulnachrichten, die Gremienpolitik etc. verfolgt. Es wird über andere Universitäten berichtet oder auch nur das Mensaessen kritisiert. Literaturbesprechungen bleiben zahlreich, der Kulturteil nimmt alleine anteilsmäßig einen herausragenden Platz ein. Eine eindrucksvolle Feuilletonbibliographie (aller Veröffentlichungen im DISKUS zwischen 1950 und 1965) findet sich im Januarheft 1966. Die Aufarbeitung dieser Entwicklung bedürfte einer eigenständigen (wissenschaftlichen) Arbeit.

Die Studenten beginnen sich zu bewegen

Der SDS trat nun mit dem Selbstverständnis, die außerparlamentarische Opposition zu repräsentieren, hervor. Es war genau der Zusammenschluß der großen Bonner Parteien, die ihn in diese Position drängte. Der DISKUS hatte schon seit einiger Zeit regelmäßig von den SDS-Delegiertenkonferenzen berichtet, so daß ein RCDS-Leser schon besorgt von „Hofberichterstattung" sprach. Aber es wäre falsch, die 1966/67 anlaufende Demonstrationswelle einer geplanten Strategie des SDS zuzuschreiben. Es waren mehr oder weniger spontane Reaktionen auf die

Krahl und Adorno, 1968

Symptome der Ent-Demokratisierung bzw. auf das Deutlichwerden des Scheincharakters westlicher Freiheitsbehauptungen. Die FU Berlin wurde dabei zum Ausgangspunkt der Auseinandersetzungen. Die Beweggründe zum Protest häuften sich. Ging es anfangs gegen die Universitätsbürokratie und gegen den Vietnamkrieg, so schuf das polizeiliche Vorgehen gegen Sit-ins und Demonstrationen immer neue Empörung: Sie richtete sich nun auf die vom Berliner Senat gedeckten Prügelmethoden der Polizei als vermeintlichen Vorgriff auf die geplanten Notstandsgesetze. Die Polizeitaktik war immer die gleiche: Genehmigung der Demonstration nur in leeren Straßen mit minimaler Öffentlichkeit, Begleitung durch starkes Polizeiaufgebot und in dem Moment, da die Demonstranten in bevölkerungsreichere Gebiete ausweichen wollen, Auflösung der Demonstration, Zerstörung

der Transparente, Beschlagnahme der Flugblätter, Knüppeleinsatz und Verhaftungen. Damit stand die grundgesetzlich garantierte Demonstrationsfreiheit auf dem Spiel. Die Hetzkampagne der von Springer beherrschten Berliner Presse kam hinzu. Die Studenten wurden als „Gammler", „Nichtstuer" und „Terroristen" beschimpft, die „unseren freiheitlichen Staat" kaputtmachen wollen und dem Steuerzahler auf der Tasche liegen. Damit wurde ein Klima des Hasses und des Ressentiments geschaffen, das die kommenden Ereignisse erst ermöglichte.

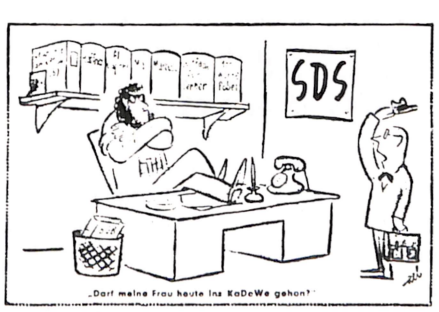
In Frankfurt — im Vergleich zu Berlin noch ein ruhiges Pflaster — gab es die FR und die FAZ: „Die Demonstranten konnten noch einmal entwischen. 80 waren zum ‚Terror' entschlossen, wie man in der FR später nachlesen konnte. Man war so unverschämt, für politische Fragen auf die Straße zu gehen. Da muß man doch einfach für Ordnung sorgen. (. . .) Der Polizeibericht war noch nicht fertig, schon hatte die Rundschau einen gemacht (12.2.). Sie erzählte vom Terror der Demonstranten, von schlechtem Benehmen, von der Belästigung der Passanten, von der Lähmung des Verkehrs." Ein FAZ-Leser drückte aus, was alle „klugen Köpfe" bewegte: „Was hat das junge Volk von Studenten und Studentinnen überhaupt dauernd auf den Straßen zu demonstrieren? Sie sollten sich erst mal auf ihre vier Buchstaben setzen und etwas lernen. Wenn sie statt dessen lieber auf der Straße toben wollen, müssen sie eben in Kauf nehmen, wenn sie mal in der Hecke landen. Mehr Disziplin und Autorität tut dringend Not in unserer Demokratie." Sogar der Rektor der Universität hatte etwas zu sagen (FAZ 25.2.67): „Der Rektor bedauert, die Universität sei diskreditiert (durch die Störung der StVO oder durch Linksradikalinskis?). Aber vorgehen, so heißt es weiter, könne man gegen die Störenfriede noch nicht, da sie noch keine Diebstähle begangen hätten." (3/67)

Der Schah von Persien darf nur jubelnde Menschen zu sehen bekommen und ein Demonstrant muß sterben

Für den Anfang des Juni ist hoher Besuch angesagt. „Der Schah ist los", titelte der DISKUS: „Wenn der Schah von Persien zu einem offiziellen Staatsbesuch in der Bundesrepublik eintrifft, wenn auf den Fernsehschirmen zu den Klängen der Nationalhymnen das Haupt des Monarchen neben dem des Bundespräsidenten erscheint, dann schlagen viele Herzen höher." Nun wurde auch offen Freundschaft mit Diktatoren gepflegt. „Der Schah ist nur einer unter vielen Freunden der Bundesrepublik, die sich zur Verteidigung der Freiheit zusammengeschlossen haben. Andere Freiheitsfreunde sind der General Ky, der General Tschiang-Kai-Tschek, der General Franco, Regierungschefs von Staaten also, die eine bestimmte Affinität zur Bundesrepbulik aufweisen, Staaten, die auch auf ähnlich Weise interpretieren, was Freiheit zu sein hat, friedliche Staaten, oppositionslose Staaten . . ", Staaten, „die dem Ausland maximale Ausbeutung gewährleisten und umso unangreifbarer werden, je größer der Terror ist, dem sie das Volk aussetzen. In diesem Terror liegt ein wesentlicher Bestandteil der spezifischen Freiheit der freien Welt." (4/67)

Am 2. Juni 1967 weilte der Schah in Berlin, hofiert von den Vertretern der westdeutschen Demokratie. Empfangen sollte er jedoch auch von dem Protest derjenigen werden, die sich nicht vorschreiben lassen wollten, was Demokratie zu sein hat. Ein ungeheures Polizeiaufgebot war aufgeboten und riegelte den Anfahrtsweg und die Gegend um die Oper ab. Berlin war im Belagerungszustand. „Noch vor dem Besuch wurde bekannt, daß das iranische Generalkonsulat Jubel-Perser angeheuert habe, von denen einige den Auftrag erhielten, Schah-Gegner niederzuschlagen. Trotzdem ließ die Polizei zu, daß diese Jubel-Perser unter ihren Augen mit tödlichen Waffen auf andere losgingen. Sie schritt nicht ein. Sie weigerte sich, diese Perser festzunehmen oder ihre Personalien festzustellen. Wo immer der Schah auftauchte, sah er die Gesichter dieser ihm ergebenen, von ihm besoldeten Untertanen. Das mußte ungeheuer provozieren."

Im Verlaufe der Demonstration wurde der Student Benno Ohnesorg von dem Polizeibeamten Kurras erschossen. „Seit langem betreiben Berliner Zeitungen eine Pogromhetze, die sich nach der Erschießung noch steigerte, nach dem Motto ‚Der Ermorderte ist schuldig'." Der Mord von Kurras wurde von der Polizeiführung und Politikern tagelang als Notwehrhandlung gedeckt, kein Erschrekken, kein Einhalten. Die Bevölkerung war von der Springer-Presse angeheizt: von „Einsperren", „Vergasen", „mit einem MG einfach so reinhalten", „Das nächste Mal schaffen wir mehr!", reichte die Palette. (5/67) Die Hetze ging weiter, die Politiker spielten starker Staat. In einem Flublatt druckt der DISKUS



aus: diskus 6/1967

eine „Rede für den Toten" ab, gehalten von Oskar Negt auf dem Römerberg nach einem Schweigemarsch durch die Frankfurter Innenstadt. Er beschreibt die Ausgrenzung und Hetze gegen eine kritische Minderheit als ein Merkmal von autoritären Gesellschaftsordnungen. „Ihre Repräsentanten projizieren die Vernunftlosigkeit und Fragwürdigkeit des Herrschaftsapparates, über den sie mit allen technischen Raffinessen verfügen, auf die gesellschaftlichen Gruppen, die das Getriebe mit Fragen und mit Protesten stören." Gegen die Opposition kann sich der vernunftlose Apparat nur durch Repression wehren. „Ohnesorg ist das Opfer einer Symbolhandlung, durch die Entschlossenheit und Unnachgiebigkeit des Polizeiapparates demonstriert werden sollten." (DISKUS-EXTRA-DRUCK Juni 1967) In der scheinbar irrationalen Tat eines einzelnen Polizeibeamten wird die Machtdemonstration einer politischen Führung deutlich, die kein Grad von ihrem Kurs abgehen kann, weil sie die Grundlage ihrer Herrschaft bedroht sieht. So ist für Ulrich Sonnemann, der den Leitartikel für die Juliausgabe des DISKUS beisteuerte, das Erschreckende an den Folgen des 2. Juni, daß der Regierende Bürgermeister von Berlin und ehemalige Pastor Heinrich Albertz das Verhalten der Polizei „ausdrücklich billigte". Dann wandte er sich an die Studenten: „Was der studentischen Opposition, der einzigen jetzt in dieser gescheiterten Demokratie, dringend not tut, ist schnelle und überlegene, öffentlich hörbare Resistenz. Die Kommilitonen waren langsam, nicht weil ihre Reaktion nicht von präzedenzloser Geschwindigkeit gewesen wäre — was sie war —, sondern weil sie das Gesetz der deutschen Geschichte nicht brach: qualitativ und im Verhältnis zum Anlaß war ihr Tempo nicht ausreichend. Schnell war ihr Gefühl, nicht ihr Gedanke: sonst wären die Studenten, an allen Hochschulen der Bundesrepublik und Berlins, in den Streik getreten, nicht um des Streiks willen, sondern um mit ihm seiner Begründung die nötige Resonanz zu verschaffen. Mit präziser Begründung eine Woche für den Mord an Ohnesorg, zusätzlich einen Tag für die polizeilichen Lügen, Verleumdungen, einen weiteren für Albertz' nachgewiesenen Schwindel — und dann monatlich einen, solange er im Amte verharrt; dies wäre nicht das Ende der Demokratie, sondern ihr Anfang, nicht Anmaßung demokratischer Aufgaben, die

Berliner Morgenpost vom 4. 6. 1967 — ein Quentchen Irrsinn

der Legislative nach dem Grundgesetz zustehen, vielmehr gerade die Konsequenz daraus, daß sie sich ihnen faktisch entzieht. Auch brauchten solche Streiktage das Studium nicht zu schädigen, könnten es fördern: statt mit bloßem Wissensstoff genudelt zu werden, hätte man endlich Muße zu dem, was solche Mästung mit Bedacht zu verhüten weiß: Reflexion." (5/67)

Die Studenten wehren sich und werden diffamiert

Die Aufforderung Sonnemanns, sich zu wehren, verbindet die Geschehnisse in Berlin, den repressiven Staat, mit einer Wissenschaftskritik, die denselben Machtanspruch in strengen, starren Studienordnungen und dem Zwang zu reflexionsloser Ansammlung von Faktenwissen wiederentdeckt. Doch die qualitative Langsamkeit war nicht zu überwinden, der Bann konnte nicht gebrochen werden. Ein nach den Vorfällen in Berlin gegründetes „Provisorische(s) Aktionszentrum der Universität Frankfurt" stellte schon bald seine Arbeit ein. „Es verstarb an politischer Apathie."

In der Universität, der Stadt und Betrieben wurden Flugblätter verteilt, Kabarett aufgeführt, Unterschriften gesammelt. Doch das Problem, das Sonnemann anspricht, wird im Scheitern langfristiger Arbeit im „Aktionszentrum" offensichtlich. „In unserer nicht offenen, hierarchischen Gesellschaft kann sich die offene Organisation nur aus aktuellem Anlaß formieren. Ohne diesen Anlaß, und das gilt insbesondere für die stark autoritäre Universität, ohne diesen Anlaß, der auf eklatante Weise in die Rechte der Studenten eingreifen oder ihre Interessen berühren muß, erlahmt sofort die politische Aktivität. Das kritisch rationale Bewußtsein, das hat sich wieder einmal mehr gezeigt, ist nicht reif für unorganisierte Organisationsformen." (5/67)

Bis heute hat linke, nicht institutionalisierte Opposition mit diesem Problem zu kämpfen. Damals hatte diese Erkenntnis die fatale Folge — wenn auch erst zwei Jahre später —, daß ohne ein Mehr an kritisch rationalem Bewußtsein im Umschlag straffe Organisationsformen produziert wurden.

Das Bewußtsein, das sich von den vorgegebenen autoritären Formen so schwer lösen konnte (ob es ein Problem des Bewußtseins ist, steht noch in Frage), war auch das des Ausgegrenztseins, trotz „vernünftiger" Kritik am Bestehenden, das des von irrationalen Angriffen, Agressionen der Bevölkerung und der Politiker, nicht zu vergessen die Schlagstöcke der Polizei, in die Ecke Gedrängtseins.

Nach der Schah-Demonstration in Berlin wurde ein Student nach seiner Festnahme nicht wieder freigelassen: Fritz Teufel. Er war Mitglied der Kommune I, die mit spektakulären Aktionen vor allem die verkrusteten Moral- und Sittenvorstellungen der autoritär-spießbürgerlichen Bevölkerung angriff. Vor allem gegen die Kommunarden lief eine der hysterischsten Pressekampagnen der BRD-Geschichte. Ein geplantes „Puddingattentat" auf den für die Vietnam-Massaker verantwortlichen US-Außenminister Hubert Humphrey wurde zum Anlaß genommen, sie in der Öffentlichkeit zu Terroristen aufzubauen, ein Flugblatt, das nach einem Brüsseler Warenhausbrand Brandstiftungen in Berliner Warenhäusern anregte, „um dadurch wirklichkeitsnahe Vorstellungen von den Kämpfen in Vietnam zu vermitteln", führte zur Anklage. Über 100 Kommilitonen traten aus Solidarität mit Fritz Teufel in den Hungerstreik. Die Studentenschaft erhob politische Forderungen:

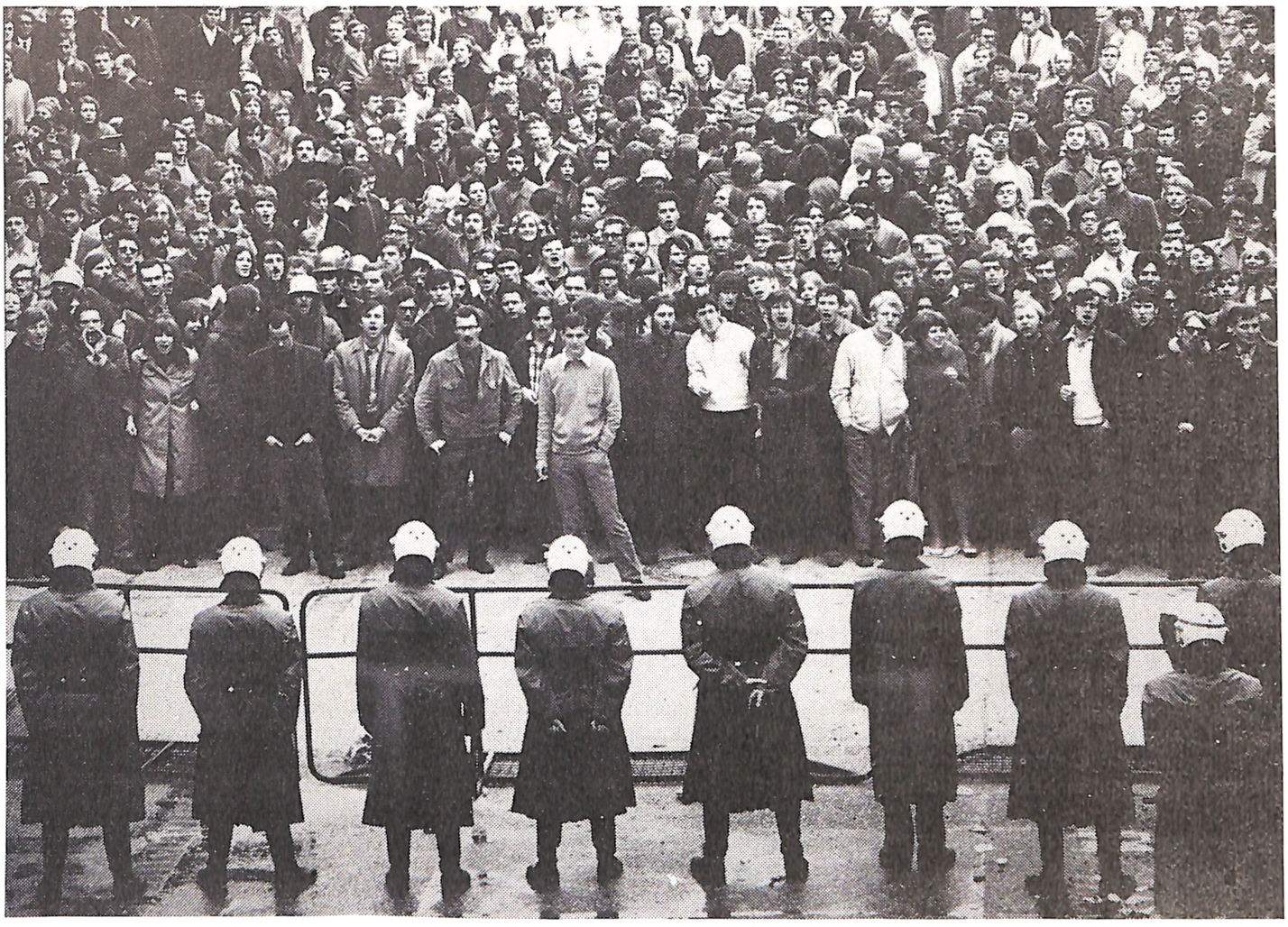
1. Abschaffung der politischen Polizei, welche die antiautoritäre Opposition bespitzelt
2. Ablösung der Polizeiführung
3. Nummern an den Polizeiuniformen
4. Rücktritt von Albertz und Büsch als Hauptverantwortlichen
5. Rücktritt von Sickert, der als Vorsitzender des Abgeordnetenhauses Minoritätenhetze betrieb
6. Enteignung des Springer-Konzerns." (5/67)

Gerade der letzte Punkt macht noch einmal deutlich, wie eng verknüpft die Verbindung zwischen der rechten Massenpresse, der Pogromstimmung in der Bevölkerung und der Handlungsweise der politischen- und Polizeiführung gesehen wurde. Dies mündete in die großen Anti-Springer-Kampagnen.

Die kritischen Theoretiker sehen sich mit der Praxis ihrer Schüler konfrontiert

Die Kritik an den Massenmedien war jedoch nicht nur durch reale Erfahrungen geprägt, sondern entsprang auch der Theorie der ‚Kulturindustrie', die in Frankfurt Adorno und Horkheimer vertraten. In kritischer Aneignung der Philosophie in deren Seminaren gebildet, die Horkheimer Worte „Philosophie ist dazu da, daß man sich nicht dumm machen läßt" (2/65) — die auf die Praxis eines besseren Lebens verweisen — im Ohr, erwarteten die Frankfurter Studenten, daß sie in ihnen zwei mächtige Verbündete gewännen im Kampf gegen den sich ausbreitenden Autoritarismus, die Unmenschlichkeit des Vietnamkrieges, die massenmedial vermittelte Pogromstimmung. Doch es kam anders. Während Herbert Marcuse, als Mitglied des alten Instituts für Sozialforschung nach dem 2. Weltkrieg in den USA geblieben, für die antiautoritäre Opposition zu einer immer zentraleren Gestalt wurde — seine Reden wurden im DISKUS abgedruckt, er nahm an Vietnamkongressen in Frankfurt und Berlin teil und solidarisierte sich offen mit den Befreiungsbewegungen in der „3.Welt" —, drückte Horkheimer auf der Eröffnungsveranstaltung der deutsch-amerikanischen Freundschaftswoche einem amerikanischen General „demonstrativ" die Hand und hielt am 7. Mai 1967 im Amerikahaus einen Vortrag. Darin wurde deutlich, wie tief geprägt er von seiner Exilerfahrung war, wie sehr diese ihn aber auch daran hinderte, mit dem Bild Amerikas als Verteidiger der Freiheit zu brechen. Horkheimer thematisierte durchaus das Furchtbare, das in Vietnam geschah. „Aber derjenige, der urteilt, ... der soll wenigstens, wenn er von Vietnam redet, daran denken, daß wir hier nicht zusammen wären und frei reden könnten, wenn Amerika nicht eingegriffen hätte und Deutschland und Europa vor dem furchbarsten totalitären Terror schließlich gerettet hätte." Diese seine existentielle Erfahrung, durch die Aufnahme in den USA vor der Vernichtung durch die Nazis bewahrt worden zu sein, führte ihn dazu, den Vietnamkrieg im Lichte der „Verteidigung der Menschenrechte" zu sehen. Die SDS-Gruppe Frankfurt reagierte mit einem Brief an Horkheimer, in dem sie ihm vorwarf, sich auf die Seite der amerikanischen Regierung gestellt zu haben. „Denn: eindeutig im Sinne antikommunistischer Ideologie beantworten Sie die Frage im voraus, für *wessen* Menschenrechte die Amerikaner in Vietnam kämpfen." (Herv.im Original) Damit stand für den SDS die gesamte Theorie auf dem Spiel, die ja Faschismus und Kulturindustrie als vom Kapitalismus nicht zu trennende, aus ihm selber entsprungene Erscheinungsformen analysiert hatte.

Um die Frage, „welche Relevanz die kritische Theorie der gesellschaftlichen Praxis, sofern sie auf Veränderung zielt, jemals zuerkannt hat", zu klären, bat der SDS Horkheimer zu einer Diskussion. (4/67) Diese wurde von den aktuellen Ereignissen um den 2. Juni überschattet. Dem Drängen der SDS-Mitglieder nach einer Stellungnahme zum Tode Benno Ohnesorgs stand Horkheimer etwas hilflos gegenüber. Aber auch der SDS war nicht in der Lage, die geplante Diskussion mit den aktuellen Ereignissen zu verknüpfen. Laut Interpretation von Monika Steffen im DISKUS „hatte sich Adorno ... von Horkheimers Amerika-Aktivität (der Rede und des Händedrucks, *T.D.*) inhaltlich distanziert". Adorno war eher dazu in der Lage, in die Diskussion mit den Studenten einzusteigen und zu den aktuellen Ereignissen Stellung zu nehmen: „‚Hetze gegen Studenten steht stellvertretend für die Designierung des Feindes', und ist ‚kennzeichnend für den Sozialsadismus einer repressiven Gesellschaft', (...) die öffentliche Meinung über den Studenten trüge überwältigend ein ‚antisemitisches Syndrom': supergescheit, arbeitslos glücklich." Jedoch wies auch Adorno darauf hin, daß „Studentenaktionen ... sich nicht in Revolution umwandeln lassen können", das Proletariat habe „längst ‚mehr als seine Ketten zu verlieren' ...". (5/67) Darin trifft er sich mit der Auffassung Marcuses, der ebenfalls die Studenten darauf aufmerksam machte, daß sie nicht so etwas sein könnten wie ein revolutionäres Subjekt, sondern eher Katalysatorfunktion wahrzunehmen hätten. Als dann das Unglaubliche geschah, der Todesschütze Kurras freigesprochen wurde, konnte sich Adorno nicht enthalten, vor einer Vorlesung am 23. November 1967 eine Erklärung abzugeben. „Wenn schon der Polizeiobermeister nicht verurteilt werden kann, weil ihm die Schuld im Sinn des Gesetzes nicht nachzuweisen ist, so wird dadurch die Schuld seiner Auftraggeber um so größer. Daß man die Polizei bei einer Studentendemonstration bewaffnete, trägt die Versuchung zu jenen Aktionen in sich, welche der Polizeiobermeister mit dem Wort Auftrag rechtfertigen möchte." Schwerer noch wog für Adorno das mangelnde Bedau-



aktiver Streik, Frankfurt, Mai 1968

ern des Schützen, die affektarme Reaktion auf seine Tat, das Widerwillige an seiner ‚Entschuldigung'. (7 + 8/67)

Adorno hatte eine eher zwiespältige Haltung zur Studentenbewegung. Er schlug die Bitte ab, ein Gutachten über die Flugblätter der Kommune I zu verfassen, die zur Anklage wegen Aufforderung zur Brandstiftung geführt hatten. Am 7. Juli 1967 wollte Adorno auch nicht auf seinen schon vor dem 2. Juni vereinbarten Vortrag „Zum Klassizismus von Goethes ‚Iphigenie'" an der Berliner FU verzichten, und anstatt dessen eine politische Diskussion mit den Studenten führen, wie es der SDS forderte. Dennoch fand er sich zwei Tage später zu einer internen Diskussion mit SDS-Mitgliedern ein, unter der Bedingung, daß kein Tonbandmitschnitt angefertigt würde. Von dieser Sitzung wird berichtet, daß, wenn Adorno öffentlich gesagt hätte, was er dort vertrat, er zum gefeierten Lehrer der Studentenbewegung geworden wäre. Zuletzt ließ er am 31. Januar 1969 76 Studenten, die freiwillig nicht gehen wollten, von der Polizei aus dem Institutsgebäude in Frankfurt expedieren.

Die Studenten kritisieren die herrschende Wissenschaft und machen eine neue

Auch innerhalb der Frankfurter Universität wurden die Auseinandersetzungen mit der gesellschaftlichen Wirklichkeit fortgeführt. „Am 20.11.1967 veranstaltete der SDS ein Go-in in die Vorlesung von Carlo Schmid, um eine Diskussion über die Notstandgesetze zu erzwingen. Diese Aktion bezeichnete der Rektor schon vor ihrem Beginn als ‚Einübung faschistischer Terrormethoden' und nahm sie dann zum Anlaß, den SDS wegen Hausfriedensbruch und Nötigung als studentische Organisation von der Hochschule zu suspendieren." In einer Stellungnahme kritisierten 18 Assistenten und wissenschaftliche Mitarbeiter die Äußerungen des Rektors scharf: bürgerliche Freiheitsrechte wie die der Rede- und der Wissenschaftsfreiheit hätten eine sozialstaatliche Umdeutung erfahren, so daß sie „nur noch als sozialstaatliche Teilhaberrechte ihren angestammten Sinn erfüllen ... Dieser Theorie zufolge enthält das Grundrecht der *Redefreiheit* nicht mehr das Recht z.B. von Politikern, nur noch hinter verschlossenen Türen der Großen Koalition zu reden und im übrigen *zu schweigen*. Redefreiheit garantiert vielmehr das Recht des Bürgers auf die praktische Herstellung von uneingeschränkt funtionierenden politischen Kommunikationsprozessen und die Teilnahme an ihnen. Ebenso bedeutet *Wissenschaftsfreiheit* nicht mehr nur das Privileg der *Ordinarien*, frei vom staatlichen Eingriff autonom zu bestimmen, was Inhalt von Lehre und Forschung sein soll. Wisssenschaftsfreiheit garantiert darüber hinaus den Anspruch der *Studenten*, die Entscheidungsgründe dafür zu erfahren und zu diskutieren, was Inhalt von Forschung und Lehre sein soll und weshalb bestimmte Inhalte von Forschung und Lehre ausgeklammert bleiben sollen." (7 + 8/67, Herv.im Original) Die zahlreichen Beiträge, die im DISKUS zu dem Go-in bei Schmid als einem der Konstrukteure der Großen Koalition erschienen, weisen auf das inneruniversitäre Klima hin. Vergleiche mit der SA, die offenen Drohungen und repressiven Maßnahmen der Universitätsleitung versuchen den gesellschaftlichen Ausgrenzungs- und Kriminalisierungsprozeß in die Universität hinein zu verlängern. Dies ist auch Folge der vehementen Demokratisierungs- und Mitbestimmungsforderungen, die die Studenten jetzt stellen. Dabei tritt die Wissenschaftskritik in den Vordergrund. Der erste DISKUS des Jahres 1968 betitelt seinen von der Redaktion verfaßten Leitartikel „Permanente Wissenschaftskritik". „Die öffentliche Kritik von Lehrveranstaltungen hätte in diesem Zusammenhang die Funktion, bei all den Studenten einen demokratisch-politischen Aufklärungsprozeß in Bewegung zu setzen, die bisher aufgrund der Tatsache, daß ‚es immer so gewesen ist', sich kaum der realen Unterdrückung

durch die universitäre Hierarchie bewußt geworden sind." Praktische Wissenschaftskritik sollte Herausforderung und Provokation sein und autoritäre Universitätsstrukturen und unkritische Lehrinhalte aufdecken. „Das Go-in bei dem Minister und Professor für die ‚Wissenschaft von der Politik', Carlo Schmid, war in diesem Sinne eine Vorlesungsrezension." Verknüpft wurden diese und andere Aktionen mit der Forderung nach demokratischer Organisation der Universität: „Drittelparität auf allen Ebenen", „Neugliederung der Fakultäten", „Einrichtung von Lehrveranstaltungen, die von Studenten geleitet werden", „Vergabe von Forschungsmitteln an studentische Arbeitsteams". Die Taktik des Rektors Rüegg war, den Studenten Diskussions- und Verhandlungsbereitschaft zu suggerieren, die Verwirklichung ihrer Forderungen jedoch zu blockieren, so daß die Studentenschaft zu dem Schluß kommen mußte: „Weitere Diskussionen mit der Universitätsbürokratie sind zwecklos!"

In Berlin gründeten Studenten im WS 1967/68 „eine eigene wissenschaftliche Institution": „Die kritische Universität hat sich konstituiert, weil die Ordinarien auf praktische Wissenschaftskritik mit Zwangsgewalt reagierten . . . Ihre Funktion erhält sie jedoch nicht nur in der kritischen Wissenschaftsvermittlung, sondern in der Vermittlung der Einsicht, daß die Organisation der Wissenschaft ihre geellschaftlichen Konsequenzen mit einbeziehen muß." Der Zweck sollte sein, daß „deren Ergebnisse direkt als gesellschaftliche Kampfmittel eingesetzt werden können." (1 + 2/67)

In Frankfurt wurden zumindest an der juristischen Fakultät „Gegenvorlesungen" organisiert, die Germanistik als „eine allzu deutsche Wissenschaft" inhaltlich kritisiert. (3/67)

Der Schwerpunkt der Aktivitäten der außerparlamentarischen Opposition lag jedoch im Frühjahr 1968 in Berlin: der große Vietnamkongreß, auf dem auch Herbert Marcuse auftrat, an den sich eine erst im letzten Moment genehmigte Demonstrationen anschloß. Zum ersten Male formierte sich eine Gegendemonstration von Springer aufgehetzter Berliner, aus der heraus Kongreßteilnehmer angegriffen wurden. Nachdem Rudi Dutschke am Gründonnerstag '68 von dem Berliner Bürger Josef Bachmann angeschossen wurde, folgten die „Osterunruhen": gezielte Aktionen gegen Springer, Auslieferungsblockaden.

Der Mai '68 läßt Revolutionshoffnungen sprießen

Ihren Höhepunkt erreichte die Bewegung im Mai 1968. In Frankfurt wurde anläßlich der letzten Lesung der Notstandsgesetze im Bundestag ein Vorlesungsstreik durchgeführt. 10000 Arbeiter schlossen sich in kurzen Warnstreiks an, auch an den Schulen kam es zu Solidarisierungen. Dies führte zu der euphorischen Einschätzung: „Die Kommunikation zwischen Studenten, Schülern und Arbeitern ist nicht gelungen durch Aufklärungszirkel, Straßenagitation und Zeitungsverkauf, sondern durch einen symbolischen Akt gemeinsamen Widerstandes." Die Situation erschien als zugespitzt, hier der autoritäre Staat, der sich durch jedes Aufbegehren nur zu um so drastischeren Zwangsmaßnahmen leiten ließ, dort der Glaube, den „Übergang vom Protest zum Widerstand" vollzogen zu haben. „Organisierter Widerstand oder Resignation" hieß die Parole und der schloß Universitäten und Schulen, Betriebe und Büros ein. Aber es gab auch Zweifel, die Angst, „ob der gegenwärtige autoritäre Staat auch weiterhin mit der apathischen Toleranz der in sich isolierten und atomisierten Bevölkerung auskommt, oder ob er in seinem nächsten, vielleicht unmittelbar bevorstehenden Stadium darauf angewiesen sein wird, diese Bevölkerung in eine faschistisch für ihn agierende Masse umzuwandeln". (4/68) Der Pariser Mai hatte das Gegenteil aufgezeigt. Der Generalstreik von Pariser Arbeitern bezog sich auf den Protest der Studenten, es kam zu wahren Happenings, „revolutionärer Stimmung", die Regierung wurde darüber beinahe gestürzt (jedoch gab es auch riesige Manifestationen für den Staatspräsidenten De Gaulle). In der Bundesrepublik war solches nur ein Wunschbild. Trotz der kurzzeitig streikenden Arbeiter hatte sich an der Haltung der Bevölkerung gegenüber ihrer „radikalen Minderheit" nichts wesentlich geändert.

Die Schwäche der Studentenbewegung spiegelte sich im SDS wider. „Innerhalb des SDS reproduzierte sich zumindest in den großen Gruppen die Struktur der studentischen APO, die Mitgliederversammlungen verwandelten sich in teach-ins, die postulierte Selbsttätigkeit wurde auf sich selbst zurückgeworfen, das angeschwollene antiautoritäre Lager konnte nicht organisatorisch bewältigt werden." Die Attraktivität des SDS als Zentrum der APO hatte eine „Mitgliederschwemme" in den Jahren 1967/68 zur Folge, woraufhin sich die Arbeit in Projektgruppen verlagerte, die jedoch voneinander isoliert blieben. Es kam zu Bornierungen von „in-groups" und „Kommunen", und dadurch zum „Absinken des theoretischen Niveaus". Vor allem der antiautoritäre Anspruch verhinderte eine Reorganisierung. „Als politische Maxime kann man nach den bisherigen Diskussionen angeben: totale Dezentralisierung führt den Verband zum Chaos, gewaltsame Zentralisierung zur Verdinglichung der Fraktionsgegensätze — mit beidem wäre weder dem SDS noch der gesamten APO gedient." (6/68)

Der DISKUS soll radikal verändert werden

Etwas überraschend erscheint im Dezember 1968 eine Ausgabe des DISKUS, die den Titel trägt: „Zerschlagt den DISKUS und macht einen neuen". Diese Nummer selbst sollte den Anfang darstellen. Die Symbolik weist die Richtung: ein Hammer, der auf einem Amboß den DISKUS-Schriftzug in Stücke haut. Die Begründung wird mitgeliefert: „Wir haben schon versucht, das verkalkte Erbe des DISKUS aufzubrechen, aber dabei sind wir steckengeblieben. So geht's nicht mehr weiter. Wir haben es jetzt endlich satt, was unsere Leser und Nicht-Leser wahrscheinlich schon in sprachloser Wut sei längerem satthaben.In einem entfremdeten Produktionsprozeß spucken wir unser verwissenschaftlichtes Kauderwelsch aus, ohne es ausreichend auf die konkreten Vorfälle zu beziehen, die für jeden mitteilbar sind. Es scheint in der Tat richtig zu sein, daß wir noch ein Blatt für die Kulturwissenschaften gemacht haben, für das jeweils fortgeschrittenste politische Bewußtsein. Und von daher haben wir unsere Urteile gefällt, unsere Sprüche losgelassen und in die Gegend gefurzt. Nicht nur unsere Leerformeln sind zu kritisieren, die natürlich in gewissem Sinne auch die Leerformeln der linken Studenten überhaupt sind, auch die Gestaltung der ganzen Nummer. Das reinliche weiße Papier verlieh dem verstorbenen DISKUS die gepflegte Distanz, der Umbruch strotzte vor feinsinniger Ästhetik, o wie schön, wenn er überhaupt gelang. Schon in der ästhetischen Vermittlung waren wir feine Pinkel, regten die Kenner an, den Kunstkonsum usw. Es fehlten die gewissermaßen proletarischen Elemente, das Vulgäre, die Formen der Vermittlung, die den Stoff aus seiner kostbaren Umgebung befreien. Zerstört diese Idylle des linken Schmuckkästleins!" Was sollte an seine Stelle treten? „Elemente des Spontanen, Unvermittelten", „einfache Beschreibung dessen, was passiert", „Erfahrungen, die wir bei der Organisation eines nicht-angepaßten Lebens machen", kooperative Planung der Zeitung, „Autorenkollektive" statt „individueller Leistung", „Arbeitsgruppen", „Druchbrechung unserer verdammten Isolierung". Der Aufstand erschien zunächst oberflächlich und als solcher war er es auch. Zwar erschienen nun Parolen wie „haut der liberalen presse ihr blödes bewußtsein in die fresse" und hießen Artikel nun beispielsweise „Kampf den Kino-Imperialisten und ihren linksopportunistischen Arschkriechern", doch lagen die Themen durchaus in dem bisher bearbeiteten Bereich: amerikanische Sozialwissenschaft, Studentenwohnheime, DKP-Gründung, Hochschulpsychiatrie, gewerkschaftliche Mitbestimmung und Uniaktivitäten. Weder inhaltlich noch formal fielen sie aus dem Rahmen. Das Layout wurde chaotisiert, die Papiersorte gewechselt.

Und trotzdem markiert diese Nummer vielleicht eine Bruchstelle, allerdings in einer Entwicklung, die durch diesen Bruch hindurch verläuft. Am deutlichsten läßt sich dies an der Entwicklung des Kulturteils ablesen (den ich selbst äußerst stiefmütterlich behandelte). Er besaß lange Zeit eine eigenständige Konzeption. Die Beiträge verstanden sich als Angriff auf die bürgerliche Kultur, bewegten sich aber noch in deren Rahmen. Dies machte

die Spannung aus, der der gesamte DISKUS seine Form verdankte. Ab 1966 verringerte sich der Anteil des Feuilletons stetig, September/Oktober 1967 erschien — als leiser Vorbote — erstmals ein Artikel zur Industrie-Belletristik. Die Frage nach politischer Literatur tauchte auf. Ein Jahr später wurde der bürgerlichen Kultur der Kampf angesagt (7/68) und in derselben Nummer das Feuilleton ganz abgeschafft. Im „Zerschlagt den DISKUS" schließlich wurde alle Kultur überhaupt zur Scheiße erklärt. (Einer dieser Figuren ist übrigens heute einer der größten Liebhaber von Alter Oper, Freßgass und Museumsufer.)

Auch auf anderen Ebenen wurde die Veränderung deutlich: die Ressorts lösten sich mehr und mehr auf, Hochschulnachrichten, Kurzmeldungen, Leserbriefe etc. wurden eingestellt. Dies war jedoch eine Entwicklung, weniger eine Zäsur. Inhaltlich wurden im Zuge der Studentenbewegung die Themen Sexualität — als Kampf gegen repressive Sexualmoral (im Januarheft 1967 führte eine Titelcollage mit zwei nackten Frauen in einem Meßkelch sitzend und beigefügten Callgirl-Inseraten noch zu einem Sturm der Entrüstung) — und verschiedene Formen der Repression und Ausgrenzung: Prozesse, Knast, Psychiatrie, wichtig. Überdies der Produktionsbereich: Gewerkschaften, Arbeitskämpfe, Ausbeutungsverhältnisse, mit dem Ziel, der antiautoritären Opposition eine („revolutionäre") Basis zu verschaffen. „Klassenkampf" wurde zum Lieblingsbegriff der Bewegung und zierte so manchen Artikel.

Die erste Ausgabe von 1969, also die erste des „neuen" DISKUS-Zeitalters, wartete erstmal mit einem neuen Format auf: die Zeitung wurde größer. Sie hieß zwar noch immer DISKUS, doch wurde der Schriftzug klein und kümmerlich in eine Ecke verbannt, unter einer etwa dreimal so großen Faust, die jedoch in Richtung Publikum zielt. Auch die Vulgarität läßt auf sich warten, es werden weiterhin (ausführliche) Artikel geschrieben: eine Analyse der Studenrevolte, über den Befreiungskampf in Guinea, neue Gesetzespläne zur Vorbeugehaft, die SPD, Wilhelm Reich, die japanische Studentenbewegung usw. Die Redaktionsmitteilung ist zurückhaltender geworden: „Genossen, der DISKUS soll ein Instrument seiner Leser werden. Das heißt, daß die aktiven Kollektive, die zur Zeit mehr oder weniger erfolgreich an der Basis arbeiten (in Schulen, Betrieben, Universitäten, Bundeswehreinheiten u.ä.), sich über den DISKUS gegenseitig verständigen und agitieren können." (1 + 2/69) Im DISKUS 4/69, geziert von 22 roten Sternen, wurde dann angekündigt, „den Rahmen objektivistischer Zurückhaltung, den wir uns bisher auferlegt hatten und den wir mit dem ‚Zerschlagt-den-DISKUS'-Artikel in Nr. 8 nur oberflächlich durchbrochen hatten", zu verlassen. Was das heißt, wird programmatisch so umrissen:

„Wir werden versuchen, ein überregionales und lokales Blatt mit zweifacher Funktion für die politische Bewegung zu machen:

1. Ein Blatt für die Kaderbildung, d.h. für die mittelfristige, theoretische Diskussion und Ausbildung der arbeitenden Gruppen;
2. Ein Blatt für gruppenspezifische und agitationsgebundene Massenagitation."

Dies hatte mit dem „alten" DISKUS wahrlich nichts mehr zu tun. Diese Entwicklung nahm der Kultusminister zum Anlaß, den Landeszuschuß von 25000 DM zu streichen, und auch der Senat der Universität versuchte, die Studentenschaftsgelder für den DISKUS zu blockieren. Dies war offene Zensur, zumal dem DISKUS angeboten wurde, daß Geldmittel wieder fließen würden, wenn er „seine Positionen selbstkritisch überdenke". Presse- und Meinungsfreiheit waren mal wieder mit Füßen getreten. „Sobald ihre Toleranz ihnen gefährlich werden könnte, hören sie auf, tolerant zu sein." Der DISKUS war gewillt, auch ohne finanzielle Unterstützung weiterzumachen.

Die Studenten versuchen Wissenschaftskritik in der alten Institution zu praktizieren und sehen sich einer Hochschulreform gegenüber, die ihnen nicht so recht gefällt

Der DISKUS 1 + 2/69 veröffentlichte als Leitartikel eine „historische Analyse der Frankfurter Studentenrevolte". Als Probleme wurden zunächst die Ungleichzeitigkeit der studentischen Bedürfnisse und Interessen und die Enttäuschung über die mangelnde Unterstützung durch linke Professoren thematisiert. War die erste Phase der Revolte noch von „tendenziell sprachlosen Aktionen antiautoritärer Minderheiten" (Go-ins, Aktionen

gegen Notstandsgesetze etc.) geprägt, so habe die zweite zum aktiven Streik „für Selbstorganisation gegen technokratische Hochschulreform" geführt. Jedoch ging der zweiten Phase „eine Zeitspanne der Frustration voraus": Verabschiedung der Notstandsgesetze, Polizeiaktionen, Revolten im SDS. Ein weiteres Problem war die fehlende Definition von „Erfolgskriterien", was dazu führen konnte, eine Aktion vorschnell als gescheitert zu betrachten. Aber auch autoritäre Reaktionen der Ordinarien, Relegationsdrohungen und Anpassungsdruck verschärften den Zwiespalt in den Individuen.

Das Bedürfnis nach Emanzipation drückte sich aus in der Gründung von Basisgruppen. „Laßt Tausend Basisgruppen blüh'n", war schon die Parole im DISKUS 8/68. „Die Konstituierung der Basisgruppen ging teils von begrenzt hochschulpolitischen Konflikten aus, teils aus der abstrakten Einsicht, daß nur durch eine Basisarbeit die politische Bewegung organisatorische Stabilität bekommen könne." Die Basisgruppen versuchten an verschiedenen Fakultäten eigene Vorstellungen von Wissenschaften und Gegenkonzepte zu Lehrveranstaltungen zu entwickeln und diese in den Seminaren zu diskutieren. Exemplarisch sei hier ein Seminar über den bürgerlichen Widerstand im Faschismus vom ersten Universitätsgeschichtsschreiber Paul Kluke erwähnt. „Aber schon in den Semesterferien hatte er ein neues Konzept in der üblichen objektivistischen und personalisierenden Manier der bürgerlichen Historiker herausgegeben. In der ersten Sitzung lehnte er auf den Protest der Studenten deren Konzept als unwissenschaftlich ab, untersagte eine Diskussion über die Methode der Geschichtswissenschaft. Er erklärte, es sei Terror, sein Seminar zu kritisieren und Öffentlichkeit herzustellen. Er lehnte eine Abstimmung über die Frage, ob über Methode diskutiert werden solle, unter dem scheinheiligen Vorwand ab, über Wissenschaft lasse sich nicht abstimmen. Ein Wissenschaftler, der sich ständig selbst befrage, brauche der Umwelt keine Antwort zu geben, da sein ‚bestes Wissen und Gewissen' genüge. Die Abgabe der Diskussionleitung an einen Studenten sei mit seinem Beamteneid nicht vereinbar. Die Studenten, denen das nicht passe, sollten sein Seminar verlassen. Als diese darauf antworteten, sie seien auf einen Schein angewiesen und insofern abhängig, sagte er nur: ‚Jawohl, Sie sind abhängig, dann haben Sie auch die wissenschaftliche Erkenntnis anzunehmen, die ich Ihnen biete.'"

Die Basisgruppen sollten jedoch nicht in einzelnen Veranstaltungen bloß Kritik üben, sondern gedacht war an eine Kooperation der einzelnen Gruppen — es gab einen Rat —, kontinuierliches Engagement, wissenschaftstheoretische Arbeit und vor allem Verbindung des Studiums mit der politischen Arbeit. (8/68) Der „aktive Streik" des WS 68/69 gründete sich auf das Arbeitsgruppenprinzip. Jedoch war auch hier das Problem der „Ungleichzeitigkeit" gegeben, was zur Folge hatte, daß sich in den Gruppen wiederum autoritäre Strukturen bildeten. „Die Arbeitsgruppen, die autoritäre Strukturen offen reproduzierten, boten den Studenten zwar Sicherheit, aber waren für sie gleichzeitig enttäuschend, da sie ihnen den mehr oder weniger bewußten Wunsch nach Emanzipation wieder verbauten." (4/69) Der Streik richtete sich vor allem gegen die „technokratische Studienreform", deren oberstes Ziel die „Zerschlagung des Ordinarienprinzips" war. „Damit ist natürlich nicht die Kontrolle der Ordinarien durch Assistenten oder Studenten gemeint, sondern lediglich die Abschaffung der individuellen Verfügung eines Ordinarius über sein Institut."

An deren Stelle sollten Fachbereichsorganisation und Präsidialverfassung treten. „Kulturföderalismus, Autonomie der Universitäten, Ordinarienprinzip und die Einheit von Forschung und Lehre — bisher die geheiligten Prinzipien der Uni — fallen ihren ‚Reformen' zum Opfer." Der Universitätspräsident ist der Kultusbürokratie gegenüber verantwortlich, nicht der Universität. „Die staatliche Kontrolle geht im Hessischen Universitätsgesetz so weit, daß der Präsident der Universität entscheidet, ob eine freigewordenen Stelle überhaupt neu besetzt wird (§ 38), jede Berufung ist von der Genehmigung des Kultusministers abhängig (§ 38, VII)." Aber auch der studentische Protest der vergangenen Jahre wurde aufgegriffen, jedoch etwas anders, als es sich die Studenten vorgestellt hatten: „Mehr oder weniger versuchen alle Reformen, Konflikte durch institutionelle Kanalisierung zu managen. So werden die Forderungen nach Drittelparität formal zugestanden, gleichzeitig aber die so gebildeten Gremien entfunktionalisiert." Den Sinn der „Reformen" umreißt der DISKUS folgendermaßen: „Die Belastung der Eliteuniversität mit Studentenmassen stört die effektive Forschung und ist Verschwendung. Die Elite muß klein bleiben; den Massen zuviel Bildung zu geben, ist ‚sachlich sinnlos' und für die Herrschaft der Eliten gefährlich. Nur wenn die Massen durch Kurzstudien gepreßt werden, bleiben sie so unaufgeklärt, wie man sie braucht, und so fähig, wie zur Erfüllung ihrer Positionen nötig. Nur unter dem Druck reglementierter Studiengänge behalten sie den nötigen Respekt vor der Autorität." (5 + 6/69)

Was die antiautoritäre Bewegung nicht zustande brachte, soll nun der Klassenkampf zum siegreichen Ende führen, jedoch endete darüber ersteinmal der DISKUS

Zur gleichen Zeit verlagerte sich die Orientiertung der politisch aktiven Studenten zunehmend aus der Universität heraus. Der Berliner AStA und SDS forderten: „Bereitet im Studium revolutionäre Berufspraxis vor!" (4/69), in Frankfurt bilden sich Stadtteilbasisgruppen. „Stadtteilbasisgruppen setzen politisch in der Freizeitsphäre an. Ihr langfristiges Ziel bleibt jedoch die Rückkehr in die Produktionssphäre." Es ging vor allem um Lehrlinge und junge Arbeiter. An der Wohnsituation sollte angesetzt, die Situation im Betrieb diskutiert, die Autoritätsstrukturen aufgezeigt und so eine Politisierung erreicht werden. Die Vermittlung von „Aktionismus" (bei jungen Arbeitern häufiger anzutreffen) und „reiner Theorie" (die viele Studenten pflegten), sollte durch „Schulung" gelingen, ohne jedoch dafür ein „Patentrezept" zu haben. Das war inzwischen für einige andere Gruppen kein Problem mehr. Sie sahen die Notwendigkeit, „von der antiautoritären zur sozialistischen Bewegung" überzugehen, und stellten die „Organisationsfrage". Die wurde meist vorab gelöst: „Marxistisch-Leninistische Studentengruppe an der FU Berlin" nannte sich eine. Mit dem Klassenkampf sollte endlich ernst gemacht werden, das „Proletariat" wurde hervorgekramt. (5 + 6/69) Auf der Arbeitskonferenz des SDS im Frühjahr 1969 legte die Heidelberger Gruppe ein Arbeitspapier mit dem Titel „Zur Rekonstruktion der Arbeiterbewegung" vor, das jedoch nicht behandelt wurde. Darin heißt es, „unabhängig von unseren aktuellen Möglichkeiten muß sich unsere Strategie schon jetzt von der Notwendigkeit der Rekonstruktion der Arbeiterbewegung herleiten; wir müssen unsere objektive Avantgardefunktion bewußt wahrnehmen und daraus die organisatorischen und individuellen Konsequenzen ziehen, weil sie sonst niemand ziehen wird". (4/69) Dieses Beispiel von Kaderpolitik, die sich um die realen Verhältnisse einen Teufel schert, ist typisch für die folgende Zeit. Sie ist Ergebnis des Verfallsprozesses der studentischen Bewegung. Die Orientierung auf den Produktionsbereich ist nicht unbegründet. Schon frühzeitig wurde klar, daß eine isolierte Studentenbewegung wenig ausrichten könne. Doch gerade nach dem Ausbleiben konkreter Erfolge (die Notstandsgesetze wurden verabschiedet, der Vietnamkrieg ging weiter, die angestrebte Hochschulreform wurde blokkiert) und dem Auseinanderfallen der antiautoritären Bewegung (Kriminalisierung, Anpassungsdruck, fehlende Organisationsform) zur Organisierung des Proletariats und des „Klassenkampfes" zu schreiten, war eine voluntaristische Verkürzung des einmal erkannten Zusammenhangs zwischen der eigenen und der allgemeinen gesellschaftlichen Emanzipation.

Die Juni-Ausgabe des DISKUS war die vorerst letzte. Es gab dafür allerdings keine Anzeichen, keine Erklärung der Redaktion. Doch war der DISKUS in den vergangenen zwei Jahren so unmittelbar an die Studentenbewegung gebunden, daß er mit ihrem vorläufigen Ende auch selbst scheitern mußte. Der Verzicht auf jegliche journalistische Distanz, die alte Konzeption, waren dafür verantwortlich, daß der DISKUS selber alle Stadien der Studentenbewegung durchlief und schließlich durch ihre Zersplitterung seinen Sinn verlor. Als funktionalisiertes Organ für den Klassenkampf war er jedenfalls nicht denkbar. So mußten die Studenten vielleicht erst einen Ausweg aus ihrer Krise finden, um den DISKUS wieder erscheinen zu lassen.

Tim Darmstädter

Bolero für die Universität, Paulskirche 4.11.89

Ein Heldenlied auf die Frankfurter Bürger-Universität

und Hammerstein als ihr hausgemachter Rhapsode

Das Bewußtsein der Angehörigen der Universität, ihrer Angestellten, wissenschaftlichen Bediensteten, ProfessorInnen und StudentInnen, ist von alltäglichen spürbaren Mißständen geprägt. Die auffälligsten Symptome sind: Raummangel, chronische Unterfinanzierung, Stellensperre, Massendrang in Lehrveranstaltungen, intellektuelle und berufliche (soziale) Orientierungslosigkeit. Den Hintergrund bilden die geringen Aussichten für Akademiker, ein standesgemäßes Auskommen zu finden, und die spürbare Nivellierung ihres ehedem privilegierten Status in der Gesellschaft.

Gewiß sind nicht alle Gruppen der Universität gleichermaßen von der Krise der akademischen Ausbildung betroffen. Was die Reputation und die Existenzsicherheit anbetrifft, so besteht zwischen der Mehrzahl der Dozenten und den Studierenden eine tiefe Kluft. Im übrigen aber sind die Reaktionen der Gruppen, ihre Verhaltensunsicherheit im Hochschulalltag nicht allzu verschieden.

Ein Jahr nach dem StudentInnenstreik scheint der Universitätsbetrieb weiterzulaufen wie bisher. Außer einzelnen Initiativen hat es keine sichtbaren Veränderungen gegeben. Die StudentInnen nehmen die angebotene Ausbildung größtenteils kritiklos an, die Vorbehalte die sie äußern, richten sich weiterhin nicht gegen die Institutionen, der sie ihre Situation mit zu verdanken haben. Eher laufen sie darauf hinaus, von den Hochschullehrern mehr persönliche Autorität zu fordern.

Unter den Professoren hingegen ist etwas in Bewegung geraten, das stark nach historischer Kellerluft riecht. Das Mandarinentum von einst, das, wie beschädigt auch immer, den Faschismus überdauert und mit der zweiten, der christdemokratischen Republik arrangiert hat, Ende der 60er Jahre aber in Deckung gehen mußte, regt sich wieder. Es hat noch so recht nicht Gestalt angenommen; denn die sozialdemokratische Hochschulreform hat ihm hart zugesetzt. Seit aber die Studenten hochschulpolitisch die Segel gestrichen haben, treibt es, bestätigt durch eine Reihe von Verfassungsgerichtsurteilen, ständische Interessenpolitik, als habe es eine Demokratisierung der Hochschulen nie gegeben.

Was da neben der Hochschulbürokratie auf den Plan und, in bestem Einvernehmen mit ihr, ins Rampenlicht tritt, ist eine Honoratiorenformation, eine Neuauflage der Körperschaft der Ordinarien. Forschung, Innovation durch Wissenschaft und Außendarstellung der Universität dienen ihr als Aushängeschild. Sie trachtet nach öffentlicher Beachtung, nach Anerkennung und greifbarer Plazierung in der gesellschaftlichen Hierarchie. Das Geld ist nicht alles. Aber natürlich ist auch daran gelgen. Ihr Problem ist — eingestanden oder nicht —, daß die wissenschaftliche Forschung, auf Betreiben auch des Staates, von den Hochschulen abgezogen und in abgesonderten staatlichen Institutionen sowie von

den Industrieunternehmen selbst organisiert wird. Der NS-Staat hat diese Tendenz programmatisch verfolgt; in der Bundesrepublik ist sie weiter vorangeschritten.

Die neue Ordinarienformation will diese Entwicklung entweder nicht wahrhaben oder hegt die Illusion, sie rückgängig machen zu können. Stattdessen macht sie die Studentenunruhen von 1968 für den Verlust ihrer Reputation und die anderweitige Investition von Forschungsmitteln verantwortlich. Deswegen liegt ihr soviel daran, die Herren von Industrie und Staat von der Loyalität und Leistungsfähigkeit der Hochschulen zu überzeugen. Und allerdings wird sie mit ihrer vertrauenbildenden Kontaktsuche nur dann einen — wie immer bescheidenen Erfolg erzielen, wenn sie glaubhaft machen kann, daß sie Herr im eigenen Hause und imstande ist, mit jeder künftigen studentischen Opposition fertig zu werden.

In Frankfurt hat sie seit 1980 drei spektakuläre Versuche unternommen, die Wirtschaft ihrer Loyalität zu versichern. Der erste war die Ernennung von hohen Funktionären der westdeutschen Wirtschaft zu Ehrensenatoren der Universität sowie ihre festliche Inauguration in der Paulskirche. Es folgten die Vortragsreihe „Beruf als Erfahrung" und die Jubiläumsfeier der Universität aus Anlaß ihres 75jährigen Bestehens, ebenfalls in der Paulskirche. Diese Veranstaltungen verliefen alle nach demselben Schema: Die Mehrheitsfraktion hofiert führende Repräsentanten von Banken und Industrie, macht sie zu Würdenträgern der Universität, schlägt Bedenken gegen Personen, die ihre Karriere in NS-Wirtschaft starteten, in den Wind, lädt dazu die „Bürgerschaft" der Stadt, schließt hingegen Kritiker und die Studentenschaft aus und bedient sich der Polizei, um sich und sich den Gästen protestierende Störenfriede vom Leib zu halten. — Die Professorenmehrheit weiß sogar jede Diskussion dieser Art Hochschulpolitik im Ansatz zu unterbinden. Sie verfügt über die Tagesordnung in den gesamtuniversitären Gremien und gibt dem Präsidenten freie Hand, in uni-report und über Sondermitteilungen die studentische Opposition zu diffamieren. Im übrigen hält sie es für eine Zumutung, sich wegen dieser gemeinsam mit dem Industrie- und Bankenverein „Freunde und Förderer der J.W. Goethe-Universität" inszenierten Großveranstaltungen rechtfertigen zu sollen. Der anmaßende Verweis auf die liberale Frankfurter Stiftertradition reicht aus zur Begründung. Der Kontakt, ja die institutionelle Kooperation zwischen Wissenschaft und Wirtschaft gilt als Selbstverständlichkeit. Selbstverständlich müsse sich die Universität gemäß einer langen Zeit vernachlässigten Tradition über die „Freunde und Förderer" der Stadt öffnen: „In seiner Beraterfunktion und seiner Mittlerfunktion zwischen der Universität und ihrem städtischen Umfeld lebt in diesem BEIRAT", so erfährt man aus dem unireport vom 8. Juni vorigen Jahres, „etwas von dem Geist fort, der früher im universitären Kuratorium zuhause war".

Notker Hammerstein, Professor für Neuere Geschichte an der hiesigen Universität, erhielt den Auftrag, diesen Hausgeist zu beschwören. Eine 800seitige Geschichte der Frankfurter Universität von 1914-1950 ist daraus hervorgegangen. In einem ersten Beitrag setzt sich der diskus mit der Hammersteinschen Darstellung der Universitätsentwicklung in der Periode des Faschisierungsprozesses auseinander. Die Beurteilung der Einstellung der damaligen Professorenschaft zur Weimarer Republik ist ohne Zweifel für die gegenwärtige Kontroverse um das Selbstverständnis der Universität und die von der Professorenmehrheit erwünschte Allianz mit dem Kapital wichtig. Die Frage ist, ob und mit welchem Recht die Mehrheitsfraktion für ihre hochschulpolitischen Bestrebungen eine demokratische, jüdische und antifaschistische Stiftertradition in Anspruch nehmen kann.

***

„Politik spielte in diesen Gesprächen überhaupt keine Rolle, selbst nach 1933 nicht. Es ist eher erstaunlich, wie wenig Erwähnung sie fand. Im geistigen Umgang miteinander, in souveräner Mißachtung der Barbarei draußen, des vulgär ungebildeten Nazis sicherten diese Gelehrten die Vergewisserung des großen europäischen, kulturellen Erbes, das Überleben vor sich selbst, persönliche Würde und Humanität."

Notker Hammerstein (S.33)

Die Universität als Insel — Die offizielle Legende

1914 wurde die Frankfurter Universität als letzte des Wilhelminischen Kaiserreichs gegründet. Dank des Einflusses des liberalen, zumeist jüdischen Großbürgertums der Stadt war die Stifteruniversität liberaler als die bereits im Reich bestehenden. Der Emanzipation der Juden begegnete die Professorenmehrheit mit weltoffener Toleranz. 1918 konnte die Sozialdemokratie für die Universität gewonnen werden, und sogar marxistische Forschung fand ihre Anerkennung. Der gegenseitige Umgang der Gelehrten war frei von Antisemitismus, das Verhältnis der Professoren ungetrübt harmonisch und übergreifend kommunikativ. Der Nationalsozialismus drang von außen über die Studentenschaft in die Universität ein, wenige schwarze Schafe gab es unter den Professoren schon, eigentlich aber doch nicht. Die Mehrheit betrieb eine solide, überparteiliche Wissenschaft. Dem Nationalsozialismus trat man vielleicht nicht entschieden genug entgegen, aber wer konnte es denn schon voraussehen. Nach 1933 verschwanden Sozialdemokraten, Juden und kritische Theoretiker. Die studentische Nazibewegung an den Hochschulen konnte aber gestoppt werden, die verbliebene Professorenmehrheit konnte die deutsche Kultur vor der Barbarei bewahren und so hatte man nach '45 wieder eine solide wissenschaftliche Basis, auf der man aufbauen konnte. Für die Professorenschaft war diese Zeit kein Honigschlecken. Hartes hatte sie durchgemacht und nur durch engstes Zusammenrücken und kollegiale Solidarität überstanden sie die dunklen Zeiten. — Das in etwa ist der Eindruck, den die Lektüre des Hammersteinschen Werkes hinterläßt.

Der Gründer-Mythos

Die Gründungsfeier der Frankfurter Universität fand bereits im Ersten Weltkrieg statt. Auch viele der damaligen und späteren Frankfurter Professoren und Studenten erlebten das, was sie als nationalen Aufbruch emphatisch begrüßt hatten als komplettes militärisches und politisches Desaster. Mit dem Zusammenbruch der Front zerbrach auch das alte autoritäre Regime, mit dem die Professoren sich eng verbunden fühlten. In der Frühphase der Weimarer-Republik versuchte die Arbeiterschaft die Träger des Kaiserstaates zu entmachten. Im Militär, den Eliten der Wirtschaft und dem preussischen Beamtentum vereinigten sich zuerst die republikfeindlichen Kräfte.

Die Professorenschaft gehörte zu den integrierten und privilegierten Schichten der Wilhelminischen Gesellschaft. Sie war mehrheitlich national und monarchistisch gesinnt. Früher als andere Schichten der Gesellschaft hegte sie rassistische Elitevorstellungen.

Die USPD trat 1918 dafür ein, die alten elitären Universitäten zu schließen un durch neue, völlig zugangs- und prüfungsfreie Volksbildungsanstalten zu ersetzten. Die SPD machte sich für eine Reformierung der bestehenden Hochschulen stark. Zum Konflikt kam es in Frankfurt zwischen der Universität und den Arbeiterparteien, als die Stifteruniversität nach 1918 eine Unterstützung durch öffentliche Gelder verlangte.

Hammerstein schreibt dazu (S.31): „Wie so viele Unternehmen, Privatleute und Institutionen geriet die glänzende Stiftungsuniversität in eine tiefe Notlage. Lebten vor dem Krieg 599 Millionäre in der Stadt, waren es im Jahre 1927, als es wirtschaftlich allmählich wieder nach oben ging, gerade noch 88." Zudem sei Merton, einer der Gründer und Fürsprecher der Universität, „viel zu sehr belastet gewesen, sein Unternehmen durch die Kriegszeit zu führen, als daß er sich der Förderung der Universität nachhaltiger hätte widmen können" (S.32). Überdies sei Merton 1916 verstorben. „Die zu Kriegsende gegründete ‚Vereinigung von Freunden und Förderern der Universität'", meint Hammerstein (S.33), „konnte diese Lücke nicht schließen und so suchte man den Ausweg in Umkehrung des Stiftungsgedankens in der traditionellen staatlichen Obsorge." Nachdem die regierenden Arbeiterparteien der Professorenschaft per Weimarer Verfassung bereits das Monopol der Beamtenbildung aus der Hand genommen hatte, fürchteten auch die Frankfurter weitere

Einschränkungen ihrer noch aus der Kaiserzeit stammenden ständischen Privilegien.

„Da weitere Hilfen seitens der Stifter ausblieben, obwohl viele Frankfurter Unternehmen durch den Krieg erhebliche Gewinne verzeichneten . . ." (S.32), mußten die Frankfurter Professoren bei den Parteien der Arbeiterschaft für Sympathie und finanzielle Unterstützung werben. „Sehr geschickt", meint Hammerstein (S.34), „vermochte der damalige Rektor Heinrich Tietze zu zeigen, daß viele der Vorhaltungen auf Unkenntnis der tatsächlichen Verhältnisse beruhten, daß die Universität weder Bildungsstätte der Wohlhabenden sei (Anmerkung des Verfassers: Noch im Jahre '26 betrug der prozentuale Anteil der in Frankfurt studierenden Kindern von Arbeitern 1.5 %, unteren Beamten 1.6 %, Privatangestellten 5,8 %, Bauern (Kleinwirte) 3 %[1]), noch irgendwelche reaktionäre Ansichten, schon gar keine antisemitischen Neigungen fördere." Hammerstein fährt fort: „Ganz im Sinne ihrer Gründungsabsichten sei sie im Gegenteil liberal, offen und für die neuen Verhältnisse eingenommen." Und abschließend erfährt Tietze ein Lob: „Da der Rektor all das gut belegen konnte, fand sich die Stadtverordnetenversammlung alsbald zu höheren Leistungen bereit." Die Kritik der SPD meint Hammerstein an dieser Stelle in einem einzigen Satz wiedergeben zu können: „Die Universität habe sich allerdings zu bemühen, den gewandelten Anforderungen gerecht zu werden, demokratischer, weniger elitär, ein „Volksbildungsinstitut im besten Sinne zu sein, sie müsse sich der neuen Zeit und ihren Idealen öffnen und ähnliches mehr" (S.34). Genauer und anders findet sich der gleiche Sachverhalt in Paul Klukes Universitätsgeschichte der Jahre 1914-1932[2]. Kluke schreibt (S.238): „Die sozialdemokratischen Stadtverordneten zeigten sich für eine namhafte Unterstützung der Stadt an ihre Universität durchaus bereit; aber sie drängten auch auf die Reform akademischen Lebens. Ihre Sprecher, Zimmermann und Thomas, bemängelten, daß sich an der Universität weite Kreise immer noch nicht der neuen Zeit geöffnet hätten, daß man sich dort ‚wohl nicht mehr erinnere, daß es eine Revolution in Deutschland gegeben habe.' Sie nahmen Anstoß an dem erneuten überbetonten Hervorheben des Verbindungswesens, da immer noch ‚Mensuren im vollen Zuge' seien und Couleur getragen würde, Dinge, die die Deutschen im Auslande lächerlich machten. Sie konnten mancherlei Einzelheiten für die Benachteiligung politisch andersdenkender Gruppen angeben, konnten auf manche Veranstaltungen recht unzeitgemäßer Art, vor allem auch auf Anzeichen für das Fortbestehen antisemitischer Strömungen hinweisen; und sie verlangten, daß endlich Ernst gemacht werde mit der Demokratisierung der Verwaltung."

Klukes Geschichtsschreibung macht die Konturen der politischen Auseinandersetzung wenigstens sichtbar, während Hammersteins intellektuelle Redlichkeit sich auf die Angabe von Fußnoten und deren Quellenverweise beschränkt.

Hammerstein läßt störende Details, die ein republikanisches Bewußtsein eher außerhalb statt innerhalb der Universität belegen, soweit möglich beiseite. Ansonsten geriete die liberale Fassade der Stifteruniversität allzufrüh ins Wanken. Die ganze Konstruktion des liberalen Frankurter Eigenwegs basiert bei Hammerstein auf dem sorgsam gepflegten Gründermythos. Keineswegs verschweigt er den Antisemitismus an anderen Universitäten — er betont diesen geradezu, um Frankfurts Universität in einem republikfreundlichen Glanze erstrahlen zu lassen. Zu Trägern des Fortschritts macht Hammerstein das jüdische Großbürgertum, die Millionäre und eine Unzahl von ihm benannter großer Männer (S.22): „In einer eher verdeckten, fast unbewußten Weise förderte freilich die jüdische Herkunft vieler Stifter die Bereitschaft, ein so teures Projekt wie eine Universität mitzufinanzieren: noch immer waren bestimmte Berufe und Positionen Bewerbern jüdischer Abstammung trotz aller erreichter rechtlicher Gleichberechtigung nahezu verschlossen — von den angesehenen Offiziersstellen über hohe Verwaltungsposten bis hin zum kaum weniger geachteten Ordinarius einer Universität. Mittels einer eigenen Universität für größere Öffentlichkeit zu sorgen, begabten Gelehrten wie auch neuen Disziplinen einen Weg zu öffnen, mußte manchem reizvoll scheinen. Gewiß trafen solche Erwägungen für christliche Stifter weniger zu. Bei diesen dominierten eher offene Experimentierfreude wie auch das Bewußtsein alter reichsstädtischer Tradition." Und an anderer Stelle fügt der Autor hinzu (S.22): „Der Übergang vom Kaiserreich zur Weimarer Republik vollzog sich in Frankfurt rein äußerlich recht einfach. Die ‚jüdisch-demokratische' Komponente der Stadt -von ihren Gegnern gern bemüht — erleichterte offensichtlich auch ihrer Universität die mancherorts schwierigere Anpassung."

Hammerstein verschweigt die Problematik. 1914 konnte es sich die kaiserliche Bürokratie gar nicht erlauben, weiterhin wirtschaftlich potente Gruppen der Gesellschaft politisch völlig auszugrenzen. Die Zustimmung der Behörden zur einzigen Stifteruniversität im Kaiserreich und zur Zulassung für Akademiker ohne Ansehen der Konfession fiel in die Phase nationaler Mobilmachung für den ersten Weltkrieg. Dem irrigen Glauben einer ‚erwachten Nation' verhaftet, rückten die deutschen Patrioten ein, und als solche begriffen sich gerade auch viele Bürger jüdischen Glaubens. Sie betrachteten sich nicht, wie Hammerstein glauben macht, als von ‚jüdischer Abstammung', sondern verstanden sich, soweit sie sich nicht vollständig assimiliert hatten, als Konfessionsgruppe innerhalb einer gemeinsamen deutschen Nation. Die Assimilierungsbestrebungen des überwiegenden Teils der deutschen Juden verhinderten nach dem religiösen Antisemitismus den Ende des 19ten Jahrhunderts immer offener auftretenden politischen Antisemitismus. Die Emanzipation der Juden in Frankfurt war auf rechtliche Gleichstellung beschränkt, von vornherein eine Chimäre, wie es sich später an der gleichmütigen Reaktion der ‚christlichen Stifter' und ihrer ‚offenen Experimentierfreude' nach 1933 erweisen wird. Hammerstein versucht, die Liberalität der Frankfurter Universität ausschließlich an der Pluralität der Konfessionen festzumachen; diese Liberalität inhaltlich näher zu überprüfen, davor hütet er sich wohlweislich, um das Konstrukt der Interessensgemeinschaft der Frankfurter Professoren nicht zu gefährden. Es sind schließlich die Juden selbst, die den Antisemitismus befördert haben. Er behauptet, Geldgeber aus dem jüdischen Bürgertum hätten durch unvorsichtiges Handeln die Aufmerksamkeit der Antisemiten auf sich gezogen (S.12): „Der durch Krieg und unmittelbare Nachkriegsnöte wieder stärker vernehmbare Antisemitismus — nicht gerade an der Frankfurter Universität, aber allgemein im Reich — legte den jüdischen Geldgebern vorsichtigeres Handeln als vor 1914 nahe . . ." In Argumentationsnot gerät er vollends, als er die ‚liberale' Frankfurter Sondertradition ‚christlicher Stifter' begründen soll: Das eine Mal beruft er sich auf ‚das Bewußtsein reichsstädtischer Tradition', das heißt wohl auf antipreußischen Separatismus. Das andere Mal auf das Muster der preußischen Staatsuniversität (S.31): „. . . die wissenschaftlichen Vorstellungen, praktischen Hoffnungen und allgemeinen Zielsetzungen der Gründer und Stifter . . . atmen einen modernen, einen liberalen, z.T. an westeuropäischen Vorstellungen ausgerichteten Geist, ohne daß sie von der bewährten, damals in Deutschland glänzenden Universitätsidee und ihren wissenschaftslichen Idealen abweichen." Der Autor führt den Frankfurter Stiftungsmythos, den liberalen Sonderweg der J.W. Goethe-Universität damit selber ad absurdum.

Es war die Frankfurter Professorenschaft, die im Windschatten der Konterrevolution die Demokratisierung ihrer Hochschule — und eine Demokratisierung wäre der liberale Sonderweg gewesen — zu verhindern wußte. Sie pochte gegenüber den ‚Weimarer Systemparteien' auf ihre Autonomie, ganz im Gegensatz zu 1933.

„. . . der preussische Finanzminister Herrmann Lüdemann (*SPD*, Anm. d. Verf.) hatte wenig Neigung, dem Frankfurter Wunsch zu entsprechen", berichtet Hammerstein von Geldverhandlungen des Jahres 1920 (S.34/35) und fährt fort: „Universitäten gehörten ohnedies umstrukturiert, ließ er in einem Gespräch wissen. Sie sollten den neuen gesellschaftlichen Bedingungen folgen, statt auf ihren traditionellen Gewohnheiten zu beharren . . . Er schlug . . . eine ‚Art Arbeiteraka-

demie' vor, ‚die berufen wäre, aus den Schichten mit einfacher Schulbildung sozial, wirtschaftlich und verwaltungstechnisch geschulte Personen hervorgehen zu lassen.'" Weiter kommentiert Hammerstein die Reformvorhaben der Sozialdemokratie: „Diese für die Frankfurter Universität gefährliche und auch im Sinne der Propagande dieser Idee entschieden verengte Sicht konnte Lüdemann nur mühsam ausgeredet werden . . ." Hammerstein unterschlägt auch hier den Grund für die Intervention der Sozialdemokratie. Am von der Arbeiterbewegung verhinderten Kapp-Putsch 1920 hatten sich wieder zahlreiche Universitäten hervorgetan. Die SPD konnte mit der mobilisierten Arbeiterschaft im Rücken danach in Frankfurt eine ihrer Kontrolle unterstehende Bildungseinrichtung durchsetzen, die Akademie der Arbeit, die der Universität angegliedert wurde. Für seine Argumentation vereinnahmt Hammerstein die Gründung der Akademie der Arbeit, um das harmonische Verhältnis unterschiedlicher Positionen an der ‚liberalen' Frankfurter Universität hervorzuheben.

„Ganz so wie ihre Gründungsväter", notiert Hammerstein (S. 55), „wie auch die Sozialdemokratie in der Weimarer Republik vertrat die Akademie einen liberalen, demokratischen Staatsgedanken. So wie Sinzheimer von Anfang an eine Räte-Republik, eine Ordnung des Staates in streng marxistischem Sinne ablehnte, so traten auch die übrigen Lehrenden der Akademie und die meisten ihrer Schüler . . . entschieden für eine demokratische Staatsverfassung ein. Darin unterschieden sie sich deutlich von dem anderen an der Universität befindlichen Institut, dem Institut für Sozialforschung."

Da die SPD nach 1945 in den neuen Staat integriert wurde, gemeindet sie der heutige Geschichtsscheiber schon in den zwanziger Jahren ein. Hammersteins Methode ist die des Historismus. Seine Geschichtsschreibung ist die der Sieger, seine Einfühlung gilt den jeweils Herrschenden, den ‚großen Männern', mit denen zu identifizieren sie nahelegt.

„Kathedermarxismus"

Kopfzerbrechen bereitet dem Historiker die Darstellung des Instituts für Sozialforschung. Er muß die Tradition der Frankfurter Schule brechen, verschiedene Lager pressen, um die Integration zweier ihrer Vertreter — aber nicht die der kritischen Theorie — nach '45 in die Frankfurter Universität zu legitimieren. Die Konnotationen, die Hammerstein mit dem Institut für Sozialforschung und deren Mitarbeitern verbindet, seien kursorisch aufgezählt: „Einseitigkeit des wissenschaftlichen Ansatzes" (57), „Salon-Bolschewist Weil" (S.57), „Kathedermarxist Grünberg" (S.59), „viele standen der KPD nahe" (S.59), „bekannte Linkslastigkeit" (S.60), „ein heikles Unternehmen" (S.60), „ungemein geschickt komponierte Antrittsvorlesung" (S.62), „wissenschaftliche Grundhaltung ‚synkretisch' bzw. eklektisch" (S.65). „Das macht es auch im nachhinein den Beteiligten und Urteilern so schwer, anzugeben, was die ‚kritische Theorie' eigentlich war" (S.67). Um die kritischen Theoretiker in den Griff zu bekommen, wendet Hammerstein sein gängiges psychologisierendes Verfahren an. So stigmatisiert er Max Horkheimer als „Sohn aus reicher jüdischer Unternehmerfamilie" (S.61). Hammerstein weiter (S.61): „Frühe grundlegende Erfahrungen führten ihn zu einem empörten Mitleiden mit den Armen und Unterdrückten, zur Erkenntnis eines weit verbreiteten Unrechts, daß er als Millionärssohn besonders scharf zu sehen meinte. Diese Idee führte ihn folgerichtig in den Umkreis des Instituts . . ." Die Kritische Theorie erscheint als Spleen eines empörten, jüdischen Millionärssohns.

Über Friedrich Pollock befindet Hammerstein (S.62 u. 64): „Seinem biederen, handfesten Marxismus blieben intellektuelle Höhenflüge versagt . . . Pollock, dessen marxistischen Glauben nationalökonomische Schriften befestigt hatten . . ."

Zusammenfassend charakterisiert Hammerstein die Mitglieder des Instituts für Sozialforschung (S.65): „Sie hatten aber alle keine unmittelbare Anschauung oder auch nur direkte Kenntnisse konkreter, ökonomischer, gesellschaftlicher Verhältnisse oder deren Wissenschaften. Die Ausnahme bildete hier wie erwähnt, Pollock (sic!). Für die idealistischeren unter ihnen galt, wie es Löwenthal formulierte: ‚Wir haben nicht die Praxis verlassen, sondern die Praxis hat uns verlassen . . .', so einfach war das damals."

Hammerstein verfälscht vorsätzlich den Sinnzusammenhang, in dem Löwenthals Bemerkung steht. Im Original lautet diese Aussage Löwenthals[3]: „Gerade jüngst noch in einem Seminar von mir hat einer meiner begabtesten Studenten unsere Gruppe angegriffen, in dem Sinne, daß wir eigentlich nur eine Mount Olympus Position bezogen hätten. Wir hätten uns völlig vom Marxismus abgetrennt und die Realität aus dem Blick verloren. Ich habe ihm geantwortet, daß er mit dieser Kritik den Sinn der Kritischen Theorie verfehle. Wir haben nicht die Praxis verlassen, sondern die Praxis hat uns verlassen." Hammerstein kann die Bedeutung dieses Begriffs von ‚Praxis' eigentlich nicht entgangen sein. „Ich habe ja schon oft gesagt", erklärt Löwenthal nämlich daran anschließend, „welch ein großes Trauma für uns die Entwicklung in der Sowjetunion und die der kommunistischen Partei bedeutete. Viel wichtiger ist natürlich die Einsicht, daß die Vorstellung vom revolutionären Potential des Proletariats sich historisch überholt hat; besonders evident war — das hier in Amerika und jetzt auch in der ganzen Welt. Hier und im größten Teil von Westeuropa bildet das sogenannte Proletariat eine kleinbürgerliche Gruppe, die ein massives Interesse am status quo hat." Und überdies stellt Löwenthal unmißverständlich fest: „Also, die Kritische Theorie hat sich ganz und gar nicht als esoterisch empfunden, die Reflexion des Verhältnisse von Theorie und Praxis war ihr innerstes Verhältnis."

Hammersteins Fälschungen und Zurichtungen der Kritischen Theorie entspringen dem Abgrenzungsbedürfnis des Historisten, dem der historische Materialismus ein Greuel ist.

Die Schriften und Dokumente der Frankfurter Schule hat er als Quelle nicht berücksichtigt. Seine Forschung beschränkte sich auf die willkürliche Auswertung biographisch-populärer Sekundärschriften.

Nachdem Hammerstein klargestellt hat, wie das Institut für Sozialforschung bis zu seiner Schließung 1933 zu bewerten sei — „wissenschaftliche Bedeutung eher gering" (S.62) —, richtet er es ein zweites Mal zu: „Die linken Positionen der durchweg hellwachen, allem modernen aufgeschlossenen, diskutierwütigen jungen Mitarbeiter und Freunde des Instituts belebten nachhaltig die allgemeine Glanzzeit Frankfurts während der Weimarer Republik" (S.62). Die Duldung des Instituts für Sozialforschung, als kulturelle Draufgabe gewendet, muß dazu herhalten, als Zeichen für die Liberalität der Frankfurter Universität gedeutet zu werden. „Der Universität gefiel dieses offene Programm", erklärt Hammerstein (S.65). Daß aber erscheint ihm dann doch nicht geheuer: „Manchem freilich, fast könnte man sagen: den meisten in der Universität schienen die Mitglieder des Institutes zu extrem links, zu boh&egrmehaft, zu großbürgerlich, zu unakademisch, kurz suspekt" (S.56).

„Kathederlöwen"

Hammerstein macht keinen Hehl daraus, wo seine Sympathien liegen. Da er Wissenschaft nur in Trennung von Gesellschaft denken will, muß der Nationalsozialismus — wenn überhaupt — von außen in die Universität eingedrungen sein. Sonst geriete er auch mit dem Beharren auf Glanzzeiten und großer liberaler Tradition zur Legitimation des eigenen Tuns in Verlegenheit. Für Hammersteins Wissenschaftsideal gab es weder 1918, '33, '45 noch '68 einen Bruch. Naziideologen wie Hans Naumann sind ihm ‚glänzende Kathederlöwen'. Ohne Belege anzuführen urteilt Hammerstein munter drauflos, und am Ende vertauscht er gar Täter und Opfer. Drei Beispiele sollen genügen:

– Hammerstein über den Rechtshistoriker Beyerle (S.95): „Seine Originalität und hohe wissenschaftliche Begabung verschafften ihm trotz seiner bis zum kauzigen ausgeprägten Germanophilie — er unterschrieb ernsthaft Briefe mit ‚Ihr Wotan' — rasch eine führende Rolle . . . Von rechtshistorischer Grundlage aus, im Glauben an die hohe Bedeutung der deutschen Rechtsvergangenheit sollte das

moderne Recht verbessert, übersichtlicher und verständlicher gemacht werden. Noch 1934, als Beyerle dabei war, einem Ruf nach Leipzig zu folgen, pries der jetzt von Nazi-Gnaden ernannte Dekan Klausing dem Ministerium die Erfolge dieser Arbeitsgemeinschaft beim ‚Neubau des deutschen Rechts'. Freilich, da gab Klausing den Bemühungen einen Zungenschlag, der gewiß nicht Beyerles war. Dieser nämlich war, wie sein Schüler Hans Thieme berichtet . . ."

– Hammerstein über den ‚Afrika-Forscher' Frobenius (S.76/77): „So fand er auch bei den neuen Machthabern, obwohl er ja von einer Gleichwertigkeit der Kulturen ausging, Resonanz und Anerkennung. Aber eigentliche Konzessionen, über gewisse verbale Verbeugungen hinaus, hat Frobenius den neuen Herren nie gemacht, Wie bisher reiste er häufig ins Ausland, ohne die neu erlassenen Auflagen zu beachten, beschrieb seine dortige Vorlesungstätigkeit und seine Expeditionen, die freilich nicht mehr ganz so zahlreich waren als außerordentlich werbewirksam für den neuen Staat und entschuldigte damit sein in den Augen der Machthaber ungewöhnliches rechtswidriges Verhalten . . . Nachdem Frobenius am 29. Juni 1938 in pompöser Form bei allgemeiner städtischer, z.T. auch universitärer Anteilnahme seinen 60. Geburtstag und zugleich das 40jährige Bestehen der Deutschen Gesellschaft für Kulturmorphologie gefeiert hatte — der ‚Führer' hatte huldvoll telegraphiert, was viel Eindruck gemacht — starb Frobenius am 9. August 1938 überraschend . . . So blieb dem umtriebigen Mann, den die Frankfurter liebevoll den ‚Afrikaner' nannten, erspart, zu erleben, wie seine Tätigkeit durch den ausbrechenden Zweiten Weltkrieg eingeschränkt worden wäre."

– Hammerstein über den Altphilologen Karl Rheinhardt und das Institut für Kulturmorphologie (S.73, 90, 91, 92): „Insbesondere die beiden Altphilologen Karl Rheinhardt und Walter F. Otto, . . . hatten von den neuartigen Ideen Frobenius' Anregung erhalten . . . Nicht untypisch für diesen Kreis gelehrt-genialischer Männer war es, daß sie später selbst den Ex-Kaiser in Doorn für ihre Zwecke gewinnen konnten . . . Dem starken Druck der Frankfurter Nationalsozialisten und ihrer Gefolgsleute unter den Universitätskollegen wich Karl Rheinhardt 1942 nach Leipzig aus, kehrte aber 1946 gerne wieder nach Frankfurt am Main zurück, wo er bis zu seinem Tode 1958 lebte, lehrte und wirkte . . . Rheinhardt hegte einen hohen Anspruch an ‚zuchtvolle Lebensführung' . . . zeitlebens ein Faszinosum . . . Bei den Rheinhardtschen Samstagen gab es aber auch Sketche und selbstverfertigte Possen zu hören, wurden Klassiker gelesen, Theaterstücke aufgeführt, über Gott und die Welt debattiert. Dabei wurden ‚riesige Mengen von Salaten und belegten Broten' vertilgt, was weniger erstaunlich ist als der für die Zeit außergewöhnlich zwanglose , unakademische Umgang von Ordinarien, Privatdozenten, Assistenten und Studenten, Das setzte sich auch noch nach 1933 fort, zu den Teilnehmern gehörten . . ." usw.

Hammerstein bleibt nicht nur den Nachweis einer ‚liberalen' Frankfurter Professorenschaft schuldig, er belegt überdies unfreiwillig das Gegenteil. Hammersteins Geschichtsbewußtsein ist antidemokratisch und elitär wie sein Wissenschaftsglaube.

Alle die bisher genannten Wissenschaftler gehörten dem sogenannten Riezler Kreis an. Über sie sagt Hammerstein zusammenfassend (S.96): „Das waren also die einflußreichen, besser ideenreichen Professoren des Kreises, deren tolerante, offene, nur auf Qualität und Originalität fixierte Art so manchem ein Ärgernis war."

Als Kurator hatte Riezler den höchsten Posten in der damaligen Universitätshierarchie inne. Riezler hängt der Ruf eines besonders liberalen Mannes bis heute an, da er ebenso Kontakte zum kleinen Sozialdemokratischen Ordinarienkreis wie auch zum Institut für Sozialforschung unterhielt.

In seiner Universitätskarriere zeigte er jedenfalls eine erhebliche Wendigkeit in der jeweils opportunen politischen Richtung. Sein liberales Heldenstück ist die Befürwortung der Professur

Max Horkheimers — der einzigen, die das Institut nach Grünbergs Ausscheiden bekam. Das Institut zahlte diese und noch eine zusätzliche für die Universität aus eigenen Mitteln. Ansonsten betrieb Riezler die Berufungen des ehemaligen Freicorpskämpfers und George-Schülers Kantorowics sowie des George Jüngers Kommerell. Von demokratischen Reformplänen, die ihn (seinerseits) als ‚liberal' auszeichnen könnten, ist nichts bekannt. Nach der Machtergreifung der NSDAP wurde er von den Nazis als Kurator abgesetzt und vorübergehend verhaftet, diente sich seinerseits den neuen Machthabern erneut als zu Unrecht behandelter national denkender Mann an. Die Nazis wollten *ihn* nicht, und nicht umgekehrt. Sie bevorzugten Platzhoff. Dessen Schüler Rheindorff stand in bester Verbindung zu Riezler. Hammerstein widmet Rheindorff ein ganzes Kapitel mit der Überschrift ‚Rheindorffs Reformprogramm'. Er bauscht ein Gespräch zwischen dem Berliner Staatssekretär Lammers und dem Vorsitzenden der Frankfurter Dozentenschaft Rheindorff zur späten aber endlichen Reforminitiative der Frankfurter Universität auf. Das Gespräch, auf das Hammerstein sich stützt, fand am 8. September '32 (!) in Berlin statt. Außer den persönlichen, „leider nur fragmentarisch erhaltenen" Notizen Rheindorffs und Hammersteins Mutmaßungen, Rheindorff habe sicher in Übereinstimmung mit dem Riezler Kreis gehandelt, erbringt der Autor keinen Nachweis für eine vom Riezler Kreis angeblich ins Auge gefaßte Demokratisierung der Frankfurter Universität. Hammerstein stilisiert Rheindorff und Riezler zu Opfern des Terrorregimes, das sind sie wohl aber nicht — wie der Autor glauben macht, sind sie als Opfer in einer Reihe mit Sinzheimer zu benennen.

Nach und vor '33 gab es rivalisierende Gruppen im nationalen und völkischen Lager. Nach '33, im Gerangel um die Macht, hegten sehr, sehr viele Gelehrte die Illusion, die nationale Erneuerung anführen zu können. Martin Heidegger mag der bekannteste sein, aber er ist nur einer von vielen gewesen. In der Phase des völkischen Aktivismus sind auch Leute wie Rheindorff von Studenten bedroht worden. Das allein bestätigt noch lange nicht sein Eintreten für die Demokratie; Leute wie er hatten ihre eigenen akademischen Diktaturvorstellungen. Diese Akademiker hatten die Jugend die Macht der Bürokratie fühlen lassen; Hammerstein aber schwärmt: „Rheindorff war ein systematischer und unermüdlicher Arbeiter, hatte offensichtlich aber auch große hochschulpolitische Begabung. Sein fast übertriebener Sinn für Qualität ließ ihn als Verwalter des studentischen Stipendiatenwesens unerbittlich Anträge sieben" (S.93). Rheindorff gehörte zu einem der Aspirantengruppen des Nationalsozialismus, der sich anschickte, 1933 die Uni von innen zu übernehmen. Seine Fraktion setzte sich nicht durch, und es ereilte ihn vermutlich das gleiche Los wie des SA-Führers Röhm. Hammerstein liefert dafür selbst die Indizien (S.197, 198, 203, 218).

Die Denunziation der Opfer — die Täter als leidtragende preußische Beamte

Mit dem ‚Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums' vom 7.4.1933 schafften die Nazis die rechtliche Grundlage zur Entlassung der Juden, Sozialisten und notorischen Republikaner aus den Universitäten. Ohne auf Widerstand zu stoßen, führte der neue Staat an den Hochschulen Veränderungen in einem Ausmaß herbei, wie es keine der Weimarer Regierungen ohne Strafe einer Empörung der akademischen Welt hätte wagen dürfen. Die Professorenmehrheit räumte der neuen Reichsregierung ein, potentielle Gegner ihres ‚nationalen Versöhnungswerks' aus dem Staatsdienst zu werfen, auf die Opfer der Diskriminierung fiel der Verdacht nationaler Unzuverlässigkeit. Sie mieden die Entlassenen. Freilich ist nur von denen zu reden, mit denen man vorher verkehrte. Das waren im allgemeinen die nicht-sozialistischen jüdischen Kollegen. Sozialisten hatte man im allgemeinen auch in Frankfurt des geselligen Umgangs nicht für würdig erachtet. Man hielt sie für Protegés der sozialdemokratischen Partei. Ihre Berufung galt als skandalös; ihre Entlassung als im höheren Sinne rechtens. Die Eleminierung der Juden hingegen wurde als Härte empfunden, wenngleich nur im Einzelfall als Unrecht. Demnach wäre damals die Gewalt und Demütigung, die die Hochschulen Hammerstein zufolge erlitten hätten, außer von denjenigen, die gehen mußten, gar nicht empfunden worden.

Ungewollt bestätigt Hammerstein diesen Eindruck. Er hat sich die Gesinnung seiner damaligen Kollegen angeeignet und bis heute konserviert. Den von 1931-33 in Frankfurt lehrenden Sozialwissenschaftler Karl Mannheim tituliert er als Vertreter einer ‚Modewissenschaft'. Die Entlassung Karl Mannheims kommentiert Hammerstein so (S.131): „Am ersten Dezember wurde Mannheim aus dem Amt entlassen. Er emigrierte schließlich ohne Bezüge nach England. Die Mannheims waren nicht eigentlich ‚direkt gezwungen' worden, Deutschland zu verlassen, wie sie in London kurz nach dem Röhmputsch Edward Eubanks berichteten. Da sie aber keine Lehrerlaubnis mehr hatten, sich somit als berufslos und ohne Zukunftsaussichten betrachteten, hatten sie sich zur raschen Emigration entschlossen. Auf die damalige Frage von Eubanks, was sie von Hitler hielten, sollen sie geantwortet haben: ‚we like him.'"

Hammersteins Anteilnahme gilt den ‚Opfern' der Entnazifizierung und nicht den Verfolgten des Nazi-Regimes. Die waren halt selber Schuld. Für das Sommersemester 1933 untersagte der Dekan Fritz Schmidt (WiSo-Fakultät) die Vorlesung des ehemaligen SPD-Reichstagsabgeordneten Ludwig Bergsträsser. Hammerstein notiert (S.135): „Doch Bergsträsser fühlte sich bevormundet und führte wohl auch auf Schmidt zurück, daß er zu Beginn des Jahres 1934 aus der Universität auszuscheiden hatte. Auch ihm wurde die venia entzogen. Bergsträsser war den Nazis politisch eben zu gut bekannt, als daß es einer Intervention von Fakultät oder Dekan bedurft hätte." Ordinarius Fritz Schmidt überstand 1918, 1933 und 1945. Um zu verhindern, daß Personen wie Schmidt ungebrochen von 1914-1950 die Frankfurter Wissenschaftstradition verkörperten, hätte es einer Entnazifizierung bedurft. Bergsträsser, nach '45 Regierungspräsident in Darmstadt, strebte die Entlassung seines Peinigers erfolglos an. Eine Spruchkammer unter dem Vorsitz eines ehemaligen Schüler Schmidts bescheinigte dem Ordinarius Schmidt „antinazionalsozialistische Gesinnung", die nach Hammerstein

Paulskirchen-Feier, 1989

Über aktive Nazis wie den Rechtswissenschaftler Klausing schreibt Hammerstein (S.142): „Von Anfang an hatte Klausing daran gearbeitet, sein traditionsreiches Fach behutsam den Forderungen der Gegenwart anzunähern." Dieser Repräsentant eines ‚traditionsreichen Faches' wurde nach seiner Soldatenlaufbahn im ersten Weltkrieg 1921 Ordinarius in Frankfurt. Seit 1930 war er Mitglied im ‚Kampfbund für deutsche Völker', 1931 trat er dem deutsch-nationalen ‚Stahlhelm' bei. Am ersten Mai 1933 ging er in die NSDAP, ‚nicht aus Opportunismus, wie so manch anderer, sondern aus aufrichtiger Überzeugung', meint Hammerstein dazu. Als SA-Obersturmführer brachte Klausing es bis zum wehrpolitischen Ausbilder in der SA-Hessen.Auch die Qualität der wissenschaftlichen Arbeit eines Klausing steht für Hammerstein nicht zur Diskussion.

Nach der Trennung von Wissenschaft und Politik geht Hammerstein sogar noch einen Schritt weiter: er scheidet das Politische vom Politischen und entnazifiziert Frankfurts Nazibürgermeister Krebs. Hammerstein schreibt über den an der Frankfurter Universität ausgebildeten „Volljuristen" Krebs, Vorsitzender des ‚Kampfbundes für deutsche Kultur' und der NSDAP in Frankfurt, ab März 1933 Oberbürgermeister (S.190, 191): „Sein Lebensgang verlief insoweit wie der manch anderer ‚Nationalsozialisten', die von der ersten Stunde an dabeigewesen waren, sich doch alsbald zwischen ihrer ‚bürgerlichen Verantwortung' und den Forderungen der Partei hin- und hergerissen fühlten. Auf ihre Art, solide, verwaltungstechnisch fähig, in gewisser Weise um das öffentliche Wohl bemüht, könnten solche Männer — cum grano salis — indirekt fast als ‚Leidtragende' damaliger Verhältnisse gekennzeichnet werden. Sie hatten Unrechtsmaßnahmen auszuführen, die sie wohl kaum selbst veranlaßt hätten und die von der ihnen gewohnten ‚ordentlichen' preussischen Verwaltung deutlich abstachen ... Da in den Behörden — insbesondere auf gehobener und unmittelbarer Ebene — weiterhin solche im alten Stil erzogene Beamte wirkten, kam es allmählich wieder zu ruhigeren, gewohnten Formen öffentlicher Gewaltausübung."

Mit der Ausschaltung des aktivistischen Flügels und der Transformation der völkischen Bewegung in die alte preußische Staatsbürokratie begann für die Frankfurter Universität das, was Hammerstein die ruhigeren Jahre von 1934-39 nennt. Die Politik von oben war für die Professoren berechenbar, die Machtstellung der Ordinarien blieb erhalten, die Studentenschaft war komplett kaserniert.

Als der Führer der NSDAP am 6. Juli 1933 vor den Reichsstatthaltern die völkische Revolution für beendet und die Stärkung der Staatsautorität zum nächsten Etappenziel erklärte, war die akademische Beamtenschaft für das Regime gewonnen. Die politische Neuordnung, die Abschaffung der Parteien, der Terror, die Diskriminierung der Juden, die Transformation der bürgerlichen Öffentlichkeit in staatlich kontrollierte Kulturindustrie — all dies hatte dem Akademierideal des ‚Kulturstaates' nichts anhaben können. Im Gegenteil: der ‚liberale' Ernst von Weizsäcker notierte im August 1933: „Als Gewinn ist heute zu buchen: die Aufrüttelung aus einer Schicksalsergebenheit, der Sinn für Haltung und Disziplin, geschärftes Auge für reinliche Geschäftsführung, Anerkennung der Familienwerte, kurzum ein moralischer Aufschwung (zitiert nach Eckhart Jaspers: Die gescheiterte Zähmung, Ffm 1986, S.161)." Nach Auffassung der erst im Frühjahr 1933 und insbesondere durch den Staatsakt in der Potsdamer Garnisonskirche in Revolutionsstimmung versetzten Professoren sollte der die machtpolitische Übergangsperiode beendende ‚organische Aufbau' des volksdeutschen Gemeinwesens von der umgestalteten Universität, also von akademischen Kadern angeleitet werden. Auf die Dauer wurden die Nazis solcher ins überpolitisch Allgemeine gehenden Vorstellungen überdrüssig: der NS-Staat sei der Volksstaat. Statt ungerufen mitzudenken, sollten die Professoren zu ihrem Fach zurückkehren. So wurde 1934 der erste übereifrige Nazi-Vorsteher der Frankfurter Universität, der Nationalpädagoge Ernst Krieck, durch einen ruhigeren Anhänger des Regimes, den Historiker Walter Platzhoff, ersetzt.

Ungestört betrieben die Professoren weiter ihre Wissenschaft und waren maßgeblich an der ideologischen und technischen Perfektionierung der faschistischen Vernichtungsmaschinerie beteiligt. Einer der Massenmörder von Auschwitz, Joseph Mengele, ist nur der bekannteste von denen, die in den „ruhigeren Jahren" in Frankfurt ausgebildet wurden. Und selbst die Wissenschaft eines Mengele und eines der Hauptpropagandisten der Rassenlehre, Freiherr von Verschuer, seit 1935 Leiter des ‚Instituts für Erbbiologie und Rassenhygiene', vermag Hammerstein nicht eindeutig zu verwerfen (359): „Eine Fülle von Mitarbeitern und Assistenten, darunter der später berüchtigte Joseph Mengele, arbeiteten an teils durchaus soliden anthropologischen, teils auch an zeitgenössisch-ideologischen Themen."

*

Hammerstein fraternisiert mit einer in den Faschismus mündenden Ideologie und Wissenschaft. Die Absicht, nach 1989 vergessen machen zu wollen, was vor und nach 1918, 1933, 1945 und 1968 an dieser Universität geschah, wird mit simpelsten Methoden vorangetrieben.

Die heutige Professorenmehrheit, vertreten durch ihren Repräsentanten, den Präsidenten Klaus Ring, haben Hammersteins Auftragsarbeit und dessen Auftritt bei der 75 Jahrfeier in der Frankfurter Paulskirche zu verantworten.

Hammerstein erkennt und beschreibt die Affinität elitärer Frankfurter Poeten und Akademiker zur völkischen Bewegung, um sie sofort zu bestreiten. Er erkennt den konstruktiven Beitrag den Frankfurter Professoren zur faschistischen ‚Kulturalisierung der Politik' geleistet haben, um sie im Handumdrehen für eine Marotte und genialische Anwandlung zu erklären. Wenn ihm gar nichts besseres mehr einfällt, schreibt er (S.109): „Obwohl er zu den Intellektuellen der Universität zählte und in deren Kreise verkehrte, wurde er ... von den Nazis als einer der ihren angesehen und in der Dozentenschaft mit einem Amt betraut."

Andreas Fanizadeh

Notker Hammerstein, Die Johann Wolfgang Goethe-Universität Frankfurt am Main. Von der Stiftungsuniversität zur staatlichen Hochschule. Band I, 1914-1950, Neuwied und Frankfurt 1989.

1 Quelle: Preussische Hochschulstatistik, WS 1926/27, zitiert nach: Gerda Stuchlik, Goethe im Braunhemd. Universität Frankfurt 1933-1945, Frankfurt 1984.
2 Paul Kluke, Die Stiftungsuniversität Frankfurt am Main 1914-1932, Frankfurt 1972.
3 Leo Löwenthal, Mitmachen wollte ich nie, Frankfurt 1980, S. 78.

Potentielle Mörder

„Heraus aus dem Waggon, herein in die Schlacht! Das gefällt mir! Eine Kanone verpflichtet!", rief Galy Gay.

Als ich damit beauftragt war, die Verteidigung der Errungenschaften des freiheitlich demokratischen Rechtsstaats zu erlernen, nahm ich im Rahmen dieses Unterrichts — ich war ja Schüler der „Schule der Nation", so der Verteidigungsminister — an einer Schießübung mit Maschinengewehr teil. Von den zwanzig Schuß „Dauerfeuer", die ich mit dem auf eine Lafette „gepflanzten" MG abgab, trafen achtzehn ins Ziel, d.h. in das Bild eines Kopfes eines Soldaten. Dieses Ergebnis kommentierte der zur „Sicherheit" neben mir stehende Unteroffizier mit den Worten: „Dem hätten Sie auf zweihundert Meter den Kopf abgeschossen." Eine Prämierung dieser „Leistung" in Form einer Kachel mit dem aufgedruckten Wappen des Bataillons ist mir damals entgangen. Die „Ehre" wurde einem anderen Soldaten, der zwanzig „Treffer" erzielte, zuteil. Ein bißchen ungerecht war das schon, denn nach meinem Ergebnis hätte er doch mindestens zwei Schuß ins Leere „abgegeben".

„Ich glaube, daß man weiterkommt, wenn man die Wahrheit sagt: Daß niemand von uns Lust hat zu sterben — und bestimmt keiner für eine solche Sache zu sterben. Daß Soldaten, diese professionellen Mörder, nach vorn fliehen. Daß niemand gezwungen werden kann, einer Einberufungsorder zu folgen — daß also zunächst einmal die seelische Zwangsvorstellung auszurotten ist, die den Menschen glauben macht, er müsse, müsse, müsse traben, wenn es bläst. Man muß gar nicht. Denn dies ist eine simple, eine primitive, eine einfach-große Wahrheit: Man kann auch zu Hause bleiben. Und man kann nicht nur zu Hause bleiben. Wieweit zu sabotieren ist, steht in der Entscheidung der Gruppe, des Augenblicks, der Konstellation, das erörtert man nicht theoretisch. Aber das Recht zum Kampf, das Recht auf Sabotage gegen den infamsten Mord: den erzwungenen — das steht außer Zweifel. Und, leider, außerhalb der so notwendigen pazifistischen Propaganda. Mit Lammsgeduld und Blöken kommt man gegen den Wolf nicht an."

Tucholsky konnte am 11. Oktober 1927 in der *Weltbühne* diese Sätze aus Ermangelung an „a-Paragraphen" ungestraft veröffentlichen. Dr. Augst, der erklärt hatte, Soldaten seien „potentielle Mörder", wurde am 20. Oktober 1989 von der 29. Großen Strafkammer des Landgerichts Frankfurt in einer Revisionsverhandlung — man hatte ihn wegen dieser Aussage tatsächlich unter Anklage gestellt — freigesprochen, obwohl „nach Meinung des Gerichts der objektive und subjektive Tatbestand des § 185 StGB" vorgelegen habe, doch sei dieser Tatbestand „nicht strafbar, weil Herr Dr. Augst in Wahrnehmung berechtigter Interessen im Sinne von § 193 StGB gehandelt hat".

Das Urteil enthält zwei wesentliche Aussagen: 1. Die Bezeichnung von Soldaten als „potentielle Mörder" ist strafbar. 2. Das Grundrecht auf freie Meinungsäußerung tritt zurück gegenüber dem „Ehrenschutz" von Personen. Daß Dr. Augst trotzdem freigesprochen wurde, wird im wesentlichen mit den speziellen Umständen, unter denen der Satz gefallen ist, begründet. In der mündlichen Urteilsbegründung wird ausdrücklich darauf hingewiesen, daß „dieses Urteil (...) keine präjudizielle Bedeutung (hat), die Benutzung der selben Ausdrücke in anderer Situation oder zu anderen Zwecken kann durchaus strafbar sein". Angesichts dieses Urteils bleibt abzuwarten, wie ein bundesdeutsches Gericht in einem neuen Verfahren gegen Dr. Augst, denn dieser hat sich die Freiheit herausgenommen, besagten Satz in der Öffentlichkeit zu wiederholen und ist hierauf erneut unter Anklage gestellt worden, urteilen wird.

Der Freispruch vom 20. Oktober erfolgte allein wegen der besondere Situation, in der die Worte gebraucht wurden; trotzdem sahen sich nicht wenige Politiker, einschließlich des Bundespräsidenten und des Bundeskanzlers, veranlaßt, dieses von einem von Legislative und Exekutive unabhängigen Gericht gesprochene Urteil aufs schärfste zu kritisieren. Die Äußerung des Fraktionsvorsitzenden einer „großen Volkspartei" steht hier symptomatisch für den Geist, der diese Kritiker motiviert. „Dieses Fehlurteil", urteilte der Fraktionsvorsitzende, „erinnert an Urteile, die damals zum Untergang der Weimarer Republik beigetragen haben." Die Zubilligung besonderer strafmildernder Umstände trug also mit zum „Untergang" der Weimarer Republik bei. Man könnte diesen Satz als unüberlegte Äußerung, die in einer bestimmten Situation ausgesprochen wurde ignorieren. Nun sind aber solche Äußerungen in bestimmten Kreisen bundesdeutscher Politiker keine Seltenheit. Da sie auf eine Einstellung verweisen, die demokratischen Grundwerten entgegensteht, müssen solche Sätze Beachtung finden. Es zieht sich nämlich eine gerade Linie von der Behauptung, der Pazifismus habe Auschwitz erst möglich gemacht, bis zu dem Urteil, die Justiz der Weimarer Repulbik habe mit Hilfe von Fehlurteilen das Massenmorden begünstigt, da diese zum Untergang der Demokratie beigetragen haben. Diese Gedankengänge entstammen einer gemeinsamen Logik: Hätten Menschen in der Weimarer Republik ihre demokratischen Rechte nicht wahrgenommen, dann hätten Politiker den Staat vor der Freiheit der Menschen nicht schützen müssen, durch Gesetze, die diese demokratischen Freiheiten einschränken. Aus dieser Logik heraus ist es nicht verwunderlich, daß unsere Justizkritiker heute bereits zu erkennen geben, daß, wenn dieses Urteil nicht revidiert würde, gesetzliche Maßnahmen getroffen werden müßten.

In diesem Punkt sind sich auch der Bundeskanzler und der Verteidigungsminister einig. Das Grundrecht auf freie Meinungsäußerung soll weiter eingeschränkt werden: Zum „Ehrenschutz" der Soldaten und zur Abwendung von Gefahr, die in Verzug ist. Die Gefahr geht aus von der Freiheit der Menschen, von der Freiheit, die sie sich nehmen, wenn sie tabuisierte Themen diskutieren. Allein die Tabuisierung bestimmter gesellschaftlicher Fragestellungen aber und die Denunziation eines ein solches Tabu Infragestellenden als Staatsfeind entspringt einem demokratiefeindlichen Geist. Sollte das Volk wirklich der Souverän des Staates sein, dann muß dieser Souverän das Recht haben, uneingeschränkte Fragen zu stellen und diese auch selbständig zu beantworten. Dies mag für manche Herren schmerzlich sein, aber ihr öffentliches Bekenntnis zur Demokratie ist nicht überzeugend, wenn sie versuchen, demokratische Grundprinzipien wie freie Meinungsäußerung, Unabhängigkeit der Justiz, Demonstrationsfreiheit, um nur einige zu nennen, im Falle ihrer praktischen Anwendung durch Änderung der Gesetze, die im Grunde dazu dasein sollten, um diese Grundprinzipien zu garantieren, auszuhöhlen. Der Satz, Soldaten seien „potentielle Mörder", scheint hier, ungeachtet der Begründung des Urteils, ein geeigneter Vorwand zu sein.

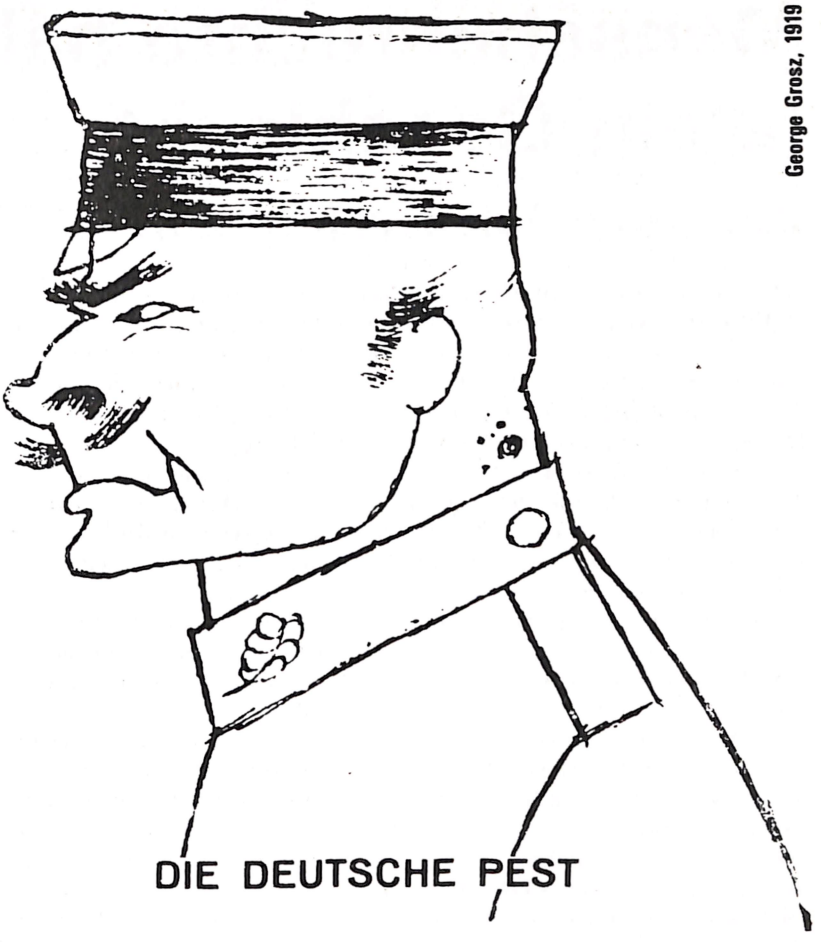
So ziemlich jeder weiß, daß, juristisch betrachtet, das Töten im Kriegsfall „normalerweise" strafrechtlich nicht relevant ist. Demnach trifft der juristische Begriff „Mörder" auf den Soldaten nicht zu. Hier kommt mir wieder mein Erlebnis bei der Schießübung in den Sinn. „Dem hätten Sie auf zweihundert Meter den Kopf abgeschossen." Man muß sich das einmal vorstellen. — Nun, er war nur aus Pappe, und ich erkannte ihn nicht einmal richtig. Nicht die Augen, das Gesicht, nur die Konturen. Im Kriegsfall wäre das ein Mensch gewesen. Kopf ab. Immerhin ein schneller Tod. Und während ich noch hinter dem Maschinengewehr lag und mir für eine Sekunde versuchte, die Situation vorzustellen, begann das übliche Zeremoniell: „Sicherheit" melden, „Schnell, schnell, weiter, der Nächste, schneller, oder wollen Sie das am Wochenende üben?" Nur nicht nachdenken. Denken tun andere. Befehle werden nicht diskutiert.

Natürlich wäre ich im „Ernstfall" ein Mörder gewesen, das weiß ich heute, daß das Mord ist und daß Tucholsky recht hat, wenn er sagt, der „infamste". Zumindest vor mir wäre ich ein Mörder, und diese Verantwortung nimmt mir keiner ab, auch kein Gesetz, das diese Handlung straffrei erklärt. Heute weiß ich, wie unmenschlich die Gesetze sind, die Krieg rechtlich regeln und legitimieren, die das Töten in einen straffreien Raum entlassen und so versuchen, den einzelnen Menschen der Verantwortung zu entheben.

Ein Beispiel, das die ganze Perversität des Kriegsrechts deutlich macht, ist mir besonders in Erinnerung geblieben. 1977 hatte die Flucht des letzten deutschen Kriegsverbrechers aus italienischer Haft den Fall erneut in Erinnerung

gebracht. Herbert Kappler, SS-Obersturmbannführer, Kommandeur der Sicherheitspolizei und des SD in Rom, befehligte und beteiligte sich am 24. März 1944 an einer Geiselerschießung in den Ardeatischen Höhlen bei Rom. Einen Tag zuvor hatte die Partisanengruppe „Gruppi Azioni Patriotica" einen Anschlag auf das Polizeiregiment „Bozen" nahe der Via Rasella im Zentrum Roms verübt, bei dem 33 Polizeisoldaten getötet wurden. Nach einem Vorschlag des Oberbefehlshabers der 14. Armee, Generaloberst von Mackensen, und des Generalfeldmarschalls Kesselring verkündete Generaloberst Jodl, der Chef des Wehrmachtsführungsstabes, den „Führerbefehl": „Für jeden getöteten Soldaten sind zehn italienische Geiseln zu erschießen." Später war über den Tathergang zu lesen: „Die Italiener mußten sich in einer Reihe niederknien, hinter jeden trat ein Polizist und schoß mit seinem Karabiner in das Genick des Opfers — allen voran Kappler, der seinen zögernden Männern ‚ein Beispiel geben' wollte. Bald häuften sich die Toten derartig, daß die Höhle zu klein wurde; Kappler zwang die nächsten, gerade hereintretenden Opfer, sich auf die Leichenhaufen zu legen und dort die Genickschüsse zu empfangen. Ein Offizier Kapplers, der Obersturmführer Wetjen, konnte den Anblick der Sterbenden nicht mehr ertragen und mochte nicht mehr schießen; da redete Kappler väterlich auf ihn ein, faßte ihn unter den Arm und erschoß mit ihm gemeinsam zwei Gefangene." (Spiegel, Nr. 35, 1977, S. 97) Wer annimmt, daß Kappler wegen dieses verabscheuungswürdigen Verbrechens verurteilt wurde, irrt. Kappler wurde das „Opfer" eines Rechenfehlers des faschistischen Polizeipräfekten Caruso; der hatte ihm fünf Geiseln zuviel ausgeliefert, die ebenfalls erschossen wurden. „Angesichts der Tatsache, daß Italiens Armee im Zweiten Weltkrieg beispielsweise in Albanien Geiselerschießungen im Verhältnis 1:200 praktiziert hatte, mochten die Militärrichter ‚mit Rücksicht auf die Unsicherheiten des Kriegsrechts' den Erschießungsbefehl Hitlers ‚nicht offenkundig rechtswidrig' erklären. Folglich konnte auch Kappler nicht dafür bestraft werden, diesen Befehl ausgeführt zu haben. Eine unmittelbare Schuld aber lastete ihm das Gericht im Falle der fünf überzähligen Geiselopfer an. Kappler allein habe ihren Tod zu verantworten, und dafür müsse ihn die Höchststrafe treffen: lebenslängliche Haft auf der Festung Gaeta." (Der Spiegel, ebd.) Hätte Herbert Kappler nicht in der Situation des Augenblicks eine genaue Buchführung außer acht gelassen, dann wäre es, würde er noch leben, heute eine Beleidigung, ihn Mörder zu nennen. Eine Einladung zum Bitburger Treffen wäre demnach nur eine „Peinlichkeit" gewesen und keinesfalls ein Indiz für das Anbiedern an bestimmte soldatische Traditionen.

Nun wird darauf verwiesen, daß die Bundeswehr aufgrund ihres Verfassungsauftrages nur zur Landesverteidigung und zum Schutz der Demokratie eingesetzt werden dürfe. Daß ihre Soldaten nur in Notwehr handeln würden und



dürften. Wir wissen aber, daß unsere befreundeten und verbündeten westlichen Demokratien Kriege zum Schutz der Freiheit geführt haben (Algerien, Vietnam), in deren Verlauf Massaker verübt wurden, die nicht einmal mehr durch das Kriegsrecht legitimiert werden können. My Lai ist das bekannteste Beispiel. Wir wissen auch, daß ein Krieg sich verselbständigt. Und wir wissen, daß, bedingt durch undemokratische innere Strukturen der Armeen, der einzelne Soldat nicht weiß, ob ab 5^{45} Uhr zurückgeschossen oder angegriffen wird, daß er in dieser Frage ganz auf die Befehlshaber und Politiker angewiesen ist. Man verweist gerne auf das Soldatengesetz, das regle, daß ein rechtswidriger Befehl nicht ausgeführt werden muß. Wir wissen aber, daß Befehle nicht diskutiert werden und daß das Soldatengesetz hinzufügt, die bloße Auffassung, es handle sich um einen solchen Befehl, entbinde nicht von der Verantwortung. Immerhin wird dem Soldaten hier bei der Verweigerung eines Befehls Verantwortung zugebilligt.

Man weist weiter darauf hin, daß die Bundeswehr ein Abschreckungspotential darstelle, das den Krieg im „Vorfeld" verhindere, also Friedensdienst leiste. Dabei fällt auf, daß hier das „gefährliche" Wort versteckt vorkommt: potentiell. Wie anders sollten die Militärs einen bewaffneten Gegner abschrecken, zumindest nach ihrem eigenen Verständnis, als mit der Drohung, ihn gegebenenfalls umzubringen, was allerdings juristisch betrachtet kein Mord sein darf.

Die Wahl der Wörter ist oft nicht ganz einfach. Das zeigt der bekanntgewordene Funkverkehr zwischen Einsatzleitung und „Polizei vor Ort" kurz vor dem Tod einer Demonstrantin in Göttingen. Hier fiel das Wort „plattmachen", als man die Demonstration „auf einem Haufen" hatte. Für den verantwortlichen Polizeioffizier war dies keine Aufforderung zur Staatsgewalt, sondern eine routinemäßig salopp formulierte Anfrage bezüglich einer Personalienüberprüfung. Ein Polizist mit Hund und gezogenem Schlagstock, der neben der Leiche die Ordnung sicherte, forderte bestürzte Demonstranten auf, sich „gleich danebenzulegen". Auch dieser Geist, der hinter einer solchen Aussage steckt, ist kein Zufall. Befehlsgewalt und Gehorsam, Korpsgeist und die damit verbundene Entbindung von der Verantwortung sowie der Glaube, man stehe auf der richtigen (rechten) Seite und die anderen seien Feinde, bringt nicht nur ein solches Verhalten hervor, sondern in anderer Qualität auch My Lai.

Die Gesetze und die Rechtsprechung, die festschreiben, daß ein Soldat kein Mörder ist, entbinden den einzelnen Menschen in einer solch elementaren Problematik seiner Verantwortung. Hiermit wird ein Führerprinzip, das jedem demokratischen Anspruch widerspricht, durchgesetzt. Die Menschen — wollen sie die Demokratie — müssen sich darüber bewußt sein, daß sie die Verantwortung für ihr Tun tragen, und daß jeder, der sie davon entlastet, sie damit entmündigen will. Bekennen wir uns zu unserem Handeln, gestehen wir uns ein, daß Krieg Mord ist, und hüten wir uns vor denen, die uns von dieser Verantwortung entbinden wollen.

Rembert Baumann

Menschenrechte haben (k)ein Geschlecht

200 Jahre Aufklärung — 200 Jahre Französische Revolution

So lautete das Motto des Internationalen Frauenkongresses, der vom 5. bis 8. Oktober an der Uni Frankfurt stattfand. Mit der Parole ‚Menschenrechte haben kein Geschlecht' begründete Hedwig Dohm (1833-1919) ihre Forderung nach dem Stimmrecht für Frauen. Die geistige Mutter des radikalen Flügels der bürgerlichen Frauenbewegung sah darin die Voraussetzung für eine einflußreiche politische Beteiligung von Frauen. Zwar haben Frauen 1989 das Stimmrecht, dennoch ist nach wie vor Mißtrauen angesagt gegenüber bloß formaler Rechtsgleichheit: Menschenrechte haben immer noch ein Geschlecht.

Die Auswahl der Referentinnen beschränkte sich, wie der Untertitel schon vermuten ließ, auf die Länder, die in der Tradition der europäischen Aufklärung, der bürgerlichen Emanzipationsbewegungen stehen. Also noch eine 200 Jahrfeier, diesmal unter kritischer, feministischer Perspektive?

Sicher war dies der rote Faden, der sich durch alle Veranstaltungen zog: Die Frage, wie der aufklärerische Diskurs über *den Menschen*, das Programm *Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit* aus der Sicht von Frauen zu beurteilen sei — sowohl historisch, als auch hinsichtlich verschiedener Strategien der gegenwärtigen Frauenbewegung. Das eigentliche Thema des Kongresses war — und darauf spielt das abgewandelte Hedwig-Dohm-Zitat an — die Auseinandersetzung um *Gleichheit oder Differenz*, die bereits seit einiger Zeit die feministische Diskussion durchgeistert. Doch dazu später.

Die Vorträge und Kommentare wurden fast ausschließlich von promovierten bzw. habilitierten Frauen bestritten; und auch der Ort des Geschehens, die Universität Frankfurt, wies darauf hin, daß es sich um eine akademische Veranstaltung handelte. Ein repräsentativer Überblick also über die nunmehr ‚etablierte' Frauenforschung, eine Bestandsaufnahme der Errungenschaften der Frauenbewegung?

Der Einzug der Frauen in die Paulskirche ... mit 150jähriger Verspätung

Mit der Eröffnungsfeier in der Paulskirche bekannten sich die Veranstalterinnen — nicht ohne Pathos — zur Tradition der bürgerlichen ‚Befreiungsbewegungen'. Am 5. Oktober 1789 versammeln sich in Paris 7000 Frauen zu einem Protestmarsch nach Versailles. Sie verlangen vom König Brot und veranlassen ihn, nach Paris zurückzukehren. Unter dem Druck der Menge sieht er sich gezwungen, die *Erklärung der Menschenrechte* anzuerkennen. In der Paulskirche schließlich tagt 1848 die verfassungsgebende Nationalversammlung. Frauen ist nur die Besuchertribüne zugänglich. Davon machen sie — nach Augenzeugenberichten — regen Gebrauch.

Ein symbolischer Akt also, gesponsert von der Stadt Frankfurt, die großzügigerweise auch den Lufthansa-Party-Service engagierte; mit Starbesetzung (Rossana Rossanda) und kulturellem Programm. Ein seriöser Auftakt, der eine entsprechende Publizität zur Folge hatte. Sogar die Tagesschau-Redaktion fühlte sich aufgerufen, über den Kongreß zu berichten. Wann wird eine akademische Veranstaltung schon mal im Fernsehen, und noch dazu zu bester Sendezeit, besprochen? Ansonsten war die Reaktion der Medien äußerst merkwürdig. Die Tagesschau berichtete, die lokale Presse dagegen glänzte mit Inkompetenz und Ignoranz, und auch der sonst so kulturbeflissene Hessische Rundfunk hat mal wieder nix mitgekriegt.

Menschenrechte, Frauenrechte, Männerrechte

Der Kongreß bot naturgemäß nur einen Ausschnitt aus der derzeitigen feministischen Diskussion. Aktualisiert wurde der Disput um die Menschenrechte vorzugsweise in den Arbeitsgruppen, die das thematisch schon erwarten ließen:
‚Reproduktionstechnologien und Menschenrechte', ‚Verschiedene Emanzipationskonzepte der Frauenbewegung' und in der Podiumsdiskussion unter dem Motto ‚Gleichheit oder Differenz'. Völlig außen vor blieb eine andere Facette der Menschenrechtsdiskussion: Die sehr akuten Probleme asylsuchender Frauen, die Debatte um ein Kommunalwahlrecht für AusländerInnen und Fragen der Einbürgerung.

Neben der Klärung des Verhältnisses von Frauenbewegung und Feminismus zur Aufklärung und nachfolgenden Szenarien wurde zur Gretchenfrage, was Monate vorher die feministische Diskussion bestimmte: Wie hälst Du's mit der „Differenz"?

Die konträrsten Positionen zu diesem heiklen Thema lassen sich unseres Erachtens an den Beiträgen von Ute Gerhard und Luce Iragaray veranschaulichen.

‚Gleichheit in der Differenz'

Ute Gerhard war Mitveranstalterin und Schirmfrau des Kongresses, sie ist Inhaberin des Lehrstuhls für Frauenforschung am Fachbereich Gesellschaftswissenschaften der Universität Frankfurt. Ihre Position entspricht in mancherlei Hinsicht auch dem politischen Konzept des Kongresses.

Sie eröffnete ihren Beitrag zu ‚bürgerlichem Recht und Patriarchat' mit einem Bekenntnis zu ‚Gleichheit — ohne Angleichung'. Aus der Perspektive einer sexuellen Differenz werde ihrer Einschätzung nach die Idee der Gleichheit vorschnell als erledigt erklärt. Ihr Vortrag verstand sich also auch als Ehrenrettung eines Konzepts, das mittlerweile als reformistisch in Verruf geraten ist. Rechte sind für Gerhard unverzichtbares Instrumentarium im Kampf von Frauen um eine gerechtere Verteilung von Erwerb, Lebenschancen und Partizipationsmöglichkeiten. Gerade in Anbetracht bestehender Machtverhältnisse wäre es fahrlässig, es wiederum den Männern zu überlassen, ‚weibliche' Rechte zu definieren. Zur Beantwortung der Frage, ‚wie weibliche Freiheit entsteht' ist es für Gerhard unerläßlich, Rechtsgeschichte als Geschichte der Konstituierung patriarchaler Herrschaft zu analysieren, um genau herauszuarbeiten, mit welchen Strategien Widerstand und soziale Bewegung von Frauen immer wieder zurückgedrängt wurden. Sie interpretiert die Forderungen nach Gleichheit von Frauen, ausgehend vom frühaufklärerischen Gleichheitsdiskurs bis hin zur Diskussion um ein Antidiskriminierungsgesetz, als die radikalsten Angriffe auf das patriarchale Subsystem Recht.

Anknüpfend an die Tradition des radikalen Flügels der bürgerlichen ersten Frauenbewegung hält Gerhard an der Gleichheitsforderung fest. Hier ist wichtig zu erwähnen, daß es bereits in der ersten Frauenbewegung zwei grundsätzlich unterschiedliche Emanzipationskonzepte gab. Die einen sahen im *Wesen des Weiblichen* die Grundlage zur Veränderung der männlichen Kultur, die anderen forderten die Gleichheit, mit politischen Konsequenzen (Stimmrechtsbewegung). Der Teil der ersten Frauenbewegung, der das fürsorgliche, mütterliche *Wesen* der Frau in den Mittelpunkt stellte, wurde später vereinnahmt von der faschistischen Weiblichkeitsideologie.

Ute Gerhard sieht die Kontinuität der Frauenbewegung gegeben in deren Bezug auf die Gleichheitspostulate der Aufklärung. Sie versteht die Frauenbewegung als bürgerliche Befreiungsbewegung. Inwieweit die Neue Frauenbewegung sich in diese Kontinuität einordnen läßt, ist allerdings fraglich. Gerhard bekommt ein wichtiges Thema gerade Neuen Frauenbewegung nicht in den Blick: den Diskurs über Sexualität.

So verwendet sie den Begriff der ‚Differenz' auch nicht wie die Poststrukturalistinnen als ‚sexuelle Differenz', sondern Differenz meint bei ihr: die allgemeine Verschiedenheit von

Frauen und Männern, auch die Verschiedenheit von Frauen untereinander. Sie sieht die Perspektive der Differenz letztlich aufgehoben im Bezug auf Gleichheit: Eine nicht nur formale Realisierung der Gleichheitsforderung hätte eine substantielle Veränderung zur Folge im Sinne einer ‚Gleichwertigkeit' von Verschiedenem, in Gerhards Terminologie: ‚Gleichheit in der Differenz'.

Götzen-Dämmerung oder wie man mit dem Hammer philosophiert

Ist für Ute Gerhard die Auseinandersetzung mit Geschichte, der Bezug auf die Tradition der Aufklärung unverzichtbar, ging Luce Iragaray in ihrem Vortrag sogar so weit, die historische Forschung für obsolet zu erklären. Die Psychoanalytikerin und ‚Mutter' der Differenztheorie hatte bereits vor 15 Jahren in ihrem Buch *Speculum. Spiegel des anderen Geschlechts* die Perspektive der sexuellen Differenz zum Ausgangspunkt ihrer Dekonstruktion der Freudschen Psychoanalyse gemacht. Sie ist jedoch erst in letzter Zeit — auch im Zuge ihrer Rezeption durch die Italienerinnen[1] — zur Kultfigur der feministischen Szene avanciert. Diesem Image wurde sie mit ihrem Auftritt wohl gerecht.

Irigaray referierte auf dem Kongreß ihren Entwurf eines Frauenrechts, den sie als Grundlage für die Entwicklung einer weiblichen Kultur versteht. Ihr Gesetzesentwurf versucht die ‚weibliche Identität' rechtlich abzusichern, so sieht er z.B. ein Recht auf Jungfräulichkeit und ein Recht auf Mutterschaft vor. Durch ein solches geschlechtsdifferenziertes Recht will Irigaray die matrilineare Erbfolge im Gesetz verankern.

Sie forderte ihre Zuhörerinnen auf, sich nicht mehr nur *kritisch* auf die männliche Kultur zu beziehen und sie damit immer weiter als Maßstab anzuerkennen. Frauen dürften die Definitionsmacht nicht wieder den Männern überlassen.

Was stellt Irigaray sich unter einer ‚weiblichen Kultur' vor? Sie versucht im Rückgriff auf matriarchale Mythen einen ‚neuen' Diskurs zu initiieren, eine ‚Ethik der sexuellen Differenz' zu entwerfen. Der männlichen, patriarchalen Genealogie stellt sie eine weibliche Genealogie gegenüber. Im Mittelpunkt steht dabei das Verhältnis von Mutter und Tochter, wie sie es aus dem Demeter-Kore/Persephone-Mythos entwickelt. Der Mythos berichte von einer dem Patriarchat vorgängigen gynaikokratischen Ordnung, einer weiblichen Genealogie, die sich über Matrilinearität begründete, und die im Laufe der Geschichte der patriarchalen Ordnung zum Opfer fiel. Persephone/Kore wird vom Gott der Unterwelt geraubt, aus ihrer weiblichen Genealogie herausgerissen und der männlichen einverleibt, dem Gesetz des Vaters unterstellt. Das Patriarchat errichte seine Macht auf einem zweifachen Opfer: dem der Jungfräulichkeit Kores und der Liebe zwischen Mutter und Tochter.

Der Demeter-Mythos fungiert als Modell für Irigarays Geschichtsphilosophie: Dem männlich geprägten Geschichtsbild stellt sie ein weibliches gegenüber. Das von den Männern als ‚Vorgeschichte' ausgegrenzte ‚vergessene' und verdrängte ‚Geheimnis weiblicher Genealogien' soll die Kontinuität einer weiblichen Geschichte verbürgen, zur Grundlage einer ‚Kultur der Liebe', einer ‚Kultur des Paars' werden. Nur so sei die degenerierte Zivilisation vor dem Untergang zu bewahren. Eine Erlösungsutopie, eine neue ‚weibliche' Metaphysik also, inklusive weiblicher Beziehung zum Göttlichen — auch davor schreckt Irigaray nicht zurück.

Soviel zu ihrer derzeitigen Position, die sie auch auf dem Kongreß vertrat. Weitaus spektakulärer als ihre inhaltlichen Forderungen jedoch war ihr Auftritt selbst. Sie verweigerte sich bewußt der akademischen Diskussion („Ich diskutiere nicht mehr mit Akademikerinnen!") und zog alle Register der totalitären Rede: Kritik ist ‚zersetzend', historische Frauenforschung überflüssig. Ihre ZuhörerInnen offen beleidigend spricht sie von den ‚Tussis in den Archiven', die ihre Energie an ‚tote' Bücher verschwenden. Kurz: Die ‚weibliche Energie' soll in entschlossenes Handeln münden, eine weibliche Kultur der Liebe begründen — positive vibrations. Irigaray predigt einen eigenartigen Vitalismus, ihr Vokabular ist das einer Demagogin.

Ihre radikale Wende von der Diskurstheoretikerin, die den Durchgang durch die patriarchalen Diskurse und deren Dekonstruktion — mit Blick auf die allerorten verleugnete Differenz der Geschlechter — praktizierte, zur antiintellektualistischen Aktionistin verblüffte das zunächst eher wohlgesonnene Publikum.

Viele Frauen, die sich von dem Kongreß Vorschläge für eine feministische Politik erwartet hatten, waren von ihrer ‚Eindeutigkeit' begeistert. Die meisten aber reagierten mit empörter Ablehnung. Als Irigaray sich einfach das Rederecht nahm, verließen bereits die ersten den Raum. ‚Ich bin froh, daß ich mit meiner Mutter klargekommen bin, und dann kommt da so eine Übermutter, also nee . . .' (O-Ton einer kritischen Theoretikerin). Was aber ist nun wirklich dran an ihrem Vorschlag für eine feministische Politik, ihrem Entwurf eines Frauenrechts? So wenig, daß es sich nicht weiter lohnt, darauf einzugehen. Irigaray sagt nichts, was nicht bereits vor ihr Juristinnen besser und genauer erarbeitet hätten. Und auch Ute Gerhards Vorschläge eröffnen gegenüber Irigarays philosophischen Spekulationen konkretere Handlungsperspektiven für eine feministische Rechtspraxis. Fazit: Viel Rauch um nichts.

Foto: Erik Roth

Frauenforschung als Modell kritischer Interdisziplinarität

Vielversprechender ist eine andere Entwicklung, für die die Beiträge der Literaturhistorikerinnen Friedrike Hassauer und Lieselotte Steinbrügge sowie von Claudia Honegger standen. Sie verfolgen eine neue Art der Geschichtsschreibung, die Geschichte nicht weiter zur eigenen Rechtfertigung benutzt — sei es, daß frau behauptet, sie sei immer schon das Opfer männlicher Unterdrückung gewesen, oder die Urmutter, die die Rückkehr zur guten Natur verspricht. Hassauer, Steinbrügge und Honegger gehen in ihren Analysen nicht mehr von binären Erklärungsmodellen wie dem Opfer-Täter-Schema aus, das Frauen entweder zu passiven Opfern oder zu Heroinen des Widerstands stilisiert. Auch nähern sie sich dem Anteil von Frauen an der Geschichte nicht mehr nur biographisch, wie es in der Frauengeschichtsschreibung noch immer verbreitet ist, die gleichsam als Ergänzung zur männlichen eine Geschichte der großen Frauenleben entwirft.

Sie plädieren dagegen für eine integrative Erforschung der Geschlechterrollen, die die

geschichtliche Präsenz von Frauen nicht isoliert von den Männern behandelt, vielmehr die Perspektive auf Funktionszusammenhänge und Symboliken beider Geschlechterrollen einer Gesellschaft eröffnet. Ein solcher Zugang zu Geschichte setzt voraus, sich neuer substantialistischer Definitionsversuche von ‚Männlichkeit' und ‚Weiblichkeit' zu enthalten. Es bedarf vielmehr, so Hassauer, eines „strikt nicht-mimetischen, konstruktivistischen Blick(s) bei der Rekonstruktion dessen, was vergangene und gegenwärtige Gesellschaften ihren Mitgliedern als flukturierende Repertoirien von ‚Männlichkeit' und ‚Weiblichkeit' zumuten."[2] Ziel solcher Rekonstruktionsarbeit ist es, eine „Archäologie der geschichtlichen Repertoires von Geschlechterrollen und Geschlechtsspezifitäten in den Produktionen und Praktiken von Gesellschaften"[3] zu erstellen. Hassauer knüpft an Entwicklungen innerhalb der Geschichtswissenschaften an, wie sie in Frankreich vor allem von der Mentalitätsgeschichte und dem Poststrukturalismus eingeleitet wurden (eine wichtige Rolle spielt hierbei Foucaults Archäologie des Wissens über die Sexualität). Die Mentalitätsgeschichte hatte die ‚Dimension des Sozialen' in die Geschichtsschreibung eingeführt, doch erst mit der Frauengeschichtsschreibung wird das ‚Weibliche' bzw. das Geschlechterverhältnis in der Dimension des Sozialen entdeckt. Sie hat die ‚blinden Flecken' der Geschichtsschreibung ausfindig gemacht und eine Perspektive eröffnet, aus der alle geschichtlichen Zusammenhänge neu interpretiert werden können. Frauenforschung ist in diesem Sinne nicht mehr als bloße Ergänzung zu den herkömmlichen Disziplinen — als Bindestrich-Wissenschaft — zu verstehen, sondern als ‚Einmischung' (Rossana Rossanda), als Kritik auch an der traditionellen Trennung einzelwissenschaftlicher Gegenstandsbereiche.

Die Vorträge von Hassauer, Steinbrügge und Honegger führten vor, wie ein interdisziplinärer Ansatz die Funktionzusammenhänge zwischen so verschiedenen Bereichen wie dem medizinischen, philosophischen, juristischen und anthropologischen Diskurs des 18. Jahrhunderts über die ‚Natur' der Frau zu rekonstruieren vermag. Der Kongreß hat unseres Erachtens deutlich gemacht, daß die politische Bedeutung der feministischen Forschung gerade in diesem Anspruch auf Interdisziplinarität besteht.

Sabine Grimm/Sigrid Müller

1 Libreria delle donne di Milano, *Wie weibliche Freiheit entsteht. Eine neue politische Praxis*, Berlin 1988

2 Friedrike Hassauer, *Gleichberechtigung und Guillotine: Olympe de Gouges und die feministische Menschenrechtserklärung der Französischen Revolution*, in: Weiblichkeit in geschichtlicher Perspektive, hrsg. v. U.A.J. Becher/J. Rüsen, Frankfurt 1988, S. 269.

3 Ebd.

Eine Erinnerung an den Revolutionstheoretiker Marx

Im September ist ein Folgebändchen von „Krise und Kritik" erschienen: „Zur Aktualität der Marxschen Theorie II". Im Unterschied vom Vorläuferband, der 1983 herausgebracht worden ist und von dem bereits ein zweite Auflage vorliegt, ist es keine akademische Gedenkpublikation.

Die Beiträge sind, mit Ausnahme der nachgereichten Eröffnungsrede Hermann Schweppenhäusers von damals, als die Lüneburger die 100. Wiederkehr des Todesjahres von Marx mit einer Vortragsveranstaltung begingen, nicht feiertäglich gehalten, sondern beunruhigt von der Wirtschaftskrise und voraussehbaren Destabilisierung der Comeconländer.

Sie sind, wie es scheint, aus einem engeren Studienzirkel hervorgegangen und Zeugnis einer gewissen, möglicherweise heute den kleineren Hochschulen vorbehaltenen, intellektuellen Resistenz. Das eben unterscheidet sie von den mondäneren Redetexten des ersten Bandes, philosophiehistorischen Betrachtungen zu Marxens Frühschriften und zum „Kapital", die sich, garniert mit aktuellen Pointen, darum drehen, den in den derzeitigen Feuilletons als toten Hund behandelten Marx als Ahnherrn der „Kritischen Theorie" oder als einen in der Tradition der Theologie und Aufklärung stehenden Denker von Rang zu würdigen, und die ihn daher auf ihre Weise in der Geistesgeschichte begraben.[1]

In Gegensatz dazu ist es den Verfassern des Folgebandes Bolte, Johannes und Kramer um politische Selbstvergewisserung zu tun. Sie konzentrieren sich auf den einen entscheidenden Punkt, von dem ohne Zweifel die „Aktualität" des Marxismus abhängt, nämlich auf die theoretische Erörterung der Frage: ob Marxens Analyse und „Kritik" der kapitalistischen Ökonomie Argumente für die Hinfälligkeit dieses Wirtschaftssystems oder für eine Revolutionsperspektive enthält, Argumente, die beim derzeitigen Stand der Dinge und angesichts der zu erwartenden Ostoffensive des Kapitalismus noch Überzeugungskraft haben; oder ob vielmehr inzwischen das Band zwischen der Marxschen systematischen Darstellung des kapitalistischen Reproduktionsprozesses und seiner „Revolutionstheorie" unwiderruflich zerrissen ist und also Verhältnissen angehört, die, wie Porth es ausdrückt, der Theorie „das erlösende Wort (vom „Verein freier Produzenten") fast schon auf (die) Zunge" legten.

Zu diesem Zweck geht es ihnen um die Bestimmung der immanenten „Schranke" des kapitalistischen Verwertungsprozesses. Ihre Prämisse ist, daß sich die bürgerliche Ökonomie von der historischen Zufallskonstellation, der sie ihre Entstehung verdankt, abgelöst und zum „System" des Kapitalismus entwickelt hat, daß sie also imstande war, ihre historischen Vorbedingungen in von ihr selbst erzeugte Voraussetzungen ihres Fortbestehens und ihrer erweiterten Reproduktion zu verwandeln; daß dieses sich selbst begründende System über die ihm entgegenstehenden lokalen, politischen und kulturellen Barrieren hinausdrängt, daß es dem Trieb gehorcht, sich zu totalisieren, d.h. „alle Elemente der Gesellschaft sich unterzuordnen" und „die ihm noch fehlenden Organe aus ihr heraus zu schaffen" (Grundrisse, S. 189); daß es demnach erstmals in der Geschichte eine kontinuierliche Vergesellschaftung in Gang bringt, allerdings nur durch die Umwälzung der materiellen Lebensbedingungen, nur in der beschränkten Gestalt eines ökonomischen Funktionszusammenhangs und um den Preis einer Reduktion aller gesellschaftlichen Praxis auf Mehrwert erzeugende oder realisierende Arbeit. — Was nun Bolte, Johannes und Kra-

mer an dieser Verabsolutierung der Ökonomie, diesem System der ‚Produktion um ihrer selbst, um des Geld- und Profitzwecks willen' interessiert, sind die periodischen Stockungen der Kapitalverwertung, der Wechsel von Expansion und Kontraktion des Marktes, das nach einer — von Marx entzifferten — Regel wiederkehrende Auseinandertreten von Warenproduktion und Wertrealisierung. Es ist die Frage einesteils nach dem Mechanismus der Regeneration der Realisierungsbedingungen des Mehrprodukts, nach der daraus entspringenden Verschiebung in der ‚Zusammensetzung des (variablen und fixen) Kapitals' und nach dessen weiterer Perspektive. Und es ist anderenteils die Frage nach dem Spielraum, den die Krisenperioden für politische Eingriffe eröffnen.

Jede solche prognostische Bemühung hat einen Zeitindex. Gegenwärtig steht sie unter dem Eindruck nicht nur der Vernichtung der west- und mitteleuropäischen revolutionären Arbeiterbewegung in der Ära des Faschismus und der politischen Resignation der danach wieder zugelassenen Arbeiterorganisationen (Beschränkung auf sozialstaatliche Reformen und Tarifauseinandersetzungen), sondern auch unter dem Eindruck des ökonomischen Zusammenbruchs in den staatssozialistischen Ländern, der deren revolutionstheoretische Bestimmung als einer Gesellschaftsformation des „Übergangs" in den Kommunismus einmal mehr Lügen straft.

Das alles hat zur Folge, daß sich die Autoren sehr eng an Marxens Ausführungen über das „Gesetz vom tendenziellen Fall der Profitrate" und über „entgegenwirkende Ursachen" halten und sich darum bemühen, ihre Gültigkeit an neueren Ausprägungen der kapitalistischen Metropolen, wie z.B. die Ausweitung des Dienstleistungssektors, die gewöhnlich von Neoliberalen gegen die marxistische Prognose von der zunehmenden Krisenanfälligkeit des Kapitalismus ins Feld geführt werden, unter Beweis zu stellen. Sie geraten dabei aber in ein Dilemma. Denn ihre Argumente zugunsten der These vom „graduellen Fall der Profitrate" bestärken zugleich die Vermutung, daß das kapitalistische System sich durchaus noch nicht zu der ihm von Marx vorgezeichneten „Totalität" ausgebildet haben könnte und möglicherweise von der Erfüllung seiner historischen „Mission", nämlich der Aufsprengung traditioneller Gewerbeverhältnisse in den Ländern der Dritten Welt und der Verwandlung bisher selbständiger Erwerbstätigkeiten sowie bis dato häuslicher Verrichtungen in mehrwertsetzende Arbeit, weit entfernt ist. Johannes gibt denn auch zu verstehen, daß sich aus der theoretischen Bestimmung der „inneren Grenze der kapitalistischen Produktionsweise" keineswegs deren Zersetzung aus immanenten Ursachen ableiten, geschweige denn vorausberechnen läßt (S. 66). Und Kramer fügt hinzu: „Wenn es keine Krise gibt, ist keine Revolution anzuzetteln. Die ökonomische Krise ist eine Bedingung der Revolution" (S. 106). Wobei er, wenn ich ihn nicht allzu eigenmächtig interpretiere, in Betracht zieht, daß das System inzwischen über

Instanzen bzw. Instrumente der Stabilisierung verfügen könnte, die den „Fall der Profitrate" seiner krisenträchtigen Brisanz berauben (ebd.). Jedenfalls hält er für ausgemacht, daß das reguläre Funktionieren des Verwertungsprozesses die Individuen auf ihr Privatinteresse festnagelt, sie davon abhält, in der Gesellschaft mehr zu sehen als nur den äußeren Bedingungsrahmen ihres Lebenserwerbs, und jede kollektive Verständigung über Emanzipationsbedürfnisse sabotiert, die den durch das Lohneinkommen definierten Bezirk persönlicher Eigenständigkeit übersteigen.

Die Erörterung bewegt sich daher etwas sprunghaft von einem Problemaspekt zum nächsten. Das ist nicht die Schuld der Autoren. Es ist wohl einfach so, wie Bolte und Johannes konstatieren, daß ohne politische Aktion von unten eine wirkliche historische Zäsur nicht vorstellbar ist (S. 33, 66) und daß die Zukunft, solange es keine revolutionäre Bewegung gibt, völlig im Ungewissen steht. Was man den Autoren aber verargen kann, ist, daß sie das bezeichnete Dilemma und diese Vorstellungsbarriere überspielen, indem sie im Sprung von Marx auf die „Kritische Theorie" kommen, von dem Versuch, die immanente Schranke des Verwertungsprozesses zu bestimmen, auf die „Negative Dialektik", die „Kulturindustrie", den „Verblendungszusammenhang" und den „mythischen Zwang" der Geschichte (S. 71), von ökonomiekritischen Begriffen auf Metaphern. Dazwischen liegen gewichtige revolutionstheoretische Entwürfe, die auf revolutionärer Erfahrung und Organisation basierten und die, wenn man sie in ihrem Entstehungszusammenhang studierte, sich als ebenso aktuell erweisen dürften wie die revolutionstheoretischen Thesen von Marx. Die Dreie aber nehmen davon nur die erblindeten Kernmarken — „Verelendung", „Zusammenbruch", „proletarische Diktatur", „Verbürgerlichung" — auf und hantieren damit, als sei die historische Situation, in der sie entwickelt wurden, aller Welt bekannt.

Darin sind auch die Artikel vom Vergessen gezeichnet. Man kann nicht so ohne weiteres — über die sozialistische und kommunistische Arbeiterbewegung hinweg — auf die „authentische Theorie von Marx" (Vorwort, S. 7) zurückkommen. Das mochten die Herausgeber der „Zeitschrift für Sozialforschung" sich im französischen Exil noch einbilden; immerhin hatten sie noch die Sowjetunion als Bastion gegen den Faschismus vor Augen. Wir nicht. Darum sind wir wohl genötigt, Marx, statt ihn umstandslos zu „aktualisieren", in Erinnerung seiner „Wirkungsgeschichte" zu historisieren. Möglich, daß Kramer daran gedacht hat, als er schrieb: „Um die Schärfe der Revolutionsidee zu belegen, . . . ist es nötig, auf den Begriff der Revolution bei Marx zurückzugehen. Die Erinnerung an ihn ist also nicht zuletzt seiner Wirkungsgeschichte geschuldet, in deren Verlauf er zur Parole verkommen ist . . ." (S. 75). Vermutlich aber hat er das Gegenteil sagen wollen.

Gisbert Lepper

1 Auszunehmen von diesem Vorwurf sind Menschings gründliche Untersuchung der ‚philosophischen' Darstellungsweise des „Kapitals" und Porths ironische Handhabung des Themas „Vernunft und Geschichte bei Marx".

Krise und Kritik: Zur Aktualität der Marxschen Theorie II. Mit Beiträgen von Hermann Schweppenhäuser, Gerhard Bolte, Rolf Johannes, Sven Kramer. Dietrich zu Klampen Verlag, Lüneburg 1989, 24 Mark

Der Definitionsmachtgenerator

»Akademie der Wissenschaften«, neuer Standort: Hessen

Der Westberliner Regierungswechsel hat in Hessen eine wissenschaftspolitische Auseinandersetzung ausgelöst, deren Dynamik interessierte BeobachterInnen nicht wenig erstaunt haben dürfte. Nachdem die Auflösung der Westberliner Akademie der Wissenschaften beschlossen war, überraschte der hessische Wissenschaftsminister Gerhardt im Frühsommer die Öffentlichkeit mit einem großzügigen Übersiedlungsangebot an die obdachlosen AkademikerInnen.

In aller Eile wurde der Kabinettsbeschluß in Gesetzesform gegossen und sollte noch diesen Herbst vom Landtag beschlossen werden. Vorgesehen war unter anderem eine 10jährige Aufenthaltsgarantie, die eine Wiederholung der Berliner Verhältnisse verhindern sollte. Auch die AkademikerInnen waren zunächst von dem Angebot angetan, und so zog ihr Chef, Horst Albach, im Sommer über Land, um für seinen Verein die Werbetrommel zu rühren. Zuvor hatte er in Westberlin in einer Anhörung des Wissenschaftsausschußes zu den Einwänden der AkademiekritikerInnen Stellung genommen, wobei er Fehler in der bisherigen Konzeption einräumte und sich zu Veränderungen bereiterklärte.

Doch reichte die Dialogbereitschaft offensichtlich nicht aus. Zwar erklärte Gerhardts treu ergebener Provinzfürst Klaus Ring, Verwalter des Frankfurter Lehens, nach einigem Zögern, dafür zu sein, „obwohl ich anfangs Bedenken hatte". Doch meldeten sich in zunehmenden Maße auch KritikerInnen innerhalb und außerhalb der Hochschulen zu Wort und ließen deutlich werden, daß Albach als Vertreter des neuen Denkens durchgefallen ist. Mittlerweile verlagert sich die Debatte von der Konkursverwaltung des Berliner Modells zu einer eigenständigen Neugründung in Hessen.

Auch wenn die Akademie als Forschungskoordinationsstelle mit Studium und Ausbildung direkt nichts zu tun hat, halten wir die jetzt anstehende Debatte für außerordentlich wichtig. Denn über die angestrebte Neugründung hinaus dürften dabei wissenschafts- und forschungspolitische Entscheidungen getroffen werden, bei denen Aufgaben und Stellenwert der hessischen Hochschulen für die nächsten Jahre mit festgelegt werden. Es braucht nicht allzu sehr zu verwundern, daß diese Debatte jetzt vor allem außerhalb der Hochschulen geführt wird. Eher bestätigt sich unser Verdacht, daß Hochschulen in wisschenschaftspolitischen Planungen keine Bedeutung mehr zugemessen wird. Trifft unsere Vermutung zu, so ist es für studentische Politik um so dringlicher, sich in die angelaufene Diskussion einzumischen und eigene Ansprüche zu artikulieren.

Die bisherige Auseinandersetzung um die Akademie kann dazu dienen, gegenwärtig hegemoniale Strategien, aber auch deren verbreiteste Kritik, herauszuarbeiten und auf ihre Voraussetzungen und Perspektiven zu überprüfen. Unser Interesse an der Akademiedebatte richtet sich folglich auf die wissenschaftlichen Optionen, die mit der Akademie ins Spiel gebracht worden sind, und darauf, wie diese das Verhältnis von Wissenschaft und (institutionalisierter) Politik neu zu bestimmen versuchen. Nicht zuletzt sind auch die wissenschafts- und hochschulpolitischen Rahmenbedingungen zu berücksichtigen, unter denen das Akademiemodell seinen unwiderstehlichen Charme entfalten kann.

Daher halten wir es für angebracht, neben dem Anspruch und der Funktionsweise der Akademie auch die generellen wissenschaftspolitischen Transformationen der letzten Jahre zu berücksichtigen.

Die Westberliner Akademie

Die Akademie der Wissenschaften zu Berlin (so ihr offizieller Name) wurde am 23.3.1987 auf Beschluß des Westberliner Abgeordnetenhauses gegründet. Als Zielsetzung verfolgt sie ausdrücklich „interdisziplinäre Koordinationsaufgaben", sowohl intern als auch in Zusammenarbeit mit anderen wissenschaftlichen und nichtwissenschaftlichen Institutionen, und „Politikberatung".

Organisation

Zu Mitgliedern auf Lebenszeit können Personen gewählt werden, die „herausragende Beiträge zu Wissenschaft und Technik" erbracht haben. Jene werden von der Akademie selbst bestimmt (kooptiert). Im Gegensatz zu anderen Akademien versammelt die Westberliner Akademie ihre Mitglieder nicht in Klassen, sondern in Arbeitsgruppen, die in der Regel auf 5 bis 10 Jahre befristet sind. Die Mitglieder sind in den ersten 5 Jahren zur aktiven Mitarbeit im Rat der Akademie (und damit auch in den Arbeitsgruppen) verpflichtet.

Der Rat bestimmt die Arbeit der Akademie. Er setzt die Arbeitsgruppen ein und wertet deren Berichte aus. Er schlägt der Versammlung (aktive und ehemalige Mitglieder) neue Mitglieder zur Wahl vor. Die Versammlung wählt außerdem den Präsidenten für einen Zeitraum von 5 Jahren. Derzeitiger Präsident ist Horst Albach.

Finanzierung

Von Anfang an ging die Akademie mit dem Anspruch hausieren, von staatlicher Unterstützung weitgehend unabhängig zu sein. Großherzige Sponsoren, so der schöne Plan, sollten 50 Mio. DM in den Förderfonds einzahlen, von dessen Zinsen die Akademie dann finanziert werden sollte. Doch was dem marxistischen Institut für Sozialforschung in den 20er Jahren noch gelungen war, ging bei der neokonservativen Neugründung gänzlich daneben. In der Selbstdarstellung der Akademie von 1988 heißt es dazu: „Dennoch wird die Finanzierung der Akademie zum überwiegenden Teil aus staatlichen Mittel gewährleistet."

Im Haushaltsplan für das laufende Jahre sind die Ausgaben von rund 11 Mio. DM durch folgende Einnahmen gedeckt:

— 8,5 Mio. DM vom Land Berlin
— 1,35 Mio. DM von öffentlichen Drittmittelgebern
— 1,15 Mio. DM von privaten Drittmittelgebern.

Hinzuzufügen ist, daß in der mittelfristigen Finanzplanung die staatlichen Zuschüsse noch erhöht werden sollten.

Drittmittelfinanzierung/Kollegium

Dennoch ist es aufschlußreich, die Form der Drittmittelfinanzierung näher zu betrachten. Sie wird über eincn gemeinnützigen Verein, der den ehrwürdigen Titel „Kollegium der Akademie der Wissenschaften zu Berlin e.V." trägt, abgewickelt. Über diesen Unterstützerverein erhält die Akadamie einmalige Förderbeiträge, jährliche Mitgiedszahlungen und freiwillige Zuwendungen, die alle wegen der Gemeinnützigkeit des Kollegiums steuerlich absetzbar sind. Schatzmeister der wohltätigen Vereinigung ist Edzard Reuter (Daimler Benz AG).

Im Kuratorium sitzen neben Wissenschaftsmanagern wie Reimar Lüst (European Space Agency) Spitzenfunktionäre des westdeutschen Großkapitals wie Gerhard Plettner (Siemens AG), Tyll Necker (Bundesverband der deutschen Industrie) und Eduard von Kuenheim (BMW). Über Firmen- und Privatmitgliedschaften sind weitere Automobil-, Chemie-, Pharmaunternehmen, Mineralölgesellschaften und Großbanken mit der Akademie verbunden. Seit diesem Jahr gehört mit Hermann Rappe (IG-Chemie) immerhin ein Gewerk-

schaftsvertreter zum erlauchten Kreis der Kollegiaten.

Der Streit um das Berliner Modell

Von Anfang an war die Westberliner Akademiegründung heftig umstritten. Einspruch erweckte vor allem die Zielsetzung und die Art, wie diese sich in der Zusammensetzung der Akademie niederschlug. Zu offensichtlich wurde mit einer Institution von nationalem Rang kokettiert — unter Umgehung aller Schranken, die das föderalistische Bildungs- und Wissenschaftssystem hierzulande auszeichnet. Vor allem sind selbst attestierter Geist und Kapital bei dem Westberliner Modell in einer Art und Weise verflochten, die in der BRD ohne Beispiel ist. Mit Marcus Bierich (Bosch) und Edzard Reuter sind zwei Spitzenfunktionäre von Großunternehmen Mitglieder im Rat der Akademie.

Bemerkenswert ist auch das personalpolitische Kalkül, das der Auswahl der übrigen Gründungsmitglieder zugrunde liegt. Dort findet sich neben einigen als liberal ausgewiesenen Wissenschaftlern wie Jürgen Mittelstraß und Wolf Lepenies eine kleine Minderheit von Frauen (Sigrid Peyerimhoff, Helga Thomas und die mittlerweile zur Bundesministerin aufgestiegene Ursula Lehr). Dominiert wird die Akademie allerdings von Wortführern einer konservativen Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik (darunter Horst Albach, Hermann Lübbe, Hans Maier) und von den Managern naturwissenschaftlich-technischer Großprojekte wie Klaus Pinkau (Physik), Heinz-Günther Wittmann (Molekulare Genetik) und Günter Spur (Maschinenbau).

Der Zusammenschluß von Spitzenfunktionären aus Wissenschaft und Wirtschaft ist das auffälligste Merkmal am Berliner Modell. Die hier versammelte ‚Positionselite' läßt auf den Grad der Verzahnung des wissenschaftlich-industriellen Komplexes schließen. So leuchtet das Bündnis zwischen Konzernvertretern und notorischen Modernisierungsplanern wie dem Direktor des Instituts für Werkzeugmaschinen- und Fertigungstechnik an der TU, Günter Spru, ohne weiteres ein.

Worauf es uns ankommt

Wir halten es aber für verfehlt, hier lediglich einen weiteren Übergriff des Großkapitals auf die Freiheit der Wissenschaft, die Autonomie der Hochschulen oder sonstwas festzustellen und in die monotone Klage der DrittmittelgegnerInnen mit einzustimmen. Solange nicht gefragt wird, was da eigentlich verteidigt werden soll, läuft diese Sichtweise Gefahr, selbst den Mythos vom allmächtigen Kapital und der Ohnmacht der Wissenschaften fortzuspinnen. Statt dessen müßte geklärt werden, welche wissenschaftspolitischen Entscheidungen diese Engführung erst ermöglichen. Denn offensichtlich ist die Akademie nicht den WissenschaftlerInnen aufgezwungen worden, sondern wurde von ihnen selbst entworfen.

Das Politikum der Selbstdarstellung

Das Projekt AdW ist von Beginn an mit einer massiven Selbstdarstellungspolitik verbunden. Das wirklich erstaunliche dabei ist deren allumfassender Anspruch. Besonders Akademiepräsident Albach hat immer wieder deutlich gemacht, daß es keineswegs um ein besonders schlau angelegtes, interdisziplinäres und praxisbezogenes Projekt unter mehreren geht, sondern um nichts geringeres als die Notwendigkeit einer grundlegenden Umstrukturierung des Verhältnisses von wissenschaftlichen Disziplinen, Politik und Ökonomie sowie der diskutierenden Öffentlichkeit (das heißt, ganz nebenbei bemerkt, daß die berüchtigte Frage nach der „Freiheit der Wissenschaft" mit der AdW nun wirklich überhaupt nichts zu tun hat). Folgende Aufgaben und Ziele der Arbeit der AdW werden auf wenigen Seiten aufgelistet:

* Förderung der „Erkenntnis der Wechselbeziehung zwischen Wissenschaft, Technik, Politik und Wirtschaft";
* „fachübergreifende, problemorientierte Forschung" sowie „Anwendung und Umsetzung ihrer Ergebnisse in die Praxis";
* „Prüfung und Entwicklung von Lösungsvorschlägen" für „fachübergreifende gesellschaftliche Probleme";
* „Koordination" des disziplinären „Verfügungswissens" mit dem Ziel der Herstellung von „Orientierungswissen";
* „Politikberatung";
* „Abbau von Verunsicherungen in der Gesellschaft gegenüber wissenschaftlich-technischen Entwicklungen";
* „Versachlichung der Diskussion" und „Förderung der politischen Meinungsbildung durch abgewogene Urteile".

All diese Punkte müssen zugleich als eine implizite Krisenbeschreibung gelesen werden — die AdW ist „notwendig", da das bestehende Wissenschaftssystem all das nicht (mehr) zu leisten vermag.

So überflüssig wie lächerlich

Der Eindruck, daß sich diese Liste bis ins Unendliche verlängern ließe, wird von den weiteren AdW-Veröffentlichungen auf eine wirklich groteske Weise bestätigt. Die genannten Punkte werden immer wieder anders kombiniert und mit neuen Zielen und Ansprüchen vermanscht. Es ist daher kaum verwunderlich, daß bereits die Selbstdarstellung der AdW auf massivste Kritik gestoßen ist.

Eine erste Kritiklinie stellt auf die ständigen Unvereinbarkeiten und Selbstwidersprüche dieses programmatischen Versprechens ab. Aus dieser Perspektive erscheint das integrale Konzept der AdW schlicht als Anmaßung und Größenwahn, und zwar vor allem, wenn die Schwierigkeiten anderer Projekte mit weitaus geringerem Anspruch und weitaus konsistenteren Großbegründungen dagegengehalten werden. Vom frühen Programm der Kritischen Theorie über die interdisziplinären Forschungszentren und Projektstudiengänge an den Hochschulen bis hin zu den zahlreichen unabhängigen Instituten mit ökologischer, feministischer oder technologiekritischer Orientierung wurden Konzepte einer „problemorientierten" und „interdisziplinären" Wissenschaftspraxis entwickelt. Diese Konzepte und Erfahrungen, die damit gemacht wurden, werden von der angeblich so „neuartigen" AdW schlichtweg ignoriert. Anmaßung und Borniertheit bedingen sich im Fall der AdW gegenseitig.

Eine zweite Kritiklinie nimmt die formulierten Ansprüche zunächst ernst, um diese an der Praxis der AdW zu bemessen. Diese Kritik ist für das „Kernstück" der AdW, die „Arbeitsgruppen", gut dokumentiert. Eine Ad-Hoc-Gruppe von Berliner WissenschaftlerInnen, die „innerhalb und außerhalb von AL und SPD wissenschaftspolitisch engagiert sind", hat sich die Mühe gemacht, die „Arbeitsergebnisse" der AdW Berlin im einzelnen zusammenzutragen.[1] Das Ergebnis ist wahrlich niederschmetternd, denn da ist so gar nichts Neues herausgekommen, sondern bestenfalls eine bloß additive Zusammenschau bereits bestehender Ergebnisse, meist jedoch ein hochselektives Gestopsel, das sich zudem ständig mit fremden Federn schmückt. Und was soll schon von einem Projekt erwartet werden, in dem sich die WisschaftsmanagerInnen und Großmogule zusammentun, die eh schon das Sagen haben.

Die AdW ist unter jedem nur denkbaren Gesichtspunkt wissenschaftlicher Innovation nonsense, so überflüßig wie lächerlich. Sie verhält sich zu bestehenden wissenschaftlichen Projekten und Einrichtungen, die die genannten Aufgaben weit eher erfüllen, schlicht parasitär und entzieht diesen notwendige Mittel. Der Untertitel der Berliner Stellungnahme lautet darum zutreffend: „Warum die Akademie zum Nutzen der Wissenschaft aufgelöst werden muß" — Punkt.

Die Grenze vorschnellen Abhakens

Wir halten diese Richtung der Kritik in der politischen Auseinandersetzung um die AdW für unabdingbar — es geht tatsächlich darum, dieses Scheißding zu verhindern, in Hessen und anderswo. Das Lachen jedoch bleibt uns im Halse stecken. Denn die genannten Kritiken laufen häufig darauf hinaus, die AdW als „politisches Renommierprojekt" zu behandeln, und damit die wissenschaftspolitische Seite unter dem Stichwort albern abzuhaken. Damit werden unserer Meinung nach entscheidende Dimensionen verkannt:

* Zunächst können und wollen wir nicht bestreiten, daß wir den Ansatzpunkt der Krisenbeschreibung der AdW teilweise für durchaus zutreffend halten. Die bürokratische und thematische Trägheit der momentanen Wissenschaftsapparate oder die Segmentierung in Einzeldisziplinen etwas sind ebenso Kritikpunkte während des Uni-Streiks gewesen, wie Motivation für die Gründung zahlreicher kritischer Projekte außerhalb dieser Apparate.
* Zweiten sollten wir nicht übersehen, daß nicht nur alle Parteien, sondern auch viele

‚bewegungsnahe' oder ‚linke' WissenschaftlerInnen ein Akademiekonzept für wünschenswert oder gar notwendig halten, wenn es denn präzise formuliert, demokratisch organisiert und besetzt und mit anderen Themenschwerpunkten versehen wird.

* Schließlich dürfen wir nicht übersehen, daß in und mit einem albernen oder unlogischen Feld von Zielsetzungen durchaus effektiv Politik gemacht werden kann. Kritikstrategien, die die fehlende wissenschaftliche Dignität bemängeln oder die „eigentliche Intention" der AdW im politisch-ökonomischen Bereich versteckt sehen, bewegten sich zwar prinzipiell im „Wahren", unterschätzen aber die Fähigkeit der WissenschaftsmanagerInnen, genau diese Position recht schnell zu besetzen und entsprechend umzudefinieren.

Herstellung von „Orientierungswissen"

Aufgrund des zuletzt genannten Punktes halten wir es für sinnvoll, nochmals auf die (oben aufgelistete) Selbstdarstellung der AdW zurückzukommen, diesmal allerdings unter der Fragestellung, ob es dabei so etwas wie ein Strukturprinzip der Ordnung des Unlogischen, Selbstwidersprüchlichen, Albernen, und vor allem Nichteingelösten gibt. Die Auflistung der „Aufgaben und Ziele" der AdW läßt sich in zwei Bereiche gruppieren. Einmal wird eine Reihung unterschiedlicher Arten von Wissen als Zielpunkt der Akademietätigkeit angeführt: „Erkenntnis", „Entwicklung", „Forschung", „Prüfung", „abgewogene Urteile", „Koordination" ... Zum zweiten wird der „Praxisbezug („Anwendung und Umsetzung") dieser neuartigen wissenschaftlichen Instanz umschrieben: „Beratung", „Vorschläge", „Förderung der Meinungsbildung", „Abbau von Verunsicherungen", „Versachlichung der Diskussion" ... wobei auch die Adressatengruppen dieses „Praxisbezuges" immer wieder neu gruppiert werden: „die Gesellschaft", „die verantwortlichen Politiker", „die politische Meinungsbildung", „die Öffentlichkeit" ...

Diese (nochmals: unterm Gesichtspunkt konsistenter Begründung vollkommen unlogischen) Reihungen werden allein durch den Begriff der Herstellung von „Orientierungswissen" strukturiert. Gerade die innere Widersprüchlichkeit des Riesenanspruchs legt das simple Prinzip der Rede von der „Notwendigkeit" der AdW frei: Es muß hinreichend eindeutige wissenschaftliche Aussagen (zu den zentralen Problemen unserer Zeit, natürlich) geben, und eine Instanz, die diese Vereindeutigung vornimmt. Das deckt sich nun mit der Krisenbeschreibung der AdW, denn genau diese Herstellung von „Orientierungswissen" wird in diesen schlimmen Tagen bestenfalls von JournalistInnen und Angehörigen anderer Professionen geleistet, nicht aber vom fragmentierten wissenschaftlichen Apparat, und am allerwenigstens von den nun wirklich überholten Universitäten.

Kleiner Exkurs zur Frage: Was ist neokonservativ?

Im Zusammenhang mit der Akademiegründung spielen Überlegungen eine wichtige Rolle, die in neokonservativen Kreisen Mitte der 70er Jahre angestellt worden sind. Im Kern ging es darum, die diskursive Öffnung der Wissenschaften, wie sie vor allem in den Sozialwissenschaften seit den 60er Jahren eingesetzt hatte, zu begrenzen. Diese Öffnung, die vor allem im Positivismusstreit von den Repräsentanten der Kritischen Theorie ausgearbeitet worden ist, versucht Wissenschaft als Teil gesellschaftlicher Auseinandersetzung zu begreifen. Gegen die Vorstellung von logischer Vereinheitlichung als höchstem Ziel wissenschaftlicher Tätigkeit setzt sie die Einsicht, daß gesellschaftlich ausgetragenen Konflikte auch wissenschaftlichen Widerstreit provozieren müßten.

Die Offenlegung dieser internen Gegensätze untergrub nachhaltig die Gewißheiten des herkömmlichen Wissenschaftsverständnisses, daß wissenschaftliche Aussagen eindeutig und überparteilich seien. Anstelle des sorgsam gehegten Vorurteils, das Wissenschaft immer nur als Zuträgerin externer Kommandos sehen wollte, trat diese nun mehr und mehr als Ort relevanter politischer (Vor-)Entscheidungen hervor. So sind bereits Problembeschreibungen, Modellbildungen etc. nicht frei von Vorannahmen, ganz zu schweigen von konkurrierenden theoretischen Schulen. An einer ganzen Reihe von Fällen ließe sich dieser Zusammenhang klar herausarbeiten. Als ein Beispiel mag die von den Frankfurtern exemplarisch kritisierte Auffassung von Soziologie stehen, die ihren Gegenstandsbereich, Gesellschaft, von vornherein als homogen betrachtet und dann Widersprüche und Gegensätze nur als Störung und Abweichung begreifen kann.

Zudem begannen kritische WissenschaftlerInnen für ihren Betrieb einen eigenständigen politischen Anspruch anzumelden, was in konservativen Augen einer Todsünde gleichkommt. Denn dadurch geriet das ideologische Modell in die Krise, das bisher die eigene Unabhängigkeit, die Freiheit der Wissenschaften, garantiert hatte und das auf der Trennung von Wissenschaft und Politik beruht. Diese Arbeitsteilung ermöglicht es, einerseits Wissenschaft als isolierten Sektor losgelöst von gesellschaftlicher Entwicklung zu betrachten, der für die Verwertung seiner Ergebnisse nicht haftbar gemacht werden kann. Diese Verantwortung kommt einer in der Regel äußerst eng gefaßten Gruppe staatlicher Entscheidungsträger (Ministerialbürokratie), der Politik, zu. Andererseits könnnen diese in Konfliktsituationen ihre Entscheidungen mit dem Hinweis auf deren wissenschaftliche Fundierung gegen weiterreichende Kritik absichern. De facto erlaubt es diese Arbeitsteilung, das diskursive Gefälle zwischen wissenschaftlichen und nichtwissenschaftlichen Aussagen in einer Weise auszubeuten, daß von dem entstehenden Mehrwert beide Seiten profitieren können.

Grenzschutzmaßnahmen

In dem 1977 erscheinenen Aufsatz „Warnung vor Ideologiediskussionen" formulierte Hermann Lübbe eine Diskursstrategie, mit der er diesen Mehrwert auf eine spezifische Weise ins Spiel brachte und die das Selbstverständnis der AkademikerInnen nachhaltig prägen sollte. Zur Rückeroberung (wissenschafts-)politischer Hegemonie empfahl er seinen Kampfgefährten gezielte ‚Diskursvermeidung', damit „klargestellt bleibt, worüber man mit sich reden läßt" und festgehalten wird, „was nicht zur Disposition steht". Gegen die demokratische Auffassung, daß Fragen des gesellschaftlichen Zusammenlebens prinzipiell diskursfähig sind, setzt Lübbe ein Konzept autoritärer ‚Aufklärung durch Sachzwänge'. ‚Aufklärung' ist dabei definiert als „Verschaffung von Gelegenheiten, die Aufdringlichkeiten von Politik zu erfahren". Denn „die Wahrheit, in der einer zu existieren gewiß ist, läßt sich niemand ausreden. Die Einsicht, daß sie keine war, wird nicht in Prozessen ihrer argumentativen Widerlegung gewonnen, sondern durch die Erfahrung ihrer Ohnmacht".

Es gehört nicht viel Phantasie dazu, in dieser rabiaten Rhetorik den Stil der staatlichen Feldherren von der Startbahn West bis Wackersdorf herauszuhören, den Stiel, den BürgerInnen spüren bekamen, die sich gegen die autoritäre Durchsetzung ökologisch gefährlicher großtechnologischer Anlagen zur Wehr setzten.

Zustimmungspflicht

Zwei Eigenarten sind es, die Wissenschaft für Lübbes autoritäres Erziehungsprogramm so begehrenswert machen. Denn Wissenschaft taugt zum Herstellen von Sachzwängen und bezeichnet einen privilegierten Diskurs, der nicht ohne weiteres und für alle zugänglich ist. Gelingt es, innerhalb des wissenschaftlichen Betriebs relevante Bereiche nach außen hin abzuschotten, so lassen sich deren Aussagen unmittelbar in hegemonialen Gewinn überführen. Scheinbar ideologisch neutral, eben wissenschaftlich, lassen sich so Vorgaben und Entscheidungen mit weitreichenden gesellschaftlichen Folgen (z.B. Spurs Automatisierungspläne) unter Ausschluß der Öffentlichkeit ausarbeiten. Der objektive Status von Wissenschaft verdeckt den fehlenden gesellschaftlichen Konsens.

Als solche Vorgabe setzt Lübbe die ‚technisch-industielle Dynamik', die auch der Westberliner Akademie als normativer Kern eingeschrieben ist. Sie ist, nach Lübbes Definition nicht zustimmungswürdig, sondern zustimmungspflichtig.

Der affirmative Bezug auf diese ‚Dynamik' bestimmt auch die eingeschränkte Reichweite der akademieschen Krisendefinition. Zwar wird zugestanden, daß das Wissenschaftssystem in die Krise geraten ist. Als Symptome dieser Krise werden jedoch nicht soziale und ökologische Krisenphänomene benannt, sondern „die Verunsicherung der Gesellschaft gegen die wissenschaftlich-technischen Entwicklungen".

Veranstaltung im AfE-Turm

Beklagt werden also lediglich das gesunkene Ansehen und der drohende Autoritätsverlust von Wissenschaft. Inwiefern WissenschaftlerInnen selbst krisenhaft in gesellschaftliche Entwicklungen eingreifen und die Lebens- und Arbeitsverhältnisse von Menschen verändern, bleibt aus dieser Perspektive gänzlich ausgeblendet. Oder um es in der akademieschen Sprache zu sagen: Der Anteil, den Wissenschaft selbst zu diesem Autoritätsverlust beiträgt, wird nicht in Erwägung gezogen.

Akademiesche Flurbereinigung

Wie tief die Akademie in diese neokonservative Strategie eingebettet ist, läßt sich auch an ihrem zentralen wissenschaftlichen Anspruch ablesen, der in iher Selbstdarstellung vornehm als Koordination von ‚Verfügungswissen' zu ‚Orientierungswissen' umschrieben wird. Was es damit genauer auf sich hat, erläuterte Klaus Pinkau in einer Rundfunkdiskussion mit bemerkenswerter Offenheit: „Wir wollen von den Einzelstimmen wegkommen", damit „eine gemeinsame Meinung nach außen dringt". Deshalb soll die Akademie in einer ‚Qualitätsprüfung' unter den vorliegenden wissenschaftlichen Meinungen „den Teil der Stimmen abschneiden und den Teil der Diskussion klarstellen, der nach überwiegender wissenschaftlicher Fachmeinung falsch ist". Schöner kann der neokonservative Befreiungsschlag aus der Unübersichtlichkeit des wissenschaftlichen Widerstreits wohl nicht formuliert werden. Trotz aller progressiven Rhethorik von Interdisziplinarität und Problembezogenheit ist hier ein rechter Lübbe am Werk.

Allerdings wird auch deutlich, daß selbst die Akademieplaner nicht mit einer tatsächlichen Befriedung des Gelehrtenstreits rechnen. Die Rückkehr zum status quo der frühen 60er Jahre, die Wiedereinrichtung der klassischen Arbeitsteilung zwischen Wissenschaft und Politik ist nicht mehr durchsetzbar. So zielt die Westberliner Akademie vor allem auf die Reorganisation des wissenschaftlichen Feldes, um die neokonservative Hegemonie abzusichern. Entscheidend ist, daß dies nicht mehr durch administrative Übergriffe, sondern in der Form wissenschaftlicher Selbstorganisation erreicht werden soll (sieht man einmal von der ‚schmutzigen' Gründungsgeschichte ab). So tritt die Akademie als wissenschaftliche Institution auf, die einerseits Definitionsmacht bündelt und zum anderen das Verhältnis von wissenschaftlicher Ausarbeitung und öffentlicher Diskussion neu bestimmt. Sie ist die Instanz, die ausgewählten Aussagen einen besonderen Status zuweist, der sie als ‚akademiegeprüft' von den anderen abhebt. Trotz Pinkaus Kastrationsmetapher funktioniert die Akademie nicht einfach repressiv. Viel eher ist sie ein Definitionsmachtgenerator, der einen zusätzlichen Wert in Umlauf bringt.

Zur Funktionsweise des Definitionsmachtgenerators

Die Selbstdarstellung der AdW ist in einer solchen Sicht keine „Legitimation", die auf ihre „Rationalität" hin zu überprüfen wäre, und auch keine „Verschleierung" einer zu „entlarvenden" Herrschaftsrealität, sondern Bestandteil einer Strategie, die auf die faktische Durchsetzung einer Zentralinstanz der Herstellung von Defintionsmacht zielt. Die PR-Abteilung der AdW selbst hat dafür ein graphisches Symbol geschaffen[2]: ein Prisma das die eher blaßen und aufgefächerten Lichtspektren zu einem einheitlich weißen, ebenso klaren wie kraftvollen Lichtstrahl bündelt. Wir wollen nun — um im Bild zu bleiben — die Funktionsweise dieses Prismas in zwei Richtungen verfolgen: Wie wird die Herstellung von „Orientierungswissen" durch die Art der Organisation der Akademiearbeit gesichert? Und welche Auswirkungen auf die gesellschaftliche Wertigkeit von Wissen sind mit einer solchen Zentralinstanz verbunden?

„Versachlichung der Diskussion" oder: Die Mikrophysik der Herstellung von Sachzwang

Die zentrale Operation der AdW, die Herstellung von „Orientierungswissen", stellt keine Leitlinie oder Zielvorstellung dar, sondern prägt als Zwang zur Vereinhdeutigung deren institutionelle Binnenstruktur. Die Arbeitsweise der AdW läßt sich gar nicht anders denn als Produktionskette von Definitionsmacht beschreiben: (1.) qualifizierte Einzelforschung, (2.) interdisziplinäres Gespräch mit dem Ziel einer „einfügenden Ordnung" des Kenntnis-

standes der Einzeldisziplinen, (3.) eindeutige Entscheidung und (4.) autoritative Adressierung als Zentralinstanz.

Die Herstellung eindeutiger wissenschaftlicher Aussagen soll durch den sog. „Evaluierungszwang" garantiert werden. Dieser „Zwang" verpflichtet die einzelnen „Arbeitsgruppen" zur Festlegung von „Ergebnissen", die dann vom Rat der AdW „kritisch überprüft und ausgewertet" sowie zu einem „abschließenden Bericht" zusammengefaßt werden. Unter „Ergebnis" ist dabei nicht nur die fixierte Anordnung der Erkenntnisse der Einzeldisziplinen zu verstehen, sondern auch der gesamte Bereich der „Bewertungen", etwa der Festlegung von „Umweltstandards" oder der Festlegung der Relevanz bestimmter Thematiken und Bearbeitungsformen. Albach hat immer wieder klargemacht, daß dieser Festlegungszwang zu den nichtverhandelbaren „essentials" jedes Akademiekonzepts zählt.

Zu diesen „essentials" zählen weiterhin die „strategische Koordination durch den Rat" (die „letzte Entscheidung" über die Themen liegt allein bei den Akademiemitgliedern selbst) sowie das „Kooptationsprinzip". Dieses Prinzip besagt, daß auch die Entscheidung über die Aufnahme neuer Mitglieder den Akademiemitgliedern obliegt, wem sonst, und zwar nach dem Prinzip der „wissenschaftlichen Exzellenz"; laßt Euch das Wort auf der Zunge zergehen und spuckt dann kräftig aus! Das alles sollte nun nicht nur als korporatistische Vetternwirtschaft verstanden werden, sondern auch als Absicherung der Ausschließlichkeit und des reibungslosen Ablaufs der Produktionskette von eindeutigen Definitionen.

Zentrum und Peripherie der wissenschaftlichen Apparate

Albach hat kein Hehl daraus gemacht, was er von der Leistungsfähigkeit der Universitäten in Bezug auf die „drängenden Fragen unserer Zeit" hält — genau gar nichts. An die Stelle dieser bedauernswerterweise unbesetzten gesellschaftlichen Rolle tritt mit der AdW ein Konzept von „interdisziplinärer Arbeit" und Entscheidungsfindung, das für die WissenschaftlerInnen erst einmal die jahrzehntelange Mühle disziplinärer Ausbildung und isolierter Qualifikationskampfes bedeutet, bevor sie dann im Stadium der altersweisen ProfessorInnenwürde im erlauchten Kreise den notwendigen „Freiraum" finden. Natürlich sucht die AdW die „möglichst enge Anbindung an die Universitäten". Von der Spitze der Hierarchie her. Bezeichnend ist hier die Reaktion der Chefakademiker auf die Kritik, die AdW sei bloß ein „old-boys-network". Nun soll eine „Nachwuchs-Akademie" für „herausragende NachwuchswissenschaftlerInnen" eingerichtet und von den „old boys" betreut werden. Es lohnt sich, sich solche Konzeptionen ein paar Mal vor Augen zu führen, um die ganze Reichweite dieses arschigen Zynismus richtig wirken zu lassen. Als ob die Situation an den Unis, der nach wie vor primären Arbeits- und Sozialisationsinstanz der „NachwuchswissenschaftlerInnen", nicht eh schon total beschissen, konkurrent und hierarchisch genug ist, wird ganz offen die Zweiteilung der Uniausbildung vorangetrieben: hier die ineffektive und irrelevante Vermassung der Lehre, dort noch eine Laufbahn für die smarten Hohlköpfe mit keimfreiem Problembewußtsein, herausgemendelt nach dem Selektionsprinzip professoraler Interessenlagen.

Unabhängig von der Frage, woher denn die WissenschaftlerInnen mit der Fähigkeit zu „interdisziplinärer, problemorientierter Kooperation" kommen sollen, bedeutet auch ein noch so „reformiertes" Akademie-Konzept das Festschreiben und Weitertreiben des wissenschaftspolitischen Aufgebens von Universität. Das hat eine institutionelle Seite, die mit folgenden Stichworten umrissen werden kann: weitere Marginalisierung der Lehre und Trennung vom real thing in der Forschung; Etablierung einer elitistischen zweiten Linie bei Förderung und Karrieremöglichkeiten. Die Zentralisierung und autoritative Adressierung von Definitionsmacht bedeutet zudem die Entwertung des Status von Lehre und Versuchen selbstbestimmter studentischer Tätigkeit, denken jeder eigenständige Wert im Wissenschaftsprozeß abgesprochen wird. Studium heißt dann nur noch, sich die dann immer schon vereindeutigten Vorgaben anzueignen.[3]

Der Bündelungsvorgang im Defintionsmachtgenerator betrifft gewiß nicht nur die Uni. Es wäre auch gänzlich absurd, Unipolitik von Wissenschafts- und damit Gesellschaftspolitik trennen zu wollen. Ein Beispiel für die Konsequenzen der Einrichtung der AdW für den Zusammenhang verschiedener wissenschaftlicher Institutionen bildet die Vorgehensweise der Arbeitsgruppe „Exodus von Wissenschaften aus Berlin"[4]. Diese „Arbeitsgruppe" hat sich mit dem angeblich „neuen" Thema beschäftigt, welche Rolle und Funktion die Medizin im Nationalsozialismus innehatte. Neben zahlreichen methodologischen Einwänden (die sich v.a. auf die Selektivitäten der Fragestellung und die Beschränkung auf computergestützte Datenerhebung beziehen) wurde kritisiert, daß die Akademie-„Arbeitsgruppe" auf zahlreiche vorliegende Forschungsarbeiten zurückgreift, ohne deren AutorInnen zu benennen, geschweige denn zu beteiligen. Diese Forschungsarbeiten entstanden im Anschluß an den „Gesundheitstag" 1980 außerhalb der etablierten wissenschaftlichen Apparate. Die daran Beteiligten wurden jahrelang als politisch radikal diffamiert, von wissenschaftlichen Kongressen ausgeschlossen und innerhalb der Uni gegängelt. Das Verhalten der Akademie-„Arbeitsgruppe" ist nun nicht bloß „parasitär" — die faktische Rolle der AdW als Definitionsmachtgenerator bedeutet eine arbeitsteilige Hierarchisierung der verschiedenen Institutionen und Orte, an denen wissenschaftliches Wissen hergestellt wird.

Wenn es dieser oder einer „reformierten" AdW gelingt, zu der (einen) Instanz der Behandlung des Themas „Technikfolgenabschätzung" zu werden (wofür die schiere Ballung von Großmogulen spricht), dann werden sich sämtliche mit dem Thema befaßten Institutionen und Gruppen auf die thematischen Vorgaben und die schon vereindeutigten Festlegungen („Risikodefinitionen" und „Umweltstandards") zu beziehen haben — im vorgegebenen Rahmen und bei Strafe der Nichtbeachtung. Die alltägliche, jedenfalls nichtwissenschaftliche Thematisierung von technologischen Gefährdungen und Großgefahren kann in diesem Modell gar nicht vorkommen. Der Umgang der genannten Akademie-„Arbeitsgruppe" mit den nichtakademischen GeschichtsforscherInnen weist genau in diese Richtung. Spätestens hier ist nun der Punkt erreicht, an dem sich der gesellschaftliche Kern der gesamten Akademiedebatte recht einfach formulieren läßt: Das Projekt AdW ist nicht undemokratisch, sondern prinzipiell antidemokratisch.

Ein antidemokratisches Konzept von „Technikfolgenabschätzung"

Am Bereich der „Technikfolgenabschätzung", dem expliziten Arbeitsschwerpunkt der AdW, läßt sich die unmittelbare Koppelung von neokonservativer Strategie und der faktischen Durchsetzung einer antidemokratischen Wissenschaftsstruktur zusammenfassend illustrieren. Am Konzept der AdW Berlin fällt zunächst auf, daß der Begriff „Technikfolgenabschätzung" für die Arbeitsgruppen „Erfolgsbedingungen von technischen Innovationen in Industrieländern" und „Fabrikautomation" verwendet wird, zwei rein auf die Optimierung industrieller Verwertungsprozesse gerichteter Forschungsprojekte (wofür allein schon die personelle Zusammensetzung sorgt). Was gängigerweise mit dem Begriff bezeichnet wird, eben die „Abschätzung" von „Technikfolgen", umfaßt die anderen beiden Schwerpunkte der AdW Berlin: „Umwelt" („Langfristige Chancen der Sonnenenergienutzung" und „Umweltstandards") sowie „Altern und gesellschaftliche Entwicklung". Vor allem die erstgenannten Arbeitsgruppen scheinen ein zentraler Bestandteil des Westberliner Modells zu sein. Sie vereinen mit Albach, Bierich und Spur profilierte Protagonisten der neokonservativen Modernisierungsstrategie. Möglicherweise hat die scharfe Kritik, die diese Industrieforschung in Hessen ausgelöst hat, letztlich zum Rückzug Albachs aus der hessischen Übernahmediskussion geführt.

Aber auch ein reformiertes Konzept von Technikfolgenabschätzung, wie es sich in der gegenwärtigen Debatte abzeichnet, halten wir für ausgesprochen problematisch. Denn über das Konzept „Technikfolgenabschätzung" werden weiterhin die sozialen Gehalte von Technologieentwicklung vom wissenschaftlichen Produktionsprozeß abgespalten. Die Diskussion wird in die Bereiche Entstehung und Anwendung sowie gesellschaftliche Auswirkungen auseinandergerissen. Der erste wird in den Arbeitsgruppen von WissenschaftlerInnen bearbeitet, der andere durch ausgewählte Ver-

treterInnen gesellschaftlicher Gruppen, wie es der reformierte hessische Vorschlag vorsieht. Auch das neue Modell ändert nichts an dem Vorsprung des wissenschaftlichen Diskurses, in dessen Vorgaben bestimmte Vorentscheidungen bereits eingegangen sind. Die „gesellschaftliche" Bewertung kann dann bestenfalls noch zu Sondervoten führen, die nur noch auf bedenkliche Konsequenzen hinweisen können, und die die Beweislast zu tragen haben.

Damit wird ein bestimmtes Modell des gesellschaftlichen Umgangs mit Großtechnologien durchgesetzt. Die „abzuschätzenden" „Chancen und Risiken" sind bereits mit der ganzen Autorität eindeutiger wissenschaftlicher Definitonen besetzt. Und die Herstellung eines Horizonts von Sachzwangförmigkeit durch bestimmte Entscheidungen kann ebensowenig zum Thema werden, wie etwa das entscheidende Politikum an technologisch produzierten Großgefahren: deren nichtberechenbare Potentialität.

Gerade an diesem Beispiel, der Durchsetzung einer so technokratischen wie antidemokratischen Variante von „Technikfolgenabschätzung" als privilegierter Bearbeitungsform des Politikums von Technologieentwicklungen, lassen sich drei Voraussetzungen jeder „problemorientierten" Wissenschaftskonzeption ausbuchstabieren, die von der AdW prinzipiell nicht eingelöst werden können (auch gar nicht sollen) und durch deren hegemoniale Position zudem marginalisiert werden:

* Erstens wird schon die Möglichkeit einer die wissenschaftlichen Definitionen sprengenden Faktizität der realen Gefährdung und Krisenphänomene ausgeschlossen.
* Zweitens kann die entscheidende Rolle der, d.h. der bestehenden, Wissenschaften bei der Erzeugung eben dieser Krisen- und Problemlagen gar nicht in den Blick geraten.
* Drittens wird mit der Vorgabe des Stillstehens des Gelehrtenstreits nicht nur jeder mögliche Zusammenhang dieses Streits mit gesellschaftlichen Interessenlagen und Widersprüchen geleugnet, sondern das Machtgefälle zwischen privilegierten wissenschaftlichen Festlegungen und allen anderen Thematisierungsformen zementiert.

Dieser wechselseitige Zusammenhang von kritischer Wissenschaft und Wissenschaftskritik war und ist Grundlage jeder Form von kritischer, „problemorientierter" oder emanzipatorischer Wissenschaftspraxis. Deshalb sind wir mehr als nur verärgert, wenn der Charme des Akademiekonzepts bis weit in linke und bewegungsnahe Kreise wirkt, wenn einige Damen und Herren aus dem Unibetrieb für sich selbst (oder Gleichgesinnte) einen „Freiraum" fordern, und damit das Abschreiben des prekären Ortes ihrer (und unserer) Wissenschaftspraxis noch forcieren.

„Wir halten die Akademie der Wissenschaften für gefährlich und lächerlich zugleich ... Aus der Geschichte wissen wir, wie dicht lächerliche Anmaßung und Gefährlichkeit der Macht beieinanderliegen können."

So das Fazit der Berliner Stellungnahme zur AdW.[5] Es sollte klargeworden sein, daß wir jede Diskussion um eine „Reformierung" oder „Neugründung" der AdW ablehnen — auch eine korporatistische Klientelpolitik oder einige thematische Verschiebungen ändern nichts an der gesellschaftlichen Bedeutung einer Instanz autoritärer Wissensvereindeutigung. Anders gesagt: auch eine rotgrünquotierte Besetzung des Definitionsmachtgenerators ändert nichts an seiner neokonservativ-antidemokratischen Substanz.

In der Diskussion ist auch eine „realpolitische" Vorstellung, die Mittel für die AdW zu kürzen, um damit unabhängige und kritische Forschungsinstitute zu fördern (was u.a. mit der Wiederherstellung der Chancengleichheit auf dem Wissenschaftsmarkt begründet wird). Nichts gegen „Realpolitik" (der Begriff ist ja eher zufällig von einer bestimmten Clique besetzt — auch so ein Fall von Definitionsmacht), aber in dieser Konzeption ist der Zusammenhang von „teile und herrsche" eindeutig vorentschieden. Das dürfte v.a. bei der Frage deutlich werden, von wem nach welchen „Relevanz"Kriterien die Mittelvergabe und die definitorische Gewichtung entschieden wird. Eine solche Strategie entkommt weder dem Sog zentralisierter Definitionsmacht, noch der Positionszuweisung innerhalb der hierarchischen Arbeitsteilung, die mit der AdW verbunden ist.

Die Debatte um die AdW steht an. Wir sollten die Kritik an der AdW nicht (nur) als Argumentationsressource für Verhinderungsstrategien benutzen, sondern als notwendige Voraussetzung der Entwicklung von eigenen Vorstellungen von Forschungs- und Wissenschaftspolitik. Dabei kann es keinen privilegierten Standpunkt geben. Universitäre Initiativen, kritische EinzelkämpferInnen und unabhängige Institutionen sollten bei der Entwicklung solcher Vorstellungen zusammenarbeiten, ohne die Unterschiedlichkeit der Ansätze und Erfahrungen zu leugnen. Eine kritische Wissenschaftspraxis kann sich nicht auf den Aufbau und die Zuspitzung von wissenschaftlicher Gegenmacht innerhalb oder außerhalb der bestehenden Apparate beschränken.

Immanuel Stieß/Martin Meister

1 „Abgesang auf die Akademie der Wissenschaften zu Berlin", herausgegeben von einer Ad-Hoc-Gruppe, Berlin 1988. Zur wissenschaftsimmanenten Kritik der „Arbeitsgruppen" S. 51-85.

2 Dieses Symbol und sämtliche Zitate im Text zur Selbstdarstellung und zur Arbeitsweise entstammen dem „Jahresüberblick 1988" der AdW zu Berlin, Herausgeber ist „Der Präsident", Berlin 1988.

3 Die unipolitischen Auswirkungen der AdW sind in der „Stellungnahme des SIfKI zum Gesetzentwurf" etwas ausführlicher und wohl auch etwas sachlicher nachzulesen (siehe SIfKI-Programmbroschüre für das WS 89/90).

4 Dokumentiert im „Abgesang . .", a.a.O., S. 77ff.

5 „Abgesang . .", a.a.O., als Fazit von „zehn Gründen für die Auflösung der Akademie", S. 9.

Startbahnprozeß Und Autonome Politik

I. Die Unerträgliche Normalität Eines Von Vielen Politischen Prozessen

Erinnern wir uns: Wir haben vor prozeßbeginn gesagt und geschrieben, daß der sogenannte „2.11."-prozeß nur ein vorwand ist, um ganz andere widerstandsformen — im windschatten der tödlichen schüsse — zur anklage und verurteilung zu bringen. Die *juristische* verkettung der schüsse vom 2.11. mit widerstandsformen vor allem gegen die nuklearindustrie sollte die relativ große breite und sympathie für diese widerstansformen unter der allgemeinen ablehnung der schüsse zum verstummen bringen. Der startbahnprozeß befindet sich nun im 10. monat. Bis zum heutigen tag hatte keine einziger zeuge der anklage, kein einziger verhandlungstag die schüsse vom 2.11. zum gegenstand. Wieviele festnahmen, verhaftungen, verhöre, hausdurchsuchungen und observationen den 2.11. nur als „mordsklima" nutzten, um aussagen zu ganz anderen ereignissen zu erpressen, dokumentiert die anklageschrift gegen 9 startbahngegner/innen selbst: Gerade 2 startbahngegnern, andreas e. und frank h., werden von der anklage verdächtigt, an den schüssen beteiligt gewesen zu sein, auf 7 startbahngegener/innen werden straftaten verteilt, die mit dem 2.11. nichts, mit praktischen widerstandsformen gegen die atomindustrie, startbahnbetreiber und nutznießer sehr viel zu tun hatten (Anschläge auf strommasten, umspannwerke, bauunternehmen und banken). Wie sehr die schüsse nur als anlaß benutzt wurden, um eine lange vor dem 2.11. einsetzende verfolgung nun ganz hemmungslos und offen in gang zu bringen, beweist der prozeßverlauf selbst.

In den ersten monaten nach prozeßbeginn ging es um die verurteilung von 4 startbahngegner/innen, die sich zu anschlägen auf 2 strommasten, die kurz nach tschernobyl außer betrieb gesetzt wurden, bekannt haben. Im vordergrund stand ein schneller juristischer erfolg, eine erste betäubende rechtfertigung für die staatliche repressionswelle nach dem 2.11. Urteile, die nicht *gegen die angeklagten*, sondern *mit deren hilfe* erfolgten. Ganz in diesem sinne waren es sogenannte „milde" urteile — alle strafen wurden auf bewährung ausgesetzt. Wie wenig es dem gericht dabei um die so oft beschworene „schwere der strafttat" ging, wie sehr jedoch um ein urteil über die *politische haltung* der angeklagten, macht die urteilsbegründung deutlich. Belohnt wurde in diesem abgetrennten verfahren, ohne einen hehl daraus zu machen, daß bei diesen angeklagten eine „grundsätzlich rechtsfeindliche gesinnung" nicht zutage getreten sei, daß sie eine „innere umkehr" gezeigt hätten und für die zukunft ein „geordnetes leben" erwarten lassen. Kaum besser hätten wir den kern *politischer strafjustiz* beschreiben können: die belohnung bzw. bestrafung der *politischen haltung* eines angeklagten. Für die verbliebenen 5 angeklagten heißt das nichts anderes, als daß ihre weigerung, mit der justiz in gewünschter weise zu kooperieren, *strafverschärfend* hinzukommt. Mehr noch: in den sogenannten „milden" urteilen wurde bereits das hohe strafmaß für den rest der angeklagten startbahngegner/innen festgeschrieben. Wurden die 4 angeklagten dank „innerer abkehr" vom gericht zu randfiguren, mitläufern und verführte herabgestuft, so bleibt den auf der anklagebank verbliebenen nur noch die rolle der anführer, haupttäter und geistigen drahtzieher.

Was es also heißt, seine politische identität in einem solchen verfahren zu verteidigen, sie ungebrochen durch eigenes, solidarisches handeln zu dokumentieren, läßt sich am beispiel von andreas s. verdeutlichen. Andreas s. hat sich wenige wochen nach dem 2.11. selbst gestellt, u.a. in dem glauben, daß die gegen ihn erhobenen vorwürfe einer richterlichen überprüfung nicht standhalten können. Doch bereits einen tag später bestätigte der haftrichter in karlsruhe die von der bundesstaatsanwaltschaft zusammengestellten straftaten in allen wesentlichen punkten: Bildung und unterstützung einer „terroristischen Vereinigung" nach § 129 a, beteiligung an bis zu 13 anschlägen, schwerer raub einer dienstpistole, waffenbesitz usw. Noch am selben tag wurde andreas s. in den knast frankenthal verlegt. Ca. 5 monate saß andreas s. im knast. In diser zeit vollzog sich — in aller stille und abseits der ‚öffentlichkeit' — die selbstauflösung des haftbefehls. Zug um zug wurden anschuldigungen fallengelassen bzw. waren nicht mehr aufrechtzuerhalten. Schließlich gab die bundesanwaltschaft den „fall" ans amtsgericht in hanau ab. Der § 129 a schien seine funktion als ermittlungsparagraph und generalvollmacht gegen jede form militanten widerstandes erfüllt zu haben. Die restabfertigung sollte nun wieder auf „normalem" weg abgewickelt werden. Doch dann passierte das, was bei sondergerichten und sonderrichtern nicht passieren kann: Andreas s. wurde mangels dringenden tatverdachts freigelassen. Was bei der bundesstaatsanwaltschaft mit mehr oder weniger einem dutzend straftatsvorwürfen begann, endete beim amtsgericht in hanau mit dem verdacht des waffenbesitzes und/oder der hehlerei. Die ganze konstruktion des § 129 a stürzte kläglich in sich zusammen.

Wie sehr jedoch der „normale" weg der rechtssprechung die *ausnahme*, die sondergerichtsbarkeit von staatsschutzorganen der *regelfall* politischer justiz ist, bewies die bundesanwaltschaft selbst. Nach andreas s. freilassung zog die bundesanwaltschaft von neuem das verfahren an sich. Plötzlich sollte ein linguistisches gutachten etwas beweisen, was mit dem vorwurf der beteiligung an x straftaten nicht möglich war. Es stank zwar alles zum himmel. Doch der zuständige haftrichter in karlsruhe, ein auf seine zuverlässigkeit hin ausgewählter und auserlesener richter, wußte, was von ihm — im gegensatz zu einem ‚dahergelaufenen' amtsrichter in hanau — erwartet werden kann: Er gab der erneuten gefangennahme von andreas s. wegen „verbrechens nach § 129 a stgb u.a." seinen richterlichen, unabhängigen segen.

Ein „exzeß", ein „übergriff" des rechtsstaates?

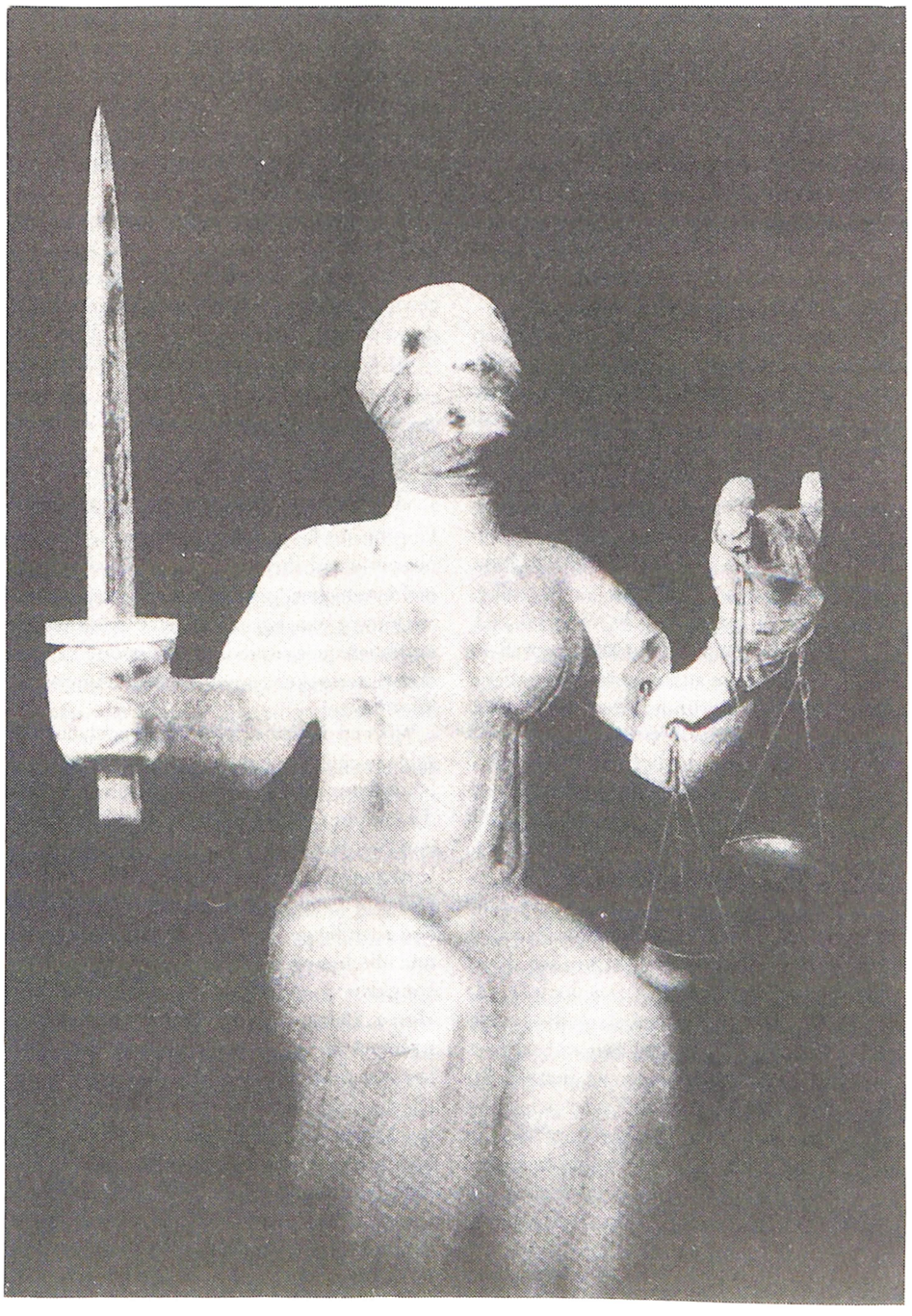
Daß sich sonderhaftrichter und extralegale sondervollmachten der bundesstaatsanwaltschaft nahtlos in die sondergerichtsbarkeit von staatsschutzsenaten einfügen — geradzu eingespielt sind, *scheinbare ausnahmezustände teil des geregelten normalzustandes* — dafür legt der 5. strafsenat am olg ffm die hände selbst ins feuer.

Die verteidigung von andreas s. stellte im prozeß einen antrag auf aufhebung des haftbefehls. Die entscheidung über diesen antrag machte das gericht von dem ergebnis der zeugenvernehmung des vom bka beauftragten selfmade-linguisten perret abhängig. Auf den ersten blick einleuchtend, stützt sich ja die begründung des haftbefehls im wesentlichen auf die aussagen jenes herrn perret, der dank eines selbstelaborats aus eigenstudium und „intuition" — wie er es nannte — andreas s. mit „hoher wahrscheinlichkeit" zum autor von 2 bekennerschreiben machte.

Linguistik als eine art staatsschutzwissenschaft oder wie bundesstaatsanwalt pflieger so versehentlich wie wahr formulierte: neue wege der „wahrheitsfindung". Der tatort, der ort des verbrechens, wird in den kopf eines angeklagten vorverlegt. Ein tatort aber, zu dem — nach klassischer kriminalistik — keine spuren führen, verlangt nach neuen methoden des spurenlesens. Der kopf als tatwaffe, der linguistische „fingerabdruck", der dazugehörige beweis. Ein akt forensischer selbstbefruchtung. Kurzum: man muß heutzutage keinen anschlag mehr verüben, nicht einmal mehr in verdacht stehen, daran beteiligt gewesen zu sein; es gnügt, *geistig* irgendeinem tatort nahezustehen.

Diese neue form der beweisschaffung wird für viele 129 a-verfahren zukunft haben. Doch heute, wie perret selbst einschränkte, befinde sich diese wissenschaft „noch in den kinderschuhen". Für diesen Prozeß noch ein paar nummern zu klein, selbst für die faz: „Prozeßbeobachter fragen sich mittlerweile, weshalb die bundesanwaltschaft ihre anklage auf aussa-

gen eines nicht-linguisten stützt, der selbst behauptet, die von ihm begründete ‚forensische linguistik' stecke ‚nicht nur in der theorie in den kinderschuhen', sondern sei auch im hinblick auf daten ‚rudimentär'. Es gebe noch kaum eine wissenschaftliche diskussion, zudem fehlten statistiken." (faz v. 21.6.89) Der wichtigste zeuge für die anklage gegen andreas s. taumelte von einer relativierung zur nächsten, bis



John Heartfield

ihm gar ganz der boden unter den füßen verloren ging, als die verteidigung das ganze desaster damit krönte, daß perret in einem anderen verfahren einen dort angeklagten der autorenschaft „überführte", obwohl der fragliche text nicht von ihm, sondern aus einer passage eines öffentlich zugänglichen buches stammte.

Was macht nun ein sondergericht, wenn die wesentlichste stütze für eine haftbefehlsbegründung vor aller augen wegbricht? Es schert sich einen dreck drum und denkt sich was neues aus. In der ablehnung der aufhebung des haftbefehls v. 7.7.89 kommt der senat zum schluß, daß nun wieder die „anderen gründe" für die haftfortdauer ausschlaggebend sind. Das ganze liest sich dann in der begründung so: „Unter diesen Umständen kann es deshalb dahinstehen, ob durch das linguistische gutachten, das der sachverständige dr. perret erstattet hat, der dringende tatverdacht gegen den angeklagten noch zusätzlich verstärkt wird. Zu einer verringerung des gegen den angeklagten aus anderen gründen gerichteten tatverdachts haben die ausführungen des sachverständigen jedenfalls nicht geführt." Waren es gerade diese „anderen gründe", die beim amtsgericht in hanau zu andreas s. freilassung führten, so können dieselben eben auch in den knast führen. Sage jetzt niemand, es sei egal, mit welcher begründung man im knast sitzt ...

Was auf der straße, bekannt unter dem „hütchenspiel" verfolgt wird, genießt auf der staatsjustizebene hohes ansehen: man vertauscht im richtigen moment die gewichte, bis die waage der justicia wieder im „rechten" lot ist.

Für oktober/november war eigentlich eine weitere abtrennung vom „hauptverfahren" geplant. Gegen 3 startbahngegner/innen sollte wegen gründung bzw. mitgliedschaft in einer „terroristischen vereinigung" (§ 129 a) separat geurteilt werden. Ziel war und ist, zumindest gegen 3 angeklagte das konstrukt des 129 a durchzusetzen, um damit automatisch die letzten 2 angeklagten zu deren mitglieder oder gründungsväter „ernennen" zu können. Mit welcher absurdität und normalität diese absicht verfolgt wird, läßt sich nochmal an der beweisführung der 11 angeklagten anschläge verdeutlichen, die nun auf die noch verbliebenen 3 startbahngegner/innen verteilt werden müssen. Die bis heute vor gericht ausgebreiteten beweise und indizien belegen nicht mehr, als daß sie stattfanden. bilder vom tatort werden nichtssagend rumgereicht, spuren gesichtet, kriminalisten vom bka und lka vernommen, um die ganzen archivate kopfnickend zu bestätigen, und fast am rande werden die wenigen zeugen eingestreut, die allesamt täter/innenbeschreibungen machten, die auf ungefähr 5 millionen jugendliche zutreffen. — Genauso gut könnten den angeklagten auch 11 verkehrsunfälle der letzten 3 jahre zur last gelegt werden.

So groteske züge gerade der komplex „anschläge" auch annimmt — da wurde selbst das gartenbauamt nach dem jährlichen wachstum von bäumen befragt, die sich einer erhofften täter/innenpräzisierung unbotsmäßig in den weg stellten —, mit dieser juristischen sightseeing-tour durch die anschlagsrelevante landschaft bleibt einem das lachen im hals stecken, wenn darin nicht die *legale aufhebung des beweisnotstandes* zum ausdruck käme. Ein wesentlicher kern eines jeden 129 a-verfahrens: Keine einzige tat(beteiligung) muß nachgewiesen werden, es genügt, als mitglied/gründer/in einer „terroristischen vereinigung" anerkannt zu werden.

Das einzig wirklich belastende gegenüber jenen 3 startbahngegner/innen ist in der tat, daß zur gründung einer „terroristischen vereinigung" mindestens 3 notwendig sind, und daß es kein zufall sein kann, daß sie gerade drei sind. Daß aus dieser staatlich festgesetzten mindestanforderung an eine „terroristische vereinigung" niemand mehr ausbrechen darf, hat nicht nur — wie beschrieben — andreas s. zu spüren bekommen. Nicht viel anders ergeht es rainer h. und ina t., deren verfahren auf eine 129 a-verurteilung hinauslaufen, obwohl die „beweise" gegen sie lächerlich sind — im vergleich zu den bereits abgeurteilten 4 startbahngegner/innen.

Doch der prozeß ist auch an anderen punkten ins stocken geraten, hat alle gerichtlichen terminierungen über den haufen geworfen — der prozeß sollte eigentlich ende dieses jahres abgeschlossen sein. Was sich vor prozeßbeginn mit einzelnen aussageverweigerungen und -rücknahmen andeutete, setzte sich *im* prozeß mit einer unerwarteten (eigen-)dynamik fort. So belastete z.b. mike k. während seiner polizeiverhöre andere startbahngegner/innen schwer, doch nach seiner „milden" verurteilung stellte er sich der anklage nicht mehr als potentieller kronzeuge zur verfügung. Gerade auch der versuch, nicht angeklagte startbahngegner/innen zu zeug/innen der anklage zu machen, scheiterte bis heute fast völlig: Achim b. verweigerte die aussage bzw. zog gemachte aussagen zurück, klaus w., der noch vor dem prozeß mit — an die bürgerliche presse verkauften — fotos geld machte, verweigerte die aussage, gegen frank w. wurde schließlich ein zwangsgeld von dm 300,- verhängt, verknüpft mit der drohung, in beugehaft genommen zu werden, wenn er bei seiner weigerung bleibt. Nun war auch schluß mit dem anfangs liberal-entgegenkommenden verhandlungsgeschick des gerichts. Denn nicht alles sollte sich auf nackte konstruktionen der bundesanwaltschaft stützen, zumindest der anschein von authentizität tatsächlicher ereignisse sollte durch aussagen aus der startbahnbewegung aufrecht erhalten werden, wenn nötig mit zwang und knast.

Doch das gericht schlug noch einen weiteren weg ein, um das wackelnde gerüst der anklage mit abstützen zu helfen. Ein weg, der eigentlich den verdacht einer kriminellen vereinigung zwischen dem gericht und der bundesanwaltschaft nährt, wenn da nicht richter säßen, die wissen, daß es weder auf den geist noch den buchstaben des gesetzes ankommt, sondern auf die *macht ihrer auslegung*. Bisher bemühten sich die richter, zeugen der anklage — die auf befragung der verteidigung gefahr liefen, statt eingeübtes aufzusagen, sich in widersprüchlichkeiten zu verstricken — dadurch zur hilfe zu eilen, indem sie ihnen die „richtige" interpretation ihrer worte so lange vorhielten, bis auch sie diese brav übernahmen. Das klappte bislang — mehr oder weniger — gut. Nur einmal witterte das gericht die gefahr nicht rechtzeitig, eine kleine unaufmerksamkeit und alles war zu spät. Der polizeibeamte stippich sollte zu vernehmungsmethoden gehört werden. Inmitten der befragung vonseiten der verteidigung machte er — zur überraschung aller — die aussage, daß er telefonisch vom richter kern detailliert auf die gegen ihn und seine verhörskollegen erhobenen vorwürfe „vorbereitet" wurde. Ein akt gemeinsamer zeugenpräparierung. Ein skandal? Ein eklatanter verstoß gegen das „gebot" richterlicher unbefangenheit? Keineswegs. Eher so etwas wie richterliche telefonseelsorge, ganz unbesorgt und ungezwungen. Das ganze liest sich dann in der ablehnungsbegründung des befangenheitsantrags gegen den richter kern u.a. vom 23.10.89 so: „Wegen besorgnis der befangenheit findet die ablehnung eines richters statt, wenn ein beschuldigter triftige, jedem unbeteiligten dritten einleuchtende gründe für sein begehren vorbringt. Diese voraussetzungen sind hier nicht gegeben. Weder § 58 stpo noch sonstige strafprozessuale gesetzesvorschriften verbieten es dem richter, einem zeugen vor dessen vernehmung den genauen gegenstand seiner vernehmung mitzuteilen. Außerdem hat der abgelehnte richter *den zeugen* den vernehmungsgegenstand nicht von sich aus, sondern auf telefonische nachfrage der zeugen mitgeteilt."

Auf solch' richterliche lebensweisheiten muß man erst kommen . . . was kann ein deutscher richter dafür, daß bei ihm ständig das telefon klingelt und er hingeht?

Merkwürdig bleibt dann nur noch, daß dasselbe gericht den „skandalösen" aussagen des polizeibeamten stippich die verhandlung sofort für unterbrochen erklärte und mit fliegenden roben den gerichtssaal verließ!

Und noch ein kleiner schnitzer inmitten einer aufregung, zu der es ja eigentlich gar keinen anlaß gibt. Der verteidigung war bisher nur *ein* zeuge bekannt, der vom gericht vorab instruiert wurde. In der begründung ist jedoch von *„den zeugen"* die rede . . .

Eigentlicher Anlaß für diesen unfahrplanmäßigen ausflug in die welt richterlicher zeugenführung ist ein anderer „skandal" — ein skandal, wenn man noch von der freiwilligkeit gemachter aussagen ausgeht, völlig normal, wenn man — nicht nur in diesem prozeß — erlebt, wie erpreßte aussagen als wesentliche stütze der anklagebegründung benutzt werden.

Baldur o. hatte in den ersten wochen nach dem 2.11., nach stundenlangen polizeiverhören, in denen er je nach bedarf in den zeugen- oder in den bedrohlicheren beschuldigtenstatus geschoben wurde, umfangreiche, belastende aussagen unterschrieben. Bis zu seiner zeugenladung vor gericht stand er für uns wie für die bundesanwaltschaft als wesentlicher hauptbelastungszeuge der anklage fest. Am tag seiner zeugenvorladung widerrief er jedoch — zur überraschung aller — seine belastenden aussagen. In seiner begründung erklärte er das erpresserische zustandekommen seiner aussagen, das von „ich reiß dir den arsch auf", oder „ich schlag dir die schreibmaschine auf den kopf" bis hin zu drohungen reichte, den arbeitsplatz zu verlieren oder für x-jahre hinter gittern zu verschwinden („in stammheim ist noch ein zimmer frei").

Hatten wir bereits *vor* dem prozeß die erpressung und die methoden von zustandegekommenen „geständnissen" vergeblich versucht öffentlich zu machen, hatten auch zu beginn des prozesses einzelne angeklagte den erpresserischen druck während der verhöre angeklagt, ohne daß davon das gericht oder die „kritische öffentlichkeit" notiz nahmen, so wurde erst durch baldur o.s aussagewiderruf die erpressung von geständnissen gegenstand der gerichtsverhandlungen. Nicht, weil für das gericht etwa dieses zustandekommen von aussagen unerträglich wäre, sondern weil die aussagen von baldur o. für das gericht wie die bundesanwaltschaft unverzichtbar wurden. Die verwertbarkeit dieser aussagen, deren einführung durch die verhörsbeamten, setzt, laut rechtslexika, die rechtmäßigkeit des zustandekommens jener aussagen voraus. Dazu wurden im folgenden bka- und lka-beamte geladen, die an den verhören von baldur o. beteiligt waren. So auch jener verhörsbeamte stippich, der bei der glaubhaftmachung der aussagen von baldur o. seinen unfreiwilligen beitrag leistete, indem er darauf bestand, daß er seine schreibmaschine nicht auf den kopf von baldur o. schlagen, sondern über seinen kopf an die wand werfen wollte.

Was sicherlich als ein kleiner parcour rechtsstaatlicher souveränität angelegt war, endete vorläufig mit dem „reißen" eines vermeintlich leichten hindernisses.

Daß all das dieses gericht nicht im geringsten daran hindern wird, nun auch, koste was es wolle, die vorprogrammierten verurteilungen durchzuziehen, ist kein besonderer makel dieses gerichts, sondern die unerträgliche normalität eines von vielen politischen prozessen.

II. Autonome Politik: Zuviel Bewegung Zuwenig Autonom

Es geht uns hier nur am rande um die ereignisse im startbahn-verfahren. Wir wollen vielmehr versuchen, gerade über ihre gerichtsmauern hinweg, einige grundsätzliche überlegungen und konsequenzen in die diskussion um autonome perspektiven zu werfen. Autonome klimmzüge.

Wir sind uns fast sicher: es sind nicht die mangelnden radikalen einsichten, sondern die ungeheure angst, wirklich konsequenzen zu ziehen, die uns immer wieder zu wiederholungen treiben. So oft wir auch innerhalb der startbahnbewegung unseren verengten, aktionistischen blick auf die mauer kritisierten, so fixiert bleiben auch heute viele unserer einschätzungen und überlegungen auf die justizmauern, auf die ereignisse innerhalb des gerichtssaales. Mit einem kleinen, schmerzhaften unterschied: während wir früher lärmend die mauer angriffen oder zumindest gegen sie anrannten, schleichen wir uns heute fast kleinlaut und unbemerkt um ihre justizmauern, nehmen mehr routiniert als ungehalten unsere plätze innerhalb ihres ausgewiesenen areals „öffentlichkeit" ein, fügen uns so lautlos in ihre prozeßmaschinerie ein, daß wir nicht nur beim justizpersonal, sondern gerade auch in der (gegen-)öffentlichkeit kaum aufmerksamkeit oder gar aufsehen erregen.

Mit den 11 thesen gegen eine anti-repressionskampagne oder eine „weg mit dem 129 a"kampagne, versuchten wir ein erstes mal, unsere erfahrungen mit staatlicher repression gegen einen falschen „ausweg" zu versperren. Bei aller wichtigkeit dieser thesen (und der sich anschließenden ausführungen im rahmen der erwiderung auf oliver t's fürsprache), auch und gerade angesichts der tatsache, daß dieser kampagnengedanke kaum noch in der diskussion ist, bleibt umso mehr ein blinder fleck zurück. Wie so

oft mögen wir zwar klar und bestimmt beschreiben können, was wir *nicht* wollen; wortkarg und andeutungsvoll bleiben hingegen unsere konsequenzen. Autonomes „kulturgut": auf der einen seite z.t. messerscharfe, mikro-prozeßhafte (selbst-)kritik, auf der anderen seite geradezu kosmopolistische gestiken, wenn es um die präzisierung unserer eigenen perspektiven geht (soziale ausdehnung und verankerung, entwicklung von gegenmacht, kampf gegen das patriarchat ...).

Machen wir uns also auf den weg

Viel ist vor allem nach dem 2.11. darüber diskutiert worden, welche fehler die startbahnbewegung gemacht hat, wieviel ungenauigkeit und funktionalität im umgang miteinander herrschte, wieviel verselbständigung von aktionen in neben- und aneinander vorbei agierenden kleingruppen angelegt war. Die bewegung stolperte über ihre eigenen bedingungen, wie die „kämpfenden waldfeen" nach dem 2.11. treffend beschrieben: „was wir immer als unsere stärke bezeichnet hatten, das nebeneinander verschiedenster gruppen, einzelpersonen und spektren aus der region rhein-main in einer militanten bewegung, die an vielen punkten ihre aktionsfähigkeit, ihre fantasie und zähigkeit unter beweis gestellt hatte, die nicht-greifbarkeit unserer strukturen für die bullen, erwies sich jetzt als *zentraler punkt unserer schwäche*."

Dann fahren die „kämpfenden waldfeen" fort: „Genauigkeit inhaltlicher diskussion und überprüfbarkeit persönlicher identität waren kriterien, die allein auf kleingruppen beschränkt blieben, der diffuse zusammenhang „bewegung" verfügte weder über gemeinsame diskussionszusammenhänge noch eine klare inhaltliche ausrichtung, die über den flughafen hinausging. Das konzept „revolutionäre bewegung" prallt zusammen mit dem konzept „kampf an einem punkt". Während wir startbahn immer als teilbereichskampf begriffen hatten, war das für andere *der* inhalt ihres widerstandes."

Genau an diesem punkt haben wir entschiedene zweifel. Diese art von auftrennung des startbahnwiderstandes in bewegung und militante/autonome (klein-)gruppen, entspricht nicht unseren Erfahrungen, am allerwenigsten nach dem 2.11. So schmeichelhaft uns die analyse aus der bewegung herausnimmt, so sehr waren wir, in wirklichkeit, ein treibender faktor darin. Es kann uns nicht darum gehen, den bröckelnden bewegungs-mythos, den wir zu „hochzeiten" der startbahnbewegung selbst mitgetragen und genossen haben, nun durch den mythos militanten widerstandes zu ersetzen: Das „konzept revolutionäre bewegung" war und ist von uns so wenig klar und scharf präzisiert, wie für die BI die weiteren schritte gegen den flughafenausbau. Nicht nur die BI, auch wir selbst, haben eine inhaltliche ausrichtung, die über den flughafen hinausging, mehr gefordert als praktisch und vor allem kontinuierlich eingelöst. Der ökonomische faktor des flughafens für die r/m-region, seine zivil-militärische bedeutung im rahmen imperialer kriegsführungsstrategien, blieb für uns alle ein terrain, auf dem wir uns vor allem theoretisch bewegten. In der praxis fühlten wir uns an der startbahn am wohlsten und „zuhause", von wenigen wichtigen und gelungenen ausnahmen abgesehen (anti-air-base-aktionen, „ausgrabung" der nato-pipeline ...). Und was gerade die fehlende genauigkeit inhaltlicher diskussion un überprüfbarkeit persönlicher identität anbelangt, so explodierten diese schwächen gerade innerhalb unserer autonomen/militanten zusammenhänge, trieben uns an den rand absoluter handlungsunfähigkeit (erinnert sei nur an die ganzen ereignisse um die verräterdebatte!).

Wenn wir also die erfahrungen nach dem 2.11. nochmal — im schnelldurchlauf — an uns vorüberziehen lassen, dann müssen wir uns eher eingestehen, wie *wenig* wir selbst von unseren ansprüchen und maßtstäben eingelöst haben, mit denen wir nun die bewegung zur verantwortung ziehen.

Unsere militanten ansätze innerhalb der startbahnbewegung standen nicht außerhalb, sondern mitten in diesen bewegungskämpfen. Anders gesagt:

Ein entscheidender fehler autonomer politik ist nicht, daß die bewegungen zu wenig autonom sind, sondern wir zuviel bewegung sind.

Aus diesen gründen halten wir es auch für völlig fatal, aus unseren erfahrungen den schluß zu ziehen, soziale bewegungen für gescheitert zu erklären. Damit würden wir bewegungen zum Ersatzobjekt für fehlende eigene konsequenezen machen, anstatt autonome perspektiven und organisierung zum *existenziellen bestandteil* unseres engagements — auch — innerhalb *sozialer bewegungen* zu machen. Die ganzen letzten jahre autonomer politik waren zu sehr davon geprägt, bewegungen, kampagnen, projektkämpfe (häuserkampf, anti-akw-kampf, iwf-kampagne ...) zum *ersatz* langfristiger, kontinuierlicher perspektiven zu machen. Die rituale bestimmter straßen-, mauer-, zaun; und vor allem jahrestagkämpfe haben unter uns mehr beharrlichkeit und hartnäckigkeit, als unsere versuche, lebendige strukturen von gegenmacht *alltäglich* zu entwickeln und zu verbreitern, eben nicht nur auf der straße, 1, 2, 3 mal im jahr, sondern unter uns, um uns herum, nicht kurzatmig, sondern mit langem, ruhigem atem, spür- und überprüfbar gerade dann, wenn der scherbenhaufen längst zusammengekehrt ist und die herrschenden in gewohnter ruhe zur kasse „bitten".

Bewegungen können kein ersatz sein für langfristige, kontinuierliche organisierung, der kampf gegen ein projekt kann nicht den kampf für eine andere, herrschaftsfreie gesellschaft ersetzen, der kampf um's hier und heute kann kein ersatz sein für ein lebendiges, kollektives geschichtsbewußtsein, die zufälligkeit des zusammenkommens innerhalb einer bewegung kann nicht die genauigkeit im umgang miteinander ersetzen, die offenheit einer bewegung ersetzt nicht die notwendigkeit geschützter strukturen, die mobilisierende ausstrahlung einer bewegung ersetzt nicht bewegungsunabhängige strukturen, die einer möglichen kriminalisierung und illegalisierung standhalten lernen.

All das hatten/haben vielleicht viele von uns an der startbahn und anderswo im kopf, irgendwann, irgendwo gelesen, aber vorfindbar war davon so gut wie gar nichts. Einiges davon entstand erst nach dem 2.11., vieles mußte mit irrsinnigem aufwand, viel glück und zufälligkeit — unter dem druck der ereignisse aus dem boden gestampft werden. Am wenigsten konnten wir auf ein festes, verbindliches netz gewachsener und erfahrener strukturen zurückgreifen.

Die veröffentlichung der entstehungsgeschichte der „arthur-hält's-maul" aussageverweigerungskampagne — die ihre späte öffentliche anerkennung nun endlich auch von der falschen seite, von der baw, erhielt — müssen wir auf einen späteren zeitpunkt verschieben. Ohne der geschichtsschreibung vorwegzugreifen, es ist schon immer wieder verblüffend, wieviel zufälligkeit, spontaneität und eigenwilligkeit zusammenkommen können, wovon im nachhinein nur das weitsichtige, beispielgebende handeln übrigbleibt. Was uns trotz des heillosen chaos gelang, war viel, was wir auf dem hintergrund unseres autonomen selbstverständnisses zu wege brachten, war verflucht wenig.

Um so mehr freuen wir uns über die — im wahrsten sinn des wortes — hinterhältigen spätfolgen der arthur-kampagne; eine wirkung, die die baw bislang nicht allzusehr fürchtete und mit der wir — in aller unschuld — nicht mehr gerechnet hatten. Verspätete erfolge von aussageverweigerung und -rücknahmen *im* prozeß, die den programmierten gerichtsfahrplan umsomehr auf den kopf stellen, als daß sie überhaupt nicht einplanbar, vorhersehbar waren. Ein übriges typisches syndrom jeder kampagne: ihre wirkung entwickelt sie dann am erfolgreichsten, wenn es eigentlich schon längst zu spät ist!

Trotz dieser nicht mehr erwarteten wirkung auf das prozeßgeschehen selbst bleibt der ausgangspunkt der kampagne, überhaupt die notwendigkeit einer kampagne, mehr als schmerzlich: nicht die verteidigung eines militanten selbstverständnisses, sondern die existenzielle notwendigkeit, ein minimum an radikalem selbstverständnis überhaupt erst zu formulieren, zu konkretisieren und zu verbreitern — gerade auch gegenüber jenen, die sich selbst als militante verstanden/verstehen.

So paradox das im ersten moment klingen mag, der unerwartete prozeßverlauf macht eher unsere schwäche, als unsere stärke sichtbar. Wir können mit den vielen kleinen erfolgen nichts anfangen. Sie bleiben im gerichtssaal gefangen, bleiben spektakulärer bestandteil ihrer gerichtsdramaturgie. Davon dringt kaum etwas nach außen. Der steg radikaler (gegen-)öffentlichkeit ist so schmal, daß selbst der größte skandal drinnen draußen so viel auslöst wie die ankündigung eines verspäteten zuges.

Wir waren alles andere als zaghaft, als wir in der plattform zum startbahn-prozeß für unser eigenes handeln maß nahmen: „Die plattform ist in dem bewußtsein geschrieben, daß

die eigendynamik des prozesses uns überrollen wird, wenn es uns nicht gelingt, unsere vorstellungen dagegenzusetzen — bevor der prozeß beginnt. Wenn wir nicht selbst von der sensationellen gerichtsdramaturgie eingefangen und geblendet werden wollen, müssen wir dem prozeß politisch unsere themen und auseinandersetzungen aufzwingen, sowohl innerhalb des gerichtssaals als auch außerhalb, als teil politischer gegenöffentlichkeit." Von wenigen ausnahmen abgesehen, wie dieser plattform, radio preungesheim, eine demo anläßlich der prozeßeröffnung, eine anti-akw-demo, die die repression gegen die startbahnbewegung zu einem schwerpunkt machte, eine großzahl von veranstaltungen in verschiedenen städten, ist uns dies nicht gelungen. Den prozeßverlauf von außen zu bestimmen, ihm unsere themen entgegenzustellen, blieb ein gedanklicher anlauf, die distanz hin•zu einer radikalen (gegen-) öffentlichkeit unüberbrückbar groß. So verweigerte „selbst" die taz den abdruck eines interviews mit rechtsanwältinnen des startbahnverfahrens mit der geradezu kabarettistischen begründung, das interview setze vorinformationen und hintergrundwissen voraus, was man von taz-leser/innen nicht (mehr?) erwarten könne. Wir blieben über weite strecken des seit 10 monaten andauernden prozesses zuschauer/innen, unfreiwilliger bestanteil prozessualer öffentlichkeit. Selbst die weigerung, dem „hohen gericht" die ehre zu erweisen, hat ein geregeltes verfahren bekommen. Während das gericht die huldigungen seiner untertanen entgegennimmt, verlassen wir den gerichtssaal.

Kurzum, zuviel hat seine ordnung, so auch unsere bescheidene verweigerung, aufzustehen.

Wenn wir also unsere eigenen möglichkeiten und grenzen beschreiben — gegen alle autonomen „umschuldungsversuche" —, dann drängt sich doch eigentlich das „letzte" mittel einer anti-repressions-kampagne geradezu wieder auf — ein letztes mal, wir versprechen's. So etwas wie militante realpolitik, vielleicht. Wenn wir schon nicht in der lage sind, das radikale, militante spektrum für unseren gemeinsamen schutz zu mobilisieren, dann vielleicht zumindest die „kritische" Öffentlichkeit, das „schlechte gewissen" aufrechter demokraten.

In der tat, anfang der 80er jahre, zu hochzeiten der bewegungen, gab es so etwas wie eine klammheimliche arbeitsteilung: wir als bewegungen machten den druck auf der straße, sorgten für putz und unruhe, die kritische öffentlichkeit und in wachsendem maße die sich etablierenden grünen vermittelten das ganze politisch. Während wir, wie so oft, alle hände voll zu tun hatten, organisatorische und ganz praktische dinge geregelt zu kriegen, profilierten sich die grünen als dolmetscher der straße, gaben unserem widerstand eine auf machtbeteiligung angelegte übersetzung. Eine klassische arbeitsteilung von kopf- und handarbeit. So blieben z.b. unsere praktischen und politischen konsequenzen aus dem reaktor„unfall" in tschernobyl weitgehend in unseren ‚reihen' stecken, während die grünen als scheinbar einzige politische opposition den politischen streit um den einstieg in den ausstieg aus der forderung: sofortige stillegung aller atomanlagen, bestimmten. Auch wenn diese arbeitsteilung ihren politischen preis hatte, sie stellte über jahre einen relativen schutz für radikalen, militanten widerstand dar.

Die entwicklung der letzten jahre, der rasante aufstieg der grünen zur regierungspartei, zur staatstragenden partei, hat diese art der arbeitsteilung endgültig aufgekündigt. Waren wir als radikale bewegung anfang der 80er jahre wichtiges drohpotential (das sogenannte „spielbein") grüner oppositionspolitik gegenüber den herrschenden, so stellen wir heute ein hindernis, ein widerspruch grüner regierungsfähigkeit dar. Mehr noch: mit der etablierung grüner regierungsbeteiligung wie in frankfurt oder berlin, hat ein großteil der sie wählenden alternativen mittelschichten mir ihrer einst „kritischen distanz" zu diesem staat und der einst „kritischen solidarität" zur straße endgültig gebrochen und sich für konstruktive teilhabe entschieden. In dem maße, wie diese alternativen mittelschichten zu einem anerkannten und förderungswürdigen design kapitalistischer weltoffenheit werden, werden sie uns als besitzer/innen politischer machtpositionen, von medien (taz, pflasterstrand ...), kulturzurichtungen (tigerpalast, batschkapp, mousonturm ...) profitabler kapitalanlagen (ökobank, wohnungs- und hauseigentümer ...) gegenübertreten.

Was dies für uns heißt, deutete sich ein erstes mal in den stellungnahmen der grünen und alternativen nach dem 1.5.89 in berlin in aller unverblümtheit und feindschaft an. Nach dem 1. mai standen sich politisch nicht staat und protest/widerstand, sondern alternative kneipen-laden-haus-wohnungs- und mandatsbesitzer/innen und störer/innen des kreuzberger friedens gegenüber.

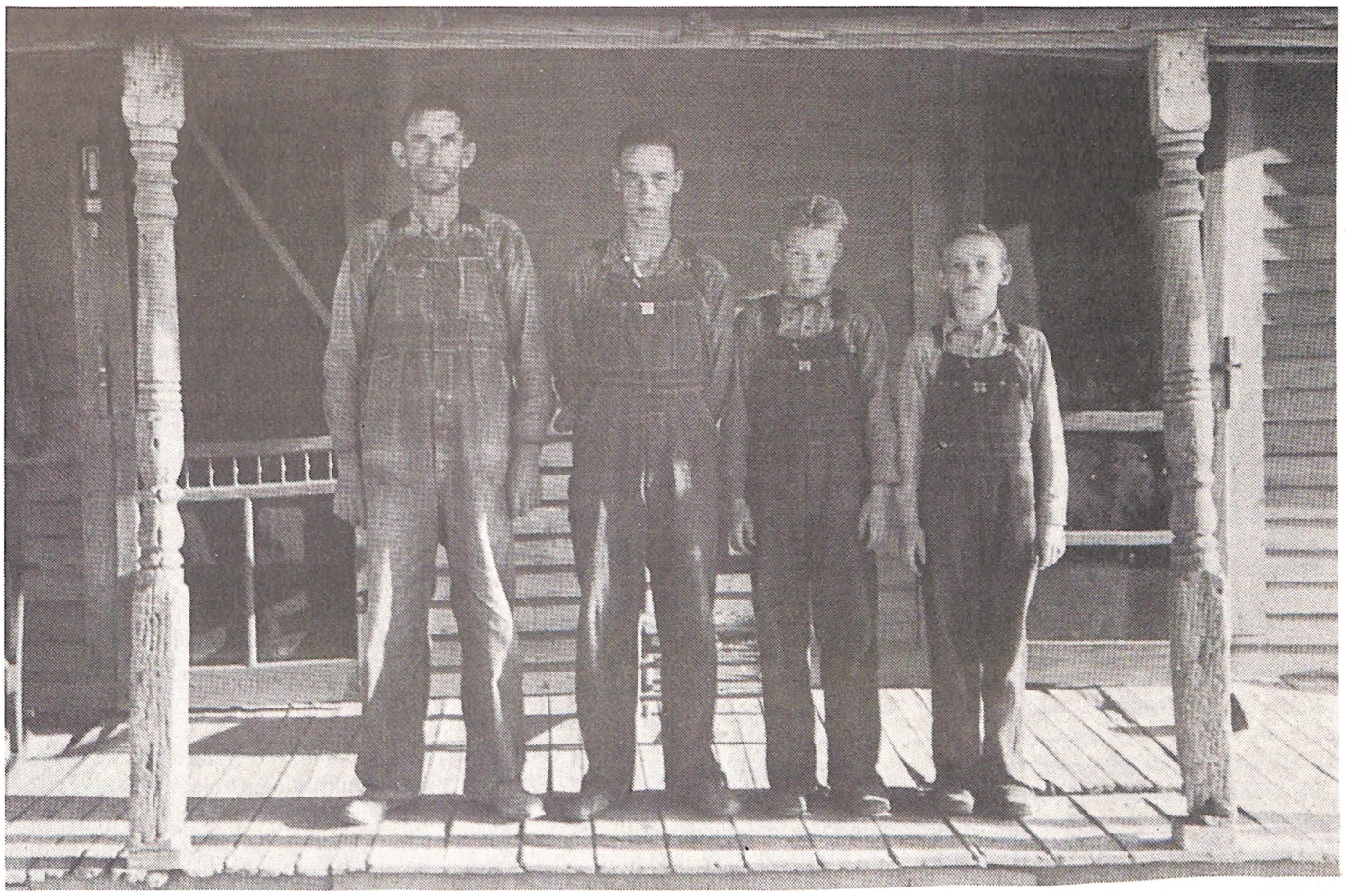
Perspektivisch heißt das für uns, daß wir mit politischer unterstützung und leihgabe aus dem grün-alternativen spektrum nicht mehr — wie gewohnt — rechnen können. Das bedeutet vor allem, daß die politische vermittlung unserer lebensvorstellungen und unseres widerstandes von uns selbst getragen werden muß; daß wir eigene, tragfähige und ausdauernde strukturen aufbauen müssen, aus denen sich heraus wirksamen formen von gegenöffentlichkeit entwickeln können; wo das, was kampagnen erst nötig macht, zum alltäglichen bestandteil unseres umgehens wird; wo die mobilisierung der „kritischen öffentlichkeit" nicht zum ersatz wird für die entwicklung von gesellschaftlichen räumen und orten (wie z.b. zentren, kneipen ...), in denen und aus denen heraus wir dauerhaft mehr leute als uns selbst erreichen; wo die nähe zum „letzten Drittel" keine theoretische annahme bleibt, sondern in unserem alltag spürbar und erlebbar wird.

Wie wichtig eine kritische, prominente öffentlichkeit bleibt, wie falsch es jedoch ist, sie zum ersatz radikaler solidarität zu machen, zeigt kaum deutlicher der Verlauf des ingrid strobl-prozesses. Kaum ein 129 a-prozeß hatte so viel aufmerksamkeit, mediale öffentlichkeit und kritische solidarität aus dem demokratischen lager erfahren können. Es gab kaum bessere bedingungen und voraussetzungen für eine breite anti-repressions-kampagne (kritische journalistin, die offenkundigkeit der absurden anklage, die unschuld im sinne des tatvorwurfes ...). Trotz alledem. Ingrid Strobl wurde zu 5 jahren knast verurteilt. Ein urteil, das wieder einmal keine unbändige wut, keinen widerstand, der sich darauf gefaßt gemacht hat, auslöste, sondern fast unbegreifliche lähmung und handlungsunfähigkeit: am abend der urteilsverkündung versammelten sich vielleicht 25 menschen vor dem knast, um ihre solidarität zu bekunden. Eindrücke und empfindungen von draußen, deren wirkung wir uns auf drinnen gar nicht ausmalen wollen.

„Nicht zu fassen"[1] — eigentlich meinen wir damit unseren widerstand, unsere spontaneität und ausdauer, unsere lebenslust und list — diesmal nicht!

Autonome Lupus Gruppe/Rhein-Main, Nov. '89

1 „Nicht zu fassen" war auch eine zeitschrift, die mit dem ingrid strobl-verfahren herauskam und sich selbst den anspruch stellte, grundsätzliche auseinandersetzungen zu knast, repression und widerstand zu führen, gerade auch über aktuelle anlässe hinaus. Leider hat auch sie, wie die „clockwork 129 a) den spektakulären anlaß nicht überlebt.



Franz Jung Und Die Utopie Einer Anderen Arbeiterbewegung

„Das Wesen der sozialistischen Gesellschaft besteht darin, daß die große arbeitende Masse aufhört, eine regierte Masse zu sein, vielmehr das ganze politische und wirtschaftliche Leben selbst lebt und in bewußter freier Selbstbestimmung lenkt."

Rosa Luxemburg, Was will der Spartakusbund, 1918

Als ein bundesdeutscher Minister sich, während einer öffentlichen Rede in Polen, nach Überwindung aller innerlich intellektuellen Widerstände veranlaßt sah, auszurufen: „Marx ist tot! Jesus lebt!", konnte er sich des Beifalls sicher sein. Zu groß ist die Aversion eines großen Teils der Bevölkerung der „sozialistischen" Länder gegen eine teils mit diktatorischen Methoden ausgeübte Gängelung durch *die* Partei, als daß man noch bereit wäre, sich mit den Theorien auseinanderzusetzen, in deren Namen diese Methoden gerechtfertigt wurden. Diese Situation wird in der Bundesrepublik genutzt, um sozialistische Theorien und Modelle zu diskreditieren, ihre praktische Umsetzbarkeit von vornherein in Frage zu stellen und ein Loblied auf die „freie Marktwirtschaft" zu singen. Dies ist nicht verwunderlich, denn „die Bourgeoisie stellt sich die Welt, worin sie herrscht, natürlich als die beste vor" (Karl Marx).

Das sozialistische Experiment nach dem russischen Vorbild war nur ein Weg zum Sozialismus, und sein Scheitern, das noch gar nicht so sicher ist, wie manche glauben machen wollen, wäre nur das Scheitern dieses Weges.

An dieser Stelle soll nun ein anderer Weg zur Diskussion gestellt werden, der Weg eines Vertreters der KAPD, der linken Abspaltung der KPD. Der Schriftsteller Franz Jung hatte 1921 als Beauftragter des Berliner Parteibüros an den Mitteldeutschen Aufständen teilgenommen und während der darauf folgenden Inhaftierung den Roman „Die Eroberung der Maschinen" geschrieben. Hierin verdichtete er seine Eindrücke, verbunden mit dem politischen Programm der KAPD, zu einer Utopie der Weltrevolution.

Als der Roman „Die Eroberung der Maschinen" 1923, zwei Jahre nach seiner Fertigstellung, erstmals erschien, reagierten vor allem die bürgerlichen Rezensenten mit dem Hinweis auf die Gattungs- und Kunstfrage. So schrieb die österreichische Zeitschrift *Bildungsarbeit* (Nr. 7/8, S. 66): „Will ein Dichter seine Gedanken in einem Roman vorbringen, so kann er nicht darüber hinweg, sie in Handlung umzusetzen. Er muß Vorgänge erfinden, die die Einbildungskraft des Lesers anregen, die dieser sich vorzustellen vermag. Abstrahiert der Autor aber von jedem vorstellbaren Geschehnis, bringt er nur den sachlichen Extrakt des Ereignisses in der Art einer Zeitungsnotiz: Das und das ist da und dort geschehen, so ergibt

sich ein auf gemeinverständliche Basis gestelltes Buch, das an sich ganz interessant sein mag, aber ein Unding wird, wenn es den Titel ‚Roman' beansprucht."

In der Tat, Jungs Buch erscheint auf den ersten Blick — vor allem der zweite Hauptteil — als eine Sammlung gemeinverständlicher theoretischer Abhandlungen. Der kapitalistische Staat wird hier dargestellt als ein Mechanismus, der bestimmt durch ökonomische Gesetzmäßigkeiten, ein Eigenleben angenommen hat, das den Menschen seines eigenen Lebens beraubt. Der Mensch erstarrt zum Objekt der staatlichen und ökonomischen Eigenlebendigkeit. Niemand vermag ihr zu entgehen. Die Kapitalisten, die Techniker, die Beamten, der Arbeitsminister und die ganze Regierung sind Spielbälle dieses alles übergreifenden Systems, auch wenn sie sich oft dessen nicht bewußt sind, wenn sie glauben, sie hätten die Macht, das Geschehen zu bestimmen. Der große Teil der Bevölkerung, die Arbeiter, sind hier realistischer; sie fühlen sich als ein Rad im Getriebe, das austauschbar ist und keinen Einfluß auf den Lauf der Maschine hat, und so wollen sie sich in Ruhe im Kreise drehen. Nur manchmal . . ., aber das bringt nur eine Verzögerung, bis wieder alles läuft wie bisher.

Walter Fähnders und Martin Rector, die Mitherausgeber der Neuausgabe der *Eroberung der Maschinen* 1973, schrieben in einer Analyse des Romans in ihrem Buch *Linksradikalismus und Literatur*: „In konsequenter Befolgung seiner ökonomistischen Theorie stellt Jung das Proletariat nicht als Subjekt der Geschichte dar, (. . .) sondern als ein von der Geschichte abhängiges und getriebenes Objekt. (. . .) Die Arbeiter, soweit sie überhaupt ins Blickfeld geraten, sind nur Funktionsträger und ausführende Organe eines anonymen Bewegungsgesetzes und werden daher nicht als Individuen sondern als Typen bezeichnet. (. . .) Die Darstellung des ökonomistischen, unhistorischen Revolutionsmodells führt notwendig zur Austrocknung aller sinnlichen Anschauung zugunsten des reinen Traktats und damit zur Selbstaufhebung des ästhetischen Anspruchs. In dem Maße, wie Jung die Idee, um sie zu retten, auf Kosten der Geschichte verabsolutiert, gerät ihm der Roman zum Kompendium linkskommunistischer Theorie." Die Diagnose scheint einfach: Kinderkrankheit.

Es ist richtig, Jung geht von einem „anonymen Bewegungsgesetz" des Kapitals aus, das auch den Arbeiter nur als „Funktionsträger" erscheinen läßt. Er vermeidet es, ihn als Individuum darzustellen, als handelndes Subjekt; er stellt den Menschen im kapitalistischen Staat als Objekt der ökonomischen Eigendynamik des Kapitals dar. Zentrum des Romans sind also die Bewegungsgesetze des ökonomischen Systems selbst. Die Menschen als Charaktere treten zurück. Das irritiert den gebildeten Bürger, denn er hat in seine Bildungs-„arbeit" viel Mühe „investiert", um zu lernen, was die Kriterien sind, die einen Roman ausmachen. Hier muß er Einhalt gebieten, das Kunstwerk schützen, das die Aufgabe hat, die „Einbildungskraft" zu fördern, um in der beschränkten Welt des Bürgers Geschehnis vorstellbar werden zu lassen. Er muß die Kunst schützen gegen etwas, was in der „Art einer Zeitungsnotiz" geschrieben ist. Und er weigert sich. Er weigert sich, darüber nachzudenken, warum für ihn Einbildungskraft notwendig ist, um sich ein Geschehnis, ein reales Ereignis „vorstellen" zu können. Er weigert sich, sich einzugestehen, daß er sich ein Geschehnis vorstellen muß, weil er es nicht erlebt, und daß, weil er es nicht erlebt, er es sich einbilden muß. Es bedarf der Phantasie, damit überhaupt etwas geschieht, und wenn es nur im Kopf ist.

Ausgangspunkt des Romans *Die Eroberung der Maschinen* sind die Mitteldeutschen Aufstände des Jahres 1921. Sie werden in ihrem Scheitern dargestellt und analysiert. Wobei das Scheitern der „Novemberrevolution" und der revolutionären Kämpfe im Jahre 1920 die Einschätzung mitbestimmen. Um auf die eingangs zitierten Kritiker und ihren Vorwurf des „unhistorischen Revolutiosmodells" bei Jung zurückzukommen, ein Blick zurück ins Jahr 1856: Anläßlich einer Rede zum vierjährigen Bestehen des *People's Paper* bemerkte Marx, rückblickend auf die Revolution von 1848: „Die sogenannten Revolutionen von 1848 waren nur kleine Zwischenfälle — geringfügige Spalten und Risse in der harten Kruste der bürgerlichen Gesellschaft. Aber sie zeigten den Abgrund. Unter der scheinbar festen Oberfläche offenbarte sich ein ungeheurer Ozean, der nur der Expansion bedurfte, um ganze Kontinente in Stücke zu zerschmettern. (. . .) Diese Revolution war keine Erfindung des Jahres 1848. Dampf, Elektrizität und die Selfaktoren waren Revolutionäre von viel gefährlicherem Charakter als die Bürger Barbès, Raspail und Blanqui. Aber obwohl die Atmosphäre, die wir atmen, auf jeden von uns mit einem Gewicht von 20 000 Pfund lastet, fühlen Sie es? Ebensowenig wie die europäische Gesellschaft von 1848, die doch von revolutionärer Luft umhüllt und von allen Seiten bedrängt war. (. . .) In unserer Zeit scheint jedes Ding schwanger mit seinem Gegenteil. Die Maschine ist mit der wundervollen Kraft begabt, die menschliche Arbeit zu verkürzen und fruchtbar zu machen: wir sehen, wie sie zu Hunger und Überarbeitung führt. Die neu entfesselten Kräfte des Reichtums werden durch ein seltsames Spiel des Schicksals zu Quellen der Entbehrung. Die Siege der Kunst scheinen durch Einbuße an Charakter erkauft. Die Menschheit wird Herr der Natur, aber der Mensch wird Sklave des Menschen oder Sklave seiner eigenen Niedertracht. Sogar das reine Licht der Wissenschaft kann, so scheint es, nur vor dem dunklen Hintergrund der Unwissenheit strahlen. Das Resultat aller unserer Erfindungen und unseres Fortschritts scheint zu sein, daß materielle Kräfte mit geistigem Leben ausgestattet werden und die menschliche Existenz zu einer materiellen Kraft verdummt." Und etwas später fährt Marx fort: „Wir wissen, daß die neuen Kräfte der Gesellschaft, um gutes Werk zu verrichten, nur neue Menschen brauchen, — und dies sind die Arbeiter. Sie sind so gut ein Erzeugnis der Gegenwart wie die Maschine selbst." Für Marx ist der Arbeiter das revolutionäre Subjekt — im übrigen auch für Jung —, aber für beide ist er dies nicht automatisch, denn auch er ist ein Produkt der Geschichte und unterliegt dem gleichen ideologischen Schein, den Marx oben schildert; auch seine Existenz ist zur „materiellen Kraft verdummt", ist den „materiellen Kräften", die „mit geistigem Leben ausgestattet" zu sein scheinen, unterworfen. Auch bei Marx entwickeln die ökonomischen Verhältnisse ein Eigenleben, zumindest im Bewußtsein der Menschen.

Franz Jung war kein Marxist und auch kein Wissenschaftler. Er konnte, als er den Roman schrieb, auch die Rede Marx' nicht kennen, denn sie wurde erstmals 1928 in Deutschland veröffentlicht. Aber es sind doch Parallelen auszumachen, ob in der Einschätzung der Bedeutung dieser „Revolutionen", ob im Stellenwert, den Maschinen und Elektrizität innerhalb der sozialen Revolution einnehmen oder bezüglich der Funktion von Kunst und Wissenschaft innerhalb der bürgerlichen Gesellschaft.

*

Um die Position von Jung nicht zwangsläufig aus den Auffassungen leninistischer oder sozialdemokratischer Tradition heraus verstehen — oder richtiger gesagt mißverstehen — zu wollen, ist es nötig, einen Blick auf die Entwicklung der revolutionären Perspektiven zu richten, aus denen sich der leicht abschätzig so genannte „Linksradikalismus" nährte. Der ungleiche Bruch zwischen antiautoritärem und autoritärem Sozialismus in der ersten Internationale bewirkte eine einseitige und verengte Entwicklung der europäischen Arbeiterbewegung. Die sozialdemokratische Hegemonie zwängte die vielfältigen Formen der Klassenbewegung in ein leicht handhabbares administratives Partei- und Gewerkschaftskorsett, in dem weder Platz für die Entwicklung der Selbstaktivität der darin Organisierten war, noch der spontanen Entfaltung der Klassenkräfte Raum gelassen wurde.

Die schematische Auffassung einer naturgegebenen Geschichtsentwicklung zum Sozialismus tötete auf Dauer den lebendigen Geist innerhalb der proletarischen Schichten, und die Fixierung auf einen ständig wachsenden Organisations- und Funktionärsapparat bewirkte, daß die Trennung zwischen Basis und Führung unüberbrückbar wurde. Außerdem führte die Fixierung auf die Teilnahme an politischen Wahlen zu einer Entradikalisierung der Kampfmethoden. Im Allgemeinen läßt sich nicht nur für Deutschland feststellen, daß die Sozialdemokratie vor dem Ersten Weltkrieg genau jenes Gespenst war, von dem am Anfang des Kommunistischen Manifestes gesprochen wurde: zwar laut mit den Ketten rasselnd, ansonsten aber harmlos.

Einzig in den romanischen Ländern, in Lateinamerika und Rußland erhielt sich eine vitale und angriffsfreudige sozialrevolutionäre Bewegung, die in den Traditionen des Anarchismus wurzelt. In Nordamerika entwickelte sich

durch die besonderen Gegebenheiten die sehr schlagkräftige IWW (Industrial Workers of the World), deren Aktivitäten die amerikanische Bourgeoisie in Angst und Schrecken versetzten. Ähnlich wie der revolutionäre bzw. der Anarcho-Syndikalismus vertrat auch die IWW das Konzept einer wirtschaftlich-politischen Einheitsorganisation, das die Teilnahme an der bürgerlichen Politik ausschloß und sich rein auf den Klassenkampf bezog, als revolutionäres Mittel zur Überwindung des Kapitalismus. Nicht von ungefähr gleicht die „Elektriker-Union" in diesem Buch jener „One Big Union" wie sie die IWW propagierte.

Diese alle Trennungen in Branchengewerkschaften aufhebende „Elektriker-Union", die stattdessen die gesamten Arbeiter einer Industrie organisiert, entspricht zugleich der strategischen Bedeutung der Energie im modernen kapitalistischen Produktionsprozeß und den gewandelten Klassenkampfvorstellungen der neuen Arbeiterbewegung. „Die revolutionäre Gewerkschaft der amerikanischen Arbeiter IWW", bemerkte Rühle in *Von der bürgerlichen zur proletarischen Revolution*, „... tauchte obgleich nur von Wenigen bekannt, als Vorbild auf."

In der Einleitung dieser richtungsweisenden Schrift umreißt Rühle die Grundposition der rätekommunistischen Auffassungen die Jung in seinem Revolutionsszenarium gewissermaßen dramatisiert: „Der Verlauf der deutschen Revolution seit 1918 war dem Proletariat eine Schule der Erkenntnis dafür, daß Partei und Gewerkschaften heute die stärksten Hemmnisse der proletarischen Revolution sind.

Das Proletariat muß lernen, die Sache seiner Befreiung selbst in die Hand zu nehmen. Es beginnt zu begreifen, daß die proletarische Revolution in erster Linie ein ökonomisches Phänomen ist und daß ihre Vorbereitung und Aufrollung von den Arbeitsbetrieben aus zu erfolgen hat. Die hierfür nötigen Energien und Qualifikationen gewinnt es durch Erziehung zu Selbstbewußtsein und Selbständigkeit.

Die Organisation der kapitalistischen Wirtschaft bildet die Grundlage für die Organisation der proletarischen Befreiung. Betriebs-Organisation, Arbeiter-Union und Rätesystem sind die Stufen des Aufstieges zur Erreichung der Macht durch das Proletariat.

Die proletarische Revolution ist in Ausmaß, Inhalt, Tendenz, Kampftaktik und Ziel völlig verschieden von der bürgerlichen Revolution. Sie ist die soziale Revolution und findet ihren Abschluß mit der Aufrichtung des führerlosen, staatenlosen, herrschaftslosen Sozialismus."

*

Bis zum August 1914 konnten die sozialdemokratisch organisierten Arbeiter davon träumen, ohne viel eigenes Zutun in den Sozialismus hinüberzuwachsen. Mit Kriegsbeginn offenbarte sich aber, wie wenig die Parteien der Zweiten Internationale dazu taugten, den Krieg des Kapitals zu verhindern. Mehr noch: alle Parteien wurden patriotisch und bewiesen , wie weit die alte Arbeiterbewegung in den bürgerlichen Staat integriert war. Aus dem „planmäßigen Hineinwachsen in den Sozialismus" wurde ein Marsch in die Massengräber.[1]

Diese Niederlage der Arbeiterbewegung erklärt sich nicht erschöpfend damit, „Verrat" oder andere dunkle Machenschaften den sozialdemokratischen Führern vorzuwerfen. Zwar war ihr mangelnder Mut zu radikalen Aktionen offensichtlich, wesentlicher aber war das Offenbarwerden einer untauglichen Perspektive, in der die Massen nur ein bloßes Objekt für die politischen Manöver einer auf Selbsterhaltung bedachten Führungselite waren: Die Sozialdemokratie organisierte die Unmündigkeit und nicht die Selbständigkeit der Arbeiter.

Die Sozialdemokratie begriff die Klasse als eine rohe Anhäufung von Leuten, für die sich eine Organisation einzusetzen hätte, um deren Lage schrittweise zu verbessern. Die Klasse selbst einigt nichts als ein dumpfes Gefühl, irgendetwas gemeinsam zu haben, ihr tritt gewissermaßen ein halbbeamteter, halb philanthropischer Oberlehrer entgegen, der sie aufklärt und erzieht.

Wie immer man es auch wendet, stets bleibt die vollmundig gefeierte und heroisierte Arbeiterklasse in dieser Auffassung ein unmündiges Klientel — von dem Berufspolitiker natürlich sehr gut existieren können, worüber Robert Michels' *Soziologie des Parteiwesens* bereits vor 1914 anschaulich unterrichtet.

Johann Knief, einer der Wortführer des Linksradikalismus während des Krieges, schrieb im März 1915: „Daß der Staat reaktionär ist, wissen allmählich alle Arbeiter. (...) Aber daß die Parteibürokratie eine viel gefährlichere Macht darstellt, das wissen einstweilen nicht sehr viele. Solange die Arbeiter um jeden Preis

an ihrem ganz bürokratischen Apparat festhalten, werden sie immer mehr ins Lager des Bürgertums getrieben werden. (...) Erst wenn die Arbeiter diese Formen der Organisation sprengen, ... werden sie den Weg zu ihrer Befreiung finden. Die heutigen Organisationen führen zur neuen Knechtung; nein, sie haben für die Arbeiter bereits das Joch der Staatsgewalt verdoppeln helfen."

Entgegen der sozialdemokratischen Klassenauffassung, die eigentlich keine ist, sondern eher den zeitlosen Bestrebungen von Politikern entspricht, sich für ihr Tun einer Machtbasis zu versichern, entwickelte sich im revolutionären Syndikalismus, in Frankreich und nachfolgend auch in Spanien, die Vorstellung von einer Klassenautonomie. Das Proletariat soll gleich feindlich sowohl den sozialistischen Politikern wie auch dem bürgerlichen Staat gegenüberstehen. Die Klasse ist keine bloße „Koalition von Armen", sondern „eine Gesellschaft von Produzenten", schreibt Sorel in *Über die Gewalt*, und es ginge nicht mehr darum, „das Volk zu führen, sondern die Produzenten zu veranlassen, aus sich heraus zu denken, ohne Beistand einer bürgerlichen Tradition." An die Stelle des Kampfes einer irgendwie gearteten Führung um einen Anteil an der Staatsmacht soll der unmittelbare Kampf der Proletarier um die Produktionsmittel treten.

In diesen Vorstellungen können wir wiederfinden, was Marx weiter vorne ausführte, es ist die Scheidelinie zwischen alter und neuer Arbeiterbewegung, die am Ende des Ersten Weltkrieges in Deutschland vehement zum Vorschein kommen und die Orientierung der revolutionären Massen bestimmen wird. Sorel beschreibt diese Neuorientierung als Kampf für „eine Revolution ..., die von einem aus Produzenten bestehenden Proletariat unter dem Einfluß der Produktionsbedingungen selbst vollzogen wird: dessen Glieder die wirtschaftliche Fähigkeit, die Einsicht in die Arbeit und den Sinn für das Recht errungen haben." Dieser Begriff von Klassenautonomie und Revolution wird das Denken der westeuropäischen Linken nach dem Zusammenbruch der Sozialdemokratie bestimmen — im Gegensatz zu Lenin. Julian Borchardt, in dessen Zeitschrift *Lichtstrahlen* bis zu deren Verbot April 1917 die radikale Opposition eine Plattform fand, schrieb in der Bremer *Arbeiterpolitik* 1917: „Worauf es ankommt, ist die Beseitigung jeglichen Führertums in der Arbeiterbewegung. Was wir brauchen, um zum Sozialismus zu gelangen, ist reine Demokratie unter den Genossen, d.h. Gleichberechtigung, Selbständigkeit, Wille und Kraft zur eigenen Tat bei jedem Einzelnen. Nicht Führer dürfen wir haben, sondern nur ausführende Organe, die, anstatt ihren Willen den Genossen aufzuzwingen, umgekehrt nur als deren Beauftragte handeln."

Lenin radikalisierte das autoritäre Konzept der Sozialdemokratie und generalisierte es zugleich für die Arbeiterbewegung außerhalb Rußlands. Er, der in den labyrinthischen Fraktionskämpfen innerhalb der russischen Sozialdemokratie seine Vorstellungen entwickelte, ist voll und ganz Protagonist der darin zum Tragen kommenden Regeln, sein administratives Verständnis vom Klassenkampf schließt jede Verstellung einer Klassenautonomie aus. Zweifellos überragt Lenin die vielen marxistischen Theorieleuchter der II. Internationale, zeigt ihnen gegenüber Größe und Hellsicht in einer dunklen Zeit, wo die Mehrzahl der Arbeiterführer sich skrupellos in den Dienst des Chauvinismus stellte. Dennoch ist seine Kaderpartei von Berufsrevolutionären eingebunden in die dogmatische Enge und Rückständigkeit der alten Arbeiterbewegung, sie wird dann auch, nachdem die III. Internationale genügend Filialen und Einfluß hat, gegenüber den forcierten Klassenkämpfen hemmend wirken. Lenins ganze Vorstellungswelt paßt bequem in ein jakobinisches Bürgerkostüm mit blanquistischen Litzen am Ärmel; so ausgestattet muß der Terror einer Führungselite die fehlende Selbständigkeit der Produzenten ersetzen: Der Staat ist alles, die tätige Produzenten-Gemeinschaft nichts, die administrative Methode umfassend.

In seinem *Offenen Brief* schrieb Hermann Gorter 1920 an Lenin, als Antwort auf dessen Broschüre *Der linke Radikalismus — die Kinderkrankheit im Kommunismus*: „Ihre Taktik dagegen ist russisch ... Hier taugt sie nichts."

Die Bolschewiki beginnen nach ihrem „Putsch" im Oktober 1918 zunächst in Rußland, dann überall, wo sie Einfluß gewinnen, die Arbeiterbewegung mit ihren Methoden gefügig zu machen. Sie werden nicht bloß den Geist der Passivität unter den Arbeitern festigen, sondern auch gründlich das Empfinden für die Rebellion und die Sehnsucht nach Befreiung zerstören. Am Ende wird der Parteisoldat, der bloße Befehlsempfänger herrschen, dem es zur Selbstverständlichkeit geworden ist, sich jeder Disziplin zu fügen, und dem nichts fremder ist, als die Maschinen zu erobern.

Lenin wird Zeit seines Lebens nicht müde, gegen das Gespenst einer „syndikalistischen Abweichung" zu polemisieren. Ganz der Typus des Parteimenschen, ist ihm die lebendige Entfaltung der proletarischen Kraft unverständlich. Wie seinen sozialdemokratischen Gegenspielern sind ihm die Massen Staffage, die Klasse ein unselbständiges Mündel, allein die Organisation garantiere den Sozialismus. Die elementaren Weisheiten, die in diesen Kasernen des „revolutionären Generalstabs" gedeihen, lassen sich allerdings auf die Tugenden reduzieren, die auch den bürgerlichen Staat ausmachen: Unterordnung, Disziplin, Gehorsam.

Diese aus der sozialdemokratischen und bolschewistischen Restauration wiedererstehende domestizierte Arbeiterbewegung wird dem Ansturm des Faschismus unterliegen, nicht weil dieser von dem panischen Bürgertum gestützt oder von der Industrie finanziert wurde — was wäre anderes von den alten Mächten zu erwarten — sondern weil alle schöpferisch menschenlichen Kräfte, die hätten widerstehen können, in diesen Parteien und Gewerkschaften auf Null reduziert waren. „Sie haben die Einsicht der Arbeiter verdunkelt und ihr Gefühlsleben vergiftet", resümierte Pannekoek 1941.

Um den „linksradikalen" Gegentypus zum Parteisoldaten zu zeigen, begünge wir uns damit, Fernand Pelloutier, den Organisator des revoutionären Syndikalismus in Frankreich, zu zitieren: „Rein von jedem Ehrgeiz sein, ... seine Kräfte verschwenden, bereits sein, auf allen Schlachtfeldern mit seiner Person zu zahlen, und dann, nachdem man die Polizei verprügelt und die Armee verhöhnt hat, gleichmütig die dunkle, aber fruchtbare Gewerkschaftsarbeit wieder aufnehmen ... Empörte zu jeder Stunde, Menschen ohne Götter, ohne Herren und ohne Vaterland: unversöhnliche Feinde jedes moralischen oder materiellen, individuellen oder kollektiven Despotismus, das heißt der Gesetze und der Diktaturen, nicht ausgenommen die des Proletariats."

Unschwer ähnelt Franz Jung dieser Beschreibung eines revolutionären Aktivisten, und auch sein Gefängnistraum einer endlich alle befreienden Revolution war kein ästhetischer Trick, sondern der Traum, dem die revolutionären Proletarier in Deutschland anhingen, als sie noch hofften, ihr Schicksal in die eigenen Hände nehmen und ihre alten Herren, von Krupp bis Noske, loswerden zu können. Was Jung hier in zwei Monaten herunterschrieb, liest sich wie das Programm der neuen Arbeiterbewegung, deren Selbstfindungsbemühungen er aus eigener Anschauung kannte.
Diese Übereinstimmung ist leicht in den Flugblättern, Erklärungen, Polemiken und Analysen der KAPD, AAU, AAUE, FAUD oder den Schriften eines Otto Rühle, Anton Pannekoek, Herman Gorter, Franz Pfemfert u.a.m. nachzulesen.[2]

*

Jung gliedert seinen Roman in drei Hauptteile. In den ersten beiden Teilen beschreibt er zwei Arbeiteraufstände, im dritten Teil, der als Traum eines politischen Gefangenen erkennbar wird, skizziert er die Weltrevolution. Vom ersten Aufstand weiß niemand, wie er zustande kam. Er mag aus Streiks an anderen Orten entstanden sein und brach nun in das Leben der einzelnen Menschen ein. Niemand kannte im Grunde das Ziel des Aufstands. Ja, unter den miserablen Bedingungen der Arbeit litten sie alle, die Industriearbeiter und die unterdrückte Landbevölkerung. Als eine Gruppe aufständischer Arbeiter vorbeizog, entschloß man sich zögernd, sich anzuschließen. Man litt unter dem Druck der Lohnarbeit, war auch gegen dieses System und man folgte, teils aus Neugier — hier passierte einmal etwas. So zogen immer größer anwachsende Gruppen in die Stadt ein. Man besetzte öffentliche Gebäude, zerstörte die Einrichtung des Postamts und errichtete eine Zentrale. Die aber wußte auch nichts Konkretes und wartete auf Informationen und Anweisungen aus anderen Orten. Die blieben aus. In der Zentrale waren auch „politische Persönlichkeiten" anwesend, „die einen gewissen besonderen Platz in der Arbeiterbe-

wegung beanspruchten. Leute von außerhalb, die auf die erste Kunde von den Streikvorgängen herbeigeeilt waren, um sich selbst ein Bild von den Aussichten des Kampfes zu machen. Aber mochten sie auch von noch so weit herkommen, sie brachten denselben engen Gesichtskreis mit. Über den Umfang der Bewegung wußte niemand Aufschluß zu geben." Und in dieser Orientierungslosigkeit und Halbherzigkeit wurde der Aufstand blutig niedergeschlagen. Nutznießer des Aufstands war der Elektrotrust, dem es vor dem Hintergrund der Unruhen gelang, betroffende Industriezweige zu übernehmen und Unabhängigkeit gegenüber der Regierung zu gewinnen. Ein Vertreter des Finanzkapitals resümiert: „Der Schachzug gegen die Regierung, die als Kontrollinstanz sich aufspielen will, war gut angelegt. Die Regierung wird mit Unruhen abgespeist. Dort mag sie Betätigungsfeld suchen und finden."

dichtgedrängt die Handlung des Buches bestimmen, sind nicht bloße Mittel kritischer Verweise des zu Wenig (Mangel an Klarheit, Führung, Zielsicherheit usw.), sondern Ausdruck jener Erlebenswucht, die von der Berührung mit der tiefgründigen Intensität einer sozialen Bewegung herrührt. Jung zeigt Triebkräfte, legt den Drehpunkt des Konflikts frei, dramatisiert das Geschehen von innen heraus und kann so auf den Pseudorealismus eines nur romanhaften Naturalismus verzichten: Er stellt den Betrachter in den Mittelpunkt des Erlebens.

Der zweite Aufstand, mit dem nun jeder rechnete, war besser vorbereitet. Jung beschreibt im zweiten Hauptteil in einzelnen, scheinbar für sich stehenden, Abschnitten die Aktivitäten der Industrie, der Börse, der Regierung, der Gewerkschaften und der verschiedenen politischen Gruppierungen innerhalb der Arbeiterbewegung. Er beschreibt und analysiert die

Schmach der Arbeit zu sehr, als daß sie die Arbeit, die von der Lohnabhängigkeit befreit ist, als Erlösung hätten begreifen können. So schlugen sie in ihrer Wut auf die Maschinen ein. Und als die Gewerkschaften ihre Chance erkannten und in Verhandlungen über Lohnerhöhungen und bessere Arbeitsbedingungen traten, da schlossen sich die Arbeiter ihnen an. „Die Mehrheit entschied sich für das Nächstliegende, das Brot verheißt — die Verhandlungen, den neuen Tarifvertrag. Das wird immer so sein. Das muß immer so sein, es müßten erst andere Menschen geworden sein. Dazu ist aber ihre Freiheit von der Lohnabhängigkeit Vorbedingung. Wie wenige begriffen das!"

Jung stellt die Weltrevolution als Traum dar. Es bleibt dabei unklar, warum an anderen Orten die Aufstände Erfolg haben und warum sie sich ausweiten. Das ist auch nicht wichtig, denn Jung kann kein Rezept der Revolution

Praesidium du syndicat des acteurs, Moscou, 1960.

Nicht vergessen werden sollte, daß, wie in den anderen „Roten Romanen" auch, diese Schilderungen der Ereignisse auf dem unmittelbaren Miterleben des Aufstandes beruhen. Als Beauftragter der KAPD wurde Jung in das Mansfeldische Industriegebiet delegiert um die spontanen Streiks mit den bewaffenten Gruppen um Plättner und Hölz zu koordinieren, als Ausgangsbewegung für eine allgemeine aufständische Erhebung in Deutschland. Die detailhaften und anschaulichen Bilder, die

ökonomischen und politischen Zusammenhänge und die Ursachen für das Scheitern auch dieses Aufstandes. Aber das kann jeder selbst nachlesen. Nur, die Losung von der *Eroberung der Maschinen*, die von der Elektrikerunion ausgegeben wurde und die der strategische Schlüssel für die Revolution gewesen wäre, wurden von den Arbeitern nicht verstanden. Sie waren als vereinzelte Menschen noch zu sehr verhaftet in bürgerlichen Werten, in dem Vertrauen auf Kirche und Staat, und sie empfanden die

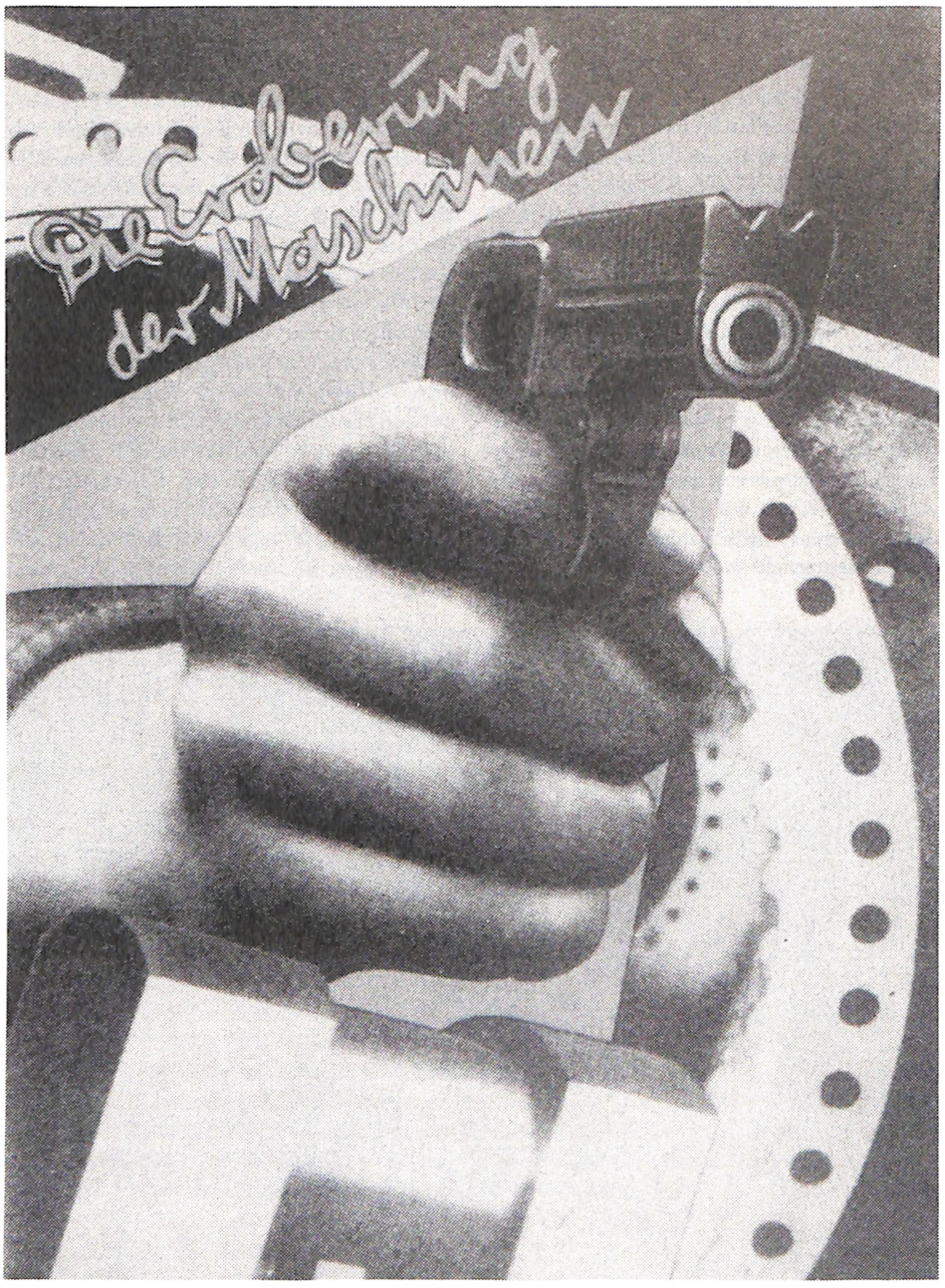
liefern. Ihm geht es um eine konkrete Utopie. Der Anhang zeigt dies deutlich. Mit jedem Arbeitskampf kommt der Einzelne dem Ziel einen Schritt näher, denn er spürt, daß es möglich sein muß, eine Gemeinschaft von menschlichen Menschen zu schaffen — auch wenn dieses Gefühl nur von kurzer Dauer ist, so wie der kurze Verzweiflungsschrei des an Einsamkeit leidenden Eskimos. Der Bürger mag das einen pathologischen Anfall nennen und dieser Krankheit einen Namen geben: Piblokto.

Jung aber stellt fest: „Unser Sieg ist wie ein ehernes Naturgesetz. Im Blick bereits glüht das Glück freier Menschen. Es ist gleich, ob es heute oder morgen sein wird. Aber es wird. Und es ist."

*

In den Besprechungen des Romans wurde immer wieder bemängelt, daß Jung keine Individuen zeichne. So schrieb Gertrud Alexander am 3. Juni 1923 in der *Roten Fahne*: „Franz Jung hat, wie manche von den Jüngeren, die proletarische Kunst machen wollen, Angst vor der Individualisierung, die er als Merkmal der bürgerlichen Kunst gekennzeichnet weiß. Er will einen unpersönlichen, d.h. nicht von Individuen und Einzelschicksalen handelnden Roman schreiben. (...) Das alles ist tot und kalt, das rein sachliche, geschäftsmäßige, die Oede."

Die Zerstörung des Begriffs der bürgerlichen Individualität, sowie die Frage nach Individuum und Gemeinschaft waren in der Tat ein nach Lösung drängendes Anliegen der Künstler und Intellektuellen seit Beginn dieses Jahrhunderts. Die Auseinandersetzung mit diesen Fragen war aber kein für den historischen Entwicklungsstand Deutschlands typisches Phänomen. Auch im industriell rückständigen Rußland beschäftigte man sich mit diesen Themen. Als ein Resultat der Auseinandersetzung erschien 1918 in Moskau unter dem Verfasservermerk „N.N." im „Verlag des Zentralexekutivkomitees der Sowjets" das Buch *Über proletarische Ethik*. Ludwig Rubiner ließ ein Kapitel aus diesem Buch von Frida Ichak ins Deutsche übersetzen, um es in dem 1919 von ihm herausgegebenen Almanach *Die Gemeinschaft. Dokumente der geistigen Weltwende* unter der Überschrift *Individualität und Gesellschaft* aufzunehmen. Rubiner stellte dem Aufsatz folgende Erklärung voran: „Diese Arbeit entstammt dem ersten großen philosophischen Werk Sowjet-Rußlands. Der Verfasser nennt sich N.N., und mit dieser Anonymität zeigt zum ersten Mal in unserer Zeit ein Denker an seiner Person sozialistische Ethik: Die Weltrevolution ist ein riesiger historischer Vorgang des Aufsaugens und Abstoßens der bürgerlichen Kultur durch den Organismus der proletarischen Massen. In ihm ist der Einzelne nur eine Zelle, ein Mitmensch, ein ungenanntes Wesen, dessen wertvollstes Schicksal das Opfer seiner eigenen Sonderperson für die Gemeinschaft ist." Rubiner sieht das Individuum in der Gemeinschaft „proletarischer Massen" aufgelöst. Er übersieht dabei aber, daß das „Opfer" der „eigenen Sonderperson" ein individueller Akt bleibt. Der Schriftsteller verzichtet auf die Nennung seines Namens und gibt sich hierbei der Illusion hin, in der individuell herbeigeführten Anonymität seine bürgerliche Individualität zu beseitigen. Die bürgerliche Vorstellung von der Einzigartigkeit geistigen Schaffens muß so sehr verinnerlicht gewesen sein, daß die Anonymität des Schöpfers schon als Aufhebung dessen Individualität verstanden werden konnte. Rubiner übersieht auch,



John Heartfield: Einband zu Franz Jung, 1923

daß die ökonomische Entwicklung mit der Bildung von Trusts und Aktiengesellschaften auf der einen und Arbeiter-„Massen" auf der anderen Seite die Anonymität der Individuen schon längst forciert hatte, ohne die Individualität selbst in Frage stellen.

Anders als Rubiner setzt sich der oben erwähnte, in Sowjetrußland erschienene Aufsatz *Individuum und Gesellschaft* mit dieser Frage auseinander. Der heute gebräuchliche Begriff der Individualität sei der Ausdruck bürgerlicher Ideologie. Da die bürgerlichen Klassen am Produktionsprozeß nicht teilnehmen, seien sie nur an dessen Resultaten interessiert, an den kristallisierten Formen der Arbeit. Die „Qualen der schöpferischen Tätigkeit der Arbeit" seien ihnen unbegreiflich. Zugleich seien sie bestrebt, die Resultate zu fixieren und zu erhalten, da sie die „Form", die Hülle des Produkts der Arbeit als das eigentlich Wesentliche betrachten und dementsprechend nur befähigt seien, statisch zu denken. Ebenso statisch sei ihre Auffassung von der Individualität. Sie definierten den Menschen als etwas von der Gesellschaft Losgelöstes: „Diese versteinerte Vorstellung vom Menschen wird von der bürgerlichen Ideologie auch auf die lebende Persönlichkeit übertragen, und so verwischt sie ihre Veränderlichkeit, ihre Beweglichkeit, ihre Elastizität und ihren Zusammenhang mit der Gemeinschaft. Und diese Ideologie des Bürgertums wirkt ansteckend auch auf die anderen Klassen. (...) Das Individuum ist ein bürgerliches Götzenbild. In Wirklichkeit vermag unser Bewußtsein den menschlichen Organismus nicht zu individualisieren und vom gesellschaftlichen Organismus zu trennen. Der individuelle Organismus ist nur ein rein synthetisches Moment im allgmeinen organischen Prozeß." Der Verfasser führt nun aber einen neuen Begriff der Individualität ein, die schöpferische Persönlichkeit, „das Schöpferi-

sche in der Persönlichkeit, das in das allgemeine soziale Leben jene gewisse individuelle Eigenheit, die wir eben Individualität nennen, hereinträgt". Die gewöhnliche Persönlichkeit, die nicht an der schöpferischen Tätigkeit der Arbeit teilnehme, sei keine Individualität, da ihre Tätigkeit sich immer wieder in der Gesellschaft, im sozialen Organismus zerstreue. Nur die schöpferische Arbeit sei ein Element, das dem „sozialen Leben den Stempel aufdrückt, und in das Leben etwas Neues, Eigenstarkes, Unzerstörbares bringt." Und der unbekannte russische Verfasser schließt seine Ausführungen mit der Erklärung: „Wir Marxisten kämpfen um die Individualität, während wir für gesellschaftliche Interessen, für allgemein menschliche Interessen kämpfen. Wir wissen wohl, daß man zum Triumph der Persönlichkeit, zu einem Sieg des Bewußtseins über die Elementargewalten erst durch die Gemeinschaft und durch kollektive Arbeit kommen kann. Die Bourgeoisie will etwas anderes. Sie zerstört die Gemeinschaft. Indem sie für ‚ihre Indiviudalität' kämpft, kämpft sie gegen die Gesellschaft."

Auch bei Jung ist die Arbeit das Mittel, die „Technik", um zur Gemeinschaft zu gelangen. Jedoch nicht die entfremdete Arbeit der kapitalistischen Gesellschaft, die Lohnarbeit. Sie vereinzelt den Menschen, sie entindividualisiert ihn, indem sie das schöpferische Moment eliminiert. Die Lohnarbeit enthält aber auch ein Element, das dem Arbeiter in besonderen Situationen des Klassenkampfes das Beglückende des gemeinsamen Arbeitens, das Glück der Gemeinschaft dämmern läßt. Dann „sinkt eine Last zu Boden", und für einen Moment fühlt er „das Wunder jener Melodie von Menschheit und Menschlichkeit". Diese Momente gilt es im Bewußtsein festzuhalten, sich klar zu werden über die Möglichkeiten der Arbeit als Glückstechnik. Und es gilt dafür zu kämpfen: Für die *Eroberung der Maschinen*, für die schöpferische Nutzung der Maschinen durch die Gemeinschaft der Arbeiter. Durch diesen Kampf erst gewinnt der Mensch an Individualität, weil er nicht mehr gegen sich und die Gemeinschaft handelt. Er erlebt sich selbst mit der Gemeinschaft als etwas Organisches. Er beginnt jetzt erst zu leben. „Es ist das zum zweitenmal und zum wahren Menschen Geborenwerden."

Die Arbeiter, die Jung in seiner Darstellung der Mitteldeutschen Aufstände agieren läßt, sind noch durch den kapitalistischen Staat vereinzelte Menschen. Als Einzelne, d.h. im Bewußtsein des Einzelnseins, vermögen sie nichts gegen den Kapitalismus auszurichten. Sie sind Objekte im Produktionsprozeß. Ihre „Individualität" ist die Illusion der bürgerlichen Individualität, das Ausgesondertsein aus dem Organismus der Gemeinschaft, die der kapitalistische Staat zerstört. Deshalb zeichnet Jung in diesem Roman keine proletarischen Individuen, auch keine Typen, wie es einmal hieß, sondern er stellt die arbeitenden Menschen als entindividualisierte, innerhalb der Gesellschaft anonym Agierende dar.

Jung geht es um den Kampf für ein neues, nichtbürgerliches Individuum, für den neuen menschlichen Menschen. Das Ziel ist noch Traum, Utopie. Es ist der Kampf für einen menschlichen Sozialismus, für die Eroberung der Maschinen, für ein Leben in schöpferischer Gemeinschaft und Glück. Über den Weg dorthin kann man geteilter Meinung sein. Nur das Ziel darf man über den Weg nicht aus den Augen verlieren. Kurz nach dem Erscheinen des Romans wurde er in die russische Sprache übersetzt und in einer Auflage von 6000 Exemplaren — das war zu dieser Zeit sehr hoch — in Moskau verlegt. Bis heute hat er hier wie dort nichts an seiner Aktualität eingebüßt.

Rembert Baumann/Lutz Schulenburg

1 Ausnahmen: Die Regierung Italiens erklärt, aufgrund der Drohungen der Arbeiterorganisationen im Falle eines Kriegseintritts mit revolutionären Aktionen zu antworten, ihre Neutralität (bis 1915). Wahrhaft heroisch verhielt sich die russische Arbeiterbewegung: Generalstreiks in Baku und Petersburg sowie anderen Landesteilen im Juli. Standhaft lehnten die Dumaabgeordneten der Bolschewiki wie der Menschewiki jegliche Zustimmung zur Kriegskreditbewilligung ab. Auch die englische Independent Labour Party hielt an ihrer prinzipiellen Kriegsgegnerschaft fest. Näheres siehe: Karl- Heinz Klär, *Der Zusammenbruch der Zweiten Internationale*, Campus Verlag 1981.

2 Die zwei hervorragenden Studien von Hans Manfred Bock sind zur Vertiefung des Verständnisses des hier abgehandelten Themas sehr zu empfehlen: *Geschichte des „Linken Radikalismus" in Deutschland*, Suhrkamp Verlag 1976 und *Syndikalismus und Linkskommunismus von 19181923*, Verlag Anton Hain 1969.

Franz Jung
Der Aufstand wird vorübergehend niedergeschlagen

Bis weit in den Vormittag des nächsten Jahres hinein blieb alles ruhig. Es fiel kein Schuß. Wieder hatten sich Hunderte in dem Wirtsgarten versammelt. Dort saß auch noch der Stab. Von draußen keine Nachricht. Zwar standen jetzt alle Betriebe still. Auch die Grubenbahn war gesprengt und einige Waggons quer über die Schienen geworfen. Solche Nachrichten liefen ein. Aber man wartete und wartete. Es wurde immer deutlicher, daß sich keiner im Grunde genommen mehr Rat wußte. Auf den Gedanken, ihrerseits anzugreifen, kamen sie nicht.

Da griffen so um die Mittagsstunde die Grünen an. Der Major mochte Wind bekommen haben. Im Nu waren sie aus der Schule raus und über den Marktplatz und im Sturm die Gasse hinaus nach dem Hauptquartier der Streiker. Eine Truppe blieb zurück und sperrte den Marktplatz ab. Da fielen auch schon die ersten Schüsse. In schrecklicher Verwirrung lief im Garten alles durcheinander. „Sie kommen, sie kommen" — wurde geschrien. Wachmannschaften, die auf die Straße gestürzt waren, um zu sehen, bekamen die ersten Kugeln um die Ohren. Es war wie im Kriege, es pfiff sich leise ran, das Geschoß, dann wurde es dichter, wie wenn man Erbsen in der Trommel hat. Oho — das Gewehr von der Schulter und in Anschlag. Ein alter Mann, der immer so nebenbei gestanden hatte, riß einem jungen Kerl das Gewehr weg. Der wollte gerade damit ausreißen. Und kniete sich hin, langsam und bedächtig, und schoß jetzt auf die Grünen, die, von Haus zu Haus Deckung suchend, sich unaufhörlich nach vorn entwickelten. Von oben, von der Anhöhe zur andern Seite, knallte es auch. Da schrie einer: „Draußen sammeln, alle raus aufs Feld." Die Masse stob auseinander. Die Gasse ihrem Ausgang zu. Über Zäune in den Hof hinein und in die Häuser. Die Türen waren klein und schmal. Hinterrücks pfiffen und prasselten die Projektile. Welche stürmten den Berg hinauf. Welche schleppten noch Kasten mit Gewehrmunition mit. Viele Rahmen blieben auf der Straße liegen. Die Feuerwaffen bekamen sie zwar alle mit, aber die wenigsten hat-

ten Munition. Rein in die Häuser — das war Befehl der Grünen. In weniger als einer Minute war alles leer. Die Kommandos der Grünen kamen schärfer und schwollen an. Sie stürmten jetzt nach oben durch die Straßen in viele Einzeltrupps geteilt. Von den Dächern fielen Schüsse. Aber der ganze obere Stadtteil war in den Händen der Soldaten. Die Leute waren zum allergrößten Teil zersprengt, aus dem Zusammenhang gerissen. Hatten das beste verloren, was sie waren: Masse! Wo noch die Kugel pfiff, da zuckte man zusammen und duckte sich.

Damit war der Kampf um die Macht in der Stadt schon entschieden.

*

In den Abendstunden waren die Arbeiter aus der Stadt vertrieben. Auf der Kreischaussee waren einige Panzerautos im Anrasen. Man wird ihnen den Weg doch nicht sperren können, war die allgemeine Ansicht. Also zogen die bewaffneten Leute über die Höhen hinweg aus der Stadt ab. „Draußen fassen sie uns nicht so leicht." Das Panzerauto kam unbehelligt nach der Stadt. Die andern verkrochen sich wieder in die Häuser. Die Polizeitruppen waren jedoch wenig sicher. Würde noch ein Angriff folgen, war der Abzug nur Finte — der Major hatte unangenehme Stunden hinter sich. Als auf seine erste Kraftprobe hin der sichtbare Erfolg sich nicht gleich eingestellt hatte, waren seine Leute unruhig geworden. Ein Gefangener, den er in die Schule mitgenommen hatte, hat davon später berichtet. Solche Söldnertruppen spalten sich sehr schnell in zwei Teile. Die einen, das sind diejenigen, die angelockt durch guten Lohn und wenig Arbeit mitmachen, solange es noch weiter nicht gefährlich ist, Leute, die stupid den Tag vor sich hinleben, wenn es nur gut zu saufen und zu fressen gibt. Die andern aber sind gelernte Schinder. Sie unterscheiden sich nicht viel von den Hunden, die man auf den Mann dressiert. So werden diese Leute auf die Arbeiter abgerichtet. Viele haben sich schon Mühe damit gegeben, eine richtige Erklärung zu finden, was diese Menschen eigentlich zu ihrem Schlächterhandwerk treibt. Sie sind nicht zu gebrauchen, pflegen die Offiziere zu sagen, erst müssen sie Blut sehen. Dann läßt man sie los — wie die wilden Tiere stürzen sie sich auf ihre Opfer. Die meisten Menschen empfinden das noch nicht richtig. Eine gewisse ganz allgemein menschliche Art sieht in dem Gegner noch immer den Menschen und Artgenossen. Die Überfallenen wehren sich nicht entsprechend. Man betrachtet das noch als ein Spiel, bei dem man gerade die Partie verloren hat. Solche Leute würden sich ganz anders wehren, wenn sie ein Raubtier oder einen tollen Hund vor sich sehen. Den schlägt man einfach tot, Knüppel übern Schädel. Und in jedem Falle, man wartet doch nicht erst, bis er angreift. Die Regierung hat solche Kreaturen zu einer Truppe gesammelt. Viele sind darunter, die in Afrika damals die Neger und Hottentotten gejagt haben. Das haben sie einen Feldzug genannt damals — als man den friedlichen Bewohnern einfach ihre Herden wegnahm, um sie zur Arbeit am Bahnbau zu pressen, und höchst überrascht war, daß einige darunter waren, die sich zur Wehr setzten. Es gibt heute noch in Deutschland eine nicht zu knappe Anzahl Leute, die das nicht begreifen können. Man spricht von den schwarzen Räubern und Banditen, dem hinterlistigen Viehzeug, das erschlagen und aufgehangen werden muß. Diese Meinung jetzt auf die Arbeiter zu übertragen, ist erwünscht und unsern Afrikanern ein leichtes. Liegt doch die Situation auch völlig gleich.

Aber nicht davon, sondern: der Major hatte peinliche Stunden. Der erste Tote bringt immer einen Rückschlag in die Stimmung. Das Feuer der ersten Begeisterung verrauscht, es ging also doch nicht alles so leicht. Manche erinnerten sich an Frau und Kind zu Hause; dachten daran, daß sie gar nicht so besonders gestellt waren, sich dafür die Knochen kaputt schießen zu lassen. Wenn die Suppe brenzlig wurde, mochten sie die Herren allein auslöffeln. Der Major hatte das schon kennengelernt, es bilden sich dann Gruppen, die untereinander die Köpfe zusammenstecken. Dann fehlt bloß noch ein starker Stoß von draußen und es läuft alles. Das Wichtigste war, sie jetzt nicht zu reizen, keine Befehle und so etwas. Diese Stimmung war in der Schule. Die Aufnahme des Feuers, die Sprengung ließ sie noch höher steigen. Welche waren darunter, die den Gedanken ernstlich erwogen, um Abzug zu bitten. Außerdem waren sie doch nur angestellt, konnten jederzeit die Stellung aufgeben, als neutraler Mann nach Hause gehen — der Major ließ sich nicht sehen. Welche sagten, was nützt es; wenn die mal erst hier reinkommen, sind wir alle hin. Aber das bezweifelten auch andere wieder. Wieso, wenn wir uns neutral erklären, die Waffen ausliefern — wir sind doch auch nur Arbeiter. Und nicht nur im Grunde genommen, die meisten waren noch gar nicht so lange auch direkt aus der Werkstatt erst weg. Die Stimmung war mächtig gedrückt bei den Grünen, erzählte später einer, den sie wieder laufen gelassen hatten. Sie seien drin gut behandelt worden, eigentlich hätte man sich gar nicht um sie gekümmert. Man vergißt auch, daß die Bluthunde drunter sehr feig sind. Sie müssen in der Überzahl sein, wenn sie vorgehen und der Widerstand gering. Es muß mehr so eine Art Kesseltreiben sein, wie bei den Hereros, wenn die Sache Spaß machen soll. In andern Fällen ist auch auf diese wenig Verlaß. Ja, so war das dort in der Schule. Man weiß nicht, was noch hätte geschehen können, wenn — aber die Arbeiter zogen ab. Und durch das Panzerauto war auch die Verbindung mit draußen wieder da. Die Krise ging vorbei. In der Stadt rührte sich nichts mehr. In den Abendstunden holte der Major aus einer Anzahl Häuser die Männer als Gefangene heraus. Als Geiseln für den Fall eines Überfalls in der Nacht. Es war klar, der Widerstand war gebrochen. Der Major bekam seine Leute wieder fest in die Hand.

Aus: Franz Jung, Die Eroberung der Maschinen, Hamburg (Edition Nautilus) 1989

Zu den Grundlagen eines modernen Sozialismus

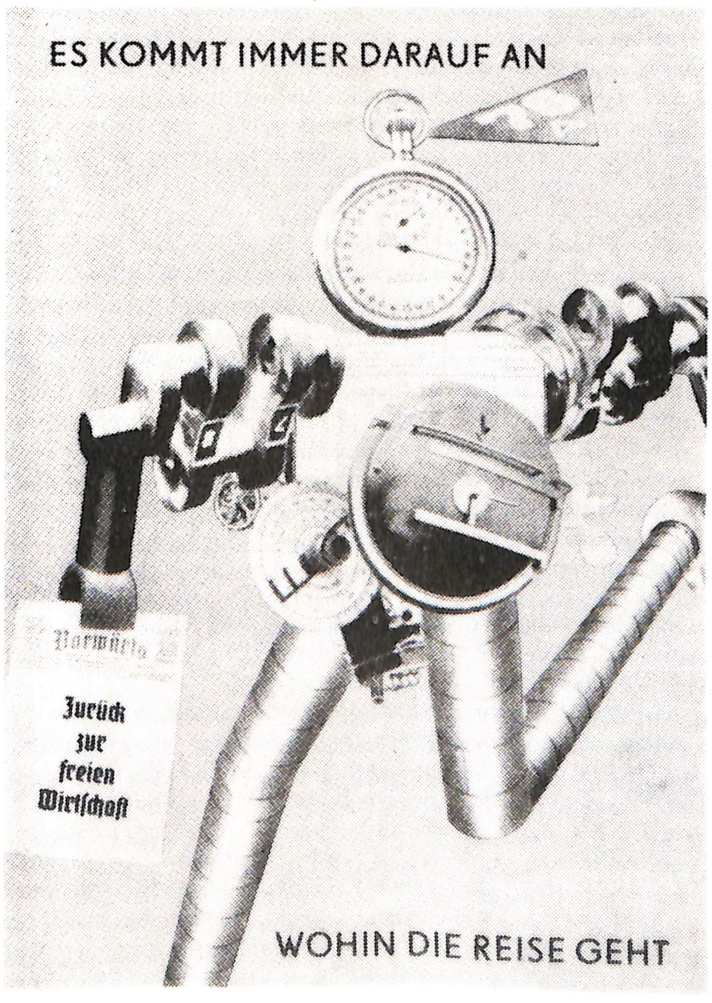
Dokumentation einer Studie der Ost-Berliner Humbold Universität

In der Debatte um die Chancen und Ziele einer Reformierbarkeit jenes bislang „realexistierenden" Sozialismus in den RGW-Ländern dokumentiert der *diskus* im folgenden den einleitenden Teil einer Studie von WissenschaftlerInnen der Ost-Berliner Humboldt-Universität zum Thema „Überlegungen zu Problemen und Perspektiven des gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Wandels des Sozialismus und der Weiterentwicklung gesellschaftsstrategischer Konzeptionen in der DDR und anderen sozialistischen Staaten des RGW".

Die Studie ist von besonderem Interesse, insofern sie — in ihrer aktualisierten Fassung zwar vom November datierende, in ihrer Grundkonzeption aber bereits vor den dramatischen Entwickungen in Ungarn und der DDR erstellt und auf Reformkräfte innerhalb der SED zielend — manche der jetzt eingeforderten und eingeleiteten Reformprozesse antizipiert und den Stand der Diskussion innerhalb einer WissenschaftlerInnengruppe wiedergibt, deren Einschätzungen das Argumentationspotential wie die programmatische Neugestaltung künftiger sozialistischer Politikansätze in der DDR umreißen könnten. Dabei prägen der Zeitpunkt des Entstehends, der Horizont der politisch-theoretischen Interventionsmöglichkeiten, sicherlich Anlage und Sprache dieses Textes. Von besonderer Bedeutung erscheint jedoch insbesondere die deutliche Orientierung auf die sozialökologische Problemstellung: Gefordert wird die Gestaltbarkeit der technisch-wissenschaftlichen Revolution hin zu einem „Mittel gemeinsamer Entwicklung der Subjekte"; auch die ökonomische Effektivität sei der Entwicklung der Subjekte und einer neuen Wirtschaftsdemokratie nachzuordnen.

Der AStA der Universität Frankfurt und das Studentische Institut für Kritische Interdisziplinarität (SIfKI) werden sich bemühen, für Ende des Wintersemesters Mitglieder der Reformgruppen und der Forschungsgruppe für einen Diskussionstermin nach Frankfurt einzuladen. Ihre Perspektiven auf die alternativen Rationalitätskriterien und Reproduktionsweisen eines jetzt geschichtlich erstmals überhaupt möglich erscheinenden „demokratischen Sozialismus" in der Überwindung des bisherigen stalinistischen, administrativ-bürokratischen Systems könnten dann weitergehend diskutiert werden. Arbeiten der Forschungsgruppe um Michael Brie, Rainer Land, Dieter Segert und Rosi Will erscheinen in den nächsten Tagen auch im Ost-Berliner Dietz Verlag.

Helmut Brentel



John Heartfield

Sozialer Fortschritt zur Bewältigung der globalen Probleme

Mit der globalen Umbruchsituation seit Mitte der siebziger Jahre stehen alle Wirtschafts- und Gesellschaftssysteme der Erde, auch die sozialistischen Staaten, vor der Herausforderung tiefgreifender ökonomischer, politischer, sozialer, kultureller und geistiger Wandlungen, von denen ihre künftige Stabilität und Entwicklungsfähigkeit abhängen.

Dies äußert sich zunächst darin, daß eine Fortsetzung des wirtschaftlichen Wachstums in der bisherigen Gestalt und auf der Basis der gegebenen sozialökonomischen Strukturen und wirtschaftspolitischen Regulationssysteme der Weltwirtschaft und der kapitalistischen wie sozialistischen nationalen Wirtschaften an Grenzen geraten ist. Dabei werden nicht nur die Wachstumsquellen, sondern die Existenzgrundlagen der Menschheit zunehmend untergraben: eskalierende globale Probleme insbesondere in der Ökologie und bei der Zerstörung der sozialökonomischen und kulturellen Systeme der Entwicklungsländer sind die Folge. Zugleich zeigen sich diese Grenzen auch in sinkenden Wachstumsraten und damit in der Unmöglichkeit, soziale Stabilität in der bisherigen Weise herzustellen. Auch in den entwickelten Ländern nehmen soziale Differenzierungen, Auseinandersetzungen und Instabilitäten zu.

Diese Umbruchsituation resultiert aus einer wachsenden Diskrepanz zwischen dem sich herausbildenden neuen globalen System der Produktivkräfte und den nach wie vor überwiegend bornierten sozialökonomischen Determinanten seiner Entwicklung, den sozialen Verhältnissen, Triebkräften und Zielen, die Richtung und Gestalt wissenschaftlich-technischer Entwicklung bestimmen.

Einerseits entstehen Produktivkräfte *universeller* Entwicklungspotenz: industrielle Naturprozesse beruhen auf der technischen Rekombination von Naturprozessen, unabhängig von den körperlich-technischen Funktionen des Menschen. Damit sind im Prinzip alle nach Naturgesetzen möglichen technischen Systeme produktiv anwendbar. Die Integration von Wissenschaft und Produktion ermöglicht die Entwicklung und Konstruktion solcher industrieller Naturprozesse. Die Entwicklung hängt zunehmend von den schöpferischen Fähigkeiten wissenschaftlicher Arbeit und ihrer weltweiten Kooperation und Kombination ab.

Zum anderen zeigt sich, daß die Entwicklung und Nutzung dieses Produktivkrafttyps die Fähigkeit zu seiner bewußten und verantwortlichen Gestaltung erforderlich macht, wenn „industrielle Naturprozesse" nicht zum Selbstmord der Menschheit z.B. durch Kernwaffen, Klimakatastrophe, sozialen Kollaps durch Verhungernde und Verelendete in den unterentwickelten Ländern oder ähnliches führen sollen.

Die Ursache für diese wachsende Bedrohung ist die sozial-ökonomisch bedingte Ausrichtung und Struktur des wissenschaftlich-technischen Fortschritts in der Welt von heute. Die kapitalistische Gesellschaft war die erste, die ein entwicklungsfähiges Wirtschaftssystem hervorbrachte, das regelmäßig und systematisch technischen Fortschritt hervorbrachte und wirtschaftliches Wachstum vorantrieb. In der Konkurrenz der Kapitale und dem Kampf zwischen Lohnarbeit und Kapital konnte nur überleben, wer die eigenen Produktionsbedingungen stetig revolutionierte. Dabei fungierte der technische Fortschritt und das ökonomische Wachstum als Mittel gegenseitiger Unterordnung und Konkurrenz. Die industrielle Revolution führte zur Unterordnung der Lohnarbeit unter die vom Kapital entwickelte Maschinerie und Arbeitsteilung, zu Dequalifikation und Abhängigkeit der Lohnarbeit. Technischer Fortschritt entwickelte sich als Mittel des Kampfes gegen den Konkurrenten um Zeitgewinn bei Innovationen, um Ressourcen, Märkte und Kapitalanlagen. Später kam der Kampf um die Begrenzung sozialistischer Entwicklung und um die Bindung der Dritten Welt an das Kapital als sozial-ökonomische Determinanten der Produktivkraftentwicklung hinzu, besonders im Rüstungsbereich und bei der Entwicklung exklusiver Hochtechnologien.

Technischer Fortschritt und ökonomisches Wachstum waren so schon ursprünglich als *Mittel der Ausbeutung* entstanden, als Mittel, die eigene Entwicklung eines Subjekts gegen die Entwicklung anderer Subjekte durchzusetzen, die Entwicklung einer Klasse durch Unterordnung und auf Kosten anderer zu betreiben bzw. als Mittel, dem Untergeordnetwerden zu entgehen. Daraus resultieren bis heute die bestimmende Art und Weise und die *Ausrichtung* von technischen und ökonomischen Innovationsprozessen, die dominierenden *Trends, Strukturen, Proportionen und Tempi* des Wandels und Wachstums der Wirtschaft und des materiellen Arbeits- und Lebensprozesses der Subjekte.

Im klassischen Kapitalismus auf der Basis der noch begrenzten Potentiale der industriellen Revolution des 18. und 19. Jahrhunderts resultierte daraus ein zwiespältiger Charakter technischer und ökonomischer Entwicklung: der Fortschritt bestimmter sozialer Subjekte war stets mit Rückschritt für andere verbunden: Unterordnung der Lohnarbeiter, Kolonialisierung der Dritten Welt, Bedrohung des Konkurrenten etc.

Die heute entstehenden universell entwicklungsfähigen Produktivkräfte der wissenschaftlich-technischen Revolution, erzeugt, gestaltet und benutzt als Mittel der Entwicklung gegeneinander, bringen die Perversionen *universeller Mittel gegenseitiger Unterordnung* hervor. Universelle Mittel der Unterordnung des anderen aber münden in dessen Zerstörung. Mehr noch: Die Zerstörung des anderen vernichtet auch die eigenen Lebensgrundlagen und so die der gesamten Menschheit:

Aus der Sicherheit gegeneinander durch Militär und Rüstung wurde so die Drohung mit der Vernichtung der ganzen Menschheit durch die in der wissenschaftlich-technischen Revolution geschaffene universelle Militärtechnik und Technologie, insbesondere die Kernwaffen. Die militärischen Innovationen dominieren nach wie vor die Grundrichtungen der wissenschaftlich-technischen Revolution, wie sich z.B. an dem immer noch gültigen SDI-Programm als Motor der umfassendsten Innovationsförderung in den USA zeigt.[1]

Aus der Unterordnung der Lohnarbeit unter die vom Kapital geschaffene Maschinerie wurde die Schreckensvision massenhafter Vernichtung und Entleerung menschlicher Arbeit. Der Kurs auf die Reduktion der lebendigen Arbeit dominiert trotz 35 Millionen Arbeitslosen in den OECD-Ländern und ungefähr 400 Millionen Unterbeschäftigten und Arbeitslosen in den unterentwickelten Ländern nach wie vor die Rationalisierungsstrategie — anstelle eines Konzepts zur Nutzung und Entwicklung der menschlichen Arbeit und ihrer qualitativen Möglichkeiten.

Aus der Nutzung der Natur als Mittel der Produktion des Menschen wurde die Zerstörung der ökologischen Lebensgrundlagen des Menschen. Im Kampf um Tempo und Produktivität gegen den Konkurrenten entwickeln sich Verarbeitungstechnologien bei Zurückbleiben der Technologien zur Ressourcenbewirtschaftung, wird die Erhaltung der Naturkreisläufe privatwirtschaftlicher Rationalität geopfert bzw. der Allgemeinheit oder kommenden Generationen aufgebürdet.

„Mögen die Bilanzen unserer Generationen auch noch Gewinne zeigen, aber unsere Kinder werden die Verluste erben. Wir leihen ohne Absicht und Aussicht auf Rückzahlung von künftigen Generationen Umweltkapital. Und die nach uns Kommenden können uns wegen unserer Verschwendung verdammen, aber unsere Schulden werden sie nie zurückerstattet bekommen . . . Die Ergebnisse unserer Ausschweifung verringen die Alternativen für künftige Generationen dramatisch."[2]

Wir können davon ausgehen, daß eine Fortsetzung der heutigen Trends zur irreversiblen Zerstörung der Erde in absehbarer Zeit führt. Das heißt, schon die heute geborenen Kinder werden das Sterben der Erde, der Menschheit, miterleiden, wenn nicht die nächsten 20 bis 30 Jahre für eine radikale Wende genutzt werden.

Aus der Nutzung der Ressourcen der Dritten Welt für die Entwicklung des Kapitalismus wurde die Zerstörung der traditionellen sozialen, ökonomischen und kulturellen Lebensgrundlagen durch deren Verwandlung in Exklaven der entwickelten Wirtschaftssysteme, durch die Übernahme ökologisch, ökonomisch und kulturell fremder Industrie und Landwirtschaft, daraus folgende technische Abhängigkeit und durch Ressourcentransfer. Die so auf der Strecke gebliebenen verarmten, verelendeten und verhungernden Menschen in den ärmsten Regionen der Erde versuchen, durch rücksichtslose Ausplünderung der Natur dem Untergang zu entgehen. So treibt die heutige Art industrieller Entwicklung in doppelter Weise auf eine globale ökologische Katastrophe hin.

Die Gestaltung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts als Mittel, die eigenen Entwicklung gegen und auf Kosten der Entwicklung der anderen Subjekte durchzusetzen, hat ein *hohes Tempo* und eine *geringe Selektivität* von Innovationen und wirtschaftlichem Wachstum zur Folge: schneller sein als der andere, technischer Fortschritt als Selbstzweck bestimmen die Innovationsstrategien aller Wirtschaftssubjekte im Kampf um Selbsterhaltung, Profite und Macht. Dem wird die Selektivität von Innovationen hinsichtlich der möglichen, erreichbaren, wünschenswerten und der zu vermeidenden ökologischen und sozialen Wirkungen auf die Menschen untergeordnet. Auch da, wo negative Langzeitfolgen erkannt und bekannt sind, werden verheerende Tendenzen fortgesetzt, denn wer zuerst aufhört, unterliegt der Konkurrenz, und wer zuerst andere Wege sucht, trägt das größte Risiko: wirtschaftliche Verluste, Profitminimierung, Pleite, Machtverlust, wirtschaftlicher und sozialer Abstieg.[3]

Der Ausweg kann nur in einer grundlegenden Veränderung der *Entwicklungslogik der menschlichen Zivilisation* bestehen, weil nur dann die Ursache für die zerstörerischen Trends der Technik-, Ökonomie- und Ökologieentwicklung aufgehoben wird: War die Fähigkeit zu technischem Fortschritt und Wachstum zunächst entstanden als Fähigkeit zur Entwicklung gegeneinander, so geht es heute um die Verwandlung dieser in ein Mittel *gemeinsamer Entwicklung aller Subjekte*. Statt der Maxime „die eigene Entwicklung gegen die anderer Subjekte und auf deren Kosten durchzusetzen" muß in Zukunft gelten: „die eigenen Entwicklung durch und mit der Entwicklung der anderen Subjekte zu verwirklichen". Folgte aus der alten Logik, daß die beste Entwicklung der

eigenen Position die Schwächung des anderen ist, so muß heute die Stärkung der gemeinsamen Positionen und damit auch die Entwicklung des anderen bei der Lösung globaler Menschheitsprobleme als Moment eigener Entwicklung verstanden werden. Dann können eine *hohe Selektivität des wissenschaftlich-technischen Fortschritts* und die Bindung der *Richtungen, Strukturen, Proportionen und Tempi technischer und ökonomischer Entwicklung* an die möglichen und gewollten sozialen Fortschritte aller Subjekte der Weltwirtschaft durchgesetzt werden. Dann wäre technischer und ökonomischer Fortschritt zugleich auch sozialer.

Diese Transformation muß heute in Gang gesetz werden und wird einen längeren historischen Prozeß bestimmen. Diese Wende von der Logik der Entwicklung gegeneinander zur gemeinsamen Entwicklung aller Subjekte und die dazu notwendige Gestaltbarkeit der wissenschaftlich-technischen Revolution sind aber Voraussetzungen für die Lösung der globalen Menschheitsprobleme und das Weiterbestehen der menschlichen Zivilisation.

Die Notwendigkeit eines derartigen Umbruchs besteht für die gesamte Menschheit, für alle ihre heutigen Gesellschaftssysteme und ihren wechselseitigen Zusammenhang. Vom Standpunkt der verschiedenen sozialen Subjekte und Gesellschaftsordnungen der heutigen Menschheit sind damit aber gemeinsame und spezifische, unterschiedene Bestimmungen *sozialen Fortschritts* abzuleiten.

Für *alle Subjekte der Menschheit* muß gelten:

1. Fortschritt muß die Unterordnung eines Subjekts unter andere ausschließen, progressiv sind nur solche Veränderungen des materiellen oder geistigen Lebensprozesses der Gesellschaft, die den Spielraum für die Entwicklung aller betroffenen Subjekte erhöhen, wenigstens nicht vermindern. Entwicklung auf Kosten anderer zerstört heute die Lebensgrundlagen aller, ist kein Fortschritt.

2. Fortschreitende Erweiterung des Entwicklungsraumes der Subjekte hat die Entwicklung der Produktivkräfte, Steigerung der Effektivität und Produktivität des materiellen Reproduktionsprozesses, Erhöhung der Rentabilität eingesetzter Ressourcen und die Erzeugung disponibler Überschüsse und freier Zeit zur Voraussetzung. Effektivitätssteigerung und wirtschaftliches Wachstum sind Kriterien gesellschaftlichen Fortschritts, aber nur dann, wenn sie Raum für die Entwicklung der Subjekte schaffen, der nicht auf Unterordnung beruht und die Entwicklung anderer Subjekte nicht untergräbt.

3. Für die derzeitige globale Situation der Menschheit besteht der soziale Fortschritt *erstens* in der Lösung der globalen Menschheitsprobleme, also der Erhaltung der Menschheit und ihrer Evolutionsfähigkeit selbst. Er besteht *zweitens* in der Schaffung der Mittel dafür, also in der *Reorganisation* der internationalen und nationalen politischen und Wirtschaftssysteme entsprechend der erforderlichen *Logik gemeinsamer und gestalteter Entwicklung*. Es geht dabei um eine neue demokratische Weltwirtschaftsordnung, politische und militärische Ordnung, die Unterordnung und Entwicklung gegeneinander und auf Kosten anderer schrittweise einschränkt und ausschließt und Raum für gemeinsame militärische, politische und wirtschaftliche Sicherheit, Existenz und Entwicklung schafft. Dann kann Entwicklungskooperation bei der Lösung der globalen Menschheitsprobleme — Frieden und Abrüstung, Ökologie, Unterentwicklung und Arbeit — die erforderliche Gestaltbarkeit der wissenschaftlich-technischen Revolution und des wirtschaftlichen Wachstums im Interesse des sozialen Fortschritts ermöglichen.

Sozialer Fortschritt heute ist die Verwandlung der Wissenschaft, der sachlichen Reichtumsproduktion, der Kultur und Kommunikation in Mittel der gemeinsamen Entwicklung aller Subjekte der Menschheit. Dieser Inhalt sozialen Fortschritts heute ist auf eine Demokratisierung der wirtschaftlichen, politischen und sozialen Reproduktionssysteme gerichtet, weil Demokratie, soziale und politische Menschenrechte für alle heute existenziell für den Fortbestand der Zivilisation sind.

Dieser globale Inhalt sozialen Fortschritts wird sich in Abhängigkeit von der konkret-historischen regionalen und sozialen Lage der verschiedenen Völker und sozialen Gruppen in differenzierten besonderen Fortschrittsinhalten äußern. Für alle sind Frieden und Erhaltung bzw. Wiederherstellung funktionsfähiger Ökosysteme die Grundvoraussetzung.

Für die Mehrzahl der Menschen in den *unterentwickelten Ländern* geht es um minimale Existenzbedingungen: eine menschenwürdige Arbeit und Einkommen, Ernährung, Bekleidung, Behausung, Heizung und um die Chance, durch eigene Arbeit die eigene Entwicklung gestalten zu können, die Vorzüge der Weltgemeinschaft und der Weltwirtschaft für die Entwicklung der eigenen traditionellen Produktions- und Lebensweisen und Kulturen nutzen zu können.

Differenziert sind auch die heutigen Fortschrittsinhalte vom Standpunkt *verschiedener sozialer Gruppen in den entwickelten kapitalistischen Ländern*. Für die Verlierer der heutigen sozialen Differenzierungsprozesse geht es um die Erhaltung bzw. Wiedergewinnung einer akzeptierten sozialen Existenz und um Bedingungen, die eigene Entwicklung wieder in Gang setzen zu können: Arbeitsplätze, Umschulung, Bildung, Resozialisierung, Mitbestimmung. Für die sozial sichergestellten Gewinner, die über qualifizierte Arbeit und ausreichende bis gute Einkommen verfügen, geht es darum, qualifizierte Arbeit und hohes

ANMERKUNG

Die augenblickliche politische Offensive gegen die DDR, getragen von einem deutschlandpolitischen Burgfrieden unter Einschluß der Grünen, dient einer vorsichtigen Deregulierung. Diesen Vorgang muß man politisch verstehen und werten, die hiesigen Propheten der Reform (nur die bundesrepublikanischen sind gemeint, um keine Mißdeutungen aufkommen zu lassen) arbeiten zunächst daran, ihre Vormundschaft über die DDR zu erneuern, sie auf neue Fundamente zu stellen.

Politisch verstehen heißt: wie immer auch der Standpunkt zu dem real-existierenden Sozialismus in der theoretisch-praxisbezogenen eigenen Ausrichtung ist, die DDR ist historisch gesehen die Alternative zum Postfaschismus, auf dem die Bundesrepublik fußt. Die DDR ist der mangelhaft wirklich gewordene Traum einiger Generationen, und das Berufen der SED, sowohl das Erbe der Bauernkriege als auch der Arbeiterbewegung zu repräsentieren, den Klassenkämpfen in Deutschland mit ihrer Staatsgründung einen realen Ausdruck gegeben zu haben, ist nicht leichthin fortzuwischen. Selbst wenn er vom Dauerton der „Betonkopf"-Metaphorik überlagert wird, besteht der Unterschied zwischen BRD-Ewigkeit und DDR-Versuch darin, daß hier Schleyer, dort hingegen Honecker dominant werden konnten: der eine half bekanntlich bei der SS mit, Europa auszuplündern, um IG-Farben und andere stark zu machen, während der andere im Gefängnis saß wegen seines Widerstandes gegen eben diese Perspektive. Darin wird der eigentliche Antagonismus sichtbar, die zwingende Scheidegrenze zwischen Deutschland-West und Deutschland-Ost, die auch ein Teil der historischen Trennungslinie ist, zwischen kapitalistischer Allmacht und sozialistischer Utopie. Trotz alledem.

Aus: Die Aktion. Zeitschrift für Politik, Literatur, Kunst.
Heft 58/59, Hamburg, November 1989

Konsumniveau in wirkliche Individualitätsentwicklung umsetzen zu können. Dafür ist kompetente und verantwortliche Gestaltung des eigenen Lebensprozesses — in Gemeinschaft mit den Interessen aller anderen Subjekte — erforderlich. Durch Demokratisierung der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entscheidungsprozesse, durch mehr und wirksamere Mitbestimmung in Betrieb, Staat und Gesellschaft müssen die kreativen Fähigkeiten moderner, qualifizierter Arbeiter und Angestellten zur kompetenten, verantwortungsvollen Umgestaltung der Gesellschaft in ökologischer und sozialer Hinsicht nutzbar werden. Nur dann kann auch für diese sozialen Gruppen eine Entwicklung der eigenen Bedürfnisse und Interessen akzeptabel und progressiv werden, die in Einklang mit den Lebensinteressen anderer nicht auf stetig wachsenden Konsum gerichtet ist, sondern auf eine hohe Lebensqualität bei minimaler Belastung von Ressourcen und Umwelt.

Eine sozial progressive Reorganisation der modernen Gesellschaften muß auch zu mehr Gleichberechtigung und Chancengleichheit für verschiedene soziale Klassen und Gruppen führen, Rassen-, Geschlechter- und Generationsungleichheit überwinden helfen, soziale und politische Rechte von Minderheiten besser schützen.

Sozialer Fortschritt erfordert für die Wirtschaftssubjekte, *Kapitalverwertung*, ökonomische Rentabilität und wirtschaftliche Macht nicht weiter als alleinige oder entscheidende Kriterien gelten zu lassen, sondern mit den Entwicklungsinteressen anderer Subjekte — der Lohnarbeiter, der Konsumenten bzw. Anwender der Produkte, der unterentwickelten Länder — und mit ökologischen u.a. Interessen zu verbinden. Nicht die Verwertung für sich, sondern die jeweils konkret herzustellende Interessenübereinstimmung muß Kriterium progressiver Gestaltung der Wirtschaftstätigkeit werden. Diese Veränderung der Selektionsrichtung erfordert eine tiefgreifende Reformation der Weltwirtschaft und der wirtschaftlichen und politischen Regulationssysteme aller Länder.

Für eine derartige Entwicklung innerhalb des Kapitalismus bestehen einerseits bestimmte Voraussetzungen, die in der bisherigen Entwicklung des Monopolkapitals bereits sichtbar sind und sich teilweise im Wandel der wirtschaftlichen und politischen Strukturen und Regulationssysteme befestigt haben. Bereits heute beruht die Entwicklung des Kapitals in wichtigen Feldern nicht mehr allein auf der Subsumtion der Lohnarbeiter und anderer sozialer Gruppen unter das Kapital, sondern auch schon auf der Suche nach Herstellung gemeinsamer und übereinstimmender Entwicklungsfelder und -interessen. Damit ging auch eine Demokratisierung der ökonomischen und politischen Entscheidungsprozesse im modernen Kapitalismus einher.

Diese sozial progressiven Tendenzen sind aber keine Resultate kapitalimmanenter Antriebe, sondern gehen aus den Kämpfen der Arbeiter- und anderer progressiver Massenbewegungen hervor. Sie werden noch begrenzt und oft dominiert durch die traditionelle Logik der Unterordnung: Zwei-Drittel-Gesellschaft, Lösung der eigenen Entwicklung durch Expansion auf dem Weltmarkt — auf Kosten anderer —, Verschuldung der unterentwickelten Länder, Ein-Drittel-Welt u.a. Stichworte skizzieren, in welchem Maße bornierte Formen der Kapitalverwertung und Machtpolitik progressive Ansätze noch dominieren. Allerdings treffen die existenziellen Bedrohungen der globalen Probleme auch das Kapital, und auch Kapital kann künftig nur verwertet werden, wenn es sich den existenzerhaltenden Erfordernissen unterordnet. Damit gibt es die *reelle Chance*, durch progressive soziale Bewegungen — wie Friedens-, Arbeiter-, Ökologie- und Demokratiebewegungen und Bürgerinitiativen — Kräfteverhältnisse zwischen aggressiven, konfrontativen, sozialkonservativen Kräften einerseits und reformorientierten, kooperativen oder progressiven Bewegungen andererseits wesentlich zu verändern. So könnte eine Situation geschaffen werden, in der Kapitalverwertung nur in Übereinstimmung mit den grundlegenden Interessen anderer sozialer Gruppen möglich wird und in der daher eine demokratische Reorganisation der wirtschaftlichen Entscheidungs- und Regulierungssysteme vorankommt.

Vom Standpunkt der *sozialistischen Gesellschaften* geht es um eine Umgestaltung der Weltwirtschaft und der eigenen Wirtschafts-, Politik- und Gesellschaftssysteme, durch die die sozialen und solidarischen Merkmale und Vorzüge sozialistischer Gesellschaftsordnung in praktische Wirtschafts-, Gesellschafts- und Individuen*entwicklung* umgesetzt werden können. Es geht um die Chance und die Fähigkeit, Ideale sozialistischer Bewegung in einer sozial beherrschten und progressiv gestalteten wissenschaftlich-technischen Revolution praktisch umsetzen zu können. Dieser vielschichtige und komplizierte Prozeß, der selbst wieder in eine Vielzahl besonderer Fortschrittsmomente zu differenzieren ist, soll in den folgenden Abschnitten untersucht werden. Dabei wird die Entwicklung der sozialistischen Gesellschaftssysteme stets als wichtiger Teil des skizzierten *globalen Umbruchs* verstanden, eingebettet in die Herausbildung einer neuen Entwicklungslogik der Menschheit insgesamt.

Tiefgreifende Wandlungen der sozialistischen Gesellschaft

Für die sozialistischen Länder geht es in dieser globalen Umbruchsituation um die sozial progressive Lösung dreier eng zusammenhängender Fragen:

Erstens. Durch den Übergang zur *intensiv erweiterten Reproduktion und ihrer sozial-progressiven Ausrichtung* sollen entwicklungsfähige Wirtschaften entstehen, die zur kontinuierlichen und breiten Realisierung von Innovationsprozessen, darauf gegründetem Effektivitätsfortschritt und dauerhaftem qualitativen und quantitativen Wirtschaftswachstum fähig sind. Effektivitäts- und Wirtschaftswachstum sind inhaltlich als Momente der *Entwicklung der Subjekte*, insbesondere der Individuen, zu gestalten, müssen deren Arbeits- und Lebensprozesse in progressiver Richtung verändert reproduzieren.

Diese Aufgabe entsteht notwendig mit Abschluß der Übergangsperiode, d.h. nach der gewaltsamen Aufhebung kapitalistischen Eigentums an den Produktionsmitteln. In der Übergangsperiode dominierte zunächst die Erhaltung und Festigung der politischen Macht. Die wirtschaftliche Entwicklung und die Entwicklung der Vielzahl individueller und kollektiver Subjekte wurde dem untergeordnet. Zentrale Verfügbarkeit aller Ressourcen, schnelles extensives Wachstum durch Industrialisierung und Bindung der Volksmassen an die politische Macht durch wachsende Befriedigung gegebener Bedürfnisse und Interessen standen im Mittelpunkt. In dem Maße, wie die Übergangsperiode abgeschlossen wurde, entstand die Aufgabe, gewonnene politische und wirtschaftliche Macht in sozial progressive *Entwicklung* der Gesellschaft einzubringen, eine Umwälzung der Produktions- und Lebensprozesse in Gang zu setzen und neue politische bzw. wirtschaftsregulierende Kommunikations- und Leitungssysteme herauszubilden, die die Gesellschafts- und Wirtschaftsentwicklung demokratisch gestaltbar machen. Der Übergang zur intensiv erweiterten Reproduktion umfaßt daher eine Gesamtheit tiefgreifender Veränderungen in Wirtschaft, Politik, Kultur und Ideologie der sozialistischen Gesellschaft. Er muß mit einer Demokratisierung des politischen Systems verbunden sein, die Macht zum Mittel der Entwicklung der Subjekte machen und die ökonomische, politische und kulturelle Stellung des Individuums in der Gesellschaft verändern.

Diese Wandlungen begannen in der UdSSR und anderen sozialistischen Staaten etwa ab Mitte der fünfziger Jahre. Staatliche Vertretungsorgane der Werktätigen bekamen gesicherte Rechte, die Position der Gewerkschaft wurde ausgebaut, die innerparteiliche Demokratie erfuhr einen Aufschwung, Formen der politischen Öffentlichkeit bildeten sich heraus, die Rechte der Bürger wurden erweitert, die Tätigkeit der Machtorgane wurde rechtlich geregelt und in bestimmtem Maße der Kontrolle der Volksvertretungen und der Öffentlichkeit zugänglich. Die übermäßige staatliche Organisation des gesellschaftlichen Lebens begann

Foto: Erik Roth

sich zurückzubilden, neben dem Staat als einem wichtigen politischen Subjekt zeichneten sich die Konturen einer vielfältigen politischen Gesellschaft ab.

Mit dieser Periode ist ein insgesamt erfolgreicher Kampf des Sozialismus um seine Existenz, um die Verhinderung weiterer Weltkriege und um eine bedeutende Veränderung der Kräfteverhältnisse in der Welt für sozialen Fortschritt und nationale Befreiung verbunden. Der Sozialismus konnte in dieser Zeit erheblich an internationalem Ansehen gewinnen.

Allerdings vollzog sich dieser Prozeß mit unterschiedlichem Tempo, ging auf einigen Gebieten nur schleppend voran und war mit Inkonsequenzen behaftet. Begünstigt durch äußere Bedrohung, kalten Krieg, Rückständigkeit und mangelnde Einsichten und Erfahrungen wurden Wandlungen verlangsamt und verzögert, schleppten sich Deformationen des politischen Systems des Sozialismus, die ihre Wurzeln in den Formen des Machtmißbrauchs in der UdSSR der dreißiger und vierziger Jahre hatten, bis in die achtziger Jahre hinein.

Dies hatte immense Konsequenzen: einerseits die Herausbildung von machtdominierten Strukturen, wie etwa dem Stalinismus, bei dem sich dem Sozialismus entgegenwirkende soziale und politische Formen durchsetzten. Zum anderen stagnative Tendenzen — mangelnde Fähigkeit zur sozial progressiven und effektiven Gestaltung innovativer Wirtschaftsentwicklung, hohe Auslandsverschuldung, Verschlechterung der sozialen Situation der Bevölkerung in einer Reihe sozialistischer Länder auf wichtigen Gebieten. Diese Verzögerung hat dazu geführt, daß der Sozialismus als internationales Ganzes von der globalen Depression seit 1975 mehr oder weniger schwer getroffen wurde, ökonomisch größte Schwierigkeiten bei der Bewältigung dieser Lage hat und konzeptionell zu wenig darauf vorbereitet ist. Bei der Suche nach einem progressiven Weg zur Bewältigung der globalen Umbruchsituation können die sozialistischen Staaten daher ökonomisch keine führende Rolle spielen, was ihren politischen und ideologischen Einfluß auf die Lösung der globalen Probleme mindert.

Setzt man den Beginn der heute ablaufenden Wirtschaftsreform mit Anfang/Mitte der 80er Jahre an (in der UVR — Ungarischen Volksrepublik — wird allerdings bis auf das Jahr 1968 zurückgegangen), so läßt sich die wirtschaftspolitische Ausgangssituation des internationalen Sozialismus als Ganzem im wesentlichen durch zwei Faktengruppen kennzeichnen:

a) Stagnations-, Vorkrisen- oder Krisenerscheinungen in einer Reihe sozialistischer Länder, die insbesondere aus verspäteten, inkonsequenten oder disproportionalen Schritten zur Bewältigung des Übergangs zur intensiven Entwicklung der Volkswirtschaft und der Unterschätzung der Dynamik und Tiefe der wissenschaftlich-technischen Revolution sowie der damit verbundenen notwendigen Strukturwandlungen resultieren. Obwohl die Parteitage aller Bruderländer die Intensivierungsstrategie beschlossen, wurde der „Wirtschaftsmechanismus" zunächst nicht entsprechend konsequent und schrittweise umgestellt. Über diese Situation ist bereits viel geschrieben worden; es darf aber nicht übersehen werden, daß die Situation in der VRB, VRP, UVR und UdSSR zu Beginn der Reformen anders war als in der CSSR und DDR. Ein noch gesondert zu untersuchender „Fall" ist die SRR, über deren Wirtschaftssystem noch zu wenig Informationen vorliegen.

b) durch unterschiedliche Ursachen entstandene Auslandsverschuldung, durch die der innere Entscheidungsspielraum bei den anstehenden Strukturveränderungen stark eingeschränkt war und der Schuldendienst z.T.

auf Kosten des Lebensniveaus der Bevölkerung abgeleistet werden mußte, sofern es nicht gelang, durch gezielte Stärkung der Exportkraft die Außenverpflichtungen zu erfüllen bzw. abzubauen (z.B. CSSR). Für die UdSSR wirkte dieser Faktor erst nach Mitte der 80er Jahre mit dem Sinken der Erdölpreise erschwerend auf die ökonomische Situation — vorher wirkten die Erdölexporte wegen ihres hohen Anteils an der Exportstruktur wie ein „Konjunkturfaktor", der die reale Wirtschaftslage überdeckte.

Nach neuesten Angaben zeigt sich folgendes Bild[4] der Bruttoverschuldung (in Mrd. US-Dollar):

UdSSR	= 30,0
VRP	= 38.7
DDR	= 19,1
UVR	= 17,0
VRB	= 6,9
CSSR	= 5,2
SRR	= 3,1.

Bemerkenswert ist dabei, daß die Bankaktiva und Devisenreserven dieser Länder insgesamt 30 Mrd. Dollar betragen, wovon auf die UdSSR 14,2 Mrd. Dollar und die DDR 9,2 Mrd. Dollar entfallen. Wenn man die Höhe der Verbindlichkeiten relativiert, ergibt sich für die VRP die kritischste Situation: die Auslandsschulden der VRP entsprechen dem Wert der Exporte von 4,35 Jahren, für die UVR sind es 2,88 Jahre, die DDR 11,5 Monate, die CSSR 8 Monate und die UdSSR 5 Monate.

Zweitens. Der Übergang zum intensiven Reproduktionstyp und die Umgestaltung zu einem entwicklungsfähigen wirtschaftlichen und politischen System fällt zusammen mit einer neuen Etappe der *wissenschaftlich-technischen Revolution*, mit dem weltweiten Übergang zu einer Phase wirtschaftlicher Entwicklung, die durch die Ausbreitung einiger grundlegender Basisinnovationen (Mikroelektronik) und eine breite Welle von Folgeinnovationen charakterisiert ist, durch Dominanz von Rationalisierungsprozessen gegenüber der Erweiterung, von Umwälzung der gesamten Produktions-, Konsumtions-, Verkehrs- und Kommunikationsbasis und einer grundlegenden Veränderung des Verhältnisses von Wissenschaft und Produktion und einer Globalisierung entscheidender Reproduktionskreisläufe und Entwicklungspotentiale.

Für die sozialistischen Industriestaaten ist es eine Existenzfrage, ob es gelingt, an dieser wissenschaftlich-technischen Revolution teilzunehmen und dabei sozial-progressive Gestaltungstendenzen, sozialistische Konzepte ihrer Bewältigung einzubringen. Bei der Reorganisation der sozialistischen Wirtschaft, Politik und Gesellschaft geht es also nicht bloß um den Übergang zu intensiv erweiterter Reproduktion schlechthin, sondern um den Übergang zu diesem Reproduktionstyp auf der Grundlage und durch die progressive Gestaltung der wissenschaftlich-technischen Revolution.

Drittens. Konzepte der Sozialismusentwicklung können nur in dem Maße bestehen, wie sie nicht auf exklusiven Lösungen beruhen, nicht den eigenen Fortschritt gegen oder auf Kosten anderer erreichen. Stets müssen national eingeleitete Prozesse daher auch positiv auf globale Tendenzen wirken, zu deren Lösung beitragen, dürfen globale Probleme wenigstens nicht verschärfen, die Lage anderer Völker nicht verschlechtern oder bedrohen. Insofern ist der Maßstab nicht nur die sozial-progressive Bewältigung der wissenschaftlich-technischen Revolution in nationalem Maßstab, sondern die Übereinstimmung nationaler Lösungen mit globalen, menschheitlichen Erfordernissen. Übergang zur intensiv erweiterten Reproduktion durch sozial-progressive Gestaltung der wissenschaftlich-technischen Revolution muß zugleich auch ein Beitrag zu Tendenzen weltwirtschaftlicher Entwicklung sein, die auf die Lösung der globalen Probleme gerichtet sind.

Auch für die Realisierung dieses Anspruchs von sozialistischer Entwicklung heute bestehen problematische Voraussetzungen. Einerseits zeigen die KPdSU und die Bruderparteien insbesondere in der Friedensfrage eine starke menschheitliche Verantwortung des Sozialismus, wie die Politik der Koalition der Vernunft der SED und die seit dem XXVII. Parteitag der KPdSU eingeleitete neue Etappe sozialistischer Friedenspolitik zeigen. Dies hatte außerordentlich positive Wirkungen auf die politische Lage und das geistige Klima in der Welt und erbrachte erste Erfolge bei der Wende zur Entspannung, der politischen Lösung regionaler Konflikte und dem Beginn von Abrüstung.

Zum anderen zwingen existenzielle wirtschaftliche Probleme, politische Bewegungen nationalistischer und bornierter sozialer oder auch antisozialistischer Richtung — oft unterstützt von der Machtpolitik konfrontativer Kreise in den USA, der Nato u.a. — nicht selten, Tagesprobleme auf eine Weise zu lösen, die langfristig nicht progressiv ist. Es gibt heute auch in den sozialistischen Ländern die Meinung, angesichts des Rückstands bei der Gestaltung der wissenschaftlich-technischen Revolution, der Arbeitsproduktivität und der Versorgung mit Konsumgütern und angesichts der großen innenpolitischen Auseinandersetzungen in einzelnen sozialistischen Ländern sei der Sozialismus als historisch gescheitert zu betrachten, als ein „intellektueller Irrtum" (Hajek). Sie sehen in einem sozial abgefederten, modernen Kapitalismus die besseren Potenzen für die Bewältigung der globalen Menschheitsprobleme, wenn es gelingt, progressive Tendenzen durch starke politisch organisierte Massenbewegung zu beschleunigen und den Reformprozeß der kapitalistischen Wirtschaft voranzutreiben.

Die Position der SED wie der KPdSU ist, daß die aktive Wirkung des Sozialismus für die *sozial progressive* Bewältigung der Menschheitsprobleme und der wissenschaftlich-technische Revolution unverzichtbar ist. Dabei ist der Sinn sozialistischer Gesellschaftsentwicklung nicht nur in einer längerfristigen Perspektive zu sehen, sondern ebenso in seinem Beitrag zu einer Wende in der Menschheitsgeschichte heute:

Mit dem sozialistischen Prinzip, alle technische und ökonomische Entwicklung *bewußt* so zu gestalten, daß positive soziale Effekte für die Menschen, insbesondere für die Arbeitenden und sozial Unterprivilegierten, erreicht werden, hat die revolutionäre sozialistische Bewegung eine grundlegende Innovation in die Menschheitsgeschichte eingebracht. In den sozialistischen Revolutionen und bei der Errichtung sozialistischer Wirtschafts- und Gesellschaftssysteme wurde um die praktische Verwirklichung dieses Ziels gerungen. Auch wenn heute erkannt ist, daß es sich hier um erste, in vielem noch unzureichende Schritte gehandelt hat, wurde doch erstmals eine andere Art des Fortschritts antizipiert, eine Art des Fortschritts, der nicht zu Lasten der Mehrheit der Individuen geht, sondern ihnen Entwicklungsräume schafft. Dabei wurden viele wichtige und unverzichtbare Erfahrungen über erfolgreiche und nicht erfolgreiche Wege und Formen sozialistischer Wirtschafts- und Gesellschaftsgestaltung gesammelt, so z.B. über Industrialisierungswege, Umgestaltung der Landwirtschaft, sozialistische Gestaltung des Bildungs-, Gesundheits- und Sozialwesens, über Planung und Leitung der Wirtschaft und das politische System.

Das Sozialprinzip ist auch heute noch die positive Alternative zum Kapitalprinzip, zur Unterordnung aller unter die Verwertung des Kapitals. Die Verwandlung des sachlichen Reichtums, des technischen Fortschritts und der Akkumulation aus Mitteln der Kapitalverwertung in Mittel der Entwicklung der Subjekte wird in Zukunft immer wichtiger, ist *unverzichtbar*, um globale Menschheitsprobleme zu lösen. Wenn dieses Sozialprinzip heute auch in Reformen innerhalb staatsmonopolistisch regulierter kapitalistischer Wirtschaftssysteme wirksam wird, wenn Stabilisierung und Fortschritt in kapitalistischen Gesellschaften nur möglich werden, wenn und weil die Dominanz von Kapitalverwertung zurückgedrängt und nach Ausgleich von Kapital- und Sozialprinzip gesucht werden muß, dann spricht dies nicht gegen, sondern für die Prinzipien, die Ziele und den Kampf sozialistischer Bewegungen.

Statt diese Chance für die Kooperation von Kapitalismus und Sozialismus zu ergreifen, verkündet der amerikanische Präsident erneut eine Doktrin, nach der der Sozialismus von der Tagesordnung gestrichen sei. Er holt die Ideale der freien Marktwirtschaft und des Liberalismus hervor unter Bedingungen, wo kein entwickeltes kapitalitisches Land ohne zentrale Planung, ohne Langzeitprogramme für Innovationen und Investitionen, ohne planmäßige Regulierung der Wirtschaft durch Staats-

haushalt, Zentralbanken, Kredit- und Geldemission und vor allem nicht ohne geregelte und hochinstitutionalisierte Formen der Interessenauseinandersetzung und -vermittlung auch nur einen Monat stabil bleiben würde.

Die sich heute im Ansatz hoffnungsvoll entwickelnde Friedens- und Reformfähigkeit des Kapitalismus ist keine zwangsläufige Folge kapitalimmanenter Antriebe, und sie ist heute noch nicht unumkehrbar. Neben progressiven Arbeiter- und Massenbewegungen ist diese Friedens- und Reformfähigkeit zu einem erheblichen Teil auf die sozialistischen Revolutionen, die Herausbildung sozialistischer Staaten und der Staatengemeinschaft und ihre Stabilisierung unter den komplizierten Bedingungen des kalten Krieges zurückzuführen. Unter anderem dadurch wurde einem Teil der Wirtschaftsführer und Politiker kapitalistischer Staaten deutlich, daß nur eine Friedens- und Reformstrategie langfristige Chancen für Existenz und Kapitalverwertung schafft. Dem stehen aber nach wie vor starke konfrontative Kräfte gegenüber, und der Wandel zu aggressionsunfähigen und stabil demokratischen Militär-, Wirtschafts- und Politiksystemen ist nicht abgeschlossen, hat kaum begonnen. Eine Rücknahme des Sozialismus würde eine starke militärische, politische und z.T. auch ökonomische Gegenmacht zum Kapital beseitigen. Damit wäre die große Gefahr einer Destabilisierung der internationalen und der nationalen Kräftekonstellation verbunden, die Gefahr einer Stärkung der konfrontativen Kräfte, die erneut hoffen könnten, ihre alten Interessen auf dem Weg der Aggression, der Unterdrückung und der sozialen Revanche durchzusetzen. Die Aufgabe des Sozialismus wäre ein erheblicher Rückschlag für den Frieden und den sozialen Fortschritt in der Welt überhaupt.

Schließlich dürfte es ein Aberglaube sein, daß die Rückkehr sozialistischer Staaten zu kapitalistischen Wirtschafts- und Gesellschaftssystemen in absehbarer Zeit aus Krisenprozessen heraus zu wirtschaftlichem Aufstieg führe. Die Gestaltung eines entwicklungs- und funktionsfähigen modernen, sozial abgefederten, effizient regulierten kapitalistischen Wirtschafts- und Politiksystems ist ein komplizierter und historisch langwieriger Prozeß, für den kein sozialistisches Land heute die erforderlichen Voraussetzungen, Traditionen und Erfahrungen hat. Die Herausforderung an den Sozialismus besteht vielmehr darin, die vorhandenen sozialistischen Ansätze weiterzuentwickeln, noch dazu, weil sie mit Tendenzen der Reorganisation der Weltwirtschaft in vielem übereinstimmen, die eigene sozialistische Wirtschaftsentwicklung in eine gemischte Weltwirtschaft einzubringen und dabei auch die Kooperation mit dem Kapitalismus zu nutzen, aber bei Erhaltung der eigenen sozialistischen Orientierung. Der Weg zu einer sozial entwickelten Form des Kapitalismus scheint eher länger als der zu einem sich entwickelnden, innovationsfähigen Sozialismus. Die sich heute zeigenden Defizite sozialistischer Wirtschaften sollten nicht dem Prinzip sozialistischer Gesellschaft angelastet werden, dessen Möglichkeiten zur sozial-progressiven Gestaltung der Wirtschaftsentwicklung noch gar nicht entfaltet werden konnten. Die gegenwärtig erst beginnende Gestaltung entwicklungsorientierter und demokratischer wirtschaftlicher und politischer Systeme des Sozialismus braucht auch Zeit, Geduld und politische Stabilität, um wirksam zu werden. Die sozialistischen Länder brauchen nicht mehr Kapitalismus, sondern ein Mehr an wirklichem Sozialismus. Deshalb ist eine der Hauptaufgaben heute, Vertrauen in diesen Weg herzustellen und ihm eine Massenbasis in den sozialistischen Ländern zu schaffen.

Vor einer komplizierten globalen und nationalen Problemlage vollziehen sich in den sozialistischen Ländern Reformprozesse, deren Ziel es ist, die Lösung der globalen Menschheitsprobleme, die Bewältigung der wissenschaftlich-technischen Revolution und die Verwirklichung sozial progressiver Gesellschaftsentwicklung im Sozialismus zu verbinden. Dafür gibt es keine Erfahrungen und keine erprobten Konzeptionen. Die Suche nach möglichen Wegen, das Sammeln eigener Erfahrungen und das Auswerten der Erfahrungen anderer sozialistischer oder auch kapitalistischer Staaten bestimmen notwendigerweise die heutige Strategiebildung sozialistischer Staaten.

1 Vgl. Dürr: Kooperation statt Konfrontation. In: Wissenschaftliche Welt 32 (1988) 1, S. 13ff.
2 Unsere gemeinsame Zukunft. Bericht der Weltkommission für Umwelt und Entwicklung. Berlin 1988, S. 25.
3 „Die eigentlichen Antriebskräfte hinter den enormen technischen Entwicklungen und Neuerungen ... werden genährt durch die Sucht einer wirtschaftlichen oder politischen Elite nach höheren Profiten und einer Ausweitung ihrer Macht. Unsere tägliche Erfahrung deutet darauf hin, daß unsere fundamentalen Lebensbedürfnisse immer mehr der Technik und den materiellen Bedingungen untergeordnet werden, anstatt daß man umgekehrt die Technik und die materiellen Voraussetzungen so benutzt und entwickelt, daß die schwierigen und wirklich drängenden Probleme unserer Zeit einer Lösung zugeführt werden. Das Schlimme scheint mir dabei zu sein, daß einige — oder vielleicht schon viele — das Absurde unserer Situation wohl erkannt haben, daß sie aber wegen der starken internationalen Verflechtung keine Möglichkeit sehen, aus diesem Irrenhaus ohne katastrophale Folgen für sich aussteigen zu können. Eine bloße Einsicht in das Geschehen reicht aber nicht aus." (Dürr, a.a.O.)
4 Aus „Nepszabadsag" v. 28.2.1989 nach der SU-Publikation „Argumente und Fakten" (übersetzt: T. Maraz).

Herbert Marcuse? Ein Kongreß-Bericht

Herbert Marcuse (1898-1979) ist ein Jahrzehnt lang wie ein „toter Hund" behandelt worden. Ende der 60er Jahre galt er den einen noch als nicht-korrumpierbarer, revolutionärer Intellektueller und Kritiker der „eindimensionalen Gesellschaft", während die anderen ihn als Chefagitator der „Neuen Linken" und Sympathisant revolutionärer Gewalt beargwöhnten. Herbert Marcuse, der seit 1933 dem engeren Kreis des Instituts für Sozialforschung unter der Leitung Max Horkheimers angehörte, war — wie Leo Löwenthal — aus der Emigration, die den Frankfurter Kreis zuerst nach Frankreich und dann in die Vereinigten Staaten verschlug, nach dem Zweiten Weltkrieg nicht mit Horkheimer und Adorno nach Frankfurt zurückgekehrt. Doch Marcuses theoretische Vorstellungen einer Theorie der Befreiung, in der sich die Widersprüche des Spätkapitalismus in den rebellischen Subjekten selbst zum Ausdruck bringen sollte und die kulturelle Hegemonie der bürgerlichen Gesellschaft aufbrechen würde, trieben ihn mit innerer Notwendigkeit noch einmal nach Deutschland. Gerprägt durch sein politisch-praktisches Engagement im Soldatenrat Berlin-Reinickendorfs 1918, im antifaschistischen Widerstand und in der aufkommenden Bürgerrechts- und Antivietnambewegung begleitete er die Studentenbewegung mit solidarischer Kritik, weil er in ihr einen Hoffnungsschimmer sah, um den saturierten Verhältnissen und restaurierten Ordnungen der Nachkriegs-BRD noch einmal ihre eigene Melodie vorzuspielen.

Als Herbert Marcuse 81jährig 1979 in Starnberg verstarb, war der Zenit der Auseinandersetzung mit seinem Denken und die Rezeption seiner Schriften bereits überschritten. Der Versuch, derjenigen SDSler und politischen Akteure von einst, nach seinem Tod einen Kongreß zu initiieren, scheiterte kläglich an Modalitäten und Zwistigkeiten. Aber nicht allein oder vor allem persönliche Schwächen mögen sich dort Bahn gebrochen haben, sondern der stumme Zwang der Verhältnisse. Diese ließen es schwierig erscheinen, nach der Auflösung des SDS und der Studentenbewegung in radikale Splittergruppen und parteiorientierte Basisbewegung sich noch einmal jenes Denkens zu vergewissern, das in vielem Anstoß und Maßstab radikaler Kritik gewesen war. Der Zeitgeist tat sein übriges, um Marcuse den Stachel zu ziehen. Anders als Horkheimer und vor allem Adorno, die wenigstens noch in akademischer Variation diskussions„würdig" blieben, begrub man Marcuses Denken unter dem Meer des Schweigens.

Marcuse auf der Kundgebung zum Angela Davis Kongreß

Um so überraschender mutete dann jene Resonanz an, die ein von der „links"-Redaktion, der „Tüte"-Redaktion und dem AStA/Linke Liste veranstalteter Kongreß am 13. und 14. Oktober dieses Jahres fand — wohlweislich als „politische Arbeitstagung" deklariert, um den allein respektierlichen 10. Todestag Marcuses nicht akademisch auszudünnen. Nicht nur die Kürze der Vorbereitungszeit und organisatorische Schwierigkeiten beim Erstellen eines Readers mit bislang unveröffentlichten Texten Marcuses und anderer Autoren, sondern auch permanente Unsicherheit, ob der Resonanz dieses politischen Denkens, machten das Ganze zu einem gewagten Unternehmen.

Die Erwartung, daß innerhalb der Linken Ende der 80er Jahre kaum noch ein Konsens über die Grundpositionen Herbert Marcuses sich bestimmen ließe, bestätigte sich im Verlauf der Arbeitstagung ungeschminkt. Schon der Einleitungsvortrag von Detlev Claussen, „Herbert Marcuse als politischer Philosoph" am Freitag abend in der überfüllten Camera, fand keine uneingeschränkte Zustimmung. Intendiert war damit, entgegen den üblichen Gepflogenheiten von Einführungspodiumsdiskussionen, jenes verschüttete Denken Marcuses zunächst wieder — vor allem den jüngeren Auditoriumsteilnehmern — nahezubringen und zu aktualisieren. Claussen legte dabei besonderes Gewicht auf die politischen Reflexionen Marcuses, deren unausgeschöpftes Potential angesichts der radikalen Veränderungen im real existierenden Sozialismus („Die Gesellschaftslehre des sowjetischen Marxismus", 1964), der Frage der Gewalt in der Opposition („Das Ende der Utopie", 1967, und „Repressive Toleranz", 1966) und dem desolaten Zustand der Opposition und ihrem latenten Antiintellektualismus nach wie vor Ausgang von Kritik und Selbstkritik sein müsse. Claussen hielt dabei an der Grundeinsicht aller kritischen Theoretiker fest, die in Marcuses zentraler Stellung des Begriffs Erinnerung reflektiert wird, daß eine Theorie der Befreiung die „Erbschaft dieser Zeit" erinnern muß — den Zivilisationsbruch Auschwitz — ohne dessen Vergegenwärtigung als irreversibler Schuldzusammenhang Befreiung nicht einmal denkbar wäre.

Claussens Darstellung und einige Reaktionen darauf markierten allerdings auch schon die politischen Schnitte, entlang derer weitere Kontroversen verlaufen sollten. Die Frage, ob mit Marcuses „Theorie der Befreiung" und Subjektivität die Weichen für eine weitere emanzipatorische Praxis und Kritik gestellt worden sei, schieden denn auch zunehmend die Geister. Die Arbeitsgruppen des folgenden Tages, die sich vor allem auf Elemente und Themen einer möglichen Weiterführung von Marcuses Ansatz und aktuelle politische und gesellschaftstheoretische Diskussionen bezogen, spiegelten in ihren Diskussionen den mannigfaltigen Prozeß einer sukzessiven Ablösung von substantiellen Positionen der kritischen Theorie. Maßgabe der Kritik blieb allerdings nicht der von den Dialektikern formulierte Grundsatz, jede Wahrheit besitze einen inneren Zeitkern, der ihre Theorie nicht unberührt lassen könne, sondern die Frage, ob überhaupt das dialektische Analysepotential ausreiche, um jene historischen Entwicklungen — und fehlgeschlagenen Emanzipationsbewegungen — zu begreifen, auf deren Rücken wir heute stehen.

Einmal mehr kristallisierte sich in der Diskussion über „Marcuses Revision und Weiterentwicklung der Marxschen Theorie" jene Frage, ob der Begriff des Subjekts nicht generell unangemessen sei und man Theorien berücksichtigen sollte, die die Dezentrierung und Verflüssigung dessen, was wir autonome Subjekte nennen, vorantreiben. Joachim Hirsch sah dagegen gerade das Verdienst Marcuses, die Marx'sche Kritik der politischen Ökonomie nicht reduktionistisch verkürzt zu haben, sondern mit der Thematisierung des Subjektbegriffs an die ursprüngliche Marx'sche Intention einer umfassenden Gesellschaftstheorie wieder angeknüpft zu haben:

„Befreiung ist nicht das Ergebnis einer historischen Mechanik, sondern eines bewußten, subjektiven Handelns, gegen sie, das freilich seine Bedingungen kennen muß."

Die Bedingungen emanzipativen Handelns blieben bei Marcuse immer gebunden an „konkrete Utopien", in deren Vorschein allein die Voraussetzungen befreiter Subjektivität liegen sollte. Konkret hieß die Utopie, weil sie unter den historischen Konstellationen der immensen Produkivkraftentwicklung möglich schien. Der radikale Impuls dieser Vorstellungen wurde von den Realpolitikern der Grünen, Micha Brumlik und Joschka Fischer, schnell ad acta gelegt. Mit philologischer Akribie versuchte Brumlik in seiner Auseinandersetzung mit Roland Roth zu zeigen, daß Marcuses Theorie überhaupt kein Revolutionsmodell beinhalte, sondern auf die durch demokratische Institutionalisierung herbeigeführten evolutionären Lernprozesse zugeschnitten sei. Die Konsequenz zog er dann vor dem Auditorium auf der abschließenden Podiumsdiskussion: kontinuierliche Lernprozesse machen letztlich Utopien überflüssig; politisch gewendet bedeutete das für ihn, daß Sozialismus — mit welchem Inhalt dieser Begriff auch immer verbunden sei — nur *im* Kapitalismus möglich sei. Fischers Polemik fegte dann die letzten Illusionen über die realpolitische Orientierung der Grünen hinweg: was blieb, wurde unter die Schlagworte „ökologischer Umbau des Kapitalismus" und „multikulturelle Gesellschaft" gepackt.

Die Kritik der Arbeitsgruppe, die sich mit Marcuses Vorstellung des Feminismus befaßte, war jenseits solcher Polemiken wesentlich substantiellerer Art. Marcuse hatte sich schon sehr früh in einem Vortrag über „Marxismus und Feminismus" auf die Frauenbewegung bezogen und versucht, deren politische Radikalität in einer patriarchalischen Kultur zu bestimmen. Wie Susanne Kill in ihrem Beitrag zum Reader verdeutlichte, entzündete sich das Problem seiner Einschätzung der Frauenbewegung an der Zuordnung männlicher Eigenschaften zum herrschenden Realitätsprinzip, während die femininen Qualitäten einem dem Realitätsprinzip widerstreitenden Lustprinzip zugeordnet werden.

Diese Fremddeutungen, die einer „patriarchalischen Überhöhung weiblicher Eigenschaften, die Frau zum erlösenden Prinzip zu erklären", gleichkommen, standen dann auch im Widerspruch zu Selbstdeutung und Selbstbestimmung der Frauen.

Ob die grundsätzliche Kritik einer Funktionalisierung der Frauenbewegung für eine Theorie der Befreiung im Sinne Marcuses auch die Grundbegriffe seiner kritischen Theorie tangieren würde, blieb allerdings in den weiteren Kontroversen unberücksichtigt.

Im Zentrum der Auseinandersetzung über Marcuses Analyse des „eindimensionalen Menschen" stand die Frage, ob denn der gesellschaftstheoretische und geschichtsphilosophisch geprägte Begriff einer „negativen Totalität" heute noch hinreichend sei, um die strukturellen Veränderungen der Gesellschaft angemessen zu verstehen. Während Detlev Claussen auch hier darauf insistierte, daß allein jene Folie die Prozesse verständlich machen könne, die in historischer Verlängerung die Prognosen Marcuses zu Kulturindustrie und Zerstörung von Autonomie und Natur heute verifizieren, entwickelte Helmut Dubiel eine andere Perspektive. Im Zuge der historischen Veränderungen, insbesondere durch den Einfluß der 68er Revolte, sei jener monolithische Block einer eindimensionalen Vergesellschaftung aufgesprengt worden und habe den vielfältigen Einflüssen „rebellischer Subjektivität", demokratischem Einspruch und bürgerlichem Widerstand Raum geschaffen. Die ursprüngliche Absicht, am Beispiel der Kulturindustrie jene differierenden Perspektiven nun einmal zu überprüfen, blieb allerdings im Ansatz stecken, vor allem, weil der eingeladene Lothar Baier, der sich explizit in einem kurzen Beitrag auf diese Problematik bezog, alsbald angesichts der Kontroverse zwischen Claussen und Dubiel in den Hintergrund gedrängt wurde.

Angesichts der sich überstürzenden Ereignisse in den Ländern des (ehemals?) real existierenden Sozialismus kam Marcuses Analyse des sowjetischen Gesellschafts-ystems besondere Bedeutung zu. Das Problem der Genese des bürokratisch-autoritären Staates, der an die Stelle der einmal intendierten freien Assoziation der Produzenten (Marx) den administrativen Machtapparat als geschichtliches Subjekt setzte, machte deutlich, daß offensichtlich die darin angelegte historische Alternative zum Kapitalismus undurchführbar geworden sei. Klaus Meschkat wies darauf hin, daß sowohl Marcuse 1947 noch — trotz

seiner ideologiekritischen Untersuchung einige Jahre später — an der Legitimation der kommunistischen Staaten insofern festhielt, als der Aspekt des Antifaschismus im Vordergrund stand. Mit dem 20. Parteitag der KPdSU und dem Beginn der Chruschtschow-Ära hatten sich dann noch einmal für die Linke die Hoffnungen erhoben, daß dem offensichtlich gewordenen stalinistischen Terror nun doch noch ein System gesellschaftlicher Planung und Befreiung von Repression folgen könne. Die Bedeutung von Marcuses Analyse läßt sich daran eruieren, welche Inhalte mit der „vernünftigen Organisation einer Gesellschaft, auf welche sich die kritische Theorie bezieht", verbunden sind. „Das Mehr betrifft das Entscheidende, wodurch die Gesellschaft erst vernünftig wird, die Unterordnung der Wirtschaft unter die Bedürfnisse der Individuen. Mit der Veränderung der Gesellschaft hebt sich das ursprüngliche Verhältnis zwischen Überbau und Unterbau auf."

Wenn man — wie es üblich ist — ein Resümee dieser politischen Arbeitstagung ziehen will, sollte man sich nicht auf zementierte Ergebnisse berufen. Das Interesse an der Auseinandersetzung um Marcuses politische Philosophie angesichts der (noch?) versteinerten Verhältnisse hier und des politischen Aufbruchs im Osten Europas, scheint nicht versiegt zu sein. Die vielfältigen Formen der Kritik an Herbert Marcuses Analysen können jedoch nicht verhehlen, daß an Marcuses politischem Imperativ „Befreiung zu denken" nicht vorbeigegangen werden kann.

Joachim Volke

Sowjet-Marxismus

Wir möchten im folgenden die Diskussion der Arbeitsgruppe „Marcuses Analyse des Sowjetmarxismus", anläßlich der Marcuse-Tagung an der Frankfurter Universität, veranstaltet von der „links"-Redaktion, der „Tüte"-Redaktion (Tübingen) und dem AStA/Linke Liste im Oktober 1989, dokumentieren. Bruno Schoch, Heinz Brakemeier, Klaus Meschkat, Klaus Segbers, Theo Pinkus, Peter Marcuse und andere führten eine Debatte, die vor allem unter dem Stern der gegenwärtigen Entwicklung in den Ländern des real existierenden Sozialismus stand.

Es handelt sich um Ausschnitte einer Abschrift einer Tonbandaufnahme. Es wurde versucht, so wenig wie möglich in den gesprochenen Text einzugreifen, darum sind grammatikalische Irritationen teilweise nicht auszuschließen. Die Sprecher waren nicht immer identifizierbar. Die Bearbeitung besorgten Peter Maroldt und Harry Bauer.

Einleitungsbeitrag von Bruno Schoch

(. . .) *„Im Jahre 1930 wirft die Stellung zu Rußland Licht auf die Denkart der Menschen. Es ist höchst problematisch, wie dort die Dinge liegen. Ich mache mich nicht anheischig zu wissen, wohin das Land steuert; zweifellos gibt es viel Elend. (. . .) Wer Augen für die sinnlose, keineswegs durch technische Ohnmacht zu erklärende Ungerechtigkeit der imperialistischen Welt besitzt, wird die Ereignisse in Rußland als den fortgesetzten schmerzlichen Versuch betrachten, diese furchtbare gesellschaftliche Ungerechtigkeit zu überwinden, oder er wird wenigstens klopfenden Herzens fragen, ob dieser Versuch noch andauere. Wenn der Schein dagegen spräche, klammerte er sich an die Hoffnung wie ein Krebskranker an die fragwürdige Nachricht, daß das Mittel gegen seine Krankheit wahrscheinlich gefunden sei."* (Max Horkheimer: Dämmerung)

Ich denke, das ist eine Passage, die man als Indiz dafür nehmen kann, daß die lockere Rede davon, die Kritische Theorie habe sich eigentlich bis in die 40er Jahre mit dem Sozialismus, mit dem sogenannten realen oder mit dem Stalinismus nicht auseinandergesetzt, vielleicht doch in ein etwas anderes Licht rückt. Die zweite Bemerkung bezieht sich auf den Aufsatz von Marcuse *Philosophie und Kritische Theorie* von 1937, wo er im Anschluß an den berühmten Aufsatz über die Pariser Manuskripte, ich glaube von 34, wenn ich mich recht entsinne, sich nicht nur implizit, sondern, ich meine recht eindeutig ebenfalls mit der Entwicklung in der Sowjetunion auseinandersetzt und da eigentlich versucht, daran festzuhalten, gleichsam den emanzipativen Kern für die Beurteilung des Sozialismus herauszuschälen oder festzuhalten, daß keineswegs der Plan oder die Produktivkräfte oder die andere Wirtschaftsform das wichtige Kriterium zur Beurteilung sein kann, sondern, daß einzig das Glück der Individuen, ihre Entfaltungsmöglichkeiten und die Frage nach der Freiheit für die Menschen und die Individuen die Meßlatte dafür hergeben kann, wie es um diesen Sozialismus bestellt sei. Ich denke, das ist ein Motiv, das sich durchzieht. Noch in diesem Aufsatz von Bahro, 78 glaub ich, betont er einen libertären Idealismus, der das Telos des historischen Materialismus anzeigt. Ich möchte auch dazu aus diesem Aufsatz von 37 kurz zwei Passagen zitieren: „Wie aber, wenn die von der Theorie vorgezeichnete Entwicklung nicht eintritt," — damit meint er den Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus — „wenn die Kräfte, die den Umschlag herbeiführen sollten, zurückgedrängt werden und zu unterliegen scheinen? So wenig dadurch die Wahrheit der Theorie widerlegt wird, so sehr erscheint sie in neuem Licht und erhellt neue Seiten und Teile ihres Gegenstandes. Viele Forderungen und Hinweise der Theorie erhalten ein verändertes Gewicht. Die gewandelte Funktion der Theorie in der neuen Situation gibt ihr in einem verschärften Sinn den Charakter der ‚kritischen Theorie'. Ihre Kritik richtet sich auch gegen das Ausweichen vor ihren vollen ökonomischen und politischen Forderungen an manchen Orten, wo man sich auf sie beruft. Diese Situation zwingt die Theorie wieder zu einer schärferen Betonung der in allen ihren Analysen enthaltenen Sorge um die Möglichkeiten des Menschen, um Freiheit, Glück und Recht des Individuums." Und kurz danach heißt es: „Es zeigt sich, daß die vernünftige Organisation der Gesellschaft, auf welche sich die kritische Theorie bezieht, mehr ist als eine neu geregelte Wirtschaftsform. Das Mehr betrifft das Entscheidende, wodurch die Gesellschaft erst vernünftig wird: die Unterordnung der Wirtschaft unter die Bedürfnisse der Individuen. Mit der Veränderung der Gesellschaft hebt sich das ursprüngliche Verhältnis zwischen Überbau und Unterbau auf. In der vernünftigen Wirklichkeit soll ja nicht mehr der Arbeitsprozeß schon über das allgemeine Dasein der Menschen entscheiden, sondern die allgemeinen Bedürfnisse über den Arbeitsprozeß. Nicht daß der Arbeitsprozeß planvoll geregelt ist, sondern welches Interesse die Regelung bestimmt, ob in diesem Interesse die Freiheit und das Glück der Massen aufbe-

wahrt sind, wird wichtig. Die Vernachlässigung dieses Elements nimmt der Theorie etwas Wesentliches: sie eliminiert aus dem Bilde der befreiten Menschheit die Idee des Glücks, durch das sie sich von aller bisherigen Menschheit unterscheiden soll. Ohne die Freiheit und das Glück in den gesellschaftlichen Beziehungen der Menschen bleibt auch die größte Steigerung der Produktion und die Abschaffung des individuellen Eigentums an den Produktionsmitteln noch der alten Ungerechtigkeit verhaftet."

Ich denke, vor diesem Hintergrund kann man dann auch daran erinnern, unter welchen politischen Bedingungen er sein Buch über den Sowjet-Marxismus geschrieben hat. Es ist, wie er in der Einleitung schreibt, zwischen 51 und ich glaube 56 geschrieben worden, d.h. zur Zeit des kältesten Kalten Krieges, mit McCarthy in den USA, mit der Lager-Theorie auf der anderen Seite, Gründung des Kominform usw. und zu einer Zeit, wo auch die Totalitarismustheorie im Westen in Umlauf kam. Borkenau, ein früherer Mitarbeiter des Instituts, hat bereits 1939 in seinem, na ich sag mal locker Renegatenbuch *The Totalitarian Enemy*, das Naziregime als braunen Faschismus und den Sowjet-Marxismus als roten Faschismus gleichgesetzt. Wittvogel hat kurz darauf bekanntlich eine ähnliche Entwicklung durchlaufen bis hin zur Denunziation von früheren Genossen vor dem McCarthy-Ausschuß. Marcuse widersetzt sich diesem Konformitätszwang. (. . .) Es geht Marcuse einmal darum, den emanzipatorischen Kern der Marxschen Theorie festzuhalten, sie auch zu verteidigen gegen den parteioffiziellen Marxismus-Leninismus und es geht zum zweiten darum, durch eine kritische Analyse die historischen Entwicklungsmöglichkeiten im realen Sozialismus in seiner stalinistischen Gestalt aufzuspüren. Es ist also keineswegs so, daß bereits klar war, daß mit der Selbstdestruktion des Oktobers sich das bereits erübrigt hat. Da ist er möglicherweise optimistischer oder vielleicht auch hartnäckiger in dieser Suche nach Entwicklungsmöglichkeiten als Horkheimer und Adorno. (. . .)

Es gibt 1947 ja verschiedene Entwürfe, die Zeitschrift für Sozialforschung wieder herauszugeben. Ich glaube, Horkheimer hat Marcuse damit beauftragt, einen solchen zu schreiben. (. . .) Dort schreibt Marcuse also: „Die kommunistischen Parteien sind und bleiben" — 1947! — „die einzige anti-faschistische Macht. Ihre Denunziation muß eine rein theoretische sein. Sie weiß, daß die Verwirklichung der Theorie nur durch die kommunistischen Parteien möglich ist und der Hilfe der Sowjetunion bedarf. Dies Bewußtsein muß in jedem ihrer Begriffe enthalten sein. Mehr: in jedem ihrer Begriffe muß die Denunziation des Neo-Faschismus und der Sozialdemokratie die der kommunistischen Politik überwiegen. Die bürgerliche Freiheit der Demokratie ist besser als totalitäre Regimentierung, aber sie ist buchstäblich erkauft mit Jahrzehnten verlängerter Ausbeutung und verhinderter sozialistischer Freiheit." (. . .)

Klaus Meschkat: Ich frage mich, was in dem Buch (*die Diskussion bezieht sich nun auf das „Sowjetmarxismus"-Buch,* die Red.) ausgesagt wird, ob man nicht doch ein bißchen relativieren muß. Also sicher ist die ganz allgemeine Aussage richtig, daß die neueste Entwicklung vielleicht beweist, daß es sich bei diesem Sowjetmarxismus um eine Gesellschaft handelt, die sich aus sich heraus weiterentwickeln kann und die nicht, wie der Faschismus, von außen zerschlagen werden muß, um einem anderen Platz zu machen. Aber die Frage ist, ob die Art der Dialektik, wie sie Marcuse in dem Buch entwickelt, ob die eigentlich der Schlüssel für die Art der Weiterentwicklung ist, die wir jetzt beobachten können. Du hast da eine kleine Andeutung gemacht mit dieser vielleicht mangelnden Rationalität der Bürokratie, die also die Entwicklung der Produktivkräfte doch nicht so zustandebringt, wie es zu vermuten wäre. Ich will es mal vereinfachend sagen: Wenn man das Buch heute noch mal liest, dann ist doch, und diesen Glauben haben wir damals alle geteilt, eine tiefe Überzeugung, die wahrscheinlich schon etwas zu tun hat mit dem, was Pollock in den 20er Jahren über die Überlegenheit der Planökonomie geschrieben hat, eine tiefe Überzeugung da, daß zwar die Produktionsverhältnisse repressiv sein mögen, menschliches Glück und Selbstverwirklichung verhindern, daß aber die Entfaltung der Produktivkräfte in diesem System möglich ist. Und ich frag mich einfach, wenn man so Zitate liest, in denen sich eigentlich die Ebene der Ideologiekritik mit der Ebene der Analyse realer gesellschaftlicher Prozesse in der damaligen Sowjetunion auf eine Weise vermischt, wo es dann sehr schwer ist, das auseinanderzuhalten. (. . .) Auch die Zitate, die du brachtest, waren ja Zitate, nicht etwa über reale Entwicklungen in der Sowjetunion, sondern über das, was sowjetische Ideologen damals über ihre Entwicklung aussagen wollten und daß es daneben eine Ebene der sehr harten Realität gibt, die ganz woanders liegt. Da wurden damals, als wir den Sowjetmarxismus lesen durften, wurden ja so Sachen verteilt im Zeichen des Kalten Krieges über alle möglichen Dinge, die wir alle nicht glauben wollten, meinetwegen über das System der Zwangsarbeitslager in der Sowjetunion und das war amerikanische Propaganda. Das war es auch. Wir wissen aber heute, daß nicht alles nur amerikanische Propaganda gewesen ist. Ich finde, wenn zum Beispiel Aussagen in dem Buch stehen über die damals in den 50er Jahren weitgehende Verwirklichung eines Wohlfahrtsstaates, dann muß man sich ja heute fragen, ob nicht das, was zu den jetzigen Reformen geführt hat, da nicht so sehr die Dialektik war, die Marcuse hier in dem Buch entfaltet, sondern vielmehr die Tatsache, daß dieses System ein entscheidendes Hemmnis für die Entwicklung der Produktivkräfte ist. Ich weiß nicht, ob das alles stimmt, was man so im Fernsehen sieht, etwa vor 3 Wochen gab es so eine Sendung, wo der Ruge mal reingegangen ist in so Speisestätten für sowjetische Rentner. Und er sagte, daß nach irgendwelchen Untersuchungen — die Armutgrenze liegt wohl bei 70 Rubel Einkommen —, daß also 48 Millionen Menschen in der Sowjetunion unterhalb der Armutsgrenze sind. Und man konnte dann sehen, wie sie von irgendwelchen Marken des Roten Kreuzes ihre Mahlzeit einnahmen und ihr Gesicht verbargen, weil sie sich schämten, daß sie nach einem Arbeitsleben auf solche Speisung angewiesen sind. Dann ist diese Dimension also im Grunde genommen das Ausmaß, außer dem Ausmaß der Repression, das Ausmaß der Vergeudung, von Fehlleitung von Ressourcen von Produktivkräften, das diese jetzigen Reformen ja auch erzwungen hat und ihnen vielleicht auch eine andere Qualität gibt als den Reformen der Chruschtschow-Ära.

Es (*Marcuses „Sowjetmarxismus"-Buch,* die Red.) war konzipiert in der Hochzeit des Kalten Krieges, aber es wurde dann niedergeschrieben in einer Zeit, als der 20. Parteitag die Entstalinisierung brachte und als wir alle der Auffassung waren, das war damals im SDS eigentlich so eine Überzeugung, die uns verband, daß schließlich doch, nachdem jetzt diese Stalin-Sache weggeschoben wird, es eine reale Möglichkeit gibt, daß ein System gesellschaftlicher Planung von diesen repressiven Zügen befreit wird. Wir waren in einer gewissen Weise damals alle, bei Beibehaltung einer Kritik an der Sowjetunion, in unseren Hoffnungen spontane Chruschtschowisten. Daran wollen wir uns doch vielleicht noch mal erinnern und ich glaube, daß hier auch die Grenzen einer Art von Analyse liegen, die sich eben notwendigerweise auf die Ebene der Ideologiekritik beschränken muß.
(. . .)

Bruno Schoch: Ich würde ganz gern mal bei der Frage der Produktivkräfte ein bißchen blieben. (. . .) Man sollte vielleicht die Prognosefähigkeit von Marcuses Buch nicht überlasten, aber könnte es denn nicht sein, daß es, so lange wie es um eine nachholende Industrialisierung geht, und darum ging es ja zweifelsohne in der Sowjetunion, daß da durchaus die Methoden von Feuer und Schwert, wie sie Marx bei der ursprünglichen Akkumulation am Beispiel der englischen frühkapitalistischen Entwickung beschreibt, daß das in der Sowjetunion eine zeitlang auch gegangen ist, d.h. man kann mit Hilfe von Terror, Zwang, Arbeitslagern, Repression, Erschießungen und weiß der Kuckuck was, kann man diese nachholende Entwicklung durchaus betreiben. Nur, das stößt an seine Schranke. Wenn diese Aussage stimmt, dann hätte ja der Marcuse möglicherweise bis in die 50er Jahre, wenn er diesen frühen Prozeß beschreibt, durchaus recht gehabt mit der Produktivkraftentwicklung. Ein anderer Punkt ist, ich find es nicht richtig, das sag ich mal ganz polemisch, wenn immer das Mercedes-Beispiel kommt. Ich denke, es gab so viele Berichte, wo irgendwelche Journalisten hingegangen sind und haben die Leute aus der DDR gefragt. Und man stellt fest: erstens, es sind alles Jugendliche und zweitens, sie sind dieses bißchen an materiellem Reichtum, was sie haben, sind sie bereit, es auf

Schritt und Tritt stehen zu lassen. Und wenn dann die Journalisten kommen und sagen, warum sind sie gegangen, dann kommen Argumente wie: ich bin jetzt 30, ich will nicht, daß mein Leben schon vorbei ist, es würde immer so weitergehen, d.h. es kommen doch genau diese Aspekte: Vorstellung von Glück, Entfaltungsmöglichkeiten, Lebensentwürfe. Und ich würde das nicht von vornherein so schnell denunzieren als ein Konsuminteresse, was eigentlich nur genau dem entspricht, was man in der Spätkapitalismus-Kritik immer als diesen Integrationsaspekt diskutiert hat, sondern da kommt schon dieses Moment von Emanzipationsinteressen durchaus auf eine ganz verquere Art und Weise, aber es ist da. Und es ist nicht das gleiche. Ich glaube, das muß man differenzieren.

Neuer Sprecher: Aber ein Problem hab ich, soweit ich das jetzt hier mitverfolgt habe, schon: das mit diesen Produktivkräften. Das ist irgendwie so merkwürdig leblos. Der Begriff ist ja im Prinzip klar, ist vorhin ja auch schon kurz angesprochen worden. Damit ist ja eine bestimmte Entwicklung der technischen Möglichkeiten gemeint, aber eben auch die Produktivkraft der Arbeit und auch der Arbeiter. (*Viele DDR-Übersiedler haben gesagt, es geht nicht nur darum,* d. Red.) jetzt hier mehr Kohle zu haben oder mehr Konsummöglichkeiten, sondern viele haben ja auch gesagt, wir werden da überhaupt nicht ernstgenommen. Hat das nicht an einem bestimmten Punkt miteinander zu tun? Das überleg ich mir gerade, weil, wenn man sich das jetzt mal hier anguckt, in der Bundesrepublik unter anderen gesellschaftlichen Bedingungen, aber auch unter dem Gesichtspunkt der Produktikkraftentwickung. Da gibt es nun geradewegs Strategien in den Betrieben, die menschliche Arbeitskraft als Element überhaupt erst mal zu erkennen. Daß sozusagen dadurch, daß sie ernstgenommen werden, diese ganzen Sozialtechniken wieder gemacht werden, so begrenzt oder beschränkt alles sein mag, aber die stärkere Beteiligung von Beschäftigten, die Produktivität in den Betrieben noch zu steigern und zwar eben nicht nur durch die Technik, sondern durch eine bestimmte Motivation der Arbeitskräfte. Ich überlege mir eben die ganze Zeit, hat das nicht an so einer Kante auch vielleicht im Ostblock miteinander was zu tun? Das wird ja auch immer vorgeführt, in der Popaganda hier, daß gesagt wird, na ja, weil es da keinen Markt gibt und weil die Leute kein persönliches Interesse haben, leisten sie auch nichts. Das ist ja immer dieser 08/15-Spruch. In der Form, denk ich, stimmt der nicht. Aber ist es nicht doch so, daß es da einen Zusammenhang gibt zwischen dem, wie ernst die Leute genommen werden und dem, was sie auch bereit sind, zu tun, relativ unabhängig davon, ob sie jetzt unmittelbar besonders große Konsummöglichkeiten dadurch erlangen oder nicht. Denn das ist doch immer von der kapitalistischen Propaganda unterstellt. Es wird gesagt, die Leute tun nur was, wenn sie unmittelbar dafür auch den Anreiz haben, wenn sie eine Prämie kriegen. Das ist ja dann auch im Ostblock abgekupfert worden in gewisser Weise. Ich überleg mir, ist es nicht vielleicht anders herum, daß auch ohne zusätzliche materielle Anreize es eine Bereitschaft gibt, mehr, aber auch anders zu arbeiten. Das ist, glaube ich, nicht nur die Frage der Quantität, sondern eben auch der Qualität, wie gearbeitet wird. (. . .) Es ist natürlich nicht mein Motiv, jetzt nur zu sagen, also die müssen da alle mal ein bißchen mehr arbeiten im Ostblock, aber in Polen und so ist es natürlich offenkundig ein Problem. Also, die haben wahnsinnige ökonomische Probleme, und die Frage ist jetzt, sind die wirklich nur mit Marktmechanismen und mit dem Anreiz des Akkords oder des Prämienlohns oder sonstwie zu referieren oder ist da auch eine andere Strategie möglich?

Neuer Sprecher: Ich hab das Gefühl, daß dein Beispiel, der Kapitalismus macht eigentlich das, was in der Theorie der Sozialismus machen sollte, oder er überwindet die Stufe, wo er sagt, Arbeitskraft nur als reine Fabrikarbeitskraft, die unangenehmen Arbeiten werden durch Roboter oder Mechanisierung ersetzt. Im nächsten Schritt wird Arbeitskraft nochmal vertaylorisiert oder über materielle Anreize die menschliche Arbeitskraft nochmal erhöht und im nächsten Schritt wird im aufgeklärten Kapitalismus die Arbeit als eine eigenen Qualität dargestellt und die Leute wieder eingebunden mit Eigenverantwortlichkeiten und allem Drum und Dran. Alles immer noch unter dem Stichwort Pseudo. Und eigentlich ist das genau das, was den Ostblockländern fehlt, um ihr System selber auch zu modernisieren. Wirtschaftlich gesehen, ob das dann Freiheit bringt, ist noch mal eine andere Frage. Nur, den Leuten, die in Polen, wie gesagt, einen Tag lang einen staatlichen Lohn dafür kriegen, daß sie vor einem Toilettenhäuschen stehen und die Zlotys da in Empfang nehmen, die eigentlich da überhaupt keinen Wert haben, allenfalls den Metallwert. Wenn man es wirklich ganz zynisch sagt: die müssen ihre Arbeit auch total entwertet sehen, also ihre Arbeitskraft, obwohl sie staatlichen Lohn dafür kriegen, der natürlich nicht ausreicht. (. . .) Ich weiß nicht, wer das gesagt hat, mit der ursprünglichen Akkumulation. Ich hab vor 4 Wochen Polen gehört. Da war so ein Seminar, da waren offizielle Leute da von staatlichen Wirtschaftsinstituten, und für die war es teilweise überhaupt gar keine Frage der Diskussion. Die haben gesagt, wir überlegen uns, zu einem Manchester-Kapitalismus zurückzugehen, weil das die einzige Chance ist, überhaupt wirtschaftlich daraus was machen zu können, mit allen sozialen und politischen Konsequenzen. Also die Leute, die eigentlich von Solidarnosc kommen, wollen sich selber dadurch als Gewerkschaft oder Arbeiterbewegung abschaffen, weil natürlich die Arbeiter selber, außer Walesa, nicht im Sejm sitzen und auch nicht im Senat, das sind mehr die, wenn man so will, Intellektuellen, daß sie das mit so einer Selbstverständlichkeit behauptet haben, zurückzugehen zu einer Art ursprünglichen Akkumulation, zu sagen, wir nehmen alles in Kauf. Die jetzigen Regierungserklärungen sagen das etwas diplomatischer, versuchen, es dem Volk beizubringen.

Heinz Brakemeier: Das was hier gesagt worden ist, das läßt sich auch in der DDR überall recherchieren, dieses Empfinden erstmal, nicht Subjekt zu sein, ausgeliefert zu sein dem, was man Apparatur nennen könnte, irgendwelchen Direktiven und dazu kommt gewissermaßen auch noch das Leiden am Nichtstun im Betrieb. Das ist ein ganz wesentliches Motiv, nach allem was ich weiß. Es gibt auch eine Menge Studien, die leider immer in Panzerschränken verschwinden bei der Plankommission, die so etwas sagen. Eine der Quellen der Demotivation ist z.B., daß die Leute wochenlang herumstehen und nichts zu tun haben, das ist ein sehr zentrales Moment. Ständig durch das System des Pseudo-Mangels. Die würden auch in diese Richtung gehen, daß also die Motivation der Leute hier wirklich das wäre, was man als Subjektwerden, Autonomie usw. durchaus diskutieren könnte. In diesem Zusammenhang taucht natürlich schon die Frage auf: Ist wirklich nun das gewissermaßen ein Stück mehr zu realisieren, in dem was jetzt die Reformstrategien in Osteuropa sind? (. . .) Die Pionierphase (*in Rußland oder nach 45 in der DDR, d. Red.) ist übrigens auch geradezu ein Dementi dessen, daß also die einzige Form von Motivation sein kann, daß man unter den Imperativen von Gewinnmaximierung, von individuellem Interessen daran usw., arbeitet. Also die Anstrengung etwa der jungen eingesetzten, zum Teil über die Arbeiter- und Bauernfakultäten gerade in die Leitungsfunktionen gekommenen Leute war nicht nur, daß sie nur an Prämien interessiert waren, manchmal überhaupt gar nicht, sondern in hohem Grade eine Motivation durch ein Pathos des Aufbaus. Das ist für mich noch ein unheimliches Erlebnis gewesen, so Anfang der 50er Jahre, so junge Betriebsleiter zu sehen, die nun also zum Teil noch meine Generation der Hitlerjugend waren und irgendwie umgeschult, über die FDJ und dann Arbeiter- und Bauernfakultät, also Kurzstudium, und dann in die Leitungsfunktion hinein geschickt wurden. (. . .) Das ist also wirklich altruistische Motivation, wie man sie bis Adam Smith ja auch noch findet. Selbst bei Adam Smith ist es ja nicht so, daß der Mensch nur ein egoistisches Wesen ist und dergleichen Dinge. Jedenfalls kann man soviel sagen, daß die Leistungsverweigerung, wenn man so will, die drüben so passiert ist, die Demotivation, die wir heute also als Massenphänomen beobachten, daß die Menschen mindestens auch so drunter leiden, als daß sie glücklich sind, sich der Arbeitsdisziplin zu entziehen. Und das nächste ist die Vermutung, daß man überall, in Ungarn, in Polen, in der DDR ja auch schon, daß also immer mehr die Warenform über die Warenproduktion bis zur letzten Konsequenz realisiert wird. In der Tendenz steckt das auch in den DDR-Reformstrategien drin, daß das unter den gegenwärtigen Weltmarktbedingungen sich realisieren will. Das Versprechen, daß wir ein paar Jahre Durststrecke haben und dann wird sich die Wohlstandssteigerung schnell*

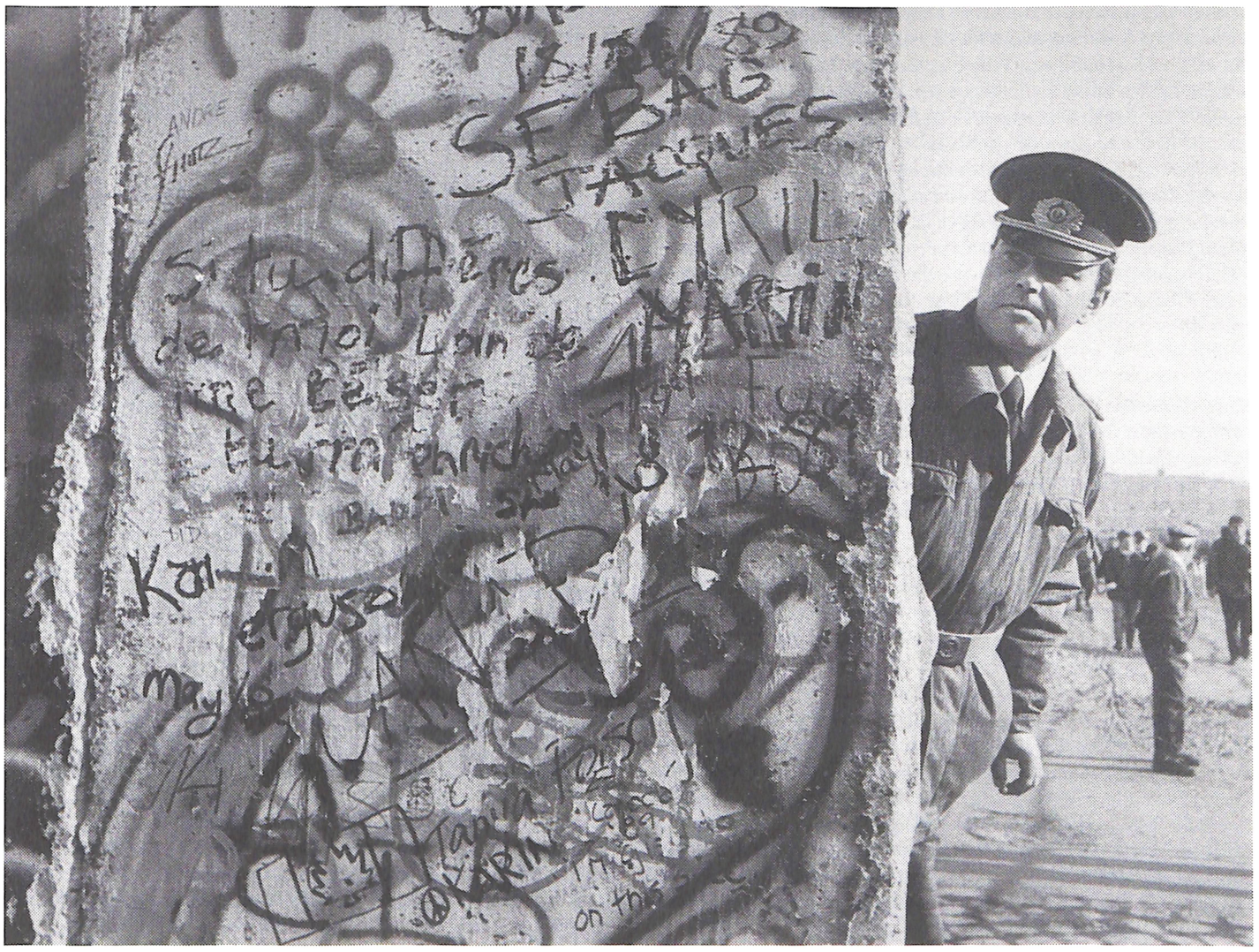


Foto: Jakob List

einstellen, das halte ich für eine der ganz großen Illusionen. Aber darin wird sich sicherlich auch die Sprengkraft der nächsten Konflikte zeigen. Daran werden sich die wirklichen sozialen Konflikte entzünden. (. . .)

Klaus Segbers: Was die Sache mit der Mündigkeit angeht, ist das in meinem Verständnis einer der interessantesten Punkte überhaupt in dem, was zur Zeit dort passiert und eine der wichtigsten Veränderungen. Aber es ist, wenn man genauer hinguckt, auf der betrieblichen Ebene oft sehr doppeldeutig. Was passiert konkret? Es ist z.B. eine Tendenz, die sehr wichtig ist: in die einzelnen Arbeitskollektive und in Teilgruppen hinein die Entscheidung darüber zu verlagern, wie produktiv sie sind. Oder anders gewendet: mit wievielen Mitarbeitern sie eine Aufgabe, die sie gestellt bekommen haben, lösen. Das können sie selber entscheiden. Sie bekommen einen bestimmten Prämien- oder Lohnbonus für eine bestimmte Aufgabe, unabhängig davon, mit wievielen Mitarbeitern sie die erfüllen. Wenn ein Kollektiv von 15 Personen die mit 12 erfüllt, bekommen sie denselben Lohn oder Prämienbonus. Sie müssen selbst entscheiden, auf welche 3 sie verzichten bei der Erfüllung dieser Aufgabe. Es ist eine Delegierung von Entlassungen, von Freisetzungen von oben nach unten. Das ist im Vergleich zu früher aus der Sicht der Arbeitskollektive, wenn man so will, auch eine Art Mündigkeit, aber es wirkt halt so, wie ich es beschrieben habe. Ein anderer Punkt: Eine der Streikforderungen, jetzt im Juli, in Kusbas und in der Ukraine im Donbas war ökonomische Selbständigkeit auf Grubenebene oder auf regionaler Ebene. Es ist ihnen zugesagt worden von der Regierung, wie das andere auch. Wenn diese realisiert wird, dann werden die Arbeitskollegen feststellen, daß wahrscheinlich mehr als die Hälfte der Gruben, die betroffen sind, ohne staatliche Zuschüsse, und das soll ja gerade vermieden werden, nicht existieren können, d.h. sie sind angewiesen auf Subventionen. Wie entscheidet man sich in dieser Situation? Für die eigene Arbeitslosigkeit oder für eine gesamtökonomische Rationalität? Ein dritter Punkt ist grundsätzlich der, es verändern sich innerbetrieblich viele Strukturen, wenn die Arbeiter und Arbeiterinnen, die Produzenten, sich die Möglichkeiten nehmen, die sie durch neue Gesetze bekommen. Es ist tatsächlich so, daß die alten Beziehungen zwischen der Direktion oben, dem Parteisekretär oder -sekretariat und der Gewerkschaftszentrale zerstört sind oder zerstört werden. Die Gewerkschaften spielen tatsächlich so gut wie überhaupt keine Rolle auf betrieblicher Ebene. Das ist schon lange so, aber nun wird es offiziell. Beim Streik hat mans gesehen, die sitzen beide in Verhandlungen auf der Regierungsseite, nicht auf der Seite der Arbeitskräfte. Sie werden auch auf betrieblicher Ebene zunehmend rausgedrängt. Die Partei zieht sich selber zurück aus dem Betrieb, so daß man zunehmend ein Gegenüber bekommt von Direktion und, wie es heißt, Rat der Arbeitskollektive auf der anderen Seite. Und das ist eine Position der Arbeitskollektive, die auf dem Papier sehr stark ist, wenn sie sich diese Rechte nehmen. Sie sind so stark, daß sie teilweise über Investitionen mitbefinden können, über Verwendung von Mitteln, die sie selbst erwirtschaftet haben, ob die Mittel reinvestiert werden oder für soziale Aufgaben verwendet werden. Auch da wird es interessant sein, zu schauen, wie wird das entschieden und wo werden die Mittel hingelenkt? In Straßen, in Schulen, in Erholungsheime, in Kindergärten oder in Maschinenparkerneuerungen? (. . .) D.h. bei dem, was ein ganz spannendes Moment ist, das du Mündigkeit nennst, gleichzeitg enorme Probleme sichtbar werden und wie das im einzelnen entschieden wird, das ist bisher völlig unabsehbar.
(..)

Bruno Schoch: Ich glaube aber, das Beispiel, das du jetzt nennst, also mit Produktionsform corporate identity und so was, daß das in einem

bestimmten Punkt hinkt. Ich meine, du hast natürlich die kapitalistischen Mechanismen der Herrschaftsausübung und die kapitalistischen Rationalitäts-Kriterien. Wenn du das nimmst in der Computerbranche, also bei Apple/Silicon Valley, wo das erprobt worden ist, du hast vollständig flexibilisierte Arbeitszeiten, alle reden sich mit Vornamen an, die Trennwände sind raus aus den Büros, frei wählbare Musikprogramme usw. und alle arbeiten bis zu 70 Stunden, wenn man 5 Jahre im Betrieb ist, macht man mal vielleicht 2 Wochen Urlaub. Die Ingenieure haben alle ihre Segeljacht und benutzen sie nicht. Also es wird schon zugegriffen auf bestimmte Bedürfnisse, sich in der Arbeit zu entfalten, Projektarbeit usw. Aber das Problem ist natürlich, sobald du aufhörst, sobald du den Rhythmus nicht mitmachst, deine 60 Stunden in der Woche zu kloppen, dann bist du raus aus dem Projekt, dann sollst du mal sehen, wie schnell du entlassen bist.
(. . .)

Neuer Sprecher: Wir kritisieren an den Produktionsmustern, Arbeitsformen hier, man kann ja sagen american way of life, global, dort (*in Teilen der UdSSR, d. Red.) ist die totale ökologische Katastrophe. Der Westen übt da eine ungeheure Attraktivität aus und dort ist kein alternatives Entwicklungsmodell. Und diese Widersprüche, die da angesprochen worden sind, die seh ich auch so. Du kriegst im Prinzip das, was du im Kapitalismus gesamtwirtschaftlich als Rationalität, Irrationalität im Einzelbetrieblichen hast, kriegst du dann natürlich auch, sobald die Entscheidungszentren auf Betriebsebene und Regionalebene gestärkt werden. Das Prinzip des Egoismus hast du in den Segmenten, die es da gibt, hast du schon jetzt.
(. . .)*

Heinz Brakemeier: Es kann also keine Selbstverwaltung nur auf der betrieblichen Ebene geben, selbst unterstellt, daß das realisiert worden sei, z.B. in Jugoslawien, wo das auch so nicht der Fall ist, sondern, daß Selbstverwaltung dem Anspruch nach notwendigerweise gesamtgesellschaftliche Selbstverwaltung sein muß. Also das, was ich wiederum unter dem Titel Vereinigung statt Einheit, d.h. als kooperativen Zusammenhang von Produzenten, das ist ja eigentlich als Einwand früh immer diskutiert worden, seit dem Beginn der 50er Jahre, seitdem die Jugoslawen mit ihrer Arbeiterselbstverwaltung begonnen haben. (. . .) Adorno sagt, daß nur autonome Individuen solidarisch sein können und solidarische Individuen autonom sein könnten, also Einheit von Autonomie und Solidarität.

Bruno Schoch: (. . .) Ich würde eigentlich ganz gern noch einmal diese Frage des heimlichen Chruschtschowismus aufgreifen und jetzt nicht, wieweit das Marcuse trifft, sondern inwieweit das ein stückweit die Linke insgesamt trifft. Ist es nicht ein Problem, daß man heimlich ja schon davon ausgegangen ist, daß in dem Moment, wo diese, nennen wir es von mir aus ursprüngliche Akkumulation, endet, daß sich dann das emanzipative Potential freisetzt. Man kommt dann immer mit diesen Räten, die es jetzt schon gebe, das ist ja nicht so eindeutig, sondern es gibt zum Teil finstere reaktionäre Entwicklungen, um nicht zu sagen, noch schlimmere. Und ich denke, da steckt ein politisches Problem drin, das nicht nur Marcuse hatte, sondern deswegen hab ich auch dieses Horkheimer-Zitat gebracht, aus der Dämmerung. Ich mein, daß ist ja verrückt, wenn er sagt, 1934 gleicht die Hoffnung auf die Sowjetunion der Hoffnung eines Krebskranken darauf, daß dort das Mittel dagegen erfunden sei. Ist das nicht eigentlich eine Hoffnung, die wir doch ein stückweit immer noch mit uns rumgetragen haben, und was passiert in dem Moment, wo wir plötzlich feststellen, es verändert sich in der Sowjetunion, was wir ja immer gefordert haben. Aber es ist keineswegs so, daß einen das nur optimistisch stimmen könnte. Und ich frag mich, ob nicht eigentlich da auch ein politisches Problem drinsteckt für die Linke hier im Westen. Ich erlebe nur umgekehrt, in einer Reihe von Diskussionen, etwa in der links-Redaktion, eine ungeheure Angst davor, daß plötzlich Konsumismus triumphiert, daß plötzlich auch die ideologische und sozusagen die Moral des Spätkapitalismus jetzt noch nachgeholt werden soll und manchmal hab ich den Eindruck, je radikaler die Linken sind, die da mitdiskutieren, desto eher setzen sie heimlich darauf, daß die Sowjetunion ja um Gottes Willen so mehr

Foto: Erik Roth

oder weniger das bleibe, was sie sei. Die Entstehungsgeschichte der Linken im Westen war doch immer auch, daß man sich gegen bestimmte Formen von Antikommunismus, von kapitalistischer Selbstbeweihräucherung herausgearbeitet hat und steckte nicht darin vielleicht sogar mit einer gewissen inneren Notwendigkeit auch sowas wie ein kryptolegitimatorisches Moment — ich erinnere nur an die Aufsätze von Sartre in den 50er Jahren. Ich finde, da steckt ein politischer Hund begraben. Da ist es zwar richtig zu sagen, laß uns genau hingucken und beschreiben und die Augen auf und eben nicht mit diesem Klischee Markt gegen Plan oder Konsum gegen Armut oder Mangel, wie so die üblichen Klischees sind. Aber was bleibt denn hier an antikapitalistischem, sozialistischem Bewußtsein noch übrig, wenn die letzten Reste dessen, was bisher realer Sozialismus genannt wird, entweder nach dem Modell von Tienanmen oder nach dem Modell von Polen, wo die KP dann noch 3 % kriegt, ±abdanken[. Was heißt das eigentlich für uns?
(. . .)

Heinz Brakemeier: Eine linke Gruppe hast du doch ausgelassen, ich muß sie mal wieder in Erinnerung bringen: die Trotzkisten haben ja immer gesagt, daß also nur über die reale Bewegung der Massen selber, es kann keine Reformstrategien von oben geben. Ich selbst hab da auch immer ein bißchen Zweifel gehabt, ich hab sie auch noch, ob jemals so etwas zustande kommt. Aber tatsächlich ist natürlich, daß man gegenwärtig nur davon ausgehen kann, daß die immanente Dialektik des Prozesses selbst einerseits soviel Leiden schafft, daß sie andererseits auch Leidenschaft hervorbringt, und zwar bei den Leidenden hervorbringt, und von daher die Konzepte geboren werden, die sowohl die mögliche polnische Entwicklung, die für uns eine Misere ist, wie eben auch die andere, die despotische terroristische der Tienanmen-Lösung von Widersprüchen, wenn du so willst, vermeidet. (. . .) Die Möglichkeit, innerhalb von Regierung, entsprechendes Management und Techniken der Regierung, Reformen durchzusetzen, die sehe ich als sehr begrenzt an. (. . .) Ich sehe in der Tat keine Möglichkeit, als daß sich durch solche Konflikte hindurch vielleicht Alternativen entwickeln. Wirklich nur von den Menschen selbst, durch Bewegungen also, nicht durch Reformmaßnahmen, nicht von oben. Bewegungen, die unter dem Gesichts-

punkt von solidarischer Vereinigung und eben nicht durch staatliche Einheit von oben Gesamtkonzepte dann entwickeln können. Opfer müssen, glaube ich, auf jeden Fall gebracht werden. Aber ob man die solidarisch verteilt oder ob man nur Reichtum oder Armut kennt, was in Ungarn zur Zeit sehr massiv, in Polen auch, passiert, das macht eben auch den Unterschied aus, wie glaubwürdig also gewissermaßen Strategien der Veränderung sind.
(...)

Heinz Brakemeier: Nochmal: das muß die Linke vor allem wieder lernen — daß in dem Moment, wo etwas passiert, daß man nicht sofort die eigenen überalterten Kategorien, die möglicherweise selber ein Stück dieser ganzen Geschichte des sogenannten real existierenden Sozialismus sind, und als eine selbsthauptete Alternative zu dem, was wir hier haben, daß man nicht mit diesen Kategorien hausieren geht und da alles wieder in diese Schubladen steckt. Meine Frage ist nur, irgendwo hängt doch die Entstehungsgeschichte zumindest der Neuen Linken mit diesem Stück Trotz zusammen, daß man sagt, obwohl Adorno und Horkheimer gesagt haben, man kann keine Praxis mehr machen, scheint es uns trotzdem möglich, eine Praxis zu machen, sogar eine antikapitalistische, sozialistische Praxis und Marcuse hat das ja auch selber mitgemacht, genauso wie Bloch. Aber er hat sich auf diese Erfahrung, daß es möglich sei, daß darin Hoffnungspotentiale stecken, hat er sich doch eingelassen.
(...)

Theo Pinkus: Das ist eine sehr schwierige Diskussion. Mich bewegt sie ungeheuer. Ihr könnt euch vorstellen, 60 Jahre kommunistische Bewegung, und nun sind wir, ich kann mich nicht ausschließen, gerade nach dieser Diskussion, in gewisser Hinsicht ratlos. Und diese Ratlosigkeit findet man auch bei sehr vielen Genossen. (...) Wie ich erst jetzt diese ganze Entwicklung in der Sowjetunion verfolgt hab, dachte ich, wenn ich jetzt 20 Jahre jünger wäre, dann müßte ich ja doch noch Russisch lernen, um mich verständlich machen zu können. Man müßte nur die Erfahrung der Selbstverwaltung, ihr wißt ja, daß ich mit der einiges zu tun hatte oder habe, müßte man dort auswerten. Wenn ich mir dann überlege, wie winzig, wie klein die Entwicklung zu dieser sogenannten Mündigkeit vor sich gegangen ist. (...) Was passiert denn eigentlich bei uns? Ich komme aus dem höchst kapitalistischen Land, das es in der Welt gibt, aus der Schweiz. Da ist eindeutig klar, daß es eine Clique ist, das ist nicht erfunden, von einigen Großbanken und deren verantwortlichen Leuten, die uns die unglaublichsten Dinge beschert, z.B. eine akute Wohnungsnot. Also als ein Land, das den Reichtum hat, die höchsten Löhne hat, so ungefähr Bauarbeiter, nicht mal gelernte, ein Schauspieler, der jetzt auf dem Bau arbeitet, kriegt 30 Franken pro Stunde. Das macht doch bei 8 Stunden einen ganz schönen Betrag. Und da finden wir auch keine solche Lösung, trotz des hohen Lebensniveaus. Wir haben die größte Drogenproblematik, wir haben die höchste Selbstmordrate usw. Jetzt kann man sich erst vorstellen, wie schwierig das in den sozialistischen Ländern ist. Besonders dann, wenn ihnen von allen Seiten geraten wird, sie sollen den freien Markt wieder so machen und joint venture. Ich will sagen, jetzt sind wir hier eine ganze Reihe Leute, und jeder muß sich doch wirklich selber überlegen, was kann hier z.B. in der Bundesrepublik getan werden von den sogenannten Linken, die ja hier drin sitzen, das sind ja hoffentlich nicht die einzigen, die es gibt in Frankfurt. Was kann sowohl an Aufklärung, sowohl an Kampf gegen die alten rassistischen Sachen, die ja auch in der Sowjetunion jetzt losgegangen sind, was können wir da tun? Und wir können eigentlich eine ganze Menge tun. Und da ist dann diese Resignation oder Verzweiflung das größte Hindernis und auch eine bequeme Weiterführung einer nur betrachtenden Weise, solange man nur wenigstens doch noch irgend eine ABM-Stelle kriegt, eventuell. Mir scheint als ganz wesentliches, daß man die sozialistische Grundlösung, die uns allen vorschwebt, in aller Differenzierung nicht aufgibt. Es gibt keine kapitalistische menschliche Gesellschaft. Das ist eine Bilanz meiner 80 Jahre. Die gibts nicht. Das ist eine Illusion. Und ihr müßt einmal die Figuren dieser Manager sehen. Das sind Leute, die tatsächlich mit einer Konsequenz losgehen, das Kapital weiter zu konzentrieren, ganz rigoros, nur gehemmt durch Gegenmacht und nicht durch was anderes. Die denken nicht nur im Sinne dieser Branche, unser Betrieb muß ganz groß sein, sondern in einer geradezu fanatischen Art und Weise der sogenannten Übernahme, der Diversifizierung und der Ausschaltung von all dem, was nicht rentabel ist. Die Bundesrepublik ist ein Muster für solche Dinge. Und Amerika ist ja schon, das hat ja Marcuse damals als Warnung beschrieben, wie der Marx eine gewisse Warnung durch seine Studien in England gemacht hat, Kapital und Prophezeiung. Ich glaube, es gibt wahrscheinlich nichts anderes, als daß immer mehr Leute an dem Ort, wo sie sind, Alternativen, die ihnen ja aufgedrängt werden, die in ihrem Kopf ja vorhanden sind, mit subversiven Mitteln, mit aller Schlauheit, ich möcht bald sagen, nicht durch eine Parteizentrale, sowieso nicht, aber in einem Sinne, wie eigentlich Lenin Legalität/Illegalität betrachtet hat, erkämpfen. (...) Die letzten 4 bis 5 Jahre war ich mit Marcuse ausführlich zusammen. Im Mittelpunkt stand die Frage — keiner identifiziert sich heute mehr mit einer Partei, sind wir allenfalls als ein Instrumentarium oder als Sammlung von Leuten, mit denen man was machen kann, angesehen, was tritt an ihre Stelle? Und das Resultat dieser Diskussion war, kleine Gruppen, die tabulos miteinander die ganze Problematik ihrer eigenen Tätigkeit — beruflich, außerberuflich immer wieder diskutieren. Das kann in einer WG sein, kann in einer Gruppe sein, die sich gegenseitig vernetzen und gegenseitig sich genau überlegen, was kann man machen gegen die z.T. barbarisch oder weniger barbarischen Geschichten, die das Bewußtsein zerstören, die die Persönlichkeit in einer Form unterdrücken, daß sie sich nicht etwa unterdrückt fühlt, sondern es noch ganz toll findet, daß sie so und so ist und jede menschliche Dimension reduziert, also das ist der Ratschlag, den er damals so mit mir diskutiert hat und ich glaube, er hatte da nicht so ganz unrecht, daß man in dieser Richtung arbeiten muß. Und da stelle ich fest, in vielen Städten, daß manche wichtige Leute eben untereinander in der Hinsicht gar keinen Kontakt haben.
(...)

Peter Marcuse: Zum Problem — Reform von unten —, das ja bei uns auch ein großes Problem ist, ob das überhaupt möglich ist. Das hat zu tun, was mit den Menschen, die unten sind, passiert ist, in den letzten 70 Jahren in der Sowjetunion und ich glaube, man muß auch unterscheiden zwischen den verschiedenen Ländern. (...) Ich finde 3 Sachen sind klar: 1. 70 Jahre Stalinismus haben die materiellen Klassenkonflikte nicht aufgehoben und wenn es jetzt zu einer Privatisierung kommt, werden Arbeitgeber oder Arbeitnehmer genau die selben Konflikte austragen wie immer. Dieser materielle Widerspruch ist nicht aufgehoben. 2. Ich glaube, der sowjetische „Marxismus" hat dazu geführt, daß sehr wenige in der Sowjetunion oder in der DDR eigentlich etwas von Marx haben. Die haben halt alles weggeschubst, ausgehalten, es gibt fast keine marxistischen Begriffe mehr. Die Reformbewegung ist in der Richtung, wir wollen Markt haben, wir wollen Konsumprodukte als Waren verstehen, und da hat jemand gesagt: na damit schließen wir natürlich Arbeitskräfte ein. Und daß es einen Unterschied gibt zwischen Arbeitskräften als Ware und Konsumgütern als Ware, das ist halt kein Begriff. Man muß fast von Anfang an anfangen mit Marxismusbegriffen. Das 3. ist: Ich glaube doch, daß die Kritik am Kapitalismus sich etwas durchgesetzt hat. Ich glaube, es gibt wirklich eine starke Gruppierung von unten und auch von oben, die nicht zum Kapitalismus zurück gehen werden oder gehen wollen, wenn sie es je vorhatten. D.h., Leute, die in einem Sinn moralische Sozialisten sind, trotz allem, was passiert ist und daß es wirlich noch eine Basis gibt für eine gute Reform, die aber von den West-Marxisten noch viel zu lernen hat. Wenn ich Rat geben würde, würde ich sagen, unsere Aufgabe sollte sein, erstens eine scharfe Kritik des Kapitalismus, daß man einfach erklären kann, wieso, was stört uns denn an diesem Kapitalismus. Man muß da erklären können, was für Probleme sie sich nicht wünschen sollten. Und zweitens: ein bißchen mehr in der marxistischen Wirtschaftslehre einsteigen und diese Frage von Markt, was das wirklich bedeutet, was Ware ist und was in allen Gesellschaften Ware ist und was nicht Ware sein soll, da könnte man auch mehr aufklären. Aber ich finde noch eine echte Hoffnung, was an der Basis läuft und in der DDR. Manchmal gegen eigene Erfahrung.

CITY-LIGHTS

FILMWOCHE 17.-30. DEZ. 89

IN DER CAMERA GRÄF-STR. 79

17.12. Sonntag / Vorfilm: Inflation. H. Richter
20.15 **Berlin. Die Sinfonie einer Großstadt**
W. Ruttmann, D '27, 69 Min, stumm
22.30 **Der Mann mit der Kamera**
Dsiga Wertow, Udssr' 29, 81Min., stumm

18.12. Montag / Vorfilm: Inflation...
2o.15 **Moderne Zeiten**
Charlie Chaplin, USA '36, 89 Min.
22.00 **Das gelobte Land**
Andrzej Wajda, Pol. '75, 160 Min., O.m.U.

19.12. Dienstag / Vorfilm: Paris Qui Dort. R. Clair, F' 23
20.15 **Unter den Dächern von Paris**
René Clair, F '30, 92 Min., O.m.U.
22.30 **Die Potemkinsche Stadt**
M. Popp &Th. Bergmann, BRD '88, 90 Min.

20.12. Mittwoch / Vorfilm: Zeitprobleme. S. Dudow, D ' 30
20.15 **Berlin Alexanderplatz.** Phil Jutzi, D '31, 88 Min.
22.30 **Samstagnacht bis Sonntagmorgen**
Karel Reisz, GB '60, 89 Min.

21.12. Donnerstag / Made In N.Y. Wietz, BRD '73/74
20.15 **Die Faust im Nacken**
Elia Kazan, USA '54, 105 Min.
22.30 **Der Tag bricht an**
Marcel Carné, F '39, 87 Min., O.m.U.

22.12. Freitag / Vorfilm: N. Y. Sleep For Saskia
P. Hutton, USA '72
20.15 **Lichter der Großstadt**
Charlie Chaplin, USA'31, 89 Min.
22.30 **Asphalt Cowboy.** J.Schlesinger,USA'68,113Min.

23.12. Samstag / Vorfilm: BRDDR-Mauerbau Berlin 1980
L. Grote, I. Hoppe, BRD '81
20.15 **Los Olvidados.** Luis Buñuel, Mex.'50, 80 Min.
22.30 **Accatone.** P.P. Pasolini, Ital. '61, 120 Min.

24.12. Sonntag / Vorfilm: N. Y. Portrait Chapter One
P. Hutton, USA '78
20.15 **Taxi Driver.** Martin Scorsese, USA '75, 114 Min.
22.30 **Karneval der Nacht**
M. Yamamoto, Jap. '82, 108 Min., O.m.engl.U.

25.12. Montag / Vorfilm: La Tour. R. Clair, F 20, stumm
20.15 **Das Geld.** Robert Bresson, F '83, 85 Min., O.m.U.
22.30 **Pickpocket.** Robert Bresson, F '59, 80 Min.

26.12. Dienstag / Vorfilm: Zeilfilm. U. Breitenbach, BRD '81
20.15 **Bird Now.** Marc Huraux, Bel.'87, 90 Min., O.m.U.
22.30 **Subway Riders**
Amos Poe, USA '81, 120 Min. O.m.U.

27.12. Mittwoch / Vorfilm: Tatoo Suite.
R. S. Wolkenstein, BRD '84
20.15 **Die Geschichte der Nana S.**
Jean Luc Godard, F '62, 90 Min.
22.30 **New York City Girl**
Susan Seidelman, USA '82, 90 Min., O.m.U.

28.12. Donnerstag / Vorfilm: Polizeibericht Überfall
E. Metzner, D '28, stumm
20.15 **Rififi.** Jules Dassin, F '56, 108 Min.
22.30 **Der dritte Mann.** Carol Reed, GB '49, 104 Min.

29.12. Freitag / Vorfilm: Rien Que Les Heures.
A. Cavalcanti, F '26, stumm
18.00 **Emil und die Detektive**
Günther Lamprecht, D '31, 72 Min.
20.15 **The Kid.** Charlie Chaplin, USA '21, 60 Min.
22.30 **Zazie in der Metro.** Louis Malle, F '60, 93 Min.

30.12. Samstag / Vorfilm: The City
R. Steiner, W. van Dyke, USA '39
20.15 **Asphalt.** Joe May, D '28/29, 85 Min, stumm
22.30 **Schönste der Stadt**
Raoul Walsh, USA '41, 95 Min., O.m.U.
0.30 **La Dolce Vita.** Federico Fellini, I '59, 176 Min.